This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

HOOVER
WAR
LIBRARY

STANFORD UNIVERSITIES

3 –

15

A. von Guttry

Die Polen und der Weltkrieg

Ihre politische und wirtschaftliche Entwicklung in Rußland, Preußen und Oesterreich

München verlegt bei Georg Müller

91

Printe y.

von Guttry, Die Polen und der Weltkrieg

Zweite Auflage

IK418
G985

Dr. A. von Guttry

Die Polen und der Weltkrieg

Ihre politiſche und wirtſchaftliche Entwicklung in Rußland, Preußen und Öſterreich

STANFORD LIBRARIES

1 · 9 · 1 · 5

München und Berlin bei Georg Müller

59548

Copyright 1915 by Georg Müller in München

Vorrede

Die nachfolgenden Darstellungen sind unter dem entscheidenden Eindruck des heutigen Weltkrieges, vor allem aber aus dem Bedürfnis entstanden, an dem bedeutungsvollen Wendepunkt Europas Aufschlüsse aus der letzten Zeit des geschichtlichen Polenreiches und aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der polnischen Nation unter den drei Teilungsmächten zu geben.

Sowohl die Geschichte Polens, die mit den Lebenskämpfen aller europäischen Völker aufs innigste zusammenhängt, wie die Geschicke und die innersten Entwicklungsmomente der Polen nach den Teilungen sind für die historische Wahrheit ein wenig aufgeschlossenes Gebiet.

Jetzt mit dem Ausbruch des Weltkrieges dürfte eine eingehende Beleuchtung allseitig geboten sein, zumal der Kampf der Zentralmächte gegen Rußland in seine umfassendsten Bewegungen hinausgetreten ist, und die Zukunft eine Erledigung der nationalen Frage von Millionen polnischer Untertanen erheischen, sie selbst aber zugleich lebendig in Mitwirkung treten lassen wird.

Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß es Polens Verdienst war, die Grenzen des zivilisierten Europas unter der Jagellonenherrschaft zweihundert Meilen nach Osten vorgerückt und die abendländische Kultur dem Osten übermittelt zu haben. Seine Mission war es, die westliche Gesittung, die Freiheit und den freiheitlichen Fortschritt zu schützen und den immer sich wiederholenden Anprall des Asiatismus aufzuhalten. Als Bollwerk der west- und mitteleuropäischen Staaten gegen den russischen Vorstoß des Ostens zu dienen, war seine Aufgabe. Der Mission und der Aufgabe ist es bis in die letzten Tage seines Bestehens hinein treu geblieben und ist vor den größten Opfern nicht zurückgeschreckt. Davon zeugt Polens Geschichte, die von einem immerwährenden blutigen Kampf zur Verteidigung der westeuropäischen Kul-

tur und Ziviliſation gegen die Fluten der Barbarei erfüllt iſt.

In der Zukunft mußte die Teilung Polens ein Zuſammenprallen der zwei Welten, des Abendlandes und des Oſtens, hervorrufen.

Durch die Teilungen verlor Polen ſeine ſtaatliche Geſtaltung. Daß eine Nation, deren Staatsgebiet einſt an geographiſchem Umfang die erſte Stelle in Europa einnahm, die ſich einer glänzenden Vergangenheit rühmen kann, ſich als höchſtes Ziel die Wiedergeburt dieſer Geſtaltung ſetzt, iſt nicht verwunderlich. Im Gegenteil, es iſt eine geſchichtliche Notwendigkeit. Nach Aufgabe der Hoffnungen aber, je die Unabhängigkeit zu erlangen, wird das Streben nach Wahrung der Nationalität und der Freiheit des Geiſtes zur heiligſten Pflicht. Das Urteil, das von dieſem Geſichtspunkt aus über die polniſchen Erhebungen gefällt wird, muß der zur Verzweiflung getriebenen Nation mildernde Umſtände zubilligen, obwohl ihr freilich hierbei der Vorwurf der Kurzſichtigkeit und des Mangels politiſcher Einſicht nicht erſpart werden kann. Es war ein Ding der Unmöglichkeit, daß ein drei Mächten einverleibter Staat aus ſich heraus, ohne fremde Hilfe, ſeine Selbſtändigkeit hätte wieder erkämpfen können. Jene, die ſich durch die Ausſicht einer Intervention haben täuſchen laſſen, haben es blutig gebüßt.

Das Streben nach nationaler Exiſtenz aber, das nach den mißglückten Verſuchen der Erkämpfung der Unabhängigkeit ſich im polniſchen Volke kundtat, unterſteht keiner wohlwollenden oder feindlichen Beurteilung, es iſt — wie geſagt — Pflicht einer jeden Nation, es iſt höchſtes nationales Dogma.

Deshalb ſind auch die Mittel, die das Volk zu ſeiner Befreiung ergriff, obwohl ſie nicht zum Ziele, vielmehr die Nation an den Rand des Verderbens führten, inſofern nicht bedingungslos zu verdammen, als ſie nach Zuſammenbruch aller

Hoffnungen auf das Streben nach nationaler Selbſterhaltung ungemein befruchtend wirkten.

Wer weiß, ob es ohne dieſe Befruchtung möglich geweſen wäre, das polniſche Volkstum in ſeiner ganzen Kraft zu erhalten. Nunmehr lebte aber der Geiſt der Romantik und des Heroismus wieder auf und durchdrang die Literatur. Die Dichter wurden zu Propheten, die Literatur gab die Richtlinien des geſellſchaftlichen und politiſchen Lebens an. Nicht zuletzt waren es aber die Teilungsmächte ſelbſt, die zur Entwicklung des Volkstums in den breiteſten Schichten des Volkes beigetragen haben. Sie haben die ſoziale Neuordnung herbeigeführt und die im polniſchen Reiche nicht zur Entwicklung gelangten, in der großen Maſſe des Volkes ruhenden Energien — freilich das Gegenteil erſtrebend — kraftvoll geweckt. Zum Träger des Volkstums und der nationalen Idee wurde der neu erſtandene Bürgerſtand, mit dem der bis dahin in ſeinen Privilegien erſtarrte Adel zum größten Teil Hand in Hand ging. Bald gingen beide Stände daran, das vaterländiſche Empfinden in der breiten Maſſe der Bauernſchaft wachzurufen. Ihr Beſtreben wurde durch die politiſchen Maßnahmen der Regierungen Rußlands und Preußens, bis in die letzte Zeit hinein — ſelbſtverſtändlich geſchah es in allen Fällen gegen die Abſichten der Regierungen — aufs tatkräftigſte unterſtützt. Das Volk wurde über ſich ſelbſt klar und ſeiner ſelbſt ſich bewußt, die nationalen Schwärmer wurden ausgeſchaltet, die utopiſtiſchen Träume waren ausgeträumt. Die Romantiker und Schwärmer von ehedem wurden zu einem innerlich erſtarkten Geſchlecht, dem nationale Selbſterhaltung Zweck und Ziel wurde. Freilich bewahrte dieſes Geſchlecht in der Tiefe ſeines Herzens die hohe Würdigung vergangener Zeiten und die ehrfurchtsvolle Achtung der Großen ſeiner Nation, die der Wiederherſtellung ihres Vaterlandes alles geopfert hatten, trotz Einſicht der Zweckloſigkeit dieſer Opfer in der Vergangen-

heit. Die Hochhaltung des Geiſtes jener Zeit aber, die ſich ſo ſchwungvoll in der Literatur und Kunſt geoffenbart hatte, wurde den Polen zum Evangelium.

Verklärt in die Vergangenheit zurückblickend, ſchauen ſie nüchtern, ihrer nationalen Kräfte ſich vollauf bewußt, in die Zukunft. Selbſtredend leuchtet allen als hehrſtes Ziel die Selbſtändigkeit vor. Es wäre auch beſchämend für ein Volk, wenn ſie ihm nicht das koſtbarſte Gut wäre. Aber die Ernüchterung und die innere Erſtarkung ließ ſie erkennen, daß unter den obwaltenden Umſtänden ein unabhängiger polniſcher Staat eine Utopie ſei, und ſo haben ſie ſich denn mit den nun einmal gegebenen Verhältniſſen, wenn auch ſchweren Herzens, abgefunden, ſich auf den Boden des poſitiven Zuſtandes und des realen Lebens geſtellt und nur eines ſich zur Aufgabe gemacht: die Erhaltung ihrer Nationalität innerhalb des Staates, dem ſie angehören.

Trotz dieſer Tatſache wäre aber die Annahme, daß es ſeit dieſer Ernüchterung nur mehr Polniſch ſprechende ruſſiſche, preußiſche und öſterreichiſche Untertanen gibt, falſch. Zu dieſer Überzeugung können nur diejenigen kommen, die dem polniſchen Charakter völlig fremd gegenüberſtehen. Die Polen ſind ein Volk geblieben trotz der ſoeben feſtgeſtellten Tatſache. Sie haben trotz der gegebenen Umſtände eine der Haupttugenden einer jeden Nation über alle Zeiten hinweg ſich bewahrt: die Volkstreue. Mag man die Polen noch ſo vieler nationaler Fehler bezichtigen, dieſe Tugend muß ihnen gelaſſen werden. Auf eine harte Probe geſtellt, verſtanden ſie es, trotz Parteiſpaltungen und Parteihaders die Volkstreue hochzuhalten und ſie ſich zu bewahren, trotz der Bemühungen der polenfeindlichen Elemente, dieſe Treue zu durchbrechen, um ſo die Kraft der Nation zu zerſchmettern.

Daß dies nicht gelungen iſt, daß die Polen heute trotz der gegenſätzlichſten Meinungen in verſchiedenen Fragen des

politiſchen und kulturellen Lebens in ihrer Geſamtheit ſich von einer Idee beſeelen laſſen, beweiſt, daß ſie die wichtigſte Lebensbedingung, die einem Volke die Exiſtenzberechtigung verleiht, beſitzen, daß ſie es wert ſind, ein Volk genannt und als ſolches geachtet zu werden.

Der Aufgabe der nationalen Selbſterhaltung iſt ſich das ganze Volk bewußt. Von deren Erfüllung kann es nichts abhalten und zurückſchrecken. Sie iſt zur nationalen Pflicht der Polen geworden. Wenn hieraus aber das Recht hergeleitet wird, mit Ausnahmemaßregeln dem Verhalten der Polen zu begegnen, ſo möge man über die Berechtigung hierzu verſchiedener Anſicht ſein. Eins iſt aber gewiß: bei dem tief eingeprägten nationalen Gedanken und bei der ſozialen und geſellſchaftlichen Struktur der Polen werden dieſe Maßregeln nie zu einem Ziele führen; ſie können die völlige Aſſimilierung und ein reſtloſes Aufgehen des Polentums in eine andere Nation nie herbeizwingen; ſie ſchaffen bloß notgedrungen eine immer tiefere Kluft zwiſchen den Nationalitäten. Fühlt ſich doch die eine benachteiligt im Vergleich zu den anderen Untertanen des Staates. Sie fühlt ſich unrechtmäßig bedrückt und zurückgeſtellt. Auf dieſe Weiſe wurde bloß die lebensfähige Kraft, die dem polniſchen Volke innewohnt, durch kleinmütige politiſche Syſteme niedergehalten, ſtatt ausgenützt zu werden. Die öſterreichiſche Monarchie allein hat ihr bis 1866 befolgtes Syſtem fallen laſſen, und der Umſchwung hat reiche Früchte getragen. Die den öſterreichiſchen Polen gewährten Rechte und Freiheiten haben ſich glänzend bewährt.

Wenn anknüpfend an die letzten Ereigniſſe Stimmen laut geworden ſind, die den Polen Kongreß-Polens eine überſchwengliche Ruſſenfreundlichkeit vorwarfen und ſich hierbei auf das Ausbleiben einer Erhebung in Polen ſtützten und auf die Huldigungsadreſſe einzelner Elemente der polniſchen Geſellſchaft, ſo ſei dem entgegengehalten, daß zunächſt mit einem

Aufstand von vornherein nicht zu rechnen war. Er wäre für die Polen zum törichten Selbstmord geworden. Mitten auf dem Sammelplatz der russischen Heeresmacht, im Zentrum des Aufmarsches russischer Truppenmassen, sollte eine Revolution unbewaffneter Scharen ausbrechen! An sich war es ja schon ein Ding der Unmöglichkeit. Zudem kam noch die meisterhafte Beeinflussung der Volksstimmung seitens der hierzu berufenen russischen Organe, denen ein glänzend ausgebauter Lügenapparat zur Verfügung stand. In der Presse erschienen Artikel, die von einem ausführlichen Entwurf Poincarés für die Wiederherstellung Polens sprachen. Politische Führer brachten aus London angeblich bindende Zusagen der englischen Regierung in dieser Hinsicht mit. Diesen, der breiten Masse leicht einleuchtenden Verheißungen, gesellten sich Siegesmeldungen über deutsche und österreichische Niederlagen. Manifeste mit den großzügigsten Versprechungen wurden zu Tausenden verteilt und offiziell proklamiert. Sämtliche Kreise der russischen Gesellschaft trugen ihren plötzlich in hellen Flammen auflodernden Polonophilismus offen zur Schau und bekundeten ostentativ die wärmsten Sympathien für die Polen.

Daß derlei Vorgänge und Maßnahmen geeignet sind, die öffentliche Meinung in hohem Maße zu beeinflussen, die breite Masse zu betören und für sich zu gewinnen, kann nicht geleugnet werden. Gegenüber der am Anfang irregeführten öffentlichen Meinung und der künstlich in der bei solchen Ereignissen besonders empfänglichen Volksseele erweckten Stimmung steht die eingeborene Abstoßungskraft der Polen gegen das Russentum, die sich auch, als das erste Feuer, das durch die Vorgänge entfacht war, sich gelegt hatte, zur Genüge geoffenbart hat. Legale Warschauer Blätter protestierten gegen das Auftreten der kompromißlerischen Nationaldemokraten im Namen der Nation. Die Idee, daß diese Partei als Ver-

treterin des polniſchen Volkes ſich gebärdete, wurde als frevelhafte Uſurpation bezeichnet. Die Gruppe, die zu Rußland hält und ihre Loyalität bekundet, repräſentiert nicht das Volk. Sie iſt eine Fraktion, die vielleicht aus innerer Überzeugung handelt, vielleicht aber auch nur im gegebenen Moment einen entſcheidenden politiſchen Einfluß ſich ſichern will.

Wohl verſuchte noch vor Ausbruch des Krieges ein Teil der Polen in Kongreß-Polen aus reinſtem Selbſterhaltungstrieb einen modus vivendi ausfindig zu machen und ſich der Regierung zu nähern, die, alle Vorgänge in Preußen peinlichſt genau beobachtend und in die Zukunft blickend, ſich zu jener Zeit gerade zu gewiſſen Konzeſſionen bereit fand. Einige Politiker erachteten den Augenblick für gekommen, irgendeine Grundlage für das Verhältnis der Polen im Königreich zum ruſſiſchen Reich zu ſchaffen. Aus dieſer realpolitiſchen Idee den Schluß für die Gefühle der Polen zu ziehen, iſt natürlich ebenſo falſch wie töricht.

Feſt ſtehen allein die Tatſachen, daß die Bildung polniſcher Legionen in Kongreß-Polen kläglich mißlungen iſt, daß in den beſetzten Gebieten Polens die Bewohner zahlreich ſich um die Fahnen der galiziſchen Legionäre ſcharen, daß der verhältnismäßig kleinen ruſſophilen Partei das großzügig organiſierte „unterirdiſche Polen“ mit ſeinen elf Unabhängigkeitsgruppen und ſeiner geheimen Preſſe gegenüberſteht. Dieſe Tatſachen ſprechen für ſich und beleuchten die polniſchen Stimmungen und Strömungen zur Genüge. Sie bedürfen keines Kommentars.

Ebenſo iſt die Begründung der polniſchen Sympathien für Rußland mit der Huldigungsadreſſe hinfällig. Gezwungen durch die entſtandenen Verhältniſſe, durch Nützlichkeitsrückſichten bewogen, bedrängt durch Manifeſte und Zuſicherungen, entſchloß ſich eine Gruppe, ihre Loyalität offen kundzutun. Aber ſelbſt wenn die Unterzeichneten ſich auf ruſſiſche Seite herübergezogen fühlen ſollten, erbringt dieſe angenommene

Tatsache noch keinesfalls den Beweis für die Gefühle und die Stimmung der Gesamtbevölkerung. Zu tief sind die Wunden, die das Russentum der polnischen Nation geschlagen hat, als daß alle Traditionen und Erinnerungen mit einem Male verwischt werden könnten, als daß spontan die Sympathien da erwachen sollten, wo bis jetzt, bis auf den letzten Tag dank dem politischen System Abneigung und Haß tief in Herz und Seele eingewurzelt waren.

Dieselben Stimmen, die die Gefühle der Polen im Königreich falsch beurteilen und die die Polen zugleich als antirussischen Faktor stark unterschätzen, lassen Klagen laut werden über den Mangel an Begeisterung und über die Passivität der preußischen Polen.

Sind diese Klagen berechtigt?

Obwohl die Polen Preußens sich wahrlich nicht über allzu gute Behandlung zu beklagen hatten, obwohl sie ein Ausnahmegesetz nach dem anderen über sich haben ergehen lassen müssen, obwohl die Herren vom Ostmarkenverein ihnen keine Kränkung ersparten und vor den schwersten Vorwürfen nicht zurückschreckten, bewahrten sie bei Ausbruch des Krieges und während der ganzen Dauer desselben in jeder Beziehung würdige Haltung. Sie taten ihre Pflicht, wie alle anderen deutschen Untertanen. Die polnischen Soldaten kämpfen mit ihren deutschen Waffengenossen in West und Ost tapfer und mutig. Nicht die leiseste Unbotmäßigkeit, nicht die geringste Taktlosigkeit ist zu verzeichnen gewesen. Gemeinsam mit den Deutschen wird Gut und Blut geopfert. Die Polen haben ihre Pflicht als preußische Untertanen voll und ganz erfüllt. Eine Schar von Freiwilligen, zahlreiche Spenden für Kriegszwecke beweisen, daß sie sogar mehr getan haben, als man von deutscher Seite erwartet hat.

Sie haben bewiesen, daß, so fest sie jederzeit entschlossen waren, ihre Nationalität hochzuhalten und sie gegen jeden

Angriff zu schützen, sie auch ebenso jederzeit bereit sind, ihre Untertanenpflichten ohne Unwillen und ohne ein Wort des Protestes voll und ganz zu erfüllen.

Sie haben bewiesen, daß sie jedem Abenteurertum abhold sind.

Die großsprecherischen Manifeste haben sie nicht zu verlocken vermocht. Die weitgehendsten Versprechungen von jenseits der Grenzen vermochten in ihnen keine Sympathien zu erwecken, keinen Glauben ihnen abzuringen. Sie verklangen ohne Widerhall, ohne jede Rückwirkung auf die Haltung der preußischen Polen.

Alle Begründungen der antipolnischen Politik fielen in dem weltgeschichtlichen Augenblick kraft- und inhaltlos zusammen.

Die objektive deutsche öffentliche Meinung muß diesmal den Polen Gerechtigkeit widerfahren lassen.

In der österreichisch-ungarischen Monarchie ist die Stellung der Polen zum Staat eine ganz andere, wie in Rußland und Preußen. Ist doch Österreich-Ungarn der einzige Staat von den drei Teilungsmächten, der, nachdem er seiner absolutistischen Sünden sich entledigt hatte, seinen polnischen Untertanen die Freiheiten und Rechte gewährte, die sie zur Erhaltung ihrer Nationalität benötigten, und der die nationale Entwicklung der Polen nicht unterband. Die Analyse der Polen in Österreich in diesem Augenblick ergibt also vor allem die Dankesschuld, die sie an die habsburgische Monarchie abzutragen haben für die Ermöglichung ihrer Entwicklung und für die Gewährung der staatlichen Autonomie.

Deshalb entflammte auch bei Ausbruch des Krieges unter den österreichischen Polen eine Begeisterung für den Kampf gegen Rußland, die sie weit über ihre Untertanenpflichten hinausgehen ließ. Obwohl alle Waffenfähigen schon in der k. u. k. Armee standen, wurden polnische Legionen aus dem Boden gestampft. Die Parteien aller politischen Schattierungen haben

ſich zuſammengetan, um in dem entſcheidenden Moment feſt und einig in unverbrüchlicher Treue eine Idee zu verkörpern.

Die volkstreuen Polen haben hier den Beweis erbracht, daß ſie innerhalb des Staates, der ihnen die Freiheit ihrer nationalen Entwicklung gewährt, die ſtaatstreueſten Elemente abgeben, auf die ſich der Staat in guten wie in ſchlechten Zeiten ſtützen und auf deren Staatstreue er bauen kann. Das muß beſonders hervorgehoben und betont werden, um einer vielfach verbreiteten Meinung entgegenzutreten, daß die polniſche Volkstreue der polniſchen Untertanentreue Abbruch tue, ja dieſe ausſchließe.

Haben die Polen alſo verſagt? Haben ſie einen Anlaß zur weiteren Aufrechterhaltung der Verdächtigungen gegeben? Haben ſie irgendwie die in ſie geſetzten Hoffnungen enttäuſcht?

Selbſt jene, die von einer unüberwindlichen Abneigung gegen das Polentum erfüllt ſind, werden die Fragen verneinen müſſen.

Im Oſten und im Südoſten iſt zum großen Teil der Boden des ehemaligen polniſchen Reiches zum Schauplatz des gewaltigen Ringens geworden. Sein Enderfolg wird wohl auch über die Zukunft Polens entſcheiden.

Jahrhundertelang ſtand Polen als Außenpoſten Europas auf der Wacht der weſteuropäiſchen Kultur und Ziviliſation und hat die Fluten der Barbarei aufzuhalten verſtanden.

Heute meſſen ſich auf polniſchem Boden zwei Welten. Auf den Trümmern ihres Hab und Guts kämpfen oft Bruder gegen Bruder. In Strömen fließt polniſches Blut auf den verwüſteten und verheerten Fluren. Polen wurde zu einem Land der Gräber und der Tränen.

Die abgrundtiefe Tragik des polniſchen Volkes wird durch den furchtbaren Kampf in den Schatten geſtellt, und doch handelt es ſich in dieſem Augenblick um eine ganze Nation, um ein Millionenvolk.

Obwohl niemand ahnen kann, welche neuen politiſchen Organismen und Formen aus dieſem Rieſenkataklismus hervorgehen werden, hält die feſte Zuverſicht das Volk aufrecht, daß ſich in dieſem Weltkrieg auch ſein Schickſal entſcheiden, daß die Zukunft wenigſtens zum Teil ſeine Hoffnungen erfüllen wird, daß aus ſeinem blutdurchtränkten Boden ihm eine beſſere Zukunft erwächſt. Nur die Zuverſicht, daß das Friedenswerk, das nach dieſer ſturmdurchwühlten Zeit einſetzen wird, auch ihm die Freiheiten und Rechte, die einer Nation von tauſendjähriger Kultur gebühren, gewähren wird, bewahrt es vor Verzweiflung.

Und in der Tat iſt es wohl wenigſtens anzunehmen, daß das Problem der Polenfrage eine neue Stellungnahme und eine Löſung ſeitens der Zentralmächte notwendig machen wird. Hierbei dürfte die Haltung der Polen bei Ausbruch der internationalen Verwicklungen entſcheidend in die Wagſchale fallen, zumal doch nicht außer acht gelaſſen werden darf, daß die Anerkennung und die Achtung fremder Nationalitäten ſtets zu den oberſten Pflichten einer jeden Weltmacht zu zählen ſind.

Für die Polen hat aber jetzt auch die große Stunde geſchlagen, in der ſie den Beweis erbringen ſollen, ob der nationale Gedanke, der ſie in Friedenszeiten diesſeits und jenſeits der Grenzen zuſammengeſchweißt hat, auch fähig iſt, ſich über den Sturm des Weltenbrandes hinwegzuſetzen, ob er es vermag, zur einheitlichen nationalen Idee emporzuwachſen. Kurz — ob die Polen ſich zur politiſchen Reife durchgerungen haben.

Es iſt keine leichte Aufgabe, vor die ein unter drei kriegführende Mächte verteiltes Volk geſtellt wird, das im Laufe der Jahre gezwungen war, ſich eine geſonderte Exiſtenz zu ſchaffen.

Wird aber dieſe Idee der Einheit ſich durchſetzen trotz der

überaus schwierigen Lage, werden die Polen trotz der sie hindernden Banden einheitlich ihre politischen Richtlinien bestimmen können, dann wird der Beweis als geliefert anzusehen sein, daß in dem polnischen Volk ungeheure Kräfte aufgespeichert lagern, die entfacht zu einer Macht aufblühen können. Dann wird die Berechtigung ihrer Forderungen anerkannt werden müssen.

Denn ein Volk, das über hundert Jahre trotz der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, trotz vielfach strengster Unterbindung seiner nationalen Entwicklungsmöglichkeiten sich nicht selbst aufgegeben hat, vielmehr seiner nationalen Idee treu geblieben ist und es verstanden hat, in seiner Gesamtheit mit urwüchsiger Kraft die nationale Einheit sich zu bewahren und die Richtlinien einer einheitlichen Politik sich vorzuzeichnen, selbst in einem Augenblick, wo die festesten Pfeiler der Welt erzittern, — dieses Volk hat eine Existenzberechtigung.

München, März 1915

Dr. A. v. Guttry

Geographiſches Bild des ehemaligen polniſchen Territoriums

Unter dem Namen Republik Polen (Po=Lechia oder Polska) versteht man den Zusammenschluß des Stammes der Lechiten mit allen Stämmen slawischer Rasse, die zwischen dem Baltischen Meer im Norden, dem Schwarzen Meer im Süden, den Quellen der Wolga im Osten und der Oder im Westen über eine Bodenfläche von einer Million Quadratkilometer verteilt waren und sich im Mittelalter vereinigten, um der Unterjochung durch die Deutschen, Türken, Mongolen und Normannen zu entgehen. Die polnische Nationalität ist demnach nur die unbehinderte, normale Entwicklung der slawischen Ziviliſation im tausendjährigen Kampf gegen ihre Nachbarn, die sie umringten und mit Unterjochung bedrohten, und gegen Überschwemmung barbarischer Völker.

Die vier slawischen Volksstämme, die in ihrer Nationalität so geringe Elemente des Unterschieds erblickten, daß sie sich freiwillig um den Grundstamm der Lechiten herumkristallisieren konnten, sind: im Nordwesten, an den Ufern des Baltischen Meeres die Wenden oder Pommern; im Südwesten, im oberen Weichselbecken die Chrobaten (Bergbewohner); im Südosten, in dem ungeheuren Becken des Dnjepr und dem Oberlauf des Bug und des Dnjestr die Ruthenen; im Nordosten, im Njemen= und Dwinabecken die Letten oder Litauer. Die Verschmelzung der beiden erstgenannten Stämme mit den Lechiten vollzog sich bereits in so früher Zeit und so vollständig, daß die Geschichte nur noch die drei großen Gruppen der Lechiten, Litauer und Ruthenen unterscheidet. Diese bildeten gegen Ausgang des vierzehnten Jahrhunderts an Stelle des rudimentären Königreichs der Piasten eine Republik auf rein föderativer Grundlage.

Dieses große Reich, das während einer langen Zeitspanne durch Verbindung höchster lateinischer Bildung mit slawischer Demokratie eines der fortgeschrittensten christlichen Reiche war, hatte bis zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts im Osten

des europäischen Festlandes keinen Rivalen und kein Gegengewicht. Um die Zeit, da Moskau unter dem autokratischen Antrieb seiner Zaren aus dem Dunkel hervortrat, verfiel die polnische Republik durch die Korruption ihrer Staatseinrichtungen und trat in das Alter der Dekadenz. Ihre konstitutionelle Vitalität widerstand dennoch bis zum Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts jedem ernsthaften Angriff einer territorialen Beschränkung, bis drei Riesenmächte sie sozusagen mechanisch unter ihrem gemeinsamen Druck zum Wanken und Einsturz brachten.

Die verschiedenen Teilungen, denen das polnische Reich unterzogen wurde, haben seine Grenzen vollständig verwischt. Im Jahre 1772 bestand die polnische Republik aus fünf Teilen, die mit den fünf polnischen Stämmen ihrer historischen Zusammensetzung übereinstimmten: den Provinzen Pommern oder Preußen, Lechien oder Großpolen, Kroatien oder Kleinpolen, Ruthenien und Litauen.

Die Teilungen Polens
Die Konstitution vom 3. Mai 1791
Die Ursachen des Unterganges

Stanislaus Auguſt Poniatowski wurde, nachdem 1764 Rußland und Preußen einen Vertrag geſchloſſen hatten, kein erbliches Polen zu dulden, von Rußlands und Preußens Gnaden polniſcher König.

Als Günſtling Katharinas, wurde er ein gefügiges Werkzeug in ihren Händen. Ohne alle Energie und Charakter, ohne perſönlichen Halt und ſtaatlichen Ordnungsſinn, konnte er das morſche Gebäude des polniſchen Staates nicht ſtützen und ſeinen Einſturz nicht verhindern. Obwohl er für die Kultur Polens vermöge ſeiner tiefen Bildung auf allen Gebieten, vermöge ſeines Geiſtes und ſeiner modernen Anſchauungen Großes geleiſtet hat, vermochte er nicht, die äußere Machtentfaltung zu fördern, ja nicht einmal das Land nach außen hin zu ſichern und dem Verfall, dem das Emporkommen Rußlands und Preußens und das Neuerſtarken Öſterreichs zur Seite ſchritten, entgegenzuarbeiten.

Literatur und Kunſt, Handel und Gewerbe erblühten, Sitten und Gebräuche verfeinerten ſich ſichtlich. Neben führende Geiſter wie Zaluski*) und Kraſicki**) u. a. traten Dramatiker, Lyriker, Satiriker, Überſetzer, Maler, Zeichner und Politiker. Neben das Unterrichtsminiſterium als beſondere, dem geſamten Unterricht dienende Behörde, das Polen als erſtes Land in Europa geſchaffen, trat die ſogenannte Edukationskammer, aus den reichen Jeſuitenfonds gegründet, glänzend organiſiert, in ganz modernem Geiſte geleitet, und zur Reformierung des Unterrichtsweſens und der Organiſation der Mittel- und Volks-Schulen beſtimmt. Fabriken wurden gebaut, Verkehrsſtraßen angelegt, Kanäle erbaut.

In kurzer Zeit erhob der letzte polniſche König Polen zu

*) Zaluski beſaß die größte Privatbibliothek Europas.

**) Ignaz Kraſicki, Fürſtbiſchof von Ermeland, der Erbauer der Hedwigskirche in Berlin, ergötzte durch ſeinen Geiſt und ſeine Grazie, durch ſeine Satiren, Fabeln und Epiſteln Friedrich den Großen.

einem modernen Kulturstaat und führte zugleich, jeder politischen Einsicht bar — sah er doch das einzige Heil Polens in einer Anlehnung an Rußland — dessen Sturz herbei. Um sich gewaltsam aus der immer enger werdenden Umklammerung der Nachbarstaaten loszureißen fehlte es ihm an Energie und Willenskraft und auch an Mut. Hätte ein anderer den polnischen Thron inne gehabt, hätte er auch die Parteien, in die sich das Reich damals spaltete, zusammenzuschweißen verstanden.

So war es denn für Katharina, deren Beschluß bezüglich Polens, das sie als sichere Beute betrachtete, schon feststand und die deshalb alle Reformen im Lande zu vereiteln suchte und für die Fortdauer der Anarchie eintrat, ein leichtes, auf dem Reichstag von 1768 die Unverletzlichkeit des unseligen „liberum veto", das Recht auf ständige Einmischung in innerpolitische Fragen des Reiches, und sogar das Einstellen jeglicher äußeren Politik zu erzwingen. Immer mehr kam also Polen unter russischen Einfluß und bekam allmählich das Aussehen einer russischen Provinz.

Um Polen nun nicht ganz in die Hände Rußlands fallen zu lassen, trat zunächst Friedrich II. mit Teilungsplänen hervor. Katharina sträubte sich anfangs, da eine Teilung Polens eigentlich den Interessen Rußlands widersprach. Erst als Österreich Partei für Polen ergreifen zu wollen schien, entschloß sie sich, auf den Vorschlag Friedrichs II. einzugehen.

So kam am 15. Januar 1772 der erste Teilungsvertrag zwischen Rußland und Preußen zustande. Maria Theresia und Kaunitz hatten gewisse historische und politische Bedenken, da doch bei dieser Sache „nit alleyn das offenbare Recht himmelschreyend wider uns, sondern auch alle Billigkeit und Vernunft wider uns ist", überwanden sie aber bald und traten schließlich am 19. Februar dem russisch-preußischen Vertrag bei. Friedrich II. höhnte über die Gefühle Maria Theresias

und behauptete von ihr, daß sie „unter Tränen stehle". Nach langem Feilschen regelte das Traktat vom 5. März die Teilung unter die drei Mächte. Die Unterzeichnung des Traktats durch den polnischen Reichstag und die Ratifizierung durch den König wurde durch Besetzung Warschaus und durch Androhung weiterer Übergriffe erzwungen.

Bei dieser Teilung sicherte sich Katharina den größten, aber den mindest wertvollen Teil Polens. Das Rußland zugefallene Gebiet umfaßte Livland, Weißrußland (die vier Wojwodschaften Witebsk, Mścisław, Połock und Mińsk), zusammen 111000 Quadratkilometer mit zwei Millionen Einwohnern. Die Grenze bildete die Düna und der Dnjepr.

Friedrich II. begnügte sich mit einem bedeutend kleineren, aber für Preußen äußerst wichtigen Teil, der Brandenburg-Pommern und Altpreußen verband, nämlich Westpreußen (die drei Wojwodschaften Marienburg mit Ermeland, Pomerellen und Kulm) mit Ausnahme von Danzig und Thorn. 1775 kamen noch Teile des Netzedistrikts hinzu. Im ganzen 35000 Quadratkilometer mit 700000 Einwohnern.

Österreichs Anteil war der wertvollste: Kleinpolen, das Land längs der Weichsel bis Sandomir und Zamość, der größte Teil von Rotrußland, Podolien, Pokutien, Zator, Anschwitz, Lemberg und Teile von Krakau, als Königreich Galizien und Lodomerien. Insgesamt 68000 Quadratkilometer mit fast drei Millionen Einwohnern.

So verlor das polnische Reich von seinem Gesamtumfang ungefähr ein Viertel. Die Integrität des Restes des polnischen Gebiets garantierten die Mächte.

In richtiger Erkenntnis der Schäden und vaterländischer Würdigung des Unglücks, das über Polen hereingebrochen war, führten die „Patrioten", nachdem sie „nach langwieriger Erfahrung der Regierung veraltete Fehler" erkannt hatten und zu der Überzeugung gelangt waren, daß diese Teilung

nur ein Vorspiel für die endgültige Vernichtung ihres Vaterlandes sein sollte, 1791 nach langen Vorbereitungen eine Konstitution ein. Am 3. Mai 1791 wurde der Entwurf dieser Konstitution durch den König eingebracht und beschworen.

Wohl schwang sich das Volk also aus sich heraus zur „Konstitution vom 3. Mai" auf, leider war es zu spät. Die Schöpfer der Konstitution ließen sich von modernsten Ideen und Prinzipien leiten und verstanden es, eine Verfassung zustande zu bringen, die die einzig mögliche Bahn einschlug zwischen den alten und hochgehaltenen Institutionen und den radikalen Doktrinen der französischen Revolution.

Religions- und Gewissensfreiheit wird verfassungsmäßig garantiert, die Bauernbefreiung wird zugesichert, die Staatsgewalt in der Ausübung in die gesetzgebende, die vollziehende und die richterliche Funktion getrennt. Die Gesetzgebung wird dem Parlament übertragen, das sich aus zwei Kammern zusammensetzt; der Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der König zusammen mit einem Ministerrat, dessen Mitglieder er ernennt und die vor dem Parlament verantwortlich sind. Die richterliche Gewalt liegt den erstinstanziellen Gerichten ob, gegen deren Entscheidungen der Appellationshof, das Tribunal, angerufen werden kann. König wird Stanislaus August Poniatowski. Zu seinem Nachfolger wird der Kurfürst von Sachsen, Friedrich August, ernannt. Alle fünfundzwanzig Jahre soll ein besonderes Konstitutions-Parlament einberufen werden, zwecks einer Revision der Verfassung usw.

Die auf so moderner Grundlage aufgebaute Verfassung fand im ganzen freiheitlichen Europa lebhaften Widerhall und begeisterte Anerkennung. Österreich und Preußen beglückwünschten den König. Friedrich Wilhelm depeschierte am 3. Mai an den preußischen Gesandten in Warschau:

„Zufolge der herzlichen Zuneigung, mit der ich der Wohlfahrt der Republik und der Gründung ihrer neuen Konstitution

ſtets zugetan war, der Zuneigung ſage ich, von der ich nie unterlaſſen habe, bei allen Gelegenheiten, die nur von mir abhingen, Beweiſe zu geben, genehmige und preiſe ich den mächtigen Schritt, den ſich die Nation zu tun vorgenommen hat und den ich als weſentlich zur Gründung ihres Glückes betrachte. Die mir davon erteilte Nachricht mußte mir um ſo angenehmer ſein, da ich mit dem tugendhaften Fürſten, der jetzt auserſehen iſt, Polen zu beglücken, durch das Band der Freundſchaft verknüpft bin, und da zwiſchen ſeinem Hauſe und dem meinigen Verbindungen der Nachbarſchaft und glücklichſter Eintracht obwalten. Ich bin daher überzeugt, daß die getroffene Wahl der Republik die Harmonie und das genaueſte Einverſtändnis derſelben mit mir gründen werde.

„Ihnen gebe ich nun den Auftrag, dem Könige, den Reichstagsmarſchällen und allen, die bei dieſem ſo großen Werke mitgewirkt haben, meinen aufrichtigſten Glückwunſch auf die nachdrücklichſte Weiſe abzuſtatten.“

Nachträglich ſchrieb Friedrich Wilhelm an den König Stanislaus Auguſt am 23. Mai 1791:

„Mein lieber Herr Bruder, ich habe die beiden Briefe faſt zur gleichen Zeit erhalten, durch die es Eurer Majeſtät beliebte, mir den wichtigen Beſchluß mitzuteilen, den das Parlament gefaßt hat, indem es die Nachfolge auf den polniſchen Thron dem ſächſiſchen Hauſe zuſichert. Der Eifer, mit dem ich meine diesbezüglichen Anſichten zu bezeugen mich beeilte, mußte Eure Majeſtät und ebenſo die ganze polniſche Nation von meiner beſonderen Teilnahme überzeugen. Ich beglückwünſche mich, daß es mir vergönnt war, zur Aufrechterhaltung der Freiheit und der Unabhängigkeit der Nation beizutragen, und eine meiner angenehmſten Bemühungen in der Zukunft wird es ſein, die Bande, die uns vereinigen, zu feſtigen. Es hat mich beſonders hoch erfreut, daß die Wahl auf einen Prinzen gefallen iſt, deſſen Tugenden ihn des Thrones würdig erweiſen.

Ich wünsche jedoch, daß dieser Augenblick noch ferne liege und daß Eure Majestät während einer langen Reihe von Jahren Eure Völker einer glücklichen Zukunft entgegenführen könne."

Leopold II. und Friedrich Wilhelm II. billigten also und garantierten die Reformen. Katharina aber protestierte und ließ nach Leopolds Tode im Mai 1792 ihr Heer zur Wiederherstellung der Anarchie in Polen einrücken. Im Einverständnis mit Preußen. Die russischen Parteigänger — die mit den Beschränkungen, welche die Konstitution mit sich brachte, unzufriedenen polnischen Magnaten — bildeten die Konföderation von Targowica und unterstützten die Aktion des einrückenden russischen Heeres. Als das polnische Heer unter Führung des Neffen des Königs, Fürst Josef Poniatowski, und der Generäle Kościuszko und Zajączek trotz aller Bravour und Tapferkeit, trotz heldenhafter Ausdauer und einer bis zum Letzten gehenden Hingabe der Übermacht weichen mußte, ließ sich sogar der König Stanislaus August auf gebieterisches Drängen Katharinas bewegen, mit seinem Ministerium zur Targowica überzutreten, und Katharina entschloß sich, dem Verlangen Preußens nach einer neuen Teilung nachzugeben.

Der Reichstag zu Grodno ratifizierte 1793 den zweiten Teilungsvertrag unter der Pression der russischen Kanonen und der Kolben russischer Grenadiere.

Rußland nahm den Rest von Weißrußland, die Ukraina und Podolien, Teile von Kiew und Nowogródek, Ostpolesien und Wolhynien: 250 000 Quadratkilometer mit drei Millionen Einwohnern.

Preußen fiel Großpolen zu (Posen, Gnesen, Kalisch, Łęczyca, Lodz, Piotrków, Sieradz, Czenstochau, Płock), der Rest von Westpreußen mit Danzig und Thorn, Kujawien und ein Teil von Masowien: 60 000 Quadratkilometer und $1^1/_{10}$ Millionen Einwohner.

Öſterreich beteiligte ſich an dieſer Teilung nicht.

Ehe noch endgültig die Grenzen geregelt waren, erhoben ſich die Patrioten unter dem einſtigen Adjutanten Waſhingtons, dem tapferen General Kosciuszko. Nach glänzend erfochtenen Siegen gegen eine vielfache Übermacht wurde Kosciuszko bei Maciejowice ſchwer verwundet gefangen genommen und Warſchau nach dem furchtbaren Blutbad von Praga von Suwaroff eingenommen.

Jetzt beſchloſſen die Mächte — auch Öſterreich meldete ſich diesmal — am 3. Januar 1795 die dritte Teilung, die am 24. Oktober derart durchgeführt wurde, daß Rußland wiederum das größte Stück des Landes für ſich nahm: Litauen mit Wilno, Grodno und Breſt, Kurland und Senegalien, den Reſt von Poleſien, Wolhynien und Schwarzrußland; 120000 Quadratkilometer mit zirka $1\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern.

Preußen erhielt das ſogenannte Neu-Oſtpreußen und Südpreußen, das heißt das Weichſelland bis zur Mündung der Narew mit Warſchau, den Reſt von Maſowien, Bialyſtok und Teile von Podlachien. Öſterreich fiel das Land bis zur Pilitza und Weichſel und über dieſe zum Bug zu, als Neu- oder Weſtgalizien, beſtehend aus Radom, Krakau, Sandomir, Lublin, Teilen von Cholm, Maſurien und Lemberg; insgeſamt 46000 Quadratkilometer und 1 Million Einwohner.

Damit endete das polniſche Reich. Die Urſachen des Unterganges lagen zum Teil in der Schwäche und Unfähigkeit des Königs und der frevelhaften Geſinnung ruſſiſcher Parteigänger und Helfershelfer, vor allem aber in der Regierungsform des Landes. Mit dem Erlöſchen der Dynaſtie der Jagellonen (1572), unter denen Polen die größte Ausdehnung gewonnen hatte — es reichte von der Oſtſee bis zu den Karpathen und bis zum Schwarzen Meer — wurde die Durchführung der

vor kurzem in Angriff genommenen Reformen in Heer-, Finanz- und Rechtswesen unterbrochen. Das darauf folgende Interregnum entwickelte durch die Einführung des Wahlkönigtums und die Erweiterung der Privilegien des zahlreichen Adels den Keim des Verfalles. Polen wurde eine Republik mit einem König an der Spitze, der „viritim" gewählt wurde. Dadurch wurde der Rivalität und dem ständigen Hader der Magnaten und des Adels Tür und Tor geöffnet und ihre Macht stieg von Jahr zu Jahr. Die Macht des gewählten Königs dagegen, der kein ständiges Heer und keine geordneten Finanzen zur Verfügung hatte, der durch die pacta conventa*) und die articuli Henriciani*), die er beschwören mußte, der Eigenliebe des Adels und den Provinzialtagen, auf denen sich der Adel versammelte, ausgeliefert war, war ganz illusorisch. An die Provinziallandtage mußte der König appellieren, wollte er sich oder das Land aus irgendeiner Bedrängnis retten. Die Beamten des Landes waren unabsetzbar und unverantwortlich. Dem König wurde jede Bewegungsfreiheit benommen.

Wohl ließen die freiheitlichen Ideen, die das Reich schon im sechzehnten Jahrhundert beseelten (Konstitution von Radom 1505), Polen als Kontrast zu dem immer schärferen Absolutismus des Westens als das Land der größten Freiheit erscheinen. Diese Ideen sollten jedoch in der Zukunft die Fundamente des Reiches erschüttern, indem sie die gesetzgebende und vollziehende Gewalt in die Hände des Adels legten. Die immer mehr um sich greifende Dezentralisation fand im liberum

*) Die Grundlage der königlichen Gewalt bildete ein Vertrag, der mit dem Gewählten abgeschlossen wurde. Durch die „pacta conventa" wurden dem König bestimmte Verpflichtungen und Beschränkungen auferlegt. In den „articuli Henriciani" erkannte der König einzelne Grundgesetze der Verfassung an. Ferner enthielten die „a. H." Bestimmungen für den Fall, daß der König seinen Verpflichtungen nicht nachkäme.

veto*) ihren vollendetſten Ausdruck. Infolge dieſer Regierungsform kamen im Reiche Zuſtände auf, die ſchließlich zu einer völligen Anarchie führten. Der Gemeinſinn des Volkes konnte ſich unter dieſen Umſtänden nicht ausbilden, die Spannkraft und die Betätigung des Einzelnen am Gemeinwohl des Staates verſchwanden gänzlich, und allgemein mit wenigen Ausnahmen ſtellte ſich der Mangel an öffentlichem Geiſt, Selbſtſucht, Gleichgültigkeit gegen das öffentliche Wohl ein. Die Macht der Einzelnen, ſpeziell die der einflußreichen Magnaten, ſtieg ins Ungeheure. In andauerndem gegenſeitigen Hader wurde ſie erprobt.

Eine weitere Urſache für Polens Untergang bildete ſeine geographiſche Lage und ſeine Exiſtenzbedingungen. Als Ausläufer der weſteuropäiſchen Ziviliſation wurde es zum Übermittler und Träger derſelben im Oſten und erblickte ſeine Aufgabe im Zurückdrängen der barbariſchen Fluten des Oſtens, die den Weſten zu überſchwemmen drohten. Das war die Miſſion Polens als Außenpoſten Europas. Es erfüllte ſie ſeit ſeinen geſchichtlichen Anfängen und zwar auf der Grundlage einer friedlichen Unions- und Koloniſationspolitik. Die freiwillige Angliederung Litauens zum Beiſpiel gab Zeugnis hiervon. Es ging vollſtändig im Polentum auf. Polniſche Sprache und Kultur, polniſche Sitten und Gebräuche verbreiteten ſich raſch im ganzen Lande. Der einſt ruſſiſche und litauiſche hohe und niedere Adel wurde polniſch. Ein großer Teil der heutigen hohen polniſchen Ariſtokratie entſtammt litauiſchen Geſchlechtern, wie die Radziwills, Czartoryskis, Sapiehas, die Tyszkiewicz und andere.

*) Das „liberum veto“ entſprang dem Prinzip der Einſtimmigkeit, wonach ein Geſetz nur durch einſtimmigen Beſchluß der Landboten, des Senats und Zuſtimmung des Königs zuſtande kommen konnte. Der Widerſpruch eines Einzelnen: liberum veto — löſte den Reichstag auf und hob alle auch einſtimmig in der Seſſion gefaßten Beſchlüſſe auf.

Polen und Napoleon

Die Anfänge der großen polnischen Napoleonslegende reichen weit zurück in die Zeit des Direktoriums.

In hellen Flammen loderten die Hoffnungen der Polen in den glorreichen Tagen des Franzosenkaisers auf. Dem siegreichen Napoleon wurde, als er Polens Boden betrat, Hab und Gut und die Blüte der Jugend geopfert. Alle Gedanken galten ihm, alle Herzen jubelten ihm zu, als er kam, Verzweiflung und tiefe Trauer ergriff alle, als sein Stern erlosch.

Die Legende begleitet ihn auf Elba und trauert mit ihm auf St. Helena.

Schon längst war Napoleons Macht gebrochen, das letzte Echo seines Ruhmes und seiner Größe war längst verklungen. Die polnische Legende aber lebte. Sie lebte tief im Herzen der Polen, sie erstrahlte in der polnischen Literatur und Geschichte, sie erglühte in der polnischen Dichtung.

Das Phantom des Empereurs, das aus den Trümmern der polnischen Republik immer wieder aufstieg, wurde zur Idee, in der Haß und Liebe zusammenliefen.

Noch vor der endgültigen Beschließung der Geschicke Polens ging eine Schar polnischer Patrioten ins Ausland, um die Hilfe der den Teilungsmächten feindlichen Staaten anzurufen. Die Hoffnungen der ersten Emigranten stützten sich auf die Überzeugung, daß der Weltfriede und die politische Lage Europas eine Wiederherstellung Polens erheischte. Hatten doch die Teilungen Polens einen Zustand geschaffen, der, wenn nicht gleich, so doch in allernächster Zukunft zu politischen Verwicklungen von unabsehbarer Tragweite führen mußte.

Kühn wurde der Gedanke aufgeworfen, in Frankreich ein polnisches Heer zu bilden, das im gegebenen Augenblick nach Polen geworfen werden sollte. Obwohl der Gedanke nicht zur Ausführung gelangt war, verdankten ihm die polnischen Legionen ihre Entstehung. General Henryk Dąbrowski übernahm die Bildung der Legionen und erlangte die Zu-

Die Anfänge der großen polnischen Napoleonslegende reichen weit zurück in die Zeit des Direktoriums.

In hellen Flammen loderten die Hoffnungen der Polen in den glorreichen Tagen des Franzosenkaisers auf. Dem siegreichen Napoleon wurde, als er Polens Boden betrat, Hab und Gut und die Blüte der Jugend geopfert. Alle Gedanken galten ihm, alle Herzen jubelten ihm zu, als er kam, Verzweiflung und tiefe Trauer ergriff alle, als sein Stern erlosch.

Die Legende begleitet ihn auf Elba und trauert mit ihm auf St. Helena.

Schon längst war Napoleons Macht gebrochen, das letzte Echo seines Ruhmes und seiner Größe war längst verklungen. Die polnische Legende aber lebte. Sie lebte tief im Herzen der Polen, sie erstrahlte in der polnischen Literatur und Geschichte, sie erglühte in der polnischen Dichtung.

Das Phantom des Empereurs, das aus den Trümmern der polnischen Republik immer wieder aufstieg, wurde zur Idee, in der Haß und Liebe zusammenliefen.

Noch vor der endgültigen Beschließung der Geschicke Polens ging eine Schar polnischer Patrioten ins Ausland, um die Hilfe der den Teilungsmächten feindlichen Staaten anzurufen. Die Hoffnungen der ersten Emigranten stützten sich auf die Überzeugung, daß der Weltfriede und die politische Lage Europas eine Wiederherstellung Polens erheischte. Hatten doch die Teilungen Polens einen Zustand geschaffen, der, wenn nicht gleich, so doch in allernächster Zukunft zu politischen Verwicklungen von unabsehbarer Tragweite führen mußte.

Kühn wurde der Gedanke aufgeworfen, in Frankreich ein polnisches Heer zu bilden, das im gegebenen Augenblick nach Polen geworfen werden sollte. Obwohl der Gedanke nicht zur Ausführung gelangt war, verdankten ihm die polnischen Legionen ihre Entstehung. General Henryk Dąbrowski übernahm die Bildung der Legionen und erlangte die Zu-

ſtimmung des Direktoriums und Bonapartes. Seitdem kämpften die polniſchen Legionen, die durch den ſtändigen Zuſtrom aus Polen eine bedeutende Stärke erreichten, in der Lombardei, in der zisalpiniſchen Republik, in Italien.

Nach ſeinem Einzug in Berlin beauftragte Napoleon den General Zajączek mit der Bildung neuer polniſcher Legionen und berief den Reſt aus Italien zurück. Den General Dąbrowski ſchickte er nach Polen, um dort eine polniſche Armee zu organiſieren, ſein Intereſſe für die polniſche Sache und ſein Wohlwollen dem polniſchen Volke gegenüber zu verkünden. Freudig wurde in Polen die Nachricht vernommen, eine polniſche Deputation wurde von Warſchau nach Berlin entſandt und dort feierlichſt empfangen. Napoleon verlangte eine allgemeine Volkserhebung und verſtand es, ohne poſitive Verſprechungen zu machen, die kühnſten Hoffnungen bei den Polen hervorzurufen. Man ſah in ihm den Befreier, den Retter aus Elend und Not. Mit überſchwänglichem Enthuſiasmus wurde er in Poſen und Warſchau empfangen.

Gegen den Oſten vorrückend betrat Napoleon den polniſchen Boden, und ſeit der Zeit war ſeine Bahn und ſein Geſchick aufs engſte mit Polen verbunden.

Das Letzte an Hab und Gut wurde geopfert, Alt und Jung griff zu den Waffen. Unter der Führung des Fürſten Joſef Poniatowski, des Neffen Stanislaus Auguſts, der Generäle Dąbrowski und Zajączek ſtellte ſich ihm eine ſtattliche Armee zur Verfügung, bereit, den letzen Tropfen Blut für den Kaiſer und das Vaterland zu opfern. Weitſichtige warnten vor dieſer rückſichtsloſen Hingabe. Sie wurden zu Verrätern geſtempelt.

Napoleons Dank und Lohn war die Schaffung des Großherzogtums Warſchau. Man hatte mehr erhofft. Ein zwiſchen den Teilungsmächten eingezwängtes kleines Gebiet konnte ſich auf die Dauer nicht behaupten. Ein nahes Ende, eine neue Tragödie war vorauszuſehen. Die Lage, in der ſich

Napoleon zu dieſer Zeit befand, gebot ihm vor allem Rückſichtnahme auf Rußland. Den Zaren Alexander mußte er ſich als Verbündeten ſichern.

Trotz der Enttäuſchung, trotz der ſchwerſten Opfer, die das Land Napoleon ſchon gebracht hatte, ließ die Begeiſterung eines großen Teiles der polniſchen Geſellſchaft und des polniſchen Volkes nicht nach, entbrannte vielmehr in immer helleren Flammen, obwohl weitere Laſten dem Lande aufgebürdet wurden. Polniſche Truppen mußten für die Beſatzungen in Deutſchland, Schleſien und Danzig geſtellt werden, eine polniſche Legion wurde in den Dienſt des Königs von Weſtfalen abkommandiert, polniſche Regimenter folgten Napoleon auf ſeinen Feldzügen.

Mit unſterblichem Ruhm bedeckten ſich die Polen in Italien, in Spanien, in Deutſchland, Öſterreich und Rußland. Mit dem Rufe „Vive l'empereur" gaben Tauſende ihr Leben freudig hin, die ganze polniſche Jugend war Napoleon gefolgt. Überall floß polniſches Blut, und doch war es nur für Napoleons Größe und ſeine unbändigen Machtpläne. Die grenzenloſe, vor keinem Opfer zurückſchreckende Hingabe an ihn, ließ es die Polen vergeſſen, politiſche Garantien zu verlangen.

Die Sentimente überwogen die Politik und trübten jede klare Umſicht und jede ruhige Überlegung.

Standen dieſer allgemeinen Hingabe an den Franzoſenkaiſer beſonnene polniſche Politiker, die ſeine Pläne zu überſchauen glaubten, lange fern, ſo durften ſie ſich, als der ruſſiſche Krieg ausbrach, mit ihren Anſichten nicht mehr herauswagen. Viele ließen ſich ſogar von der Strömung der Zeit hinreißen. Als Napoleon nämlich gegen den Erbfeind Polens ins Feld zog, wähnte man ſich ſchon am Ziele der Hoffnungen und war ſtolz auf das für ihn vergoſſene Blut und auf die dargebrachten Opfer. Die Wiederherſtellung Polens in ſeinen alten Grenzen

müßte ja den Abschluß des russischen Feldzuges bilden. Eine natürliche Folge wäre es ja bloß, wenn er die polnischen Gebiete des zerschmetterten Rußlands seinen früheren Besitzern wiedergäbe, als Dank und Belohnung für die treue Gefolgschaft.

Vergeblich bemühte sich Zar Alexander, als er das drohende Gespenst eines Krieges mit dem unbesiegbaren Napoleon heranschleichen sah, um die Wiedergewinnung der Gunst der Polen. Vergeblich bestürmte er seinen Jugendfreund, den früheren russischen Minister des Äußeren, Fürst Adam Czartoryski, seinen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen.

Wiederum schien Polen, wie es schon immer der Fall war, wenn das Abendland mit dem Osten sich messen sollte, eine ausschlaggebende Rolle beschieden zu sein.

Daß sich Napoleon mit dem Gedanken einer Wiederherstellung Polens befaßt hatte, schien ja seine Absicht zu beweisen, im gegebenen Falle Österreich für die Rückgabe des polnischen Gebietes durch Illyrien zu entschädigen. Wie er aber zugleich über die Polen dachte, deutet er in einem Brief an Narbonne an:

„Ich liebe die Polen auf dem Schlachtfeld; sie sind eine tapfere Rasse; aber von ihren beratenden Versammlungen, ihrem liberum veto, ihrem Parlament zu Pferde und mit gezücktem Säbel will ich nichts wissen . . .

„Ich habe es mir genau überlegt: ich will mir in Polen ein Feld schaffen, aber kein Forum. Wir werden zwar eine Art Parlament haben, das die Aushebungen im Großherzogtum Warschau unterstützen soll, aber darüber hinaus nichts. Ich werde Alexander mit höflichen Waffen bekriegen, mit 2000 Feuerschlünden und 500 000 Soldaten, aber ohne Aufstand. Ich werde ihm Moskau wegnehmen; ich werde ihn nach Asien zurückwerfen; aber ich werde weder in Warschau noch in Krakau noch irgendwo anders einen Klub dulden. Ich sage

das nicht aus Familienrücksichten auf Österreich, das bei den Teilungen Polens Hand und Arm im Spiel gehabt hat.

„Im letzten Grunde könnte ich es zwar durch etwas anderes entschädigen, ihm Illyrien zurückgeben und zu diesem Preis ihm seinen Anteil an Polen abnehmen, ohne daß es sich über diese Handlungsweise allzusehr beklagen könnte; dieser Tausch ist sogar schon ins Auge gefaßt. Aber ich will Polen bloß als eine disziplinierte Kraft, pour meubler un champ de bataille. Hier liegt der Kernpunkt der Frage. Die nationale Ader in Polen aufzurütteln, ohne die liberale Ader zu wecken, rasch hindurchziehen, mit ihnen weit fortgehen, die männliche Kraft mit fortreißen, sie nach dem Norden stoßen, drauf losschlagen auf Köpfe und Herzen, und mit demselben Schlage, nur in verschiedenem Sinne, durch Schnelligkeit zugleich Feinde und Helfer betäuben."

Unter Führung des Fürsten Josef Poniatowski schlossen sich 60 000 polnische Krieger der großen Armee an, zogen mit Napoleon gegen Moskau und verließen ihn nicht, als seine Macht schon gebrochen schien. Fürst Josef Poniatowski fand 1813 in der Elster den Heldentod.

Wohl hat Napoleon die polnische Sache, der schon Vergessenheit drohte, in den Vordergrund der geschichtlichen Ereignisse gestellt, wohl hat er sie zur europäischen Frage emporgehoben, so daß sie zu einem schwerwiegenden Faktor der internationalen Politik wurde. Das muß anerkannt werden.

Politisch hat er es bitter enttäuscht. Es sei dahingestellt, welche Zwecke er damit verfolgte, von welchen politischen Beweggründen er sich dabei leiten ließ. Das mächtige Aufwachen der polnischen Gesellschaft, das Aufflammen des nationalen Bewußtseins und der jähe Ausbruch der aufgespeicherten Energien des polnischen Volkes waren sein Verdienst.

Aus den Trümmern des polnischen Reiches erstanden Helden, deren Namen der Unsterblichkeit geweiht sind, deren

Ruhm in der Weltgeſchichte weiterlebt. Mächtig drang das Echo des polniſchen Heldentums von den Alpen und den Pyrenäen, von Rom, Saragoſſa und Somoſierra, von Palermo und St. Domingo, von Madrid und Raſzyn, von Wagram, Moskau und Leipzig in die Heimat und in das Herz des Volkes.

Polen, deſſen Namen ſogar beinahe ſchon vergeſſen war, erſchien auf einmal wieder vor den Augen Europas. Seine vergeſſene Größe und ſeine geſchichtliche Tradition erſtrahlte auf einmal in üppigem Glanz.

Trotz der politiſchen Enttäuſchungen wurde deshalb das Andenken an Napoleon im Herzen der Polen als heiligſte Reliquie aufbewahrt. Deshalb wuchs die Geſtalt des Kaiſers ins Unermeßliche.

Es entſtand die nationale Legende.

Der Traum von einer lichten Zeit der freudigen Aufopferung, des übermenſchlichen Heldentums wurde weiter geträumt und vererbte ſich von Generation zu Generation. Am Ausgang des achtzehnten und Anfang des neunzehnten Jahrhunderts zerriß ein heller Lichtſtrahl das ſchwarz überwölkte Firmament der tragiſchen Geſchichte Polens.

Die Polen in Rußland

Gebiet und Bevölkerung

Polen, Litauen, Ruthenien

Rußland beſitzt zirka 80 Prozent des geſamten früheren polniſchen Reichsgebiets.

1. Das Königreich Polen, das heißt das polniſche Gebiet, das Rußland 1815 zugefallen iſt. Es umfaßt 126 952 Quadratkilometer, mit einer Bevölkerung von 12 $^1/_2$ Millionen Einwohnern. (Volkszählung vom 1. Januar 1911.) Demnach iſt Kongreß-Polen viereindrittelmal ſo groß wie Belgien und ungefähr ſo groß wie Rumänien. Die Bevölkerungszahl beträgt eineinhalbmal ſo viel als die Belgiens, und dreimal ſo viel als die der Schweiz. Auf 1 Quadratkilometer entfallen 82 Einwohner. Die Bevölkerungszahl der 116 Städte beträgt 2 907 000 Einwohner, alſo 23 Proz. der Geſamtbevölkerung, während 77 Proz. auf die Landgemeinden entfallen.

Die Zahl der Einwohner in den größten Städten beziffert ſich folgendermaßen: Warſchau 872 000, Lodz 408 000, Sosnowiec 81 000, Czenſtochau 69 000, Lublin 69 000, Kaliſch 47 000, Bendzin 46 000, Radom 40 000, Piotrków (Petrikau) 38 000, Włozławek 33 000, Kielce 30 000, Płock 30 000.

Die Geſamtbevölkerung ſetzt ſich aus folgenden Nationalitäten zuſammen:

Polen	9 200 000
Juden	1 680 000
Deutſche	550 000
Ruthenen	442 000
Litauer	416 000
Ruſſen	130 000

2. Das frühere Oſtpolen: Litauen und Weißrußland (Weißruthenien). Dieſes Gebiet umfaßt das ſogenannte „nordweſtliche Land“ mit den Gouvernements Kowno, Wilno, Grodno, Mińsk, Mohylew und Witebsk, und das ſogenannte

Politiſche Bedeutung des Rußland zugefallenen polniſchen Gebiets

Die Eroberung, beziehungsweiſe Erwerbung Litauens und Weißrutheniens war eine der wichtigſten Fragen Rußlands äußerer Politik. Nachdem es ſich nämlich ſchon Livlands mit Riga und auch der Küſten des Schwarzen Meeres bemächtigt hatte, bildete die Einverleibung Litauens und Weißrutheniens eine ſozuſagen geographiſche Notwendigkeit zur Abrundung und normalen Abgrenzung des ruſſiſchen Reichsgebiets. Da dieſe Provinzen nur 400 Jahre zu Polen gehört hatten und hier ſich nur die oberen Schichten der Bevölkerung wirtſchaftlich und kulturell behaupteten, war auch eine Aſſimilierung an den ruſſiſchen Staat leichter durchzuführen.

Ganz anders verhält es ſich dagegen mit Kongreß-Polen. Die Einverleibung dieſes Gebiets gewährte Rußland keine Vorteile und ſtellte auch keine territoriale Notwendigkeit dar. Im Gegenteil, die ruſſiſche Grenze verſchob ſich anormal, im Weſten tief in das deutſche Reich einſchneidend. Die wirtſchaftlichen Verhältniſſe des Landes boten keine große Expanſionsmöglichkeit, zudem nahm das Gebiet den mittleren Lauf der Weichſel ein und war von deren Quelle und deren Mündung abgeſchnitten. Dazu kam vor allem noch die urpolniſche Bevölkerung dieſes Gebietes, deren Aſſimilierung, oder beſſer geſagt Ruſſifizierung, der Regierung große Schwierigkeiten bereiten ſollte, zumal noch außer der Sprache und Kultur die katholiſche Religion zu bewältigen war. War doch ohne „Bekehrung“ zum orthodoxen Glauben an eine erfolgreiche Ruſſifikation nicht zu denken.

Des öfteren waren auch in Rußland ſelbſt Zweifel über die Vorteile eines dauernden Beſitzes Kongreß-Polens aufgetaucht. Alexander II. trug ſich mit dem Gedanken, ſich Kon-

greß-Polens, oder wenigſtens einer Hälfte des Landes zu entledigen, und der Gedanke beſchäftigte noch in letzter Zeit ruſſiſche Politiker. Ein Beweis, daß die Bedeutung des Zuwachſes von Kongreß-Polen für Rußland zweifelhaft war, zugleich aber auch ein Beweis der politiſchen Unfähigkeit und Ohnmacht der ruſſiſchen Regierung.

Ein dauernder Beſitz Kongreß-Polens konnte für Rußland nur inſofern Zukunftswert haben, als die Pläne ſeiner äußeren Politik von vornherein gleich weiter gingen im Sinne einer territorialen Machtentfaltung, nämlich das Gebiet bis zu den Karpathen auszudehnen und ſich ſo eine natürliche Grenze und eine natürliche Anlehnung zu ſchaffen, und endlich, ſich der Njemen- und Weichſelquelle zu bemächtigen.

Politiſche Bedeutung des Rußland zugefallenen polniſchen Gebiets

Die Eroberung, beziehungsweiſe Erwerbung Litauens und Weißrutheniens war eine der wichtigſten Fragen Rußlands äußerer Politik. Nachdem es ſich nämlich ſchon Livlands mit Riga und auch der Küſten des Schwarzen Meeres bemächtigt hatte, bildete die Einverleibung Litauens und Weißrutheniens eine ſozuſagen geographiſche Notwendigkeit zur Abrundung und normalen Abgrenzung des ruſſiſchen Reichsgebiets. Da dieſe Provinzen nur 400 Jahre zu Polen gehört hatten und hier ſich nur die oberen Schichten der Bevölkerung wirtſchaftlich und kulturell behaupteten, war auch eine Aſſimilierung an den ruſſiſchen Staat leichter durchzuführen.

Ganz anders verhält es ſich dagegen mit Kongreß-Polen. Die Einverleibung dieſes Gebiets gewährte Rußland keine Vorteile und ſtellte auch keine territoriale Notwendigkeit dar. Im Gegenteil, die ruſſiſche Grenze verſchob ſich anormal, im Weſten tief in das deutſche Reich einſchneidend. Die wirtſchaftlichen Verhältniſſe des Landes boten keine große Expanſionsmöglichkeit, zudem nahm das Gebiet den mittleren Lauf der Weichſel ein und war von deren Quelle und deren Mündung abgeſchnitten. Dazu kam vor allem noch die urpolniſche Bevölkerung dieſes Gebietes, deren Aſſimilierung, oder beſſer geſagt Ruſſifizierung, der Regierung große Schwierigkeiten bereiten ſollte, zumal noch außer der Sprache und Kultur die katholiſche Religion zu bewältigen war. War doch ohne „Bekehrung“ zum orthodoxen Glauben an eine erfolgreiche Ruſſifikation nicht zu denken.

Des öfteren waren auch in Rußland ſelbſt Zweifel über die Vorteile eines dauernden Beſitzes Kongreß-Polens aufgetaucht. Alexander II. trug ſich mit dem Gedanken, ſich Kon-

greß-Polens, oder wenigſtens einer Hälfte des Landes zu entledigen, und der Gedanke beſchäftigte noch in letzter Zeit ruſſiſche Politiker. Ein Beweis, daß die Bedeutung des Zuwachſes von Kongreß-Polen für Rußland zweifelhaft war, zugleich aber auch ein Beweis der politiſchen Unfähigkeit und Ohnmacht der ruſſiſchen Regierung.

Ein dauernder Beſitz Kongreß-Polens konnte für Rußland nur inſofern Zukunftswert haben, als die Pläne ſeiner äußeren Politik von vornherein gleich weiter gingen im Sinne einer territorialen Machtentfaltung, nämlich das Gebiet bis zu den Karpathen auszudehnen und ſich ſo eine natürliche Grenze und eine natürliche Anlehnung zu ſchaffen, und endlich, ſich der Njemen- und Weichſelquelle zu bemächtigen.

Die polniſche Sache nach dem Wiener Kongreß Der Kampf um die Wiedererlangung der Selbſtändigkeit

Der Aufſtand 1830/31

Das auf dem Wiener Kongreß als Kongreß-Polen abgegrenzte Land fiel Rußland als ſelbſtändiges, konſtitutionelles Königreich zu und wurde durch Realunion mit Rußland verbunden. Die Folgen waren vorauszuſehen. Die Union eines konſtitutionellen Staates mit eigener Verfaſſung, eigener Verwaltung und eigenem nationalen Heer mit dem abſolutiſtiſchen moskowitiſchen Zarenreich war zu künſtlich, als daß ſie nicht bald zerfallen mußte. Allmählich wurden auch die auf dem Wiener Kongreß ſtatuierten und von Zar Alexander garantierten Rechte und Freiheiten der Polen beſeitigt.

Nach Artikel 3 des Vertrages zwiſchen Preußen, Öſterreich und Rußland vom 3. bis 4. Mai 1815 ſollten den Polen „Einrichtungen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität ſichern, nach den Formen politiſchen Daſeins zuteil werden, die jede der Regierungen, denen ſie angehören, ihnen zuzugeſtehen für angemeſſen erachten wird".

Obwohl ſich Alexander gern in ſeiner Würde als konſtitutioneller König und Wiederherſteller Polens ſonnte, weſteuropäiſchen Liberalismus zur Schau zu tragen bemüht war, ſogar ſeinen Jugendfreund, den Fürſten Adam Czartoryski, zum Miniſter des Äußeren berief, ließ er es geſchehen, daß in Polen zunächſt die Preſſefreiheit, das Budgetrecht und ſogar die Öffentlichkeit des Reichstages aufgehoben wurden.

Als vollends nach dem Tode Alexanders Zar Nikolaus I. zum Beweiſe ſeiner beſonderen Huld Polen gegenüber dort

seinen Bruder, den Großfürsten Konstantin, als Vizekönig einsetzte, und dieser wie ein asiatischer Despot die Zügel in die Hand nahm und auf Schritt und Tritt, durch jede Handlung, durch jedes Wort beinahe das Nationalgefühl und die Nationalehre des polnischen Volkes roh beleidigte, kam im November 1830 die Empörung zum Ausbruch. Das Volk, das sich in seiner Existenz bedroht fühlte, erhob sich mit rücksichtsloser Hingebung und begeisterter Opferfreudigkeit zum Kampf um seine höchsten Güter. Das Letzte an Hab und Gut wurde der heiligen Sache geopfert.

Der Plan der Verschworenen ging dahin, zunächst den Großfürsten unverhofft in seiner Residenz im Schloß Belvedere zu überfallen, die litauische Garde, die er zu seiner persönlichen Sicherheit in Warschau hatte, zu entwaffnen und sich des Arsenals zu bemächtigen. Der Überfall aufs Belvedere brachte den Aufstand zum Ausbruch, der bald auch nach Litauen und Kleinrußland übergriff. Mitte Dezember war, nachdem der Großfürst die Hauptstadt verlassen hatte, Polen von russischen Streitkräften geräumt. Fürst Adam Czartorysk und der Finanzminister Lubecki nahmen die Regierung in die Hand. Befehlshaber der polnischen Truppen wurde General Chłopicki, der sich bald hernach eigenmächtig zum Diktator erklärte und so die ganze Verantwortung auf sich nahm. Obwohl Chłopicki, dessen Name von den Legionen her und aus der napoleonischen Zeit rühmlichst bekannt war, als einer der tüchtigsten polnischen Generäle galt, obwohl er das Vertrauen der Mehrzahl des Volkes genoß, war seine Stellung als Führer des gesamten Volkes schon aus dem Grunde unmöglich, weil er an einen endgültigen Sieg der Aufständischen nicht glaubte, vielmehr bloß die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Inneren des Landes und die Rettung der Verfassung des Königreichs sich zum Ziele setzte und zu diesem Zwecke in Unterhandlungen mit Rußland treten wollte.

Da, wo das ganze Volk begeistert für die Erkämpfung der Unabhängigkeit einstand, wo das ganze Volk bereit war, sein Blut zur Rettung des Vaterlandes zu vergießen, da, wo das Volk stürmisch zu Taten drängte, war ein Mann, der die Flut der Begeisterung eindämmen wollte, nicht der geeignete Führer. Seine Pläne fanden keinen Anklang, und er gab deshalb den Oberbefehl an den Fürsten Radziwill ab. Trotzdem blieb er aber doch die Seele des Aufstandes. Das Parlament erklärte die Absetzung des Zaren vom polnischen Thron und setzte eine Nationalregierung mit Czartorysti an der Spitze ein, der eine Intervention der Mächte, speziell die Frankreichs, herbeizuführen erhoffte.

Da der polnische Aufstand im engen Zusammenhang mit den Strömungen des damaligen Europa stand, die polnische Sache zur Sache aller Völker wurde, die ihre Freiheit erkämpfen wollten, erweckte er auch die Sympathien aller Völker. Deshalb unterstützten aber gerade auch die Regierungen, denen diese Strömung gefährlich werden konnte, die polnische Erhebung nicht und beließen es bei platonischen Kundgebungen. Deshalb waren auch die Bemühungen Czartoryskis von keinem Erfolge gekrönt.

Unterdessen hatte aber Rußland eine mächtige Armee gesammelt. 160 000 Russen stand eine polnische Armee von 50 000 Mann gegenüber. Trotz dieser Überlegenheit behaupteten sich die Polen längere Zeit heldenhaft, bis sie nach der blutigen Schlacht bei Grochów, in der Chłopicki schwer verwundet wurde, sich über die Weichsel und nach der Schlacht bei Ostrołęka nach Warschau zurückziehen mußten.

Am 6. und 7. September wurde Warschau, wo infolge der Uneinigkeit zwischen dem Klub der patriotischen Gesellschaft und dem von Ehrgeiz zerfressenen General Krukowiecki, der das Oberkommando erstrebte, Unruhen ausgebrochen waren, gestürmt und kapitulierte am 7. September. Am 5. Oktober

überschritt der Rest der polnischen Armee — an die 20 000 Mann — die preußische Grenze und streckte in Brodnica die Waffen.

Wohl erweckte wie erwähnt der Aufstand von 1830 tiefe Sympathie und regste Teilnahme in den Herzen aller Liberalen Europas und in den europäischen Kabinetten. Wohl verfügte Polen über Führer, die in den Kriegen Napoleons in Erfahrung gereift waren, über eine Jugend, die von diesen im gleichen kriegerischen Geiste herangebildet und von der Idee der Errettung des Vaterlandes durchdrungen war. Trotzdem unterlag es.

Polens Sache war verloren, trotz der Opfer bis aufs letzte, trotz des Heldenmuts des Heeres und seiner Führer, trotz so vieler ruhmreicher Kämpfe.

Zweifellos sind große Fehler auf polnischer Seite begangen worden. Schon der Mangel an Energie und Einigkeit der Generäle, die mangelnde Einsicht der Notwendigkeit eines absoluten Zusammengehens bei den einzelnen Parteien — besonders der aristokratischen mit der demokratischen — fielen schwer ins Gewicht. Aber abgesehen davon war der in aller Eile durch die heißblütige polnische Jugend organisierte Verzweiflungskampf gegen eine Großmacht, der nicht nur unermeßliche Mittel, sondern auch gleich beteiligte und gleich mächtige Alliierte zur Seite standen, von vornherein aussichtslos, besonders da die Hoffnungen auf eine ferne Unterstützung vollkommen fehlschlugen. Die Unterstützungen erschöpften sich in Sympathiekundgebungen, Protesten und diplomatischen Vorstellungen.

Der prophetische Ausspruch des verwundeten Kosciuszko: „Finis Poloniae“ sollte jetzt in Erfüllung gehen. Nach dreivierteljährigem Kampf war Polens Ende wieder da.

Ein grausames Blutgericht des Zaren folgte der Niederwerfung des Aufstandes. Schaudernd wandte sich die Mitwelt

ab von den barbarischen Maßregeln des russischen Satrapen gegen ein Volk, das wohl zu einem Aufstand sich erhoben hatte, aber doch nur im Kampf um seine heiligsten, ihm widerrechtlich entzogenen Güter unterlegen war.

Die Konstitution von 1815 wurde durch das „organische Statut" von 1832 ersetzt, das Polen, dem zunächst nur der Name eines eigenen Königreichs erhalten blieb, dem russischen Reich als Provinz einverleibte, den Reichstag, das polnische Heer und das Ministerium beseitigte und strengste Polizeiaufsicht einführte. Nunmehr wurde das Land der Willkür der es verwaltenden Beamten überlassen, die bei der Russifizierung vor keinem, noch so barbarischen Mittel zurückschreckten.

Die Emigration

Die Aufſtändiſchen und jene, die die Rache der ruſſiſchen Regierung zu befürchten hatten, alſo die polniſche Regierung, das Parlament, das Heer und ein großer Teil der Intelligenz des Landes flüchteten nach Frankreich. Den äußeren Anſtoß zu dieſer Emigration gaben Mitglieder des Offizierkorps, die der Amneſtie des Zaren nicht trauten und es vorzogen, als entwaffnete polniſche Legion ſich in das befreundete Frankreich zu begeben, wo ſie ſowohl der Sympathien der öffentlichen Meinung wie der des Louis-Philippeſchen Miniſteriums ſicher waren.

Im Winter 1831/32 zogen nun die Emigranten durch Deutſchland, auf dem Zug von der Bevölkerung begeiſtert begrüßt, nach Frankreich.

Nach verſchiedenen mißlungenen Verſuchen, im Ausland eine polniſche Volksvertretung zu ſchaffen, verbanden ſich in Paris die Mitglieder der einſtigen Regierung, des einſtigen Parlaments und die hohen Militärs unter der Führung des Fürſten Adam Czartoryski, des ehemaligen Beraters Alexanders I. beim Wiener Kongreß, zu einer ariſtokratiſchen Partei und beſchloſſen, alle Fäden, die zur Heimat führten, in der Hand zu behalten, die ganze polniſche Nation zu repräſentieren und die Verteidiger ihrer Rechte vor den europäiſchen Kabinetten zu ſein.

Fürſt Adam Czartoryski drückte ihr vermöge ſeines Anſehens, das er in ganz Europa genoß, vermöge ſeiner Autorität bei ſeinen Landsleuten, ſeines Pflichtbewußtſeins und ſeines glühenden Patriotismus einen perſönlichen Stempel auf.

Den Ausgangspunkt dieſer Partei bildeten die Beſchlüſſe des Wiener Kongreſſes, alſo die Forderung der Wiederherſtellung eines ſelbſtändigen „Kongreß-Polens“. Man glaubte ſich hierbei auf die Hoffnung ſtützen zu können, daß die-

jenigen Mächte, die sich für diese Beschlüsse eingesetzt hatten, auch auf der Aufrechterhaltung derselben bestehen würden. Gemäß diesem politischen Ziele, das sich die Partei gesteckt hatte, eröffnete sie ihre Tätigkeit mit der Einbringung der sog. „motion" im englischen Parlament, die eben die Wiederherstellung Polens von 1815 bezweckte.

Diese erste politische Aktion erweckte unter einem Teil der Emigranten eine starke Opposition. Schien doch die Politik der aristokratischen Partei die Wünsche der Gesamtnation außer acht zu lassen. In „Kongreß-Polen" waren nämlich Litauen und Weißruthenien nicht einbegriffen, während diese Provinzen doch auch am Aufstand von 1830 sich beteiligt hatten und ihre Vertreter auch im Warschauer Parlament saßen.

So bildete sich eine Gegenpartei im Schoße der Emigration unter der Führung des Historikers Lelewel, die sog. „demokratische Gesellschaft", die am 3. Mai 1832 einen Protest an die Völker Europas ergehen ließ, in dem auseinandergelegt wurde, daß alle Teilungen Polens das Naturrecht der polnischen Nation und des polnischen Reiches in den Grenzen vor den Teilungen nicht aufheben könnten. Deshalb erachtete man auch die Abgrenzung, wie sie der Wiener Kongreß festgelegt hatte, nur als eine neue Teilung, und man dürfte deshalb nicht die nationale Politik auf den Beschlüssen des Kongresses aufbauen. Dieser Protest bildete zugleich das Programm der demokratischen Gesellschaft, und auch sie brachte im englischen Parlament eine entsprechende „motion" ein, die nicht nur einen Protest gegen alle Teilungen Polens und gegen die Politik der aristokratischen Partei bezweckte, sondern vor allem auch vor ganz Europa die Rechte Polens begründen sollte.

Nicht nur in diesem wesentlichen Punkte gingen die Ansichten der beiden Parteien auseinander. Die Reibung auf dem sozialpolitischen Gebiet war noch größer.

Während nämlich die Demokraten, die Lehren aus dem Aufstand von 1830 ziehend, auf ihr Programm soziale Reformen für den Bauernstand und für die Erweiterung der bürgerlichen Rechte setzten, und nur darin eine Sanierung der Nation erblickten und eine Möglichkeit des Zusammenraffens aller nationalen Kräfte, die zur Arbeit an der Wiederherstellung des polnischen Staates unumgänglich nötig waren; während ferner die Demokraten, durch das Scheitern des Aufstandes und die Enttäuschungen, die die Hoffnungen auf fremde Hilfe erfahren hatten, belehrt, sich nunmehr nur auf eigene Kraft stützen wollten, verharrten die Aristokraten trotz der blutigen Lehren aus der nahen Vergangenheit in dem Glauben, daß das Ausland sich der polnischen Sache doch noch annehmen würde.

Trotz der Uneinigkeit im Inneren dürfen die Verdienste der Emigration um die polnische Sache und der Nutzen, den sie dem polnischen Volke gebracht hat, nicht unterschätzt werden. Hat sie doch die wichtigsten Existenzfragen der Nation von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchtet und das Volk über diese Fragen aufgeklärt, das sich nunmehr für eine der beiden politischen Richtungen entscheiden konnte. Ein weiteres Verdienst der Emigration war in der Heranbildung der jungen Emigranten zu erblicken, die nach ihrer Rückkehr in die Heimat ihrem Lande wertvolle Dienste auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet geleistet haben.

Um die Bedeutung der polnischen Emigration zu verstehen, ihre langjährige Herrschaft und ihren Einfluß auf die Entwicklung der Polen in der Heimat zu begreifen, muß betont werden, daß die Uneinigkeit, so charakteristisch sie sein mochte, doch nur rein innerer Natur war.

Nach außen hin verfolgten beide Parteien dieselben Ziele, wenn sie auch zu ihnen auf verschiedenen Wegen gelangen wollten. Für beide war das Endziel die Unabhängigkeit des Vaterlandes.

Noch ein wesentliches Moment kam hinzu, das die polnische Emigration in Paris nicht nur in der Heimat, sondern vor der ganzen Welt mit einem Nimbus umgab.

Es war nicht das Mitgefühl und die Sympathie allein, die man mit dem Unglück der Nation in Rußland und der nicht gerade angenehmen Lage ihrer Vertreter in Paris hatte, und die Achtung vor den uneigennützigen, einzig und allein von wahrer Vaterlandsliebe getragenen und doch so wenig aussichtsreichen Ideen und Plänen, die verschiedene zu ihnen ehrfurchtsvoll und begeistert aufblicken ließ — vor allem war es wohl auch die polnische Literatur, die zur damaligen Zeit in Paris besonderen Aufschwung nahm.

Keine andere Literatur hat einen so mächtigen und nachhaltigen Einfluß auf die Richtlinien der Politik und die politische Erziehung der Gesellschaft ausgeübt, als die polnische.

Und gerade die Zeit von 1815 bis 1863 hat die drei größten polnischen Dichter — Mickiewicz, Słowacki, Krasiński — hervorgebracht, die wiederum ihrerseits die nationale und soziale Wiedergeburt des gesamten polnischen Volkstums nach 1863 prophetisch verkündet und sie in der Tat auch heraufbeschworen haben.

Auf dem Boden des von politischen Stürmen aufgewühlten Frankreichs, unter dem Druck des jäh über Polen hereingebrochenen Unglücks, in der Überzeugung der Notwendigkeit eines polnischen Martyriums als Buße für Millionen, der absoluten Notwendigkeit der Selbstaufopferung der polnischen Nation trat die, wenn auch rein dichterisch-philosophische, so doch gewaltige Idee des polnischen Messianismus auf.

Ihr Verkünder war damals Adam Mickiewicz. 1833 entstand das mächtigste Martyriumslied, das je erklungen. Ein solcher Abgrund von Empfindungen und Gefühlen war noch nie geschaut, eine solche dämonische Wucht wurde noch nie verspürt.

Alles und alle faszinierend, riß die Kraft der damaligen polnischen Literatur, und speziell die der Mickiewiczschen Dichtungen viele mit sich, und ein weithinstrahlender Abglanz fiel auf die polnische Emigration.

Beide Parteien, die aristokratische und demokratische, entsandten nun ihre Emissäre nach dem Großherzogtum Posen, nach Kongreß-Polen und nach Litauen zwecks Orientierung des Volkes in der Heimat und zwecks einer gemeinsamen Propaganda in allen Gegenden des alten Polens. Zunächst bestand ihre Aufgabe in der Unterhaltung einer ununterbrochenen Verbindung und innigen Gemeinschaft mit den Häuptern der Emigration.

Der Aufſtand im Jahre 1863

In Kongreß-Polen fanden die Emiſſäre der Emigration in den vierziger Jahren wenig Gehör. Unter dem eiſernen Griff der Militärdiktatur wagten die Polen es nicht, ſich hier zu rühren, obwohl ſie ſich an die Gedanken der Unabhängigkeit und der Intervention immer feſter klammerten.

Die Gedanken wurden zu Dogmen, die durch die ſich immer erneuernden Kriegsbotſchaften und die Sympathien Frankreichs und Englands und ſpäter auch Öſterreichs mit unaufhaltſamem Schüren genährt wurden. Man hoffte auf den Ausgang des Krimkrieges und auf die Thronbeſteigung des als liberal bekannten Alexander II., der ſich auch wirklich zu gewiſſen Zugeſtändniſſen geneigt zeigte und ſogar durch den Marquis Wielopolski einen Reformplan auf panſlawiſtiſcher Grundlage für Polen ausarbeiten ließ.

Der Plan des Marquis verklang ohne Widerhall im Volke, und doch war Wielopolski der einzige Mann, der Polen vor dem drohenden Abgrund, in den es ſich ſtürzen wollte, hätte retten können, der mit geſchultem Fernblick die Gefahren erkannte, die dem polniſchen Gemeinweſen und der Freiheit des Volkes drohten. Eine außergewöhnlich ſtarke Perſönlichkeit, ein genialer Staatsmann, der im erſten Augenblick die gefährliche Situation überſchaute und kühn die Zügel der Regierung in Polen ergriff. Geſtützt auf das Vertrauen des Zaren beſchloß er, die polniſche Geſellſchaft zu führen. Leider war dieſe nicht ſo weit herangereift, um Wielopolski in ſeinen damals weitſichtigen Plänen folgen zu können.

Als gar die vor kurzem angeſagten Reformen ausblieben und die Inſtruktionen der Emigration, die immer noch mit Napoleon und Alexander verhandelte, unſicher wurden, rief die immer heftiger werdende Gärung im Januar 1863

eine allgemeine Erhebung hervor. Eine gewaltsame ungesetzliche Rekrutierung, die die „schlecht Notierten" zu Tausenden unter die Knute russischer Militärsatrapen bringen sollte, gab den ersten Anstoß.

Hatte der Aufstand von 1830/31 wenigstens einigermaßen Aussicht auf Erfolg, so war die Erhebung von 1863, obwohl verständlich, doch töricht und unpolitisch und bei der Lage der Dinge in Rußland von unabsehbaren Konsequenzen.

Im Anfang wurde der Aufstand von der europäischen öffentlichen Meinung begeistert aufgenommen und unterstützt. Ein gequältes Volk griff unter den schwierigsten Umständen, ohne auf die Gefahren, die die Erhebung heraufbeschwören konnte, zu achten, zu den Waffen. Das erweckte Sympathien und den Glauben an die gerechte Sache der Polen. Leider nutzten die platonischen Bezeugungen der polnischen Sache wenig.

Wohl war die spontane Bewegung, die das ganze Volk mit sich riß, die ungeheure patriotische Aufwallung und das Zusammenraffen aller seelischen und physischen Kräfte einer geknechteten Nation ein gewaltiges historisches Schauspiel, aber vom Standpunkt dieser Nation aus ein gefährliches Va-Banque-Spiel. Ohne Militär, ohne Waffen, ohne Geld und ohne Führer warf sich eine Schar auf einen Koloß. Selbstredend schlugen auch diesmal alle Hoffnungen auf fremde Hilfe fehl. Napoleon hielt sich vorsichtig zurück. Die Pariser, Londoner und Wiener Kabinette begnügten sich mit diplomatischen Noten gegen das Hinschlachten von Tausenden Schuldiger und Unschuldiger unter grausamsten Foltern.

So groß der moralische Nutzen des Aufstandes, der einen blutigen Protest vor aller Welt erhob, war, so tragisch war der Ausgang. Polen verlor den letzten Teil seiner Selbständigkeit, nachdem die Vorschläge der polenfreundlichen Mächte (Österreich, England, Frankreich) abgelehnt wurden.

Seitdem hat Rußland durch seine Gouverneure mit eiserner

Konsequenz und roheſter Brutalität nicht nur die Freiheiten und Sonderrechte Polens vernichtet, ſondern es faſt aller Menſchenrechte beraubt, alle polniſchen Behörden aufgehoben und die ganze Verwaltung ruſſifiziert, die katholiſche Kirche mit Gewaltmaßregeln unterdrückt und unter Polizeiaufſicht geſtellt. Den Generalgouverneuren — unter denen beſonders Murawiew in Wilno durch ſeine Beſtialität ſich auszeichnete — wurden die ruſſiſchen Untertanen polniſcher Abſtammung ſchonungslos ausgeliefert. In grauſamen und unmenſchlichen Maßnahmen wollten ſich die Gouverneure gegenſeitig übertreffen und unterzogen rückſichtslos beim leiſeſten Verdacht jeden ihnen unſympathiſchen Polen eigenmächtig den ſchwerſten Strafen, die Güter der Verurteilten der ſofortigen Konfiskation. Von den Wohltaten der ruſſiſchen Regierung und dem kulturellen Niveau ſeiner Beamten zeugten die unzähligen Tauſende der Gehenkten, Gefolterten, zu „ewigen Kaſematten“ Verurteilten und nach Sibirien Verbannten, zeugte die Not und das Elend des ganzen Landes.

Die polniſche Frage
Kampf um die nationale Exiſtenz

Die Reaktion

In allen ruſſiſchen Teilen der einſtigen polniſchen Lande ſetzte eine furchtbare Reaktion ein. Endlich ſahen die Polen ein, daß Scharen Bewaffneter gegen einen militärmächtigen Staat nichts ausrichten, ihre Lage aber nur verſchlimmern konnten. Endlich gaben ſie auch ihre Hoffnungen auf Frankreich und England nach den bitteren Enttäuſchungen auf. Die letzten erſtarben mit Napoleon III.

So erfreulich die endgültige Erkenntnis der eigenen Ohnmacht war, war die Verzweiflung, die als Folge davon jetzt überall einſetzte, für die ganze ſpätere Entwicklung der Nation gefährlich.

Man zweifelte nunmehr an allem. An den moraliſchen Kräften, an der politiſchen Einſicht, an der Möglichkeit einer eigenen nationalen Entwicklung, ja jeder zweifelte an ſeiner eigenen Exiſtenz. Das Land war verwüſtet, die Bevölkerung verarmt. Faſt die ganze Jugend hatte den Heldentod gefunden, der Reſt wurde erſchoſſen oder ſchmachtete in Sibirien.

Hatte der Aufſtand ſchon blutige Opfer an Hab und Gut gekoſtet, ſo wurde nach ſeiner Niederwerfung der größte Teil der Güter noch konfisziert. Ein ſo tiefer Sturz, daß an ein Aufraffen nicht mehr zu denken war. Keine Führer, die das verzweifelte Volk hätten aufmuntern, keine Gruppe der Geſellſchaft, die die moraliſche und kulturelle Hebung des Volkes in die Hände hätte nehmen können. Der Bauer war abgeſtumpft und reſigniert, der Adel moraliſch und materiell zuſammengebrochen.

Die polniſche „Sache“ erſchien den Polen ſelbſt nunmehr

als erledigt. Wohl war auch für Rußland die polniſche „Sache“ erledigt, wurde aber jetzt zur polniſchen „Frage“, da doch Millionen Untertanen anderer Sprache, Religion und Kultur eine beſondere Behandlung erheiſchten, beſondere Richtlinien der inneren Politik nötig machten. Für die äußere Politik war die Angelegenheit „Polen“ beendet, bildete aber von jetzt ab eine der wichtigſten Fragen der inneren ruſſiſchen Politik.

Das Programm der ruſſiſchen Regierung

1. Für Litauen und Weißruthenien

Die ruſſiſche Regierung ſtellte bald ein Programm auf, nach dem ſich die ruſſiſche Polenpolitik zu richten hatte. Milutin und Fürſt Tſcherkaski nahmen die Ausarbeitung des Verwaltungsprogrammes für Polen in die Hände. Zuerſt wandte ſich Rußland gegen Litauen und Weißruthenien. Sei es, daß die Regierung ſich hier einen ſchnelleren Erfolg verſprach, weil dieſe Gebiete nur ein kleiner Prozentſatz Polen bewohnte, ſei es, daß ſie auf die Unterſtützung der orthodoxen Ruthenen hoffte. Jedenfalls ging ſofort in Litauen der Generalgouverneur von Wilno, Murawiew, rückſichtslos gegen alles vor, was nur den Anſchein ehemaliger polniſcher Zugehörigkeit aufwies, und beſchloß, das Polentum radikal auszurotten.

Der polniſche Adel, der hier große Beſitzungen hatte, mußte beſeitigt, die katholiſche Kirche als Organiſation der polniſchen Religion mit allen Mitteln unterdrückt werden. Ganze polniſche Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und ihre Beſitzer nach Sibirien verſchickt. Geſetze wurden erlaſſen, die den Erwerb von Grund und Boden durch Perſonen polniſcher Abſtammung und die Veräußerung an ſolche verboten, die Kirche wurde geſchloſſen und jede katholiſche Kultushandlung ſtrengſtens unterſagt, die Preſſefreiheit völlig

aufgehoben — es durfte überhaupt keine Zeitung in polnischer Sprache erscheinen — sogar der Gebrauch der polnischen Sprache in der Öffentlichkeit wurde verboten. Richteten sich diese Verordnungen in der Hauptsache gegen den Adel, so schritten nebenher Maßnahmen, die auch die Bauern möglichst rasch russifizieren sollten. Hierbei mußte die orthodoxe Kirche mithelfen, die sich schon immer in Rußland zu allen Henkersarbeiten der Regierung hergab.

Auf gewisse Schwierigkeiten stieß Murawiew in den Teilen, die hauptsächlich von litauischen Bewohnern bevölkert waren, die ihren eigenen Dialekt sprachen. Hier ersann man ein anderes Mittel. Das lateinische Alphabet wurde einfach verboten und statt dessen das russische eingeführt. Außerdem veröffentlichten speziell zu diesem Zweck angestellte russische Schriftsteller und Gelehrte historisch-geographische Werke, die lückenlos nachweisen sollten, daß das ganze Land — Litauen und Weißruthenien — seit jeher russisch war und nur vorübergehend von den Polen unterdrückt wurde. Um diese Behauptungen nicht Lügen zu strafen, mußte natürlich so schnell wie möglich jede Spur der polnischen Kultur ausgemerzt werden. Die Aufgabe der russischen Regierung wurde hierbei dadurch vereinfacht, daß die Träger der Kultur in diesen Provinzen wie gesagt nur der polnische Adel und ein wenig zahlreicher polnischer Bürgerstand waren. Zudem bestand die Bevölkerung ja zum größten Teil aus Weiß- und Kleinruthenen, die sprachlich und ihrer Abstammung nach den Russen verwandt und zum großen Teile orthodox waren.

Die Russifikation wäre hier also leicht vonstatten gegangen, und das Ziel wäre leicht erreicht, hätte Rußland die verdrängte polnische Kultur mit einer höheren russischen ersetzen können. So aber ging mit der Russifizierung der Rückgang der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und seiner Bewohner Hand in Hand. Und Rußland hat in diesen

Provinzen außer einem großen Erwerb des polnischen Grundbesitzes wenig wesentliche Erfolge zu verzeichnen; obwohl auch die Litauer unter Hinweis auf ihre nationale Eigenart aufgehetzt wurden, bei der Verdrängung des Polentums die Regierung zu unterstützen, behielten doch die polnischen Klein- und Großgrundbesitzer kulturell und wirtschaftlich die Oberhand. Was sonst an neuen Elementen infolge der Bemühungen der Regierung in diesen Provinzen hinzugekommen ist, ist für Rußland ziemlich wertlos, teilweise sogar schädlich. Die hier angesiedelten russischen Grundbesitzer rekrutieren sich aus der Beamtenschaft, die fern von ihrem Grund und Boden weilt und die Kultur des Bodens vernachlässigt. Die hier ansässigen Juden nehmen der russischen Regierung gegenüber eine feindliche Stellung ein, werden sie doch auch von ihr als Feinde betrachtet.

Als Beweis, daß sich das Polentum in diesen Provinzen trotz der Repressalien und der offenen Bekämpfung seitens der Regierung doch behauptet, möge die Tatsache dienen, daß aus den Wahlen zur Duma ausschließlich Polen hervorgegangen sind. Der einzige positive Erfolg des russischen Systems in Litauen und Weißruthenien ist der, daß sich die Polen selbst nicht mehr als Herren des Landes fühlen und auch ihre Wünsche und Forderungen eingeschränkt haben. Sie verlangen nur Gleichberechtigung mit den anderen hier ansässigen und völlig russifizierten Einwohnern und den eingewanderten, beziehungsweise angesiedelten russischen Elementen, haben aber absolut den Kampf nicht aufgegeben. Halten sie es doch für ihre Pflicht, das Land und seine Millionenbevölkerung, das sie mühevoll kulturell und zivilisatorisch gehoben haben, nicht preiszugeben und der Vernichtung ihres Werkes nicht ruhig zuzuschauen. Sie arbeiten weiter, wenn sie auch notgedrungen in einzelnen Teilen ihre Tätigkeit einschränken müssen. Aber auch abgesehen von der

Absicht, ihr Werk und ihr Wirken gegen das russische System fortzusetzen, steht ihnen das Land schon rein gefühlsmäßig sehr nahe. Stammt doch so mancher ihrer großen Dichter und Gelehrten aus Litauen. Nicht nur aus rein politischen Gründen wollen sie sich also hier behaupten, auch aus reinem Pietismus für ihre Geistesheroen wollen sie in der schwierigen Lage hier ausharren.

Nebenbei sei bemerkt, daß Wolhynien, Podolien und die Ukraina mit einem gleichen System beglückt wurden.

2. In Polen

In Kongreß-Polen erfuhr das Programm notgedrungen einige Änderungen. Wäre man doch hier in den fast ausschließlich von Polen bevölkerten Gebieten, bei Anwendung desselben Systems wie in Litauen und Weißruthenien, auf allzu große Schwierigkeiten gestoßen. Die Regierung beschloß also, anders vorzugehen. Man versuchte die Bauern gegen die Herren, das heißt die Großgrundbesitzer, aufzuhetzen, indem man die sogenannte Agrarreform einführte, deren Ausgangspunkt die Servituten*) bildeten.

Unbewußt setzte die russische Regierung mit der Reform an der Stelle ein, auf die die politische Romantik der Polen schon längst — noch vor den Teilungen — zusteuerte. Schon längst hatte ein großer Teil der polnischen Gesellschaft eingesehen, daß eine der wichtigsten Aufgaben des polnischen Gemeinwesens die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der großen Masse der Bauernschaft war, deren Gewinnung für die nationale Sache, deren Erziehung zu nationalem Selbstbewußtsein.

Wie recht diese demokratischen Schwärmer von ihrem Standpunkt aus hatten — für solche wurden sie in Polen damals gehalten — bewiesen die Mißerfolge der polnischen

*) Das Recht der Wald- und Weidenutzung, sowie der Benutzung der Fahr- und Fußwege auf dem gutsherrlichen Grundstück.

Aufstände, an denen der Bauer sich wenig beteiligte, ja manchmal eine offen ablehnende und feindliche Stellung einnahm. Von jeher war schon die Bauernfrage ein wunder Punkt des polnischen Staatsorganismus. Die „demokratischen Schwärmer" vermochten auch nicht den Abgrund, der die Bauern von den andern Schichten der Bevölkerung trennte, zu überbrücken. Erst die Aufstände brachten allen die Wichtigkeit einer Regelung der Bauernfrage, die Wichtigkeit der Aufklärung des Bauern und seiner Beteiligung an der nationalen Arbeit voll zum Bewußtsein.

Und die russische Regierung brachte, von einer falschen Annahme freilich ausgehend und von rein politischen, polenfeindlichen Absichten getragen, die Agrarreform. Die Motive, von denen die Regierung sich leiten ließ, waren vor allem der Haß gegen den polnischen Adel und Grundbesitz und die Überzeugung, daß die Vernichtung desselben oder wenigstens eine weitgehende Erschwerung seiner Existenzbedingungen zur Ausrottung des Polentums unumgänglich notwendig wäre. In Verkennung des Charakters und der Psyche des polnischen Bauern glaubte die russische Regierung durch Maßnahmen, die die bäuerliche Bevölkerung vom Gutsbesitzer unabhängig machen sollten, diese für ihre Sache gewinnen und sie gegen den Adel ausspielen zu können.

So notwendig die Agrarreform trotz der ständigen Reibungsflächen, die die Beibehaltung der Servituten boten, für die Hebung und Entwicklung der großen Masse der Bauern war, so war ihr politischer Erfolg für die russische Regierung niederschmetternd. Sie war vor allem eine Wohltat für Polen und bot eine glänzende Grundlage zur wirtschaftlichen Entwicklung der bäuerlichen Bevölkerung, sie schuf einen neuen, kräftigen Stand und erleichterte die Arbeit der polnischen Intelligenz. Hier sei bemerkt, daß die Bauernreformen nicht als besonderer Beweis des Wohlwollens einer fortschrittlichen Regierung

anzusehen waren, vielmehr hatten die Aufständischen von 1863 neben anderem auch die Landzuteilung an die landarmen Bauern auf ihre Fahnen geschrieben, und nach dem Aufstand bemühte sich einer der polnischen Führer — Traugutt — außerordentlich darum, daß diese Reformen auch wirklich ins Leben gerufen würden.

Nunmehr war die Gewinnung des Bauern und seiner Teilnahme an der nationalen Arbeit für die polnische Intelligenz eine viel leichtere Aufgabe. Sofort ging die Gesellschaft an die Aufklärung der bäuerlichen Bevölkerung und organisierte sich zu diesem Zwecke in großem Maßstabe, natürlich in strengstem Geheimnis vor den russischen Beamten. Legte sie doch so ein neues, gewaltiges Hindernis der Russifikation in den Weg: den nationalpolnischen aufgeklärten Bauern.

Die Bemühungen, die manche Opfer kosteten, sollten bald reiche Früchte tragen, den Mißerfolg der Pläne der russischen Verwaltung und ihre Verkennung des polnischen Bauerncharakters beweisen.

Nachdem nun die ersten Versuche der Regierung, in Polen festen Fuß zu fassen — bald sollte sie freilich eines besseren belehrt werden — gelungen und auf keine allzu starke Opposition gestoßen waren, ging man weiter. Als sich das Land nämlich auch die Entlassung einzelner polnischer Beamten und Lehrer und deren Ersetzung durch Russen gefallen ließ, ging man auch hier ohne Bedenken zu einem offenen Russifikationsprogramm über.

Die polnische Amtssprache wurde beseitigt — bei allen Behörden und staatlichen Institutionen. (1868 wurde Russisch als Amtssprache in den Verwaltungsorganen, 1869 in den Finanz- und Steuerbehörden, 1875 in allen Gerichtsstellen eingeführt.) Den Beamten wurde der Gebrauch der polnischen Sprache im Verkehr mit dem Publikum untersagt, der polnische Schulunterricht auf zwei nicht obligatorische

Schulstunden herabgesetzt und den Schülern untereinander der Gebrauch ihrer Muttersprache verboten. In allen, auch in den Privatschulen, wurde als Unterrichtssprache die russische eingeführt. Besonders nahmen sich der Russifikation der Schule in Polen die beiden Warschauer Schulkuratoren Witte und Apuchtin an. Die Hauptschule in Warschau — das letzte Andenken an Wielopolskis Bestrebungen — wurde geschlossen (1869), und an ihre Stelle trat eine russische Universität. Die allgemeine Bildung und die Hebung der geistigen Kultur sollte das Verbot der Eröffnung öffentlicher Leseanstalten und der Gründung von Bildungsvereinen verhindern. Selbst die Wohlfahrtstätigkeit wurde unterbunden.

Ermutigt durch das Gelingen der ersten Versuche, ging man noch weiter und verbot das Polnische als Verkehrssprache sogar in privaten Institutionen, wie in den Privat-Kreditanstalten und auf den privaten Eisenbahnen. Die polnischen Namen der Stationen wurden durch russische, für Polen also unleserliche Aufschriften ersetzt, und bei der Plakatierung auf den Stationen durften alle Sprachen außer der polnischen verwandt werden. Selbst der russische staatsrechtliche Name „Königreich Polen" wurde offiziell durch „Priwislanskij Kraj" (wörtlich: das Land an der Weichsel) ersetzt.

Konnte nun die russische Regierung bei ihren rücksichtslosen Russifikationsmaßnahmen in Litauen und Weißruthenien zu ihrer Entschuldigung die nicht rein polnisch-katholische Bevölkerung anführen, so war das System in Polen, das darauf hinausging, jedes Zeichen der Eigenart des Volkes, der ganzen Kultur und des nationalen Bewußtseins in der brutalsten Weise zu verhindern, ein Akt roher Vergewaltigung.

Um das Verfahren noch zu beschleunigen und wenigstens aus einem Teile der Bevölkerung so schnell wie möglich wirkliche Russen und Orthodoxe hervorzuzaubern, nahm sich die Regierung besonders der Uniaten an.

Die Uniaten

Im alten Polen galten als Hauptkirchen die römisch-katholische und die griechische Kirche. Seit Jahren befeindeten sie sich und fanden für ihren Antagonismus gerade in Polen, wo sie unmittelbar nebeneinander bestanden, ein weites Feld. Diesem Antagonismus allein entsprangen die langwierigen Zwistigkeiten zwischen Ruthenen, Polen und Litauern.

Die völlig autonome römisch-katholische Kirche war einer der mächtigsten Faktoren des Königreichs. Reich dotiert und auf einer hohen Kulturstufe stehend, erfreute sie sich der weitgehendsten Privilegien. Die geistlichen Würdenträger nahmen die wichtigsten weltlichen Stellungen für sich in Anspruch, sie bildeten den einflußreichsten Stand der Republik. Natürlich war die Stellung der orthodoxen Kirche eine untergeordnete. Sie war es schon aus dem Grunde, weil der Patriarch zum Beispiel selbst in rein geistigen Dingen völlig vom byzantinischen Kaiser abhängig war. Obwohl sie in Polen auch auf autonomen Prinzipien begründet war und die orthodoxe Geistlichkeit zahlreiche Privilegien genoß, konnte sie sich natürlich nicht zu der Stellung im Staate emporringen, die die römische Kirche innehatte. Schon das niedrige kulturelle Niveau der russischen Geistlichkeit — die orthodoxe Kirche besaß keine Seminarien zur Heranbildung der jungen Geistlichkeit — machte es unmöglich. Das Einmischen weltlicher russischer Magnaten in rein kirchliche Angelegenheiten verringerte die Macht und das Ansehen der Kirche nach außen und bald wurden die Anzeichen des Verfalles sichtbar.

Von großer politischer und kirchenpolitischer Bedeutung war deshalb die Florentiner Union 1439, die die beiden Kirchen vereinte. Der Vereinigungsakt gewann durch die Verleihung von Privilegien, die die römische Kirche in Polen

genoß, an die orthodoxe Kirche durch den Polenkönig Wladislaw III. 1443 besondere Bedeutung. Als aber die Florentiner Kirchenunion Anfang des sechzehnten Jahrhunderts fast völlig zusammenfiel, leuchtete den Polen eine viel größere Aufgabe jetzt vor, nämlich die Union der vielen Millionen zäh am orthodoxen Glauben hängenden ruthenischen Bauern mit Rom in die Wege zu leiten.

Der Verfall der orthodoxen Kirche, die russische Unkultur einerseits und die immer noch aufsteigende Macht der römischen Kirche andererseits machte den orthodoxen Metropoliten und die Bischöfe einer solchen Union nicht abgeneigt. Den letzten Anstoß gab die Schaffung eines besonderen Patriarchats durch den Regenten Godunow in Moskau in völliger Abhängigkeit vom Zaren. Als natürliche Folge drohte den Orthodoxen eine Angliederung an dieses Patriarchat.

So entstand das weltgeschichtliche Werk der Kirchenunion zu Brześć 1595.

Die Verträge wurden von dem Polenkönig, dem päpstlichen Nuntius, dem orthodoxen Metropoliten und den Bischöfen unterzeichnet. Der orthodoxen Kirche wurde der Ritus und die Liturgie garantiert, die Einführung des neuen Gregorianischen Kalenders, die Beibehaltung der griechischen Feiertage und die Aufnahme orthodoxer Bischöfe in den Senat versprochen.

Unterdessen entspann sich aber bald ein hartnäckiger Kampf zwischen den Unierten und den Gegnern der Union, der zum Abfall von einem Drittel der Unierten wieder führte. Statt segensreicher Folgen beschwor die Union einen Kampf beider Parteien herauf. Die Errichtung einer doppelten Hierarchie, einer unierten und einer nicht unierten, durch den Patriarchen von Jerusalem, Theophano, wobei ihn der Kosakenhetman Kunaszewicz unterstützte, bedeutete den Anfang der jahrelangen Feindschaft zwischen Polen und Kosaken, die ja seit

jeher allen Einrichtungen der polnischen Republik feindlich gegenüberstanden.

An sich schon gab es zwischen den beiden Kirchen in Polen Reibungsflächen genug. Da die gegenseitige Feindschaft von dem orthodoxen Nachbarreich selbstverständlich noch immer geschürt wurde, ließ sich auch oft irgendein Anlaß zu bewaffnetem Eingreifen finden. Die Bestrebungen Polens für eine Kirchenunion einerseits, andererseits aber die Unfähigkeit Polens, streng die Union durchzuführen, das Erlahmen des Eifers für eine rasche und allgemeine Durchführung und das teilweise Nichteinhalten der von den Polen gemachten Versprechungen dienten nunmehr den Kosaken und Russen zum Vorwand für Klagen über die Bedrückung des orthodoxen Glaubens in Polen und zu langen, aufreibenden Kämpfen, die alle Schicksale des polnischen Reiches überdauerten bis in die jüngste Zeit hinein.

Die blutigen Verfolgungen der Uniaten durch die russische Regierung und die Henkersdienste der orthodoxen Kirche bei dem Russifizierungssystem des Königreichs Polen, Litauens und Rutheniens spielen im Kampf um die nationale Existenz Polens und um Erhaltung der katholischen Kirche eine wichtige Rolle.

In einigen Teilen Kongreß-Polens wohnen nämlich neben den römisch-katholischen Polen auch Uniaten. Diese sollten nun, nachdem sich das russische System als Ziel bezüglich der römisch-katholischen Kirche deren bedingungslose Unterwerfung unter den heiligen Synod und deren völlige Unterdrückung als eines die Kultur hemmenden Faktors gesetzt hatte*), auch gewaltsam bekehrt werden. Waren sie doch

*) Graf Dimitri Tolstoi und Konstantin Pobjedonoscew hatten in den Jahren 1865 bis 1905 die politische Leitung der russischen Kirche in Händen und bemühten sich, die „polnische Kirche" mit Gewaltmaßregeln zu unterdrücken, wobei sie vor keinem, noch so verwerflichen Mittel zurückschreckten.

ſchon ſeit jeher ein Dorn im Auge der ruſſiſchen Orthodoxen. Mit Maſſenpogroms, Koſakenknuten, zahlreichen Verbannungen, Konfiskation des Vermögens, Verſchleppung der Widerſpenſtigen in die inneren Gouvernements, hauptſächlich in die Orenburger Steppe, wo ſie noch heute bleiben müſſen, ging man an die Bekehrung zum rechtmäßigen Glauben. Die verſchüchterten und drangſalierten Uniaten ließen es auch ſchließlich geſchehen, daß ſie, obwohl im Innern polniſch und katholiſch und an den Gebräuchen und dem Glauben ihrer Väter mit allen Faſern hängend, als Ruſſen und Orthodoxe in die offiziellen Liſten eingetragen wurden. Auf dieſem Wege glaubte die Regierung ſchnell zu ihrem Ziele zu gelangen und polniſche Stammeskultur bis zum Letzten raſch auszurotten.

Der Umſchwung und die Umgeſtaltung der polniſchen Geſellſchaft

Ihren Höhepunkt erreichte die brutale Unterdrückung des Polentums während der Regierung Alexanders III. und der Verwaltung Polens durch den Generalgouverneur von Warſchau, Hurko.

Außer der offenen Ruſſifikationsabſicht lag dem Syſtem noch ein anderes Motiv zugrunde, nämlich die Paralyſierung des Einfluſſes der „Kern-Polen“ auf das angrenzende Litauen und Weißruthenien und die Verhinderung eines inneren Zuſammenſchluſſes dieſer Provinzen mit dem Königreich. Hatte die ruſſiſche Politik in Litauen und Weißruthenien einige Ausſicht auf Erfolg, ſo brachte die den Polen ſelbſt gegenüber betriebene Politik, die eigentlich kein in ſich geſchloſſenes Syſtem darſtellte, vielmehr ein planloſes „Wüten“ der ruſſiſchen Beamten war, faſt keine Erfolge. Jedenfalls iſt das, was als Richtlinie — wenn auch eine ganz verworrene — angenommen werden darf, die rückſichtsloſe Ruſſifizierung alſo, nicht geglückt, vielmehr war das Reſultat der jahrzehntelangen politiſchen Experimente ein völliger Bankrott.

Als aber vollends das ruſſiſche Reich eine innere Kriſis erſchütterte, was auch ein Wanken des Regierungsſyſtems in Polen zur Folge hatte und zu noch ſinnloſeren Maßnahmen führte, beſann ſich das Volk, das in der Erinnerung an die letzten tragiſchen Ereigniſſe und deren üblen Folgen anfangs ſich alles gefallen ließ, trotzdem aber ſeine Nationalität und ſeine Kultur doch bewahrte, jetzt auf die ihm zuſtehenden Rechte und beſchloß, den Druck nicht mehr lautlos und ohne Proteſt zu erdulden und einen Kampf gegen dieſes Syſtem der Rechtswidrigkeiten aufzunehmen.

Als Antwort auf die Reaktion folgte ein völliger Umſchwung der Geſinnung innerhalb der ganzen polniſchen Geſellſchaft

und in deren Charakter, ein Zuwachs der wirtſchaftlichen Kräfte der ganzen Bevölkerung, ein Erſtarken der nationalen und politiſchen Energie, eine kräftig einſetzende Aufklärung der großen Maſſe, und als weſentlicher Faktor trat die Demokratiſierung der Geſellſchaft hinzu.

Dieſe gewaltige innere Umgeſtaltung teilte ſich auch der großen Schicht der Bauernbevölkerung mit, in der endlich nun auch das nationale Selbſtbewußtſein erwachte. Eine Ironie des Schickſals wollte es, daß gerade diejenigen, auf die ſich die ruſſiſche Regierung bei der Durchführung ihres Syſtems ſtützen wollte, nun bewußt und aus ſich heraus gegen dieſes Syſtem aufzutreten begannen.

Aus den Reihen der unterſten Schichten kam der Ruf zum politiſchen Kampf ums Recht und gegen den unerträglichen Druck.

Endlich ſchien es, daß alle Schichten der Bevölkerung die utopiſchen und phantaſtiſchen Träume von der Erlangung der Selbſtändigkeit ausgeträumt hatten, endlich an die Beſeitigung der nationalen Fehler gegangen waren und ſich poſitiven Aufgaben einer wirtſchaftlichen und geiſtigen Hebung zu widmen begannen, endlich die polniſche Frage auf eine reelle Grundlage der Regierung gegenüber bringen wollten, in der Einſicht, daß alle Aufſtände und revolutionären Umtriebe außer den ſchrecklichſten darauf folgenden Repreſſalien auch die Gefahr eines kulturellen Rückganges und völliger Vernichtung der wirtſchaftlichen Grundbedingungen in ſich bargen.

Der Charakter der ganzen Geſellſchaft veränderte ſich von Grund aus.

Andere Richtlinien in ihrer Politik, anderes politiſches Verſtändnis traten als Folgeerſcheinung auf. Freilich bedeutete dieſe Umgeſtaltung der Geſellſchaft bis in die unterſten Schichten der Bevölkerung für die ruſſiſche Polenpolitik einen Bankrott. Die ruſſiſchen Politiker merkten es auch und ſahen

sich nunmehr vor eine Aufgabe gestellt, deren Bewältigung über ihren politischen Horizont ging.

Statt dieser Bewegung und dem Umschwung auf den Grund zu gehen, daraus die Lehren für die Entwicklung der weiteren Polenpolitik zu ziehen — kurz diese Wendung in der Politik der Polen fest im Auge zu behalten, ihr die nötige Aufmerksamkeit zu schenken und ein Verständnis ihres Wesens sich zu verschaffen — konnte man sich zu keinem Entschluß aufraffen.

Ratlos legte 1897 der Generalgouverneur von Warschau, Fürst Imerytinski, in einem Geheimakt dem Zaren die „Erfolge" der russischen Polenpolitik auseinander.

Die polniſchen Parteien

Als die Thronbeſteigung Nikolaus' II. einige Ausſicht auf eine neue Wendung der ruſſiſchen Polenpolitik eröffnete, trat eine recht ſtarke, aus Ariſtokraten und Vertretern des Grundbeſitzes beſtehende Polenpartei für den größten Loyalismus ein, um eine Überbrückung des radikalen Abgrundes zwiſchen Rußland und Polen zu verſuchen und durch öffentliche Bezeugung ihrer loyalen Geſinnung und durch die Verſicherung der Treue zur ruſſiſchen Krone eine gemäßigtere Polenpolitik ſeitens der ruſſiſchen Regierung zu erreichen.

Nach Niederlegung eines Kranzes durch eine polniſche Abordnung auf dem Grabe Alexanders III., wodurch eben die verſöhnliche Geſinnung der Partei demonſtriert werden ſollte, verſprach man ſich viel von dem angekündigten Beſuch des Zaren Nikolaus II. in Warſchau. Im Glauben an eine Änderung des Kurſes der ruſſiſchen Polenpolitik empfingen die Polen in Warſchau 1897 Nikolaus äußerſt prunkvoll und feierlich.

Der Kurs hatte ſich aber nicht geändert, im Gegenteil, er wurde in mancher Richtung verſchärft.

Bezeugte der Generalgouverneur, Fürſt Imerytinski, noch einige Sympathien für die Polen, ſo verhehlte ihnen ſein Nachfolger, General Tſcherkow, in keiner Weiſe ſeinen Haß und ſeinen Abſcheu. Das war die Antwort der ruſſiſchen Regierung auf die Beweiſe der Loyalität ſeitens der Polen.

Die Loyaliſten-Partei machte ein Fiasko, und ſchroff wandte ſich die ſich betrogen fühlende öffentliche Meinung gegen ſie. Außerdem fühlten ſich die Gegner dieſer Partei, die ſtarke demokratiſche Gruppe der Stadt-Intelligenz und des Klein-Grundbeſitzes, in ihrer nationalen Ehre durch die erniedrigenden und doch von keinem Erfolg gekrönten Bemühungen der Loyaliſten gekränkt.

Bei dem Charakter der russischen Regierung und des russischen Organismus überhaupt war von vornherein eine Aussöhnungspolitik, wie sie die Loyalisten in Szene setzten, aussichtslos und ein Fiasko war vorauszusehen. Ohne richtige Existenzberechtigung für ihr Programm, mußte sich die Partei zurückziehen und der Partei der „Nationaldemokraten" Platz machen.

Diese Partei, die aus der sogenannten „National-Liga", einer geheimen politischen Organisation zur Aufklärung und Hebung des Bauernstandes (1886) hervorgegangen war, nahm die Zügel im Kampfe gegen das russische System in die Hand und wurde von der bäuerlichen Bevölkerung kraftvoll unterstützt. Zunächst wandte sie sich der Frage der Landgemeinden zu, deren Selbstverwaltung zwar gesetzlich zugesichert, aber von den russischen Beamten eigenmächtig immer wieder unterdrückt wurde. Das Programm der Partei, dessen wichtigsten Punkt „die Bauern" bildeten, sollte während der inneren russischen Krisis seine Lebensfähigkeit beweisen. Als wirklicher politischer Erfolg der Nationaldemokraten ist die Aufrüttelung des Bauern aus seiner Apathie allen nationalen Angelegenheiten gegenüber anzusehen. Auf die Bühne des politischen Kampfes tritt von nun an der Bauer als selbstbewußter und starker Faktor auf. Ein neuer mächtiger Stand wurde geschaffen, auf dem schon die demokratischen Schwärmer die nationale Wiedergeburt des Volkes aufbauen wollten. Das war entschieden ein Verdienst der nationaldemokratischen Partei.

Eine Monatsschrift „Przegląd Wszechpolski" (Allpolnische Revue) wurde in Galizien gegründet, die die Verkünderin des Programms und der nationaldemokratischen Ideen in allen Teilen des ehemaligen Polens werden sollte. Hauptsächlich war sie für das Königreich Polen bestimmt und auch von den Vertretern der Partei in Russisch-Polen geleitet. Um

nach außen hin das allpolnische Programm zu dokumentieren, nannte sich die Partei auch „Allpolen“ und erklärte den Kampf gegen jedes Entnationalisierungs-System. Die Ziele der Partei waren unter anderen rücksichtslose Bekämpfung jeden Angriffs auf die polnische Nationalität, Niederdrückung jeden Anscheins von Loyalität, Heranziehung der breiten Masse der Bevölkerung zur Mitarbeit an der nationalen Aktion, Bruch mit allem zwecklosen traditionellen Klagen und Jammern über das Polen zugestoßene Unrecht und Hebung des nationalen Selbstbewußtseins im ganzen Volke.

Selbstredend stellten sich dieser Partei sofort die Loyalisten, die konservativ-adlige Partei, entgegen, die in ihrer Mehrzahl immer noch eine Lösung der polnischen Frage und eine Rettung der polnischen Nationalität und Individualität von der Annäherung an die Regierung erhofften, freilich aber auch fest auf dem Standpunkt der den Polen gewährten und zugesicherten Rechte verharren wollten.

Ferner stellte sich den Nationaldemokraten in Russisch-Polen die starke sozialistische Partei der P. P. S. (polnische sozialistische Partei) entgegen, die von einer allgemeinen sozialen Revolution auch den Wiederaufbau Polens auf sozialistischer Grundlage erhoffte.

Endlich seien noch die sogenannten „Fortschrittler“ erwähnt, die sich mit ihren kosmopolitischen Tendenzen an die jüdische Intelligenz Polens anlehnten.

Ihren politischen Antagonisten gegenüber betonte die nationaldemokratische Partei ihren rein nationalen, das ganze polnische Volk umfassenden Standpunkt, der keine Sonderinteressen und Privilegien irgendeiner Gesellschaftsschicht zulasse, sie im Gegenteil prinzipiell im Interesse des Gesamtvolkes verwerfe. Als Erfolg der radikalen nationaldemokratischen Partei muß, abgesehen von der Erzwingung des polnischen Religionsunterrichts in Polen, zum Beispiel vor

allem die Erweckung der nationalen und politischen Energie in den breitesten Schichten der Bevölkerung angesehen werden. Seit 1900 treten die Nationaldemokraten als geschlossene, starke Partei in die Schranken des politischen Kampfes.

Die Richtlinien der zwei polnischen Hauptparteien, wie sie bis zur Schwenkung der Nationaldemokraten, bis 1905 also, bestanden, lassen sich kurz zusammenfassen:

Die Loyalistenpartei, ein Teil des konservativen Adels und des Groß-Unternehmertums, geht darauf hinaus, sich den gegebenen Umständen in jeder Hinsicht anzupassen, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und günstige Wirtschaftsbedingungen zu erreichen auf der Grundlage einer Aussöhnungspolitik und durch Annäherung an die Regierungskreise.

Als Reaktion gegen diese politischen Richtlinien der Loyalisten bildet sich die nationaldemokratische Partei, die sich zur Aufgabe stellt, alle zur Verfügung stehenden Mittel, also auch vor allem die Wirtschaft im Interesse der kulturellen und sozialen Hebung der Masse, des Bauern und des Arbeiters, auszunützen und so die nationale Wiedergeburt des Volkes zu fördern und zu beschleunigen.

Diese beiden Richtungen konnten schon im alten polnischen Reich beobachtet werden und fanden später ihren Ausdruck in der Emigration.

Seit 1905 änderte nun die nationaldemokratische Partei ihr politisches Programm. Von ihrem streng antirussischen Standpunkt schwenkte sie plötzlich auf den Boden der russischen Staatszugehörigkeit ab. Infolgedessen sagten sich die bis dahin mit ihr zusammengehenden Gruppen los und organisierten sich zu besonderen Unabhängigkeitsparteien, um ihren früheren Prinzipien treu zu bleiben. So unter anderen der „Nationale Arbeiterverband“ (Narodowy Związek Robotniczy), der „Nationale Bauernbund“ (Narodowy Związek

Chłopów). In letzter Zeit vereinigten sich diese einzelnen Gruppen zu einem Verband, der sogenannten „Polnischen Konföderation".

Neben diesem Verband besteht noch eine zweite Gruppe, die infolge ihrer ebenfalls antirussischen Tendenzen der Polnischen Konföderation im Grunde verwandt ist, wenn auch ihre sonstigen politischen Überzeugungen von denen jener abweichen. Zu dieser Gruppe gehören die schon früher erwähnte P. P. S. Partei, der radikale „Bauernbund" (Związek Chłopski), die Partei der fortschrittlichen Intelligenz, der „Patriotenbund" (Związek Patriotów) und die „Philaretenjugend" (Młodzież Filarecka).

Diese nicht legalisierten Parteien und Gruppen, die ihren gemeinsamen Ausdruck in ihrer antirussischen Tendenz fanden, werden das „Unterirdische Polen" genannt, weil sie ihre Tätigkeit und Agitation nur im geheimen betreiben dürfen, und weil die Zugehörigkeit zu ihnen mit harten Strafen bedroht ist.

Immer noch wußte die Regierung nicht, welche Richtlinien in der Behandlung der Polen nun einzuſchlagen wären. Nur eins wurde endgültig klar: der Ruſſifizierung ſtellte ſich ein äußerſt ſchwer zu beſeitigendes Hindernis in Geſtalt eben dieſes Umſchwungs und der inneren Erſtarkung der polniſchen Geſellſchaft entgegen, das ſowohl die Unſinnigkeit des bis jetzt angewandten Syſtems wie die Ausſichtsloſigkeit einer völligen Entnationaliſierung der Polen offen bewies.

Bevor die Regierung ſich zu irgendeiner Änderung ihres politiſchen Programms bezüglich Polens entſchloſſen hatte, nahm die polniſche Frage nochmals eine neue Wendung.

Während der konſtitutionellen Kriſis, die Rußland während des ruſſiſch-japaniſchen Krieges durchmachte, beſchloſſen die Polen, zunächſt mit ihren Forderungen nicht hervorzutreten und erſt den Kampf der ruſſiſchen Regierung und der ruſſiſchen Bureaukratie mit dem ruſſiſchen Volke ſich austoben zu laſſen, um dasſelbe durch ein vorzeitiges Eingreifen nicht irgendwie von ſeinen wichtigſten Endzwecken abzulenken und der Regierung vielleicht ein Mittel in die Hand zu geben, das eben geeignet wäre, die Aufmerkſamkeit des Volkes auf einen — in dieſem ſo wichtigen konſtitutionellen Kampf — unter ſolchen Umſtänden minder wichtigen Punkt in der inneren Politik zu richten.

Auf die Dauer ließ ſich aber die Reſerve, die die Polen bewahrten, nicht aufrechterhalten. Die ruſſiſchen revolutionären Organiſationen trugen die Fackel der allgemeinen ruſſiſchen Revolution auch nach Polen herüber. Zunächſt ging ein Teil der polniſchen ſozialiſtiſchen Arbeiterbevölkerung ins Lager der ruſſiſchen Revolutionäre über. Da aber nunmehr auch die ruſſiſchen Konſtitutionaliſten ſich an die Polen mit der Sor-

derung wandten, der allgemeinen Bewegung beizutreten, entschlossen sich die Führer der polnischen Politik, aus der Reserve hervorzutreten und ihrerseits sich auch an der Bewegung zu beteiligen.

Auf ihre Fahnen schrieben sie die Autonomie Polens. Eine mächtige Stütze bot ihnen die große Masse der Bauernbevölkerung, die auch den Kampf mit der Verdrängung der russischen Sprache aus den Gemeinden eröffnete. Da das Recht des Gebrauchs polnischer Sprache in den Landgemeinden nicht aufgehoben, sondern deren Beseitigung nur einen Auswuchs der Verwaltung bildete, faßte der größte Teil der Gemeinden Polens den Beschluß, die russische Amtssprache zu beseitigen und die polnische einzuführen. Der Boykott der russischen Schule folgte, als sich auch die polnische Jugend von der Bewegung hinreißen ließ. Auch die seinerzeit gewaltsam bekehrten Uniaten traten nach Erlaß des Toleranzediktes (1905) wieder zum Katholizismus über. Als so die Bewegung alle Schichten der Bevölkerung erfaßte, hielten es die Führer für ihre Pflicht, die Zügel in die Hand zu nehmen, und begannen ein spezifisch national-polnisches Programm im Gegensatz zum allgemein russischen Programm zu entwickeln. An die Stelle des Schulboykotts der Jugend, der einen zu radikalen Charakter anzunehmen drohte, trat die positive Forderung des Programms nach Beseitigung der russifikatorischen Schule und Einrichtung polnischer Staatsschulen. Dieser Forderung schloß sich das Verlangen nach Einführung der polnischen Verkehrssprache auf den Privateisenbahnen an.

Der nationalen Arbeit der politischen Führer stellte sich ein gewaltiges Hindernis in den Weg: die sozialistisch-revolutionäre Partei, die durch Streikorganisationen das Land wirtschaftlich gefährdete und das notwendige Zusammengehen aller Schichten der Bevölkerung unter dem nationalen Banner

erschwerte. Auf keinen Fall durfte die Aktion der Führer gestört werden. Da die Partei das nicht einsehen wollte, wurde gegen sie der Kampf eröffnet. Sie wurde zum Verräter an der nationalen Sache gestempelt. Als Antwort folgte ein furchtbarer Terror, den die Sozialrevolutionäre über Polen verhängten. Ein erbitterter, blutiger Kampf begann, dem auf beiden Seiten Hunderte zum Opfer fielen. Der nunmehr einsetzenden Anarchie und dem ausgesprochenen Banditenwesen stand die russische Regierung machtlos gegenüber und erbitterte so gegen sich die gemäßigten polnischen Parteien noch mehr.

Schließlich siegte doch, trotz des völligen Ausbleibens der staatlichen Hilfe, die nationale Aktion im Kampf gegen die Auswüchse der Revolution auf polnischem Boden. Hier sei bemerkt, daß nicht die Partei der P. P. S. als solche den Terror über Polen verhängt hatte, die terroristischen Elemente sich aber wohl zum Teil aus ihren Reihen rekrutierten. Die Partei der P. P. S. führte ebenso wie die nationale Partei den Kampf gegen den Zarismus, natürlich im Namen ihrer sozialen Programme.

Unter dem Druck der inneren Krisis entschloß sich zwar die Regierung, das bekannte Oktobermanifest zu erlassen, das weitgehende Reformen für das ganze Reich versprach (die Ära des Fürsten Swiatopelk Mirski). Es wäre also selbstverständlich gewesen, daß die Reformen gerade in dem kritischsten Moment auch in Polen eingeführt würden. Der russische Staat blieb aber seinen Traditionen treu und beließ es bei den Versprechungen.

Während nun die angekündigten Reformen im russischen Reich bis heute nur teilweise und auf einer nach Belieben der Regierung jederzeit zu beseitigenden Basis eingeführt wurden, ließ die Regierung, abgesehen von kleinen Zugeständnissen, Polen außer acht, wollte hier wenigstens noch ret-

ten, was zu retten war, und beschloß, einen hauptsächlich noch von orthodoxen Uniaten bevölkerten Teil Polens, das Gouvernement Cholm, von Polen loszureißen. Durch allerlei Versprechungen, wie zum Beispiel, daß in Bälde den Großgrundbesitzern ihre Güter weggenommen und unter die Uniaten verteilt würden, versuchte die Regierung, diese als Russen und Orthodoxe für Rußland zu gewinnen.

Statt auf das polnische, auf autonomer Grundlage aufgebaute Programm einzugehen, so die Sympathien des Volkes zu gewinnen und das Land als russische autonome Provinz sich zu sichern, ignorierte die Regierung das Programm und ließ sich nur zu geringfügigen, unwesentlichen Reformen herab.

Der Agrarkongreß in Warſchau und die Verhängung des Kriegszuſtandes über Polen

Kurz nach dieſen Vorgängen kamen die Vertreter des polniſchen Grundbeſitzes in Warſchau zuſammen, um über ihr Programm und ihre Forderungen zu beraten und entſprechende Beſchlüſſe zu faſſen. Der Kongreß war, trotzdem er vor den ruſſiſchen Behörden geheimgehalten werden mußte, ſehr zahlreich beſucht. Das Ergebnis war der Beſchluß des Verharrens bei der Forderung der Autonomie für Polen und das Gelöbnis der Bauernſchaft, ſtrengſtens die Gemeindeorganiſationen zu überwachen und an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Polen inmitten der allgemeinen ruſſiſchen Wirren eifrigſt mitzuhelfen. Beſonders intereſſant war der Kongreß deshalb, als er oſtentativ den großen Unterſchied der Ruſſen und Polen darſtellte. Während in ganz Rußland die Revolution wütete und die Flut der Anarchie das ganze Reich zu überſchwemmen drohte, traten die Polen, ihrer nationalen Würde und ihrer kulturellen Miſſion Rußland gegenüber ſich völlig bewußt, im Rahmen ihrer Forderungen für Ruhe und Ordnung ein.

Bewußt als polniſche Nation im Gegenſatz zum ruſſiſchen Volk.

Da dieſes Gebaren aber und die Beſchlüſſe des Kongreſſes immerhin ein inneres Erſtarken der Polen bedeuteten, da ferner die Polen es nunmehr wieder wagten, offen ihre Wünſche vorzutragen und ſo mit einem Schlage den Beweis erbrachten, daß alle Ruſſifikationsverſuche mißlungen waren, ſchlugen die in ihrer Macht bedrohten und um ihre Einnahmen und Ausbeutungsquellen bangenden Lokalbehörden Alarm und erlangten von dem damaligen Miniſterium Witte Hilfe und Unterſtützung gegen die ihnen drohende Gefahr in Form der

Verhängung des Kriegszuſtandes über Polen, dem ein beſonderes Regierungsexpoſé über Polen folgte.

Leider war die ruſſiſche öffentliche Meinung ſchon über die Forderungen der Polen aufgeklärt und billigte ſie. Deshalb verfehlte das Expoſé, das den Nachweis führen ſollte, die Polen arbeiteten auf eine Losreißung Polens vom ruſſiſchen Reich hin, die Vorbereitungen zu einem Aufſtand wären ſchon im Gange uſw., völlig ſeine Wirkung. Die ruſſiſche Regierung hatte ſich verrechnet.

Die Revolution hatte viel zur Aufklärung verſchiedener, der großen Maſſe bis dahin verſchleierter Begriffe und zur Entſchleierung verſchiedener Machenſchaften der Regierung verholfen, und die öffentliche Meinung über ihre wirklichen, in ſo mancher Richtung unverantwortlichen Anſichten belehrt. So war der Erfolg des Expoſés ein ganz anderer, als die Regierung es erwartet hatte.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung mußte der Kriegszuſtand, der über Polen verhängt wurde, offiziell wieder aufgehoben werden. In Wirklichkeit aber blieb er trotzdem beſtehen, da gleich nach ſeiner offiziellen Aufhebung den Generalgouverneuren das Recht eingeräumt wurde, im Falle irgendeiner Störung des Eiſenbahn-, Telegraphen- und Poſtverkehrs eigenmächtig in den ihnen unterſtehenden Bezirken den Kriegszuſtand zu verhängen.

So wurde vom Generalgouverneur von Warſchau anläßlich des ruſſiſchen Poſtſtreiks über Polen der Kriegszuſtand wieder verhängt und ſeitdem nie wieder aufgehoben, obwohl natürlich jeder Anlaß — der Poſtſtreik war bald erledigt — fehlte.

Die Polen und die Duma

Über die im Oktobermanifeſt ſo großzügig angekündigten Reformen ſollte die erſte Duma entſcheiden. Die Verordnung für die Wahlen zur Duma erbrachte den Beweis, daß die ruſſiſche Regierung nicht in der Einſicht der inneren Notwendigkeit Reformen einführen wollte, im Gegenteil, daß ihre Abſicht offenſichtlich dahin ging, dieſelben nie richtig ins Leben zu rufen. Das Oktobermanifeſt war ein frevelhafter Betrug des ruſſiſchen Staates an ſeinen eigenen Untertanen.

Nach der Verordnung wurden die Wahlen zur Duma der großen Maſſe der ruſſiſchen Bauern überlaſſen, die ſich von dem Typ der alten Muſhiks heute noch in nichts unterſcheiden. Man rechnete auf ihre Dummheit, auf ihre geſchichtliche Finſternis, auf ihr traditionelles Vertrauen zum Zaren und auf den üblichen Köder, mit dem ſich die ruſſiſchen Bauern von jeher ſchon fangen ließen: auf die Verſprechung der zwangsweiſen Enteignung der Grundbeſitzer und der Verteilung des Bodens unter ſie. Dadurch glaubte man den Thron und das Schreckensregiment der Bureaukratie ſichern zu können. Es kam zwar anders, aber das gehört hier nicht zur Sache.

Im Königreich nahm die nationaldemokratiſche Partei die Organiſation der Wahlen in die Hand und führte ſie in der politiſch nunmehr ſehr herangereiften Geſellſchaft mühelos durch. Nur in den Städten mit vorwiegend jüdiſcher Bevölkerung ſtieß ſie auf den Widerſtand der „Fortſchrittler“, bewältigte aber auch dieſen, und ſo repräſentierten die Vertreter Polens in der erſten Duma trotz der verſchiedenen Elemente — Ariſtokraten, Bürger, Klerus, Bauern und Handwerker gingen aus den Wahlen hervor — eine geſchloſſene, feſte, politiſch einige Partei und riefen deshalb ein ſtarkes Mißbehagen der Regierung hervor.

Während der Beratungen bewahrte die Partei die auf ihr Programm von Anfang an gesetzte Reserve. Sie beschloß, mit ihren Wünschen sich in keiner Weise vorzudrängen, um die Beratungen der Kammer über allgemein russische Reformen nicht zu stören, und nahm eine gesonderte, rein nationale Stellung ein, ohne sich irgendeiner Partei anzuschließen.

Gleich beim Eintritt in die Beratungen legte die Partei eine kurze Deklaration über die Autonomie Polens vor mit dem Hinweis auf die Sonderstellung des Landes und die Wiener Kongreßakte vom 3. und 4. Mai 1815 und begnügte sich damit, zum Schluß der Sitzungen eine Interpellation, den über Polen verhängten Kriegszustand betreffend, einzureichen. Begründet wurde sie damit, daß die Verhängung des Kriegszustandes widerrechtlich geschehen wäre, außerdem auf die Dauer das Land einem wirtschaftlichen Ruin entgegenführte und einzig und allein die Ausbeutung durch die Beamtenschaft und den Kampf derselben gegen die friedliche wirtschaftliche Organisationsarbeit des Landes förderte.

Eine ganz andere Stellung nahm die Polenpartei in der zweiten Duma ein, und zwar infolge des Umschwunges, den die Partei im Inneren erlitten hatte. Während nämlich in der ersten Duma ein Hervortreten der ganzen Partei dadurch erschwert war, daß ein Teil ihrer Mitglieder — die Vertreter Litauens und Weißrutheniens — ganz andere Interessen zu vertreten hatten, gelang es diesmal den Vertretern des Königreichs, ihre litauischen und weißrutheniſchen Freunde zu bewegen, nach außen hin im Namen der Solidarität geschlossen mit ihnen aufzutreten. Die Wahlen zu dieser zweiten Duma fielen etwas anders aus wie die zur ersten. Die Nationaldemokraten nahmen sieben Kandidaten der Fortschrittler und der sogenannten „Realpolitiker“ (Loyalisten) in ihre Partei auf. Obwohl nun die Zahl der Vertreter Litauens und Weißrutheniens infolge der russischen Gegenagitation in diesen

Provinzen von 20 auf 12 herabgesunken war, waren doch die Polen zusammen mit diesen in der zweiten Duma immerhin mit 46 Stimmen repräsentiert. So trat die Polenpartei trotz der Bemühungen der russischen Agitation, die nach der Weisung von oben: „lieber Sozialisten als Polen“ ihre Tätigkeit entwickelt hatte, wieder fest und geschlossen, im Inneren noch erstarkt, in die Beratungen ein.

Die Hauptaufgaben der zweiten Duma waren die Durchbringung der Militärvorlage, das Rekrutenkontingent betreffend, und die Bewilligung des Budgets. Nach der offiziellen Erklärung des Ministerpräsidenten Stolypin, daß er nicht in der Lage wäre, die Rechte und Forderungen nichtrussischer Nationalitäten anzuerkennen, sah sich die Polenfraktion gezwungen, ihre Stellung, die sie bis dahin eingenommen, nämlich die der völligen Reserve, aufzugeben und offen mit ihrem Programm hervorzutreten. Autonomie für das Königreich und möglichst sofortige Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache in allen Schulen bildeten die beiden Hauptanträge.

Für die Regierung handelte es sich darum, welche Stellung die Polenfraktion zu den wichtigsten Gegenständen der Dumaberatungen einnehmen würde. Die Polen stimmten für die Militärvorlage mit der Begründung, daß sie jederzeit bereit wären, ihre Pflichten dem Reiche gegenüber zu erfüllen.

Bei der Beratung über das Budget gaben sie die Erklärung ab, daß sie, obwohl sie das Budget als Ausdruck eines gegen sie gerichteten Regierungssystems betrachteten, doch geneigt wären, für das Budget ihre Stimmen abzugeben, wenn die Regierung irgendeine Äußerung des Entgegenkommens hinsichtlich ihrer Wünsche täte, wie zum Beispiel die Errichtung einer polnischen Staatsschule im Königreich bewilligte. Stolypin blieb bei seiner offiziellen Erklärung. Da die Polen, nachdem sie aus der Reserve hervorgetreten waren, mit der

Zentralgruppe der Duma die Mehrheit bildeten, hing von ihren Stimmen die Entscheidung über die Dumavorlagen ab. Und die zufällige Anlehnung der Fraktion an die Zentralgruppe brachte sie auch.

Der Erfolg war: das Manifest vom 16. Juni 1907, das die zweite Duma auflöste und zugleich durch eine neue Wahlverordnung die Zahl der polnischen Abgeordneten von 36 auf 12 reduzierte, mit dem Hinweis darauf, es ginge nicht an, daß in der Duma nichtrussische Elemente so zahlreich vertreten wären, daß sie eine den Wünschen der Regierung entgegengesetzte Entscheidung herbeiführen könnten.

Für Litauen und Weißruthenien wurde dem Minister des Inneren das Recht eingeräumt, für die Wahlen nach seinem Ermessen Nationalitäten-Wahlbezirke zu bilden.

Als Antwort der russischen Regierung auf das Anerbieten der Mitarbeit der Polenfraktion am Ausbessern und Heben des russischen Staatsorganismus, bei Berücksichtigung ihrer Forderungen freilich, folgten Ausnahmegesetze, die ihre Vertreterzahl beschränkten.

Klar und offen wurde von der polnischen Partei die Polenfrage vorgelegt, und wiederum ließ sie die russische Regierung unbeantwortet, unfähig, dieselbe trotz ihrer Wichtigkeit, die sie gerade im Moment nach der so schwierig überwundenen Krisis für den russischen Staatsorganismus hatte, in irgendeiner Weise zu erledigen. Die Regierungsvertreter glaubten, mit einem Ausnahmegesetz eine tief in das ganze russische Staatsgebilde einschneidende Angelegenheit aus der Welt zu schaffen. Die Gelegenheit zu einer Annäherung, zu einer Revision der gemeinsamen Verhältnisse war gegeben, und es muß eingestanden werden, daß die Polen gerade während der schweren inneren Krisis den Beweis erlegt hatten, daß sie gesellschaftlich und politisch herangereift waren, weiter aber auch, daß die Regierung, wenn sie wirklich an eine Genesung des kran-

ken ruſſiſchen Organismus ernſtlich denken wollte, durch ein Eingehen auf die Forderungen der Polen, ohne für ſich etwas befürchten zu müſſen, in ihnen eine ſtarke Stütze finden konnte. Gehörten ſie doch zu den ruhigſten, beſonnenſten und den ruſſiſchen Kollegen gegenüber parlamentariſch beſonders geſchulten Vertretern. Endlich kam noch hinzu, daß die Polenfraktion eine feſt in ſich geſchloſſene Partei darſtellte, deren Stimmen bei wichtigen Beſchlüſſen der Duma ausſchlaggebend in die Wagſchale fallen konnten.

Die ruſſiſche Regierung begnügte ſich nicht mit den ſpeziellen Ausnahmegeſetzen gegen die Polen. Sie griff noch zu einem anderen Mittel, von deſſen Wirkſamkeit ſie in ihrer politiſchen Selbſttäuſchung und Kurzſichtigkeit ſich ſehr viel verſprach. Aus dem Boden ſtampfte ſie eine ganz neue Art der Volksvertretung: die ſogenannten Spezial-Markenabgeordneten, deren Aufgabe es war, dem Weſen jeder Volksvertretung zum Trotz ſpeziell gegen die Polen und ihre Forderungen aufzutreten, nach jeder Rede eines polniſchen Abgeordneten das Wort hintereinander zu ergreifen, jedesmal die revolutionären Abſichten der Polen nachzuweiſen und ſo die Flamme des ruſſiſchen Chauvinismus künſtlich zu ſchüren.

Leider war es verlorene Mühe, das Kunſtſtück konnte nicht einmal vorgeführt werden.

Als nämlich die Polen infolge der Ausnahmegeſetze nur mit 18 Mandaten (11 polniſche und 7 litauiſch-weißrutheniſche) aus den Wahlen hervorgegangen waren, beſchloſſen ſie, in der Einſicht erſtens, daß ſie als eine nunmehr ſo ſtimmlich geſchwächte Partei doch nichts erreichen könnten, und zweitens in der Erkenntnis, daß es der Duma — ſo wie die Verhältniſſe nun einmal in Rußland lagen — doch nie möglich ſein würde, ſich der Regierung gegenüber zu behaupten, und endlich drittens, daß eben dieſe ruſſiſche Volksvertretung nie auf die Wünſche der Polen eingehen würde, wiederum

völlige Reſerve zu bewahren und ſich nur auf eine eventuelle Kritik der einzelnen in der Duma aufgeworfenen Fragen zu beſchränken. Im übrigen aber beſchloſſen ſie, nachdem ſie doch ſchon einmal klar und offen ihr Programm entwickelt und auch eine Antwort in der Erklärung Stolypins darauf erhalten hatten, ruhig abzuwarten, wie die Regierung und die Volksvertretung aus der Situation, in die das Reich geraten war, einen Ausweg finden und die offene polniſche Frage erledigen wollte.

Der Erfolg der ruſſiſchen Polenpolitik

Die Regierung der eigenmächtigen und für nichts verantwortlichen ruſſiſchen Beamtenſchaft hat den ruſſiſchen Staat an den Rand des Verderbens geführt. Der Ausbruch der inneren Kriſis war die Folge dieſer Beamtenherrſchaft. Iſt es anzunehmen, daß dieſe heute das im Inneren ſo tief erſchütterte Reich wird ſtützen können? Der konſtitutionelle Nimbus, mit dem Rußland ſich zu umgeben beſtrebt iſt, iſt ebenſo trügeriſch, wie die großen Verſprechungen, mit deren Hilfe Rußland ſich vor dem Fall hat retten wollen. In Wirklichkeit unterſcheidet ſich die ruſſiſche Konſtitution wenig von der Beamtenwirtſchaft vor der Zuſammenberufung der Volksvertretung. Hat nämlich dieſe Vertretung keine Kraft, um ſich gegenüber dem Beamtentum, das ihr ausgeſprochener Gegner iſt, zu behaupten, dann iſt ſie eben illuſoriſch, und ein konſtitutioneller Staat, der ſich auf eine ſolche Volksvertretung angeblich ſtützt, geht in den Bahnen des abſolutiſtiſchen Beamtenſtaates nur weiter. So iſt es in Rußland.

Was Wunder, daß die Duma, die ſich, dank den Manövern der Regierung, in der Mehrzahl aus ihren Kreaturen zuſammenſetzte, nicht in der Lage war, eine liberale, den Intereſſen des Landes und ſeiner Untertanen entſprechende Gegenſtrömung hervorzurufen, und es auch nicht vermocht hat, die polniſche Frage zu löſen.

So brachte denn auch die von allen ſo erſehnte ruſſiſche Volksvertretung keine weſentliche Verbeſſerung der politiſchen Lage im Königreich mit ſich und erwies ſich als unfähig, eine der dringendſten innerpolitiſchen Angelegenheiten zu erledigen.

Das ruſſiſche Verwaltungsprogramm für das Königreich iſt ſchon in den vorangegangenen Kapiteln erörtert worden. Seine Tendenz war abſolute Ruſſifikation, die ſchon deshalb ausſichtslos ſein mußte, weil ſie Beamten anvertraut wurde,

zu deren gewöhnlichen, allgemein bekannten Eigenſchaften ſich noch ein von oben „anbefohlener“ Haß gegen das Polentum geſellte — was ja ſchon im Prinzip grundfalſch war — und die völlige Unkenntnis des Landes und ſeiner Bewohner.

Den mit den Verhältniſſen in keiner Weiſe vertrauten und dem polniſchen Weſen in jeder Beziehung fremd gegenüberſtehenden Beamten wurde die Verwaltung Polens übergeben. Dieſe ſollten ein ihnen ziviliſatoriſch und kulturell überlegenes Volk kulturell heben und ſeine Aſſimilierung an das Ruſſentum durchführen. Wie anders ſollten ſie ihre Aufgabe verſtehen, als in der abſoluten und rückſichtsloſen Unterdrückung des geſamten Polentums auf allen Gebieten! In dieſem Sinne arbeiteten die Kirche, die Gerichte und die Schulen, gegenſeitig ſich unterſtützend, Hand in Hand. Rückſichtslos wurde Land und Volk der Willkür und der Gewaltherrſchaft ruſſiſcher Beamten ausgeliefert. Der unbegrenzten Ausbeutung, dem offenen Raub und der Erpreſſung wurden Tür und Tor geöffnet. Beſchwerden gegen dieſe „Verwaltungsmaßnahmen“ waren ausſichtslos. Zudem mußte man noch die Rache der „unbeſchränkt Herrſchenden“ befürchten. Selbſt ein lückenloſer Nachweis, daß die Polizei des öfteren mit Einbrechern und Banditen gemeinſame Sache machte und den Verdienſt teilte, war zwecklos. Man wußte nicht recht, vor wem man ſich mehr in acht nehmen ſollte, vor den kaiſerlich ruſſiſchen Beamten der Polizei oder den Banditen.

Daß dieſe Verwaltung nicht „geeignet war“, ein Land, deſſen Entwicklung erſt vor kurzem überall einſetzte, kulturell und wirtſchaftlich zu heben, braucht nicht beſonders betont zu werden. Der Erfolg war: die Anarchie und der Terrorismus.

Die von Jahr zu Jahr ſtark zunehmende Bevölkerung, mit der die wirtſchaftliche Entwicklung infolge des ruſſiſchen Syſtems nicht gleichen Schritt halten konnte und die deshalb ein unverhältnismäßig zahlreiches Proletariat aufwies, ließ ſich

von den Agitatoren fortreißen. Die Anarchie nahm bald einen besorgniserregenden Umfang an. Das Land wurde von Banden-Organisationen überflutet, die von den Beamten und der Polizei teilweise unterstützt, teilweise geduldet wurden. Die größeren Fabrikstädte wurden zu Verbrecherzentren.

Glaubte die Regierung aber, indem sie diesen Organisationen und den Ordnung und Ruhe gewaltsam störenden Elementen, die sie sich selbst groß zog, kein wachsames Auge zuwandte, in ihnen eine Unterstützung zur Ausrottung des Polentums und seiner Kultur finden zu können, so täuschte sie sich auch diesmal. Sie schuf sich nur einen neuen Gegner, einen viel gefährlicheren Feind, der Mord mit Mord, Gewalt mit Gewalt, Ausbeutung mit Plünderung zu erwidern beschloß.

Lange bevor die innere Krisis in Rußland ausbrach, sah man in Polen, daß das russische Verwaltungssystem und seine Folgeerscheinung, die Anarchie, als politisches Programm ein Nonsens, zugleich aber ein frevelhaftes Experiment war.

So wurden die Polen nicht nur zum politischen Kampf im Namen ihrer Rechte gegen die Regierung, aber auch zum offenen Kampf gegen die Anarchie gezwungen, wollten sie das Land vor einem kulturellen und wirtschaftlichen Ruin retten.

Dank ihrer Überlegenheit an politischer Einsicht, dank ihrer überlegenen Kultur und Zivilisation, dank ihrer Ausdauer und Energie gelang es ihnen, den Terrorismus zu bewältigen und Herren der Situation zu werden, lange Zeit bevor die russische Regierung die von dieser Seite drohende Gefahr merkte und zu einem Eingreifen sich entschloß.

In der Erkenntnis der Schäden, die die russische Verwaltung dem Königreich zufügte, und in der Überzeugung, daß die russische Regierung es weder konnte, noch dazu gewillt war, sich Polens anzunehmen, begann man von nun an mit

allen Kräften auf ein Ziel hinzuarbeiten und ließ ſich durch kein Hindernis, das ſich bei dieſer Arbeit in den Weg ſtellte, abſchrecken.

Selbſtverwaltung! hieß die Loſung. Nur eine Autonomie konnte die verzweifelte Lage, in die Rußland in unglaublicher Kurzſichtigkeit ſeine eigene Provinz verſetzt hatte, beſeitigen.

Ganz beſonders muß hier noch die letzte „Verwaltungsmaßregel“ der ruſſiſchen Regierung betont werden: die Verhängung eines dauernden Kriegszuſtandes, der jeden Fortſchritt, jede wirtſchaftliche Arbeit hemmte und unterband. Ohne jeden Grund wurde ein Land in eine Situation verſetzt, aus der es keinen Ausweg gab, die aber von Tag zu Tag für das Land in jeder Beziehung gefährlicher wurde. Statt der Bevölkerung zu einer gemeinſamen kulturellen und wirtſchaftlichen Betätigung zu verhelfen, unterband man ihr jede Entwicklung.

Der poſitive Erfolg des ruſſiſchen Syſtems war alſo eine moraliſche Desorganiſation der Bevölkerung, eine Hemmung der kulturellen Entwicklung des Volkes, ein Zurückdrängen der wirtſchaftlichen Expanſion des Landes.

Die Judenfrage in Polen

Zur Zeit der Regierung des Polenkönigs Kaſimir des Großen nahmen große Scharen von Juden in Polen ihre Zuflucht, um der Verfolgung in Deutſchland und dem aus religiöſem Wahn und Aberglauben entſprungenen Haß zu entgehen. Sie wurden aufgenommen und der König bezeugte Teilnahme an ihrem Los. 1334 beſtätigte er ihnen das ſchon von Boleslaw dem Frommen gewährte Privileg (1264), das ſie von gewöhnlichen Gerichten ausnahm und den Gerichten der Fürſten und Wojwoden unterſtellte, und dehnte es auf das ganze polniſche Reich aus. Durch das Statut von Wiślica 1347 wurden Beſtimmungen getroffen, die das jüdiſche Gewerbe, den Handel und die Geldgeſchäfte regelten.

Das kanoniſche Recht verbot Chriſten den Geldhandel und Geldwechſel und ſo bildete dieſes Gewerbe den Haupterwerbszweig der Juden. Da der Zuſtrom immer mehr wuchs, bildeten die Juden mit der Zeit einen Staat für ſich mit eigenem Recht und eigenen Privilegien. Seit dem ſiebzehnten Jahrhundert häuften ſie ſich in den Städten zuſammen. Es entſtand unter dem Einfluß der deutſchen Sprache, deren ſich die aus Deutſchland immer noch herüberziehenden zahlreichen Juden bedienten, ein Dialekt, ein Gemiſch von Polniſch, Hebräiſch und Deutſch: der jiddiſche Jargon. Verhältnismäßig gering waren die jüdiſchen Anſiedlungen im Weſten Polens.

Das allmähliche innere Erſtarken der polniſchen Geſellſchaft hatte ein Steigen der wirtſchaftlichen Energie zur Folge, die, wiederum den kulturellen intenſiven Handel fördernd, den jüdiſchen eingeſchränkten Handel überholte. Da der wirtſchaftlichen Entwicklung der polniſchen Juden ihr niedriger Kulturgrad ſehr hemmend entgegentrat, ſie zugleich wirtſchaftlichen Organiſationen im größeren Maßſtab unzugänglich waren, trotzdem aber ihr „Handelsmonopol“, an das ſie ſich

gewöhnt und das ſie auch für die Zukunft ausſchließlich für ſich beanſpruchten, behaupten wollten, entſtand die ſogenannte Judenfrage. Sie fußte zunächſt auf rein wirtſchaftlicher Grundlage.

Während aber der kulturellen Entwicklung der polniſchen Juden durch die liberale polniſche Regierung kein Riegel vorgeſchoben wurde und ihre niedrige kulturelle Stufe vor allem ihrer ſtrengen, ſie von aller Welt abſchließenden Askeſe und Religioſität zuzuſchreiben war, die ſich gegen jeden Fortſchritt wandte, trat die ruſſiſche Regierung, die mit den Polen, Litauern, Ruthenen und anderen auch die Juden übernommen hatte, von vornherein auch feindlich gegen dieſe auf. Während die von der Aufklärung angeregte Frage der bürgerlichen Gleichſtellung der Juden überall ſchon gelöſt war, während man alle Einſchränkungen der Juden in allen Kulturſtaaten fallen gelaſſen hatte, verſchlechterte ſich ihre Lage in Rußland — und demnach auch in Polen — von Jahr zu Jahr bis zu den blutigen Judenhetzen in Kiſchinew und Homel (1903). Wie die ruſſiſche Regierung in den Grenzländern jede Entwicklung unterbinden wollte, ſo hinderte ſie auch die kulturelle Entwicklung der Juden und die Organiſationen ihres geſellſchaftlichen Lebens ſchon in den Anfängen mit eiſerner Konſequenz.

Eine der Hauptbeſtimmungen in dieſer Richtung war die Schaffung des ſogenannten „Anſiedlungsrayons", wodurch das Abfluten der von Jahr zu Jahr überaus ſtark zunehmenden jüdiſchen Bevölkerung nach dem Oſten verhindert und ein Zuſammenpferchen auf ein kleines Gebiet erzwungen wurde.

Da der wirtſchaftliche Stillſtand im Inneren Rußlands ein Wetteifern mit jüdiſchem Handel und ein Zurückdrängen der jüdiſchen Händler unmöglich machte, die gewaltige Expanſion dieſes Handels aber in Südrußland — am Schwarzen Meer — für Rußland unbequem und für den ruſſiſchen Handel gefähr-

lich werden konnte, beschloß die russische Regierung, mit Ausnahmegesetzen dem Zustande zu steuern. Nach den Bestimmungen der sogenannten Ansiedlungslinie oder des Ansiedlungsrayons wurde den Juden der Aufenthalt in den rein russischen Gebieten des Reiches untersagt und diejenigen, die dort schon seit Jahren ansässig waren, wurden ausgewiesen. Der größte Teil der Ausgewiesenen wanderte nach Polen aus, andere gingen nach England. Bleiben durften nur die, die zum orthodoxen Glauben übertraten. Nach dem jewish year-book von 1904/05 gab es in Europa 8748000 Juden, davon in Rußland sechs Millionen, wovon auf die zu Polen früher gehörenden Gebiete allein vier Millionen entfielen. In den nicht rein russischen Provinzen wurden die Juden nur geduldet. Obwohl sie nämlich offiziell den einzelnen Provinzen einverleibt wurden, mußten sie sich den verschiedensten Beschränkungen unterziehen.

Heute konzentriert sich die jüdische Bevölkerung Polens in Städten und Flecken. Im ganzen gibt es im Königreich zirka 1650000 Juden. Sie bilden nach der Volkszählung von 1897 in den Städten 28,2 bis 59 Proz. der Gesamtbevölkerung. 77950 jüdische Arbeiter sind an der industriellen Produktion beteiligt. Für die einzelnen Städte entfallen an jüdischer Bevölkerung*) in:

Suwalki	10,09	Proz.
Lomża	15,69	„
Płock	9,13	„
Siedlec	15,84	„
Warschau	18,12	„
Lublin	13,26	„
Kalisch	8,59	„
Piotrków	15,83	„

*) Jüdische Kolonialgesellschaft: Die wirtschaftliche Lage der Juden in Rußland. Petersburg 1904.

Kielce 10,82 Proz.
Radom 13,89 „

Auch an der Landwirtschaft sind die Juden beteiligt. Teilweise als Pächter, teilweise als Gutsinspektoren, auch als Besitzer von kleinen Grundstücken. Endlich treten sie als Gewerbetreibende auf dem Lande auf, wo sie Mühlen, Gärten, Meiereien, Schmieden, Gasthäuser usw. besitzen.

Insgesamt nehmen die Juden in Polen der Zahl nach die zweite Stelle ein mit 13,5 Proz. der Gesamtbevölkerung (annuaire de la Russie, 1910). Sie leben zum größten Teil streng nach dem Talmud und richten sich in ihren Sitten und Gebräuchen, ja selbst in ihrer Haartracht und Kleidung strengstens nach religiösen Vorschriften.

Durch das russische Verwaltungssystem und den Haß, von dem sich die russische Regierung den polnischen Juden gegenüber leiten läßt, sind ihre Lebensverhältnisse äußerst erschwert, wovon ein unverhältnismäßig zahlreiches Proletariat zeugt. Wenn man bedenkt, daß der Verdienst eines Drittels der jüdischen Gesamtbevölkerung jährlich sich auf weniger als zweihundertfünfzig Rubel beläuft, während nur kaum 1,5 Proz. mehr als dreihundert Rubel jährliche Einnahmen aufweist, daß es Flecken gibt, wie zum Beispiel in den Gouvernements Kalisch und Suwalki, in denen 1,1 Proz. der Juden weniger als hundert Rubel jährlich verdienen, dann leuchten auch die Zahlen des großen Proletariats ohne weiteres ein.

Wie schon erwähnt, sind sie in der Mehrzahl streng religiös und hängen mit allen Fasern am Talmud. Die reiche jüdische Intelligenz ist völlig im Polentum aufgegangen, ist von der polnischen Gesellschaft aufgenommen worden und gehört als Großgrund-, Gestütsbesitzer und Großunternehmer zu den geachtetsten Mitgliedern derselben. Außer dem Namen hat sie mit der großen Masse der Juden nichts Gemeinsames.

Die Maßnahmen der russischen Regierung, der Kampf Ruß-

lands gegen sechs Millionen seiner Untertanen zeitigte böse Früchte. Und zwar griffen diese Maßnahmen zu einem Zeitpunkt ein, wo man auf beiden Seiten daran gehen wollte, die wirtschaftlichen Gegensätze aus der Welt zu schaffen. Nunmehr suchten die Juden, die, von da ab auf ein kleines Gebiet zwangsweise zusammengepfercht, keine Existenzmöglichkeit hatten, irgendeinen Ausweg, koste es, was es wolle. Wohl konnten sich die älteren Generationen, die sich immer noch jedem Fortschritt verschließen und im Talmudismus aufgehen, mit dem geschaffenen Zustand abfinden; die aufgeklärten und gebildeteren jüngeren Generationen, die sich bald als Land- und Fabrikarbeiter organisierten und nicht gewillt waren, die überaus traurige Lage ohne ein Wort des Protestes zu ertragen, nahmen den Kampf auf und beschlossen, gewaltsam hierin einen Wandel zu schaffen. Da wie erwähnt die Bestimmungen des Ansiedlungsrayons große Massen von Juden auf kleinen Flecken konzentrierten und ein Abfluten der wachsenden Bevölkerung verhinderten, diesen großen, zusammengedrängten Massen aber keine Möglichkeit geboten wurde, speziell in dem sowieso in der wirtschaftlichen Entwicklung behinderten Polen, auch nur kümmerlich ihr Leben zu fristen, wurde das starke jüdische Proletariat zu einem gefährlichen Element, sowohl für den russischen Staat, als auch hauptsächlich für die innere Konstellation Polens.

Abgesehen von der unerträglichen Lage, die die Schaffung des obenerwähnten Ansiedlungsrayons hervorrief, trat nach Erlaß des Gesetzes eine folgenschwere Wendung in der polnischen Judenfrage ein. Der Festsetzung des Rayons folgten im Inneren Rußlands blutige Judenpogrome. Unter der Wucht dieser Pogrome entwickelte sich der jüdische Nationalismus und erstarkte an der russischen antisemitischen Politik von Tag zu Tag. Mit dem Zustrom der russischen Juden aus der Ansiedlungszone nach Polen drang auch er nun in seinen

verſchiedenſten Formen ein und ſchuf neue, gefährliche Reibungsflächen. Während man bis dahin die Judenfrage im Sinne einer Gleichberechtigung und Verſchmelzung der Juden mit dem Polentum zu löſen hoffte, trug der jüdiſche Nationalismus der ſogenannten „Litwaki“*) in die angebahnte Verſtändigung ein zerſetzendes Element herein. Während weiter ein großer Teil der ſeit Generationen in Polen anſäſſigen Juden ſich als Polen moſaiſchen Bekenntniſſes fühlte und an der in die Wege geleiteten Verſtändigung ſelbſt kräftig mitarbeitete, zerriſſen die Litwaki im Namen ihres Nationalismus die geknüpften Bande, wirkten ſie doch offenſichtlich im ruſſiſchen Geiſte.

Im Gegenſatz zu den polniſchen und ſich als Polen fühlenden Juden waren die Litwaki Ruſſen. Sie verſtanden es, mit der Zeit großen Einfluß ſich zu verſchaffen, wanderten in immer größeren Maſſen ein, während ein großer Teil der polniſchen Juden nach Amerika abwanderte.

Die bis dahin rein wirtſchaftliche Kluft, die mit der Zeit hätte überbrückt, und die Gegenſätze, die, in den wirtſchaftlichen Verhältniſſen des Landes wurzelnd, nach Regelung derſelben hätten beſeitigt werden können, wurden nunmehr durch die Litwaki und ihre Beſtrebungen auf politiſchem Gebiet bedeutend vertieft, die beſtehenden Divergenzen wurden verſchärft uud neue geſchaffen. Obwohl die Tendenzen der Litwaki den polniſchen und polniſch-jüdiſchen Beſtrebungen zuwiderliefen, unterlagen viele von den polniſchen Juden ihrem Einfluß und ließen ſich von ihnen ins Schlepptau nehmen. Auf polniſcher Seite wurde man nun mißtrauiſch. Man ſah ſich jetzt im eigenen Lande vor eine neue Gefahr geſtellt. Als endlich 1905 die Warſchauer Juden einen unbekannten Arbeiter als Ab-

*) Nach Schaffung des Anſiedlungsrayons wanderten viele Juden aus Litauen (polniſch: Litwa) ein. Alle ſeit der Zeit aus Rußland nach Polen einwandernden Juden wurden Litwaki genannt.

geordneten der Landeshauptstadt wählten, der als Repräsentant Warschaus unmöglich auftreten konnte, empörte sich ein Teil der polnischen Gesellschaft, in dieser Wahl eine jüdische Schikane vermutend, gegen die Juden und verkündete den wirtschaftlichen Boykott. Sofort ergriffen die Litwaki die Gelegenheit, um die ganze polnische Nation des krassesten Antisemitismus zu bezichtigen und frevelhafte Verleumdungen gegen die Polen in die russische und ausländische Presse zu schleudern.

Es sei also kurz festgestellt: der polnisch-jüdischen Verständigung entzogen die zugewanderten jüdischen Nationalisten — also russische Juden — völlig den Boden, schufen mit ihren russifizierenden Tendenzen bewußt neue Reibungsflächen und nützten jede Gelegenheit aus, um eine polnisch-jüdische Annäherung zu verhindern und bewußt falsche Nachrichten in der Welt zu verstreuen. Aus einer solchen Quelle stammen auch — nebenbei bemerkt — die Informationen des Herrn Brandes, dem als Kenner der Verhältnisse in Polen der Vorwurf der Leichtfertigkeit zum mindesten nicht erspart werden kann.

Das Zusammengehen eines großen Teiles der polnischen Juden mit den Litwaki war für die Polen eine bittere Enttäuschung. Nunmehr wußten sie nicht, ob sie an ihnen Freunde oder Feinde hatten.

Daß sie dagegen keine natürlichen Feinde der Juden sind, haben sie zur Genüge bewiesen. Daß sie ihre Religion und ihre Sitten und Gebräuche achten, ebenfalls. Deshalb verlangen sie aber von den Juden, daß sie sich offen erklären, ob sie sich als polnische Bürger fühlen wollen, deren Interessen sich dann eben mit denen der Polen decken, ob sie die polnische Aktion gegen das russische Verwaltungssystem auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet unterstützen wollen, oder ob sie trotz der Repressalien der russischen Regierung doch mit

ihr für die Unterdrückung des Polentums gemeinsame Sache machen oder sie wenigstens unterstützen wollen.

Die Antwort auf diese Frage, die offene Erklärung ihrer Ansichten und Absichten würde die Judenfrage wenigstens in Polen wahrscheinlich lösen. Offen sollen sie sich für oder gegen die Polen bekennen. Dann ist dem sich immer mehr zuspitzenden Zustand ein Ende gemacht und der sich immer mehr schürzende Knoten gelöst.

Erklären sich diejenigen, die in Polen ihre Heimat gefunden haben, als wirklich mit den Polen solidarisch, als polnische Bürger, dann entbinden sie das Land von einer für beide Teile nutzlosen Ungewißheit, dann beseitigen sie einen unnötigen inneren Zwist und ermöglichen ein einiges Zusammengehen in allen Fragen und Interessen des Königreichs. Dann werden die Polen bereit sein, sie als Volk anzuerkennen und sie bei Erfüllung ihrer Pflichten auch bei der Erkämpfung der Rechte für sie unterstützen.

Was Wunder aber, daß die Bevölkerung nunmehr mit scheelen Augen und mit unruhigem Verdacht auf die polnischen Juden blickt, die z. B. bei den hartnäckigen Kämpfen der Polen um die Einsetzung des Polnischen als Unterrichtssprache in Privatschulen der Regierung eine Petition zugehen ließen mit den dringendsten Vorstellungen, ja das Russische als Unterrichtssprache beizubehalten; die zornerfüllt den Schulvorstehern, die endlich einen teilweisen Unterricht in der polnischen Sprache errungen haben, die gröbsten Vorwürfe machen, weil dadurch ihren Söhnen jede Karriere versperrt werde; die sich bei irgendeinem Anlaß zu dem Ruf hinreißen lassen: fort mit Polen!

So zugespitzt und unheilvoll für beide Teile die Judenfrage in Polen ist, ist eine Lösung doch möglich. Sie liegt bei den Juden.

Polen in jüngſter Zeit

Wenn auch in den letzten Jahren vieles ſich geändert hat, die Preſſefreiheit teilweiſe eingeführt wurde, der Schulunterricht teilweiſe wieder in polniſcher Sprache erteilt wird, die katholiſche Kirche nicht mehr in ſolchem Maße unterdrückt wird und auch die gewaltſamen Bekehrungen aufgehört haben uſw., ſo beharrt doch die ruſſiſche Regierung auch weiterhin auf dem Prinzip der Ruſſifikation des Landes, inſpiriert chauviniſtiſch die Preſſe und beeinflußt die öffentliche Meinung gegen das Polentum. Sie bedenkt nicht, daß ein Volk von hoher Kultur und mächtiger Vitalität nicht nach ruſſiſchem Knutenſyſtem beherrſcht werden kann, daß ein geographiſch ſo exponiertes Land — ſoll es wirklich irgendeinen politiſchen Wert darſtellen — durch engere Bande als nur durch ein adminiſtratives Willkürregiment verbunden werden muß, daß es beſondere Behandlung erheiſcht.

Läßt ſich nun einmal ein national ſtarkes und ſeiner ſelbſt ſich bewußtes Volk mit roher Gewalt zum Ruſſentum nicht „bekehren“ oder findet die Regierung nicht die entſprechenden Mittel dazu, dann ſoll es ihm an Rechten und Freiheiten ſo viel gewähren, als ſich mit den Intereſſen des Reiches verträgt, es aber nicht in ſeiner Entwicklung hemmen, ſich vor allem ſelbſt ſchädigen und vielleicht eine bei einem Millionenvolk nicht zu unterſchätzende Gefahr unverantwortlich heraufbeſchwören. Das iſt eine politiſche Kurzſichtigkeit, die ſich mit der Würde und dem Anſehen einer Großmacht, als welche Rußland nach außen hin gerne erſcheinen möchte, nicht verträgt. Das iſt ein offener Beweis politiſcher Unreife eines im Inneren morſchen Rieſenreiches.

Gefährlich kann ihm der Gegner werden, der innerlich erſtarkt, politiſch gereift und kulturell hoch über ihm ſtehend ſich ihm entgegenſtellt mit dem feſten Entſchluß, bis zum Letz-

ten auszuharren — möge der Kampf noch ſo langwierig ſein und viele Opfer koſten —, mit aller Kraft und Energie ſeine Rechte zu ſchützen, ſeine Freiheiten zu bewahren und ſeine nationale Eigenart und Würde bis zum äußerſten zu verteidigen gegen ein Syſtem, das jeder Kultur und Ziviliſation zum Trotz ſeine völlige Vernichtung und Ausrottung beſchloſſen hat.

Wohl kann das ſchwache Polen von dem phyſiſch ſtarken Rußland roh unterdrückt werden, nie kann aber das barbariſche Rußland das kulturell und national ſo ſtarke Polentum zerſchmettern und ausrotten.

Die 1894 ſchon ſo ſtark einſetzende Politik der Nationaldemokraten, die die Intereſſen der Polen des Königreichs wertvoll hätten vertreten können, erfuhr infolge innerer Uneinigkeiten eine Trübung und ſpaltete ſich. Während ein Teil den früheren Prinzipien treu blieb, machte der andere mit dem Führer der nationaldemokratiſchen Partei eine ſpontane und eigentümliche Evolution durch. Von einem antiruſſiſchen, ja revolutionären Standpunkt ging er ohne Vorbehalt zum offenen Loyalismus über, ſtellte ſich auf den Boden ruſſiſcher Staatszugehörigkeit und wartete auf eine günſtige Gelegenheit, um entſcheidend in die polniſche Politik einzugreifen. Dmowski und ſeine Anhänger ſuchten nun enge Fühlung mit den Regierungskreiſen und Anlehnung an die Regierung ſelbſt, die ihnen auch die Hand bot. Zaghaft freilich und mit dem Mentalvorbehalt, ſie jederzeit wenn nötig wieder zurückziehen zu können. Es wäre aber falſch, anzunehmen, daß über die ruſſiſche Regierung auf einmal eine Erleuchtung gekommen wäre, die ſie einen Ausweg finden und eine Löſung der polniſchen Frage hätte erkennen laſſen. Nein — es war die ſich immer mehr zuſpitzende äußere politiſche Lage, die ihr Bedenken bezüglich der von ihr unterdrückten Polen einflößte.

Waren für die Richtlinien der Politik der Loyaliſten vor allem auch wirtſchaftliche Rückſichten maßgebend, ſo iſt hier-

bei auch der Einfluß des Dreiverbandes in letzter Zeit nicht zu unterſchätzen. Da die Dmowskiſche Gruppe die Anſicht vertrat, das Heil der polniſchen Nation werde von dem Dreiverband kommen, und in dieſer Überzeugung mächtig von Rußland und England in letzter Zeit unterſtützt wurde, arbeitete ſie und agitierte eben in dieſer Richtung. Obwohl dieſe Überzeugung in allerletzter Zeit eben durch die offizielle Zuſage der engliſchen Regierung, daß ſie keinem Frieden beitreten werde, der nicht die Unabhängigkeit Polens zuſicherte, durch die Manifeſte Nikolai Nikolajewitſchs und des Fürſten Trubetzkoj in Moskau beſtärkt wurde, vermochten die Verſprechungen und Zuſicherungen der engliſchen und ruſſiſchen Regierung nicht, die anderen Parteien, vor allem die Unabhängigkeitspartei, umzuſtimmen. Sie blieben feſt und ließen ſich in der Erinnerung an den Zuſammenbruch ſo vieler Hoffnungen in der Vergangenheit nicht ins Schlepptau der Dmowskiſchen Gruppe und ihrer Anhänger ziehen, ließen ſich nicht durch Argumente überzeugen, die wirklich auf den erſten Blick jeden Vorurteilsfreien verblüffen konnten.

So fand der große Moment des Weltkrieges die Polen im Königreich nicht einig in ihren politiſchen Richtlinien, in ihrer politiſchen Überzeugung. Grundfalſch wäre es natürlich, ſie deshalb in ihrer Geſamtheit als ruſſophil hinzuſtellen. Die vorangegangenen Ausführungen über das ruſſiſche Regierungsſyſtem in Polen und ſeine Folgen, die Schilderung der Politik der einzelnen Parteien ſchließen ja wohl dieſe Annahme ohne weiteres aus.

Die Partei Dmowskis, die ſich eben noch beſonders durch ruſſiſche und engliſche Verſprechungen hat ködern und in ihrer politiſchen Überzeugung beeinfluſſen laſſen, repräſentiert nicht die Gefühle und Anſichten der Geſamtheit der Polen.

Es iſt für die Polen im Königreich bedauerlich, daß ſie gerade in dieſer weltgeſchichtlichen Stunde nicht entweder einig

einen politiſchen Glauben, eine Idee vertreten, oder aber nach treuer Erfüllung ihrer Pflichten dem Staat gegenüber ſich abwartend verhalten. Auch die Huldigungsadreſſe an den Zaren, die auf Veranlaſſung der Dmowski-Gruppe abgegangen und mit teilweiſe unbekannten Namen unterfertigt iſt, kann deshalb nicht als Ausdruck der Ruſſenfreundſchaft aller Polen im Königreich ausgelegt werden. Erſtens repräſentieren diejenigen, die ihre Unterſchrift hergaben, nicht das ganze Königreich, und zweitens taten ſie es, ſoweit es ſich um Großgrundbeſitzer und Großunternehmer unter ihnen handelt, aus wirtſchaftlichen Rückſichten, um ſich vor einem wirtſchaftlichen Ruin zu retten. Erwarteten doch der Zar und ſein Generaliſſimus eine Antwort auf ihre großſprecheriſchen Manifeſte, auf die offiziellen Verſprechungen der Befreiung und Wiederherſtellung Polens. Auch wenn man vielleicht daran nicht glaubte, erſchien es doch einigen ratſam — ſo wie die Verhältniſſe in Rußland nun einmal liegen, bei denen man ſich eben auf alles gefaßt machen muß —, durch irgendeine Loyalitätsbezeugung ſich die Gunſt und den Schutz der ruſſiſchen Regierung und der ruſſiſchen Armee für ihre Beſitzungen zu ſichern, die nicht nur in Polen und Warſchau, aber auch in Litauen, Weißruthenien und im Inneren Rußlands gelegen ſind.

Von einer Ruſſenfreundſchaft aller Polen des Königreichs kann deshalb alſo keine Rede ſein. Dagegen muß offen zugeſtanden werden, daß, wenn man ſich auch ein Verſtändnis für die wirtſchaftlichen Motive der Herren und ein Verſtändnis für ihre Politik abringen, man dennoch des Verdachts ſich nicht erwehren kann, daß die ganze Gruppe ein Spielball in den Händen ihrer Führer iſt, die vielleicht aus innerſter Überzeugung handeln, bei dieſer Gelegenheit aber, in dem welterſchütternden Augenblick, ſich mit dem Glorienſchein der Führer der Geſamtnation umgeben und ihren Einfluß beſonders feſtigen möchten.

Wirtſchaft

Hiſtoriſch-politiſcher Überblick

Einer der moraliſchen Erfolge des Aufſtandes von 1863 war die Entſtehung eines neuen kräftigen Standes, als Reaktion gegen die polniſche politiſche Romantik. Leider war die Reaktion eine einſeitige, jede politiſche Aktion ausſchließende, was auf die Dauer in Rußland gefährlich werden konnte.

Im Gegenſatz zu den ariſtokratiſchen und politiſchen Romantikern, die immer noch unfähig waren, ſich mit der Lage der Dinge abzufinden, trat ein ſtädtiſcher Kaufmannsſtand, der unter der Wucht der letzten Ereigniſſe die politiſche Romantik überwunden hatte und zu der Überzeugung gelangt war, daß unter den gegebenen Umſtänden nicht nur die romantiſche Politik töricht und unzweckmäßig ſei, ſondern jede Politik überhaupt. Wirtſchaftliche und kulturelle Hebung auf demokratiſcher Grundlage, weſteuropäiſche Fortſchritte erſchienen ihnen als die zurzeit wichtigſte Aufgabe. Dieſer Partei der ſogenannten „Warſchauer Poſitiviſten“ ſchloß ſich im Prinzip — auch als Reaktion gegen die Romantik — die konſervative Partei des hohen Adels an, der zum größten Teil ja ſchon immer allen revolutionären Erhebungen abhold und bemüht war, durch Vermittlung bei europäiſchen Kabinetten die polniſche Sache zu retten.

Neben die national ihrer ſelbſt ſich bewußte und politiſch nunmehr erzogene Bauernſchaft trat noch ein für die Wirtſchaft des Landes äußerſt wichtiger und in ſich feſtgeſchloſſener Stand. Als in den ſiebziger Jahren die Entwicklung des Handels und der Induſtrie in Polen kräftig einſetzte, erſchien als Folge hiervon eine große und ihrer Aufgaben ſich wohl bewußte Fabrikarbeiterklaſſe und ein achtenswerter Bürgerſtand.

Der Typ des alten ſelbſtherrlichen Adligen und Großgrundbeſitzers mit allen ſeinen Privilegien und Freiheiten verſchwand. An ſeine Stelle trat der praktiſche Landwirt, der ſich die nötigen praktiſchen und theoretiſchen Kenntniſſe erwarb, und von nun an den Grund und Boden intenſiv bewirtſchaftet und kulturell hebt. Seine Träume und Ahnentraditionen hat er begraben und endlich gelernt, mit praktiſchen Augen in die Welt zu blicken. Die alte „Szlachta", die wohl des polniſchen Vaterlandes Hort und Schutz, aber an ſeinem Untergang auch ſtark mitbeteiligt war, verſchwand endgültig.

Und mit einemmal ſetzte die wirtſchaftliche Entwicklung des Königreichs ein. Der Hebung der Landwirtſchaft folgte die Erſchließung der Kohlen- und Eiſenbergwerke von Dombrowa, das Aufblühen der Manufakturinduſtrie und der den Fortſchritt ermöglichende und fördernde Eiſenbahnbau. Überraſchend ſchnell und mächtig ſetzte die Entwicklung des induſtriellen und gewerblichen Lebens ein. Und bald wurde Polen, trotz der Repreſſalien und des Hemmungsſyſtems, das es auf Schritt und Tritt hatte bewältigen müſſen, zum ernſthaften Konkurrenten der ruſſiſchen Induſtrie und des ruſſiſchen Handels.

Obwohl eigentlich eine ruſſiſche Provinz, ſtellt doch Polen wirtſchaftlich ein abgeſchloſſenes Gebiet dar. Spezialeiſenbahntarife ſchließen es vom Inneren Rußlands ab, der allgemeine ruſſiſche Zolltarif vom Weſten und Süden. Die polniſche „Landkreditgeſellſchaft" (Landbank) als beſondere Organiſation zeugt von einer ſpeziell polniſchen Finanzwirtſchaft.

Wie die ruſſiſche Regierung in politiſcher Hinſicht Polen mit allen Mitteln zu desorganiſieren trachtete und es bis zur Anarchie brachte, ſo ſtürzte ſie das Land auch wirtſchaftlich in eine Desorganiſation, die der politiſchen Anarchie in nichts nachſteht. Auch in wirtſchaftlicher Beziehung nämlich iſt das Land der Willkür des jedesmaligen Generalgouverneurs aus-

geliefert. Jedem wirtschaftlichen Zusammenschluß, jeder Organisation wird mit Gegenmitteln entgegengearbeitet, und alle wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung gehen eben auf ein Ziel hinaus: die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nach Kräften zu verhindern.

bedenkt, daß bei dieſer Zerſtückelung auf einen Bauern durchſchnittlich nicht einmal ein Morgen, und auf den Bauernhof kaum drei Morgen entfallen, wird man die Lage der Bauern, die immer zunehmende Armut und Auswanderung derſelben auch verſtehen können.

Trotz der geringen Menge an Produktion kann der arme Bauer auch dieſe oft nur zum Teil, und dann nur zu einem äußerſt niedrigen Preis losbringen. Da er meiſtens keine Pferde zur Verfügung hat, um ſein Getreide in die nächſtliegende Stadt zu fahren, andere Verkehrsmittel aber fehlen, ſo iſt er gezwungen, ſeine Produkte an in den Dörfern herumfahrende jüdiſche Kleinhändler abzugeben, die ihm für die Ware, die erſt noch durch die Hände einer ganzen Reihe von Zwiſchenhändlern gehen muß, bis ſie in den Engroshandel kommt, natürlich einen dementſprechenden Preis zahlen. Zudem iſt er meiſt noch bei dieſen Händlern verſchuldet — ſind doch die jüdiſchen Kleinhändler ſeine einzigen Kreditgeber — und muß oft deshalb ſeine Produkte als Naturalzahlung zur Tilgung ſeiner Schulden hergeben.

Nach ſeiner Verwendung ſtellt ſich, um ein Beiſpiel heranzuziehen, der Boden des Gouvernements Warſchau wie folgt dar: von 1099982 Morgen ſind 724025 Morgen Acker, 69603 Morgen Wieſe, 230603 Morgen Wald.

Nach der Statiſtik der Ernteerträge ſind die Höchſtzahlen im Kartoffel- und Roggenbau erzielt worden.

Der Ertrag beziffert ſich in den einzelnen Gouvernements verſchieden und ſchwankt zwiſchen zirka 4 Rubel (Gouvernement Suwalki) und zirka 11 Rubel (Gouvernement Lublin). Auch der Bodenwert iſt in den einzelnen Gouvernements ganz verſchieden. 1904 wurde in dem Gouvernement Kielce und Lublin der Höchſtpreis von 289 Rubel pro Morgen erzielt, während im Gouvernement Lomża der Morgen für 100 Rubel zu haben war. Die Verſchuldung des privaten Landbe-

sitzes in Polen betrug 204777404 Rubel. Der Taxwert des belasteten Besitzes: 424826226 Rubel. Die Summe der Hypotheken: 226158586 Rubel. Der Schuldrest zum 1. Januar 1908: 204777404 Rubel. Der Durchschnittspreis pro Deßjatine 104 Rubel taxatorisch und 55 Rubel hypothekarisch.

Das Land besitzt an die 400 Brennereien. Das Brennereigewerbe konzentriert sich in der 1887 vom Fürsten Woronieckі und Grafen Czacki gegründeten „Warschauer Aktiengesellschaft zur Reinigung und Vertrieb von Spiritus" mit einem Anlagekapital von 600000 Rubel.

Die Zuckerindustrie hat bei der starkprozentigen polnischen Zuckerrübe gegenüber der russischen Zuckerindustrie leichtes Spiel. Deshalb entstanden auch vom Jahre 1872 ab eine beträchtliche Zahl polnischer Gründungen zur Ausbeutung des Zuckers. Baron Leopold Kronenberg gründete die erste Aktiengesellschaft. Seinem Beispiel folgten kapitalkräftige Großgrundbesitzer. Bald griff auch deutsches und jüdisches Kapital ein, wird aber seit 1900 immer mehr verdrängt. An der russischen Gesamtzuckerausfuhr sind die polnischen Zuckerfabriken mit einem starken Prozentsatz beteiligt.

Die größte Zuckerrüben-Ernte 1909 war die von Podolien. Sie ergab 48864407 Berkowetz*). 1910 wurde sie auf 67293678 Berkowetz geschätzt.

Hauptanbaugebiete für Hopfen sind Wolhynien, auf das in den letzten Jahren mehr als die Hälfte der Produktion entfiel, und das Weichselgebiet.

In der Viehhaltung steht Polen Deutschland zum Beispiel bedeutend nach. Während in Deutschland die Viehhaltung mit zirka 38—42 Proz. an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion beteiligt ist, sind es in Polen nur zirka 14 Proz. Dagegen wird die Pferdezucht sehr gepflegt. Neben leichten Schlägen wird viel englisches Vollblut gezogen; im Gouver-

*) Berkowetz = 10 Pud = 400 russische Pfund = 163,805 kg.

nement Lublin steht heute noch die Zucht der bekannten polnisch-arabischen Pferde auf der Höhe ihrer Tradition.

Viel zu wünschen läßt die Waldwirtschaft übrig. (Von den in Polen so umfangreichen Waldungen gehören $^{6}/_{10}$ dem Privatgrundbesitz, $^{3}/_{10}$ der Krone und $^{1}/_{10}$ den Bauern.) Ein Hauptgrund hierzu ist wohl in den Servituten zu erblicken, die ja zum größten Teil auch hier noch nicht abgelöst sind.

Neben diesen Servituten, die den Bauern nicht viel nützen, den Gutsherrn aber in jeder Beziehung schädigen, die Intensität der Bewirtschaftung manchmal ganz unmöglich machen und außerdem zu andauernden Streitigkeiten führen, treten noch die hohen Steuern und die hohen Eisenbahntarife, die der Wirtschaft nachteilig und deren Entwicklung hemmend entgegentreten und die Erzeugnisse verteuern. Die Steuer, die polnische Landwirte zu erlegen haben, übersteigt oft das 8fache der Steuern in den anderen russischen Provinzen. Und der Eisenbahntarif, der für kleine Strecken besonders hoch ist — ungefähr das 5fache im Verhältnis zu langen Strecken — wirkt auf die ganze polnische Landwirtschaft ungemein schädlich. Zudem kommt endlich noch der Mangel an landwirtschaftlichen Kreditorganisationen. Den wenigen polnischen Organisationen begegnet die Regierung mit großem Mißtrauen und unterbindet mit allerlei Bestimmungen ihre freie Entwicklung.

So überraschend sich die Landwirtschaft trotz alledem in Polen entwickelt und gehoben hat, so stören, wie eben ausgeführt, die Servituten, die Steuern und die Eisenbahntarife ihre weitere Entwicklung und bilden eine erschreckende Last für den Besitzer. Der Mangel an dem nötigen Kredit gefährdet und erschwert die Wirtschaft. Daß die Regierung keine Abhilfe hier schaffen will, erhellt ohne weiteres aus ihrem politischen Programm. Bekanntlich beschloß die russische Regierung, in ihrem Kampf gegen das Polentum sich auf die

Bauern zu stützen. Und als diese Hoffnung nicht in Erfüllung ging, sollte sie wenigstens eine andauernde Zwietracht zwischen den Bauern und den Herren auf wirtschaftlicher Grundlage säen. Deshalb braucht sie auch, um von den Servituten zu sprechen, diese Einrichtung und kümmert sich nicht weiter, ob dadurch die Landwirtschaft Polens beeinträchtigt wird, weil sie eben wirtschaftliche Interessen von politischen Gesichtspunkten nicht trennen kann.

Zur Orientierung über die Schwere der Belastung der Besitzer durch die Servituten seien hier Güter in dem Gouvernement Łomża herangezogen, wo den Bauern das Recht zusteht, auf einem Areal von zirka 100 Morgen Wiese zirka 1600 Stück Vieh zu weiden. Um zu beweisen, daß an einen Aufschwung der Waldwirtschaft nicht zu denken ist, sei erwähnt, daß verschiedene Güter auch mit dem Servitut der Waldweide belastet sind, dem Bauern also das Recht zusteht, in dem gutsherrlichen Wald Vieh zu weiden und sich selbst Reisig und Streu zu holen. Zudem kommen noch die Verpflichtungen zu verhältnismäßig großen Lieferungen an Bau- und Brennholz, Knüppel, Stubben, Streu usw. Es erübrigt sich wohl ein Hinweis darauf, zu welchen Überschreitungen und Übergriffen seitens der Bauern — abgesehen von der wirklichen Belastung — die Servituten führen.

Da nun die Bauern auf diese Rechte selbstredend freiwillig nicht verzichten, auch wenn sie oft überhaupt keinen Nutzen davon haben, alle diesbezüglichen Anträge des Gutsherrn aber abschlägig beschieden werden — das Motiv, das diesen Bescheiden zugrunde liegt, ist natürlich das ständige Schüren des Hasses und der Zwietracht zwischen den Bauern und den Herren —, alle Prozesse ferner aussichtslos sind und dem Gutsbesitzer doppelte Kosten verursachen — nämlich seine und die des unbemittelten Bauern —, ist eine Ablösung der Servituten nur durch Verzicht des Gutsherrn auf das mit Servituten

belaſtete Grundſtück zugunſten der Bauern möglich. Letzteres geſchieht auch oft und hat, da dieſes Grundſtück von dem des Bauern meiſt entfernt iſt, eine weitere Zerſtücklung des Grund und Bodens zur Folge.

Ungeachtet des Schadens, den dieſe Verhältniſſe der Landwirtſchaft im Königreich zufügen, greift die Regierung abſichtlich nicht ein.

Verkehr

Auf 1000 Quadratwerſt entfallen in Polen 28,4 Werſt Eiſenbahnlinien, während das europäiſche Rußland einen Durſchſchnitt von 11,7 Werſt aufweiſt. Das Verhältnis des Eiſenbahnnetzes zur Bevölkerung ergibt auf 100 000 Seelen 25,8 Werſt.

Bei Schaffung von Verkehrsmitteln für Polen ließ ſich die ruſſiſche Regierung von keinem wirtſchaftlichen Geſichtspunkte leiten, ſondern ausſchließlich vom politiſchen und militäriſchen.

Die Induſtriebezirke Kaliſch und Piotrków haben trotz ihrer dichten Bevölkerung und trotz der großen Ein- und Ausfuhr nur zwei Eiſenbahnlinien, die nur einmal ſich verbinden. Ausgebaut ſind bloß die ſtrategiſch wichtigen Strecken Suwalki-Grodno-Lomża-Brześć-Litewski-Iwangorod. Das Eiſenbahnnetz überſpannt hierzu das Gouvernement Siedlec, das dünnbevölkert und ſandig iſt. Das Hauptmotiv, von dem ſich die ruſſiſche Regierung bei dem Eiſenbahnbau leiten ließ, war die Verhinderung einer günſtigen Verbindung zur preußiſchen Grenze.

Privateiſenbahnbaugeſellſchaften, die aus privaten Mitteln dem Übel abhelfen wollen, werden in mancher Beziehung behindert — wie zum Beiſpiel durch die Beſtimmung, daß nur ein Ruſſe Präſident der Geſellſchaft ſein kann; ſeine Tätigkeit erſtreckt ſich freilich nur auf das Einſtecken eines ungeheuren Gehalts —, ſtatt von der Regierung kräftig unter-

ſtützt zu werden. Mit Hilfe von privaten Geldern entſtanden verſchiedene private Eiſenbahnlinien, die aber mit der Zeit, nachdem das Riſiko beſeitigt war, vom Staat aufgekauft worden ſind. Vor Ausbruch des Krieges gab es nur noch eine private Eiſenbahn, die von Jan von Bloch gegründete und erbaute Lodz-Warſchauer Bahn.

Das Weichſelſtromgebiet iſt völlig vernachläſſigt. Für die Regulierung des Fluſſes iſt ſeit Jahrzehnten nichts getan worden, was natürlich eine große Schädigung des Güterverkehrs zur Folge hatte.

Die Städte

Warſchau, Gouvernement Warſchau, Lagerfeſtung, 15 Forts. 30—40 Meter über der Weichſel, 864 000 Einwohner. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn nach allen Richtungen. Dampferſtation.

Induſtrien: mehr als 300 Fabriken mit einem jährlichen Produktionswert von zirka 75 Millionen Mark. Hauptſächlich Fabrikation in Baumwolle, Tabak, Leder, Tuch, Öl, Wagen, Chemikalien, Maſchinen, Metallgegenſtänden, namentlich in Bronze, Gold und Silber. — Handelsplatz erſten Ranges, hauptſächlich für Polen, ſteht aber auch mit dem Inneren Rußlands nach allen Seiten ſowie mit Danzig in Verbindung. — Filiale der Reichsbank und zahlreicher anderer Banken.

Zollamt, Konſulate, Univerſität mit botaniſchem Garten, reiche Bibliotheken und wertvolle Sammlungen, Erzbistum.

Lodz, Gouvernement Piotrków, Feſtung an der Ludka, 213 Meter Seehöhe. 404 000 Einwohner. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn nach Koluszki und Warſchau.

Induſtrien: Hauptſitz der Baumwoll- und Wollinduſtrie ganz Rußlands. Fabrikation von Seiden- und Stahlwaren. — Reichsbankfiliale und Kommerzbank. — Techniſche Anſtalt. — Garniſon. — Gymnaſium für Knaben und Mädchen. — Theater. — Handels- und mittlere Induſtrieſchule.

Sosnówiec, Gouvernement Piotrków, 83 000 Einwohner. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn nach Iwangorod.

Induſtrien: Zinkwerke, Knochenmehl, Schrot, Keſſel und Rohre, Nägel, Glas, Papier. — Zollamt. Realſchule. — Nordöſtlich davon das Dombrowa-Kohlengebiet.

Czenſtochau, Gouvernement Piotrków, 72 000 Einwohner, links an der Warthe. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn: Warſchau-Granica.

Induſtrien: Baumwollwaren, Jute, Bier, Zelluloid, Leim,

Nadeln, Knöpfe, Zündhölzer, Spielsachen, Heiligenbilder. — Berühmter Wallfahrtsort. Kloster Jasna Góra. Gymnasium, Reichsbankfiliale. Garten- und Obstbauschule. Brigadekommando.

Lublin, Gouvernement Lublin, 67 000 Einwohner, links an der Bystrzyca (zur Weichsel). 192 Meter Seehöhe. — Post, Telegraph, Eisenbahn nach Lukow.

Industrien: Dampfmühlen, Wollweberei. Fabrikation von Tabak, landwirtschaftlichen Geräten, Leder. Handel: Getreide, Wolle, Wein. — Reichsbankfiliale. Bistum, Garnison, Brigadekommando. Seminar, Knaben- und Mädchengymnasium. Theater, Militärspital. Schon unter den Jagellonen war Lublin eine der größten Städte des Königreichs.

Kalisch, Gouvernement Kalisch, an den drei Armen der Prosna, 6 Kilometer von der preußischen Grenze, 50 000 Einwohner. — Post, Telegraph, Eisenbahn.

Industrien: Zucker, Tabak, Tuch, Band- und Wollwaren, Bier- und Metbrauereien. Bischofssitz. Militärkommando. Grenzwache, Reichsbankfiliale, Seminar, Gymnasium, Realschule.

Bendzin, Gouvernement Piotrków, 5 Kilometer von der österreichischen Grenze. 50 000 Einwohner. — Post, Telegraph, Eisenbahn: Tabkowice-Sosnówiec. In der Nähe Kohlengruben und Staatszinkwerke. — Bevölkerung meist Juden.

Radom, Gouvernement Radom, an der Radomka. 43 000 Einwohner. — Post, Telegraph, Eisenbahn: Dombrowa-Iwangorod.

Industrien: Hut- und Lederfabrikation, Stahlgießerei, Bier und Branntwein. Tonwaren, landwirtschaftliche Geräte, bedeutender Handelsplatz, Reichsbankfiliale. Garnison, Knaben- und Mädchengymnasium. Handels- und Eisenbahnschule. Ein Drittel der Bevölkerung jüdisch.

Piotrków, Gouvernement Piotrków, links an der Pilica,

42 000 Einwohner. 12 000 Deutſche. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn: Warſchau-Granica.

Induſtrien: Fabrikation von landwirtſchaftlichen Geräten, Leder, Bier, Kacheln, Glas. — Reichsbankfiliale, Garniſon, Gymnaſium für Knaben und Mädchen. Handels- und Handwerksſchule.

Plock, Gouvernement Plock, rechts an der Weichſel auf 60 Meter hohem Steilufer. 32 000 Einwohner. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn, Dampferſtation.

Induſtrie: Fabrikation landwirtſchaftlicher Geräte. — Getreidehandel, Reichsbankfiliale, Bistum, Garniſon, Seminar, Gymnaſium.

Wloclawek, Gouvernement Warſchau, links an der Weichſel, 33 000 Einwohner. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn: Skierniewice-Alexandrowo, Dampferſtation.

Induſtrien: Fabrikation von landwirtſchaftlichen Geräten, Zelluloid, Porzellan, Met. Bistum, Garniſon, Seminar, Handelsſchule.

Kielce, Gouvernement Kielce, 31 000 Einwohner. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn: Iwangorod-Dombrowa.

Induſtrien: Eiſen, Zucker. In der Nähe Bergbau auf Eiſen, Kupfer und Blei. Nahe bei Bad Busko Schwefel und Salzquellen. Reichsbankfiliale, Garniſon, Bistum, Seminar, Gymnaſium.

Pabianice, Gouvernement Piotrków, an der Dobrzynka zur Warthe. 38 000 Einwohner. — Poſt, Telegraph, Eiſenbahn, Elektriſche Bahn nach Lodz.

Induſtrien: Woll- und Baumwollwebereien, Tuchfabrikation, Färbereien, landwirtſchaftliche Geräte, Papier, Chemikalien.

Wohlfahrtseinrichtungen der Städte*)

Die 10 Gouvernements Polens	Anzahl der Städte	Zahl der Städte mit									
		Beleuchtung	Darunter Elektrisch	Darunter Gas	Darunter Petroleum	Wasserleitung	Kanalisation	Schlachthäuser	Feuerwehr	Tramways	Telephon
Warschau	25	24	—	3	23	3	1	23	23	3	4
Lublin	13	12	—	1	12	1	2	13	13	—	2
Kalisch	13	13	—	1	13	—	—	13	13	—	1
Radom	10	10	1	—	10	—	1	10	10	—	—
Piotrkow	15	13	3	2	10	1	—	14	14	4	6
Plock	9	9	—	1	9	1	1	9	9	—	2
Kielce	7	7	—	—	7	2	—	7	7	—	—
Lomza	7	7	—	—	7	1	—	7	7	—	—
Suwalki	10	10	—	—	10	—	—	10	10	—	—
Siedlec	12	9	—	—	9	—	—	11	12	—	1
Summa	121	114	4	8	110	9	5	117	118	7	16

*) Das Russische Reich in Europa und Asien. Berlin-Leipzig-Hamburg.

Induſtrie und Handel

Die Dekrete des Herzogtums Warſchau vom Januar 1810, Mai 1811, Januar 1812 dürfen als die Geburtsſtunde der polniſchen Fabrikinduſtrie erachtet werden.

Die Heranziehung fremder, hauptſächlich deutſcher Handwerker und Fabrikanten zur Förderung der Induſtrie in Polen war der Zweck des Erlaſſes der Dekrete. Nach dieſen Beſtimmungen waren nämlich denjenigen, die ſich hierzu entſchloſſen, weitgehende Privilegien in Ausſicht geſtellt (Dekret von 1812), der Eiſenhandel mit Öſterreich und der Leinen- und Wollhandel mit Preußen freigegeben (Dekret von 1810 und 1811). Nach dem Wiener Kongreß waren für den Handel die polniſch-ruſſiſchen Handelsverträge von 1822 und 1824 maßgebend, kraft deren die Ein- und Ausfuhr aller Rohprodukte Rußlands und Polens zollfrei war, alle aus eigenem Rohmaterial hergeſtellten Fabrikate einer einprozentigen Verzollung, alle aus ausländiſchem Material hergeſtellten einem dreiprozentigen Einfuhrzoll unterlagen. Dieſe Verträge boten eine günſtige Baſis für die Entwicklung des Handels und der Induſtrie in Polen. Beſonderen Aufſchwung nahm ſchon kurz nach dem Inkrafttreten derſelben die Wollproduktion, die 1830 einen Wert von 5 752 000 Rubel erreichte.

Der Aufſtand von 1830/31 brachte mit der Errichtung einer Zollgrenze natürlich auch eine völlige Veränderung der ruſſiſchen Tarif- und Handelspolitik mit ſich, vor allem zunächſt eine Erhöhung aller Einfuhrzölle für polniſche Waren nach Rußland, bis 1850 endlich die Zollgrenze zwiſchen Polen und Rußland wieder aufgehoben wurde.

Nach 1867 entwickelten ſich beſonders die Woll- und Baumwollſpinnereien, die Woll-, Tuch- und Baumwollwebereien und nahmen im Vergleich zu Rußland einen un-

gemein hohen Aufschwung. Als unverantwortlich seitens der russischen Regierung müssen die Maßnahmen bezeichnet werden, die 1876 bezüglich des Bergbaus einsetzten und zu einer unglaublichen Verschleuderung des Bergbaubesitzes führten. So wurden langfristige Konzessionen (bis zu 90 Jahren) zur Ausbeutung des Bergbaurechtes an den Steinkohlengruben um Huta Bankowa herum, der Betrieb der Eisenwerke Huta Bankowa französischen und italienischen Gesellschaften übertragen, die Eisenhammer Cyganka, Kostrzyn, Błoto, Kamionka u. a., Stahlfabriken und Zinklager an unternehmungslustige Bewerber zu Schleuderpreisen abgegeben.

Der Stand des Bergbaus in Polen bezifferte sich 1903 mit der Einheit von 1000 Pud*) gerechnet folgendermaßen**):

Steinkohle	286 870,6
Eisen	18 796,3
Erz	10 274,8
Braunkohle	5 545,0
Zink	604,0
Salz	100,0
Kupfer	20,0
Schwefel	14,6

An Steinkohle wurde im Dombrowabassin gefördert in 1000 Pud:

im Jahre 1883	102 393
„ „ 1908	344 260

Das Dombrowabassin ist die Fortsetzung des schlesischen Kohlenrayons. Die Mächtigkeit der einzelnen Schichten ist viel größer als im russischen Donezbassin zum Beispiel, wo dieselben nur $2^1/_2$—3 Arschin stark sind, hier hingegen über 1 Faden Stärke verfügen. Auch sind die Arbeitskräfte in Dom-

*) 1 Pud = 40 russische Pfund = 16,381 kg.

**) Jahrbuch des Finanzministeriums von 1904.

browa billiger als anderswo, indem hier ein Arbeiter 19 500 Pud jährlich fördert, im Donezrayon dagegen 12 100 Pud. Da die Dombrowakohle keinen Koks ergibt, muß dieser importiert werden, was für die industriell so wichtigen polnischen Gouvernements eine schwere Last ist.

Ferner existieren in Polen auch Braunkohlenwerke, die 1907 5 405 737 Pud Braunkohle ergaben. Während die Lieferungen an Naphtha aus dem Dombrowarayon für den Binnenverbrauch zurückgegangen sind, steigt die Ausfuhr ins Ausland von Jahr zu Jahr.

Für die Eisenindustrie Polens ist jetzt nach langen Jahren des Niederganges eine Besserung der Verhältnisse eingetreten, die natürlich der in Polen stark engagierten oberschlesischen Montanindustrie auch sehr zugute kommt. Nach der offiziellen Statistik beläuft sich die Produktion in Roheisen im ersten Halbjahr 1910 auf 7 590 000 Pud, während sie im ersten Halbjahr 1909 nur 5 961 000 Pud aufwies. Diese Produktionssteigerung bewirkte freilich auch eine Steigerung der Bestände von 5 270 000 auf 6 217 000 Pud, doch darf dieser Umstand angesichts des später aufgetretenen Roheisenmangels in Rußland als eine günstige Erscheinung bezeichnet werden. Auch die Produktion in Halbfabrikaten ist in dem ersten Halbjahr 1910 gestiegen, im Vergleich zum ersten Halbjahr 1909. Während sie sich 1909 auf 9 965 000 Pud belief, betrug sie 1910 11 377 000 Pud. Trotz dieser Steigerung haben sich hier die Bestände verringert: am 1. Juli 1909 betrugen sie 1 954 000, und am 1. Juli 1910 1 359 000 Pud. Ferner hat die Produktion der Fertig-Fabrikate zugenommen, nämlich von 7 956 000 Pud auf 9 572 000 Pud. Die Bestände haben sich hier von 1 617 000 auf 1 263 000 Pud verringert.

Polen ist eines der Hauptproduktionsgebiete des Eisens und Stahls. Die Produktion an Roheisen betrug in Polen 1909 390 000 Tonnen. Die verarbeiteten Eisen- und Stahlquan-

titäten im Jahre 1904 waren in 1000 Pud: 21 638, im Jahre 1908: 17 321.

Die Anzahl der bei der Gewinnung und Verarbeitung der Metalle beschäftigten Personen betrug im Jahre 1910 62 027.

Trotz verschiedener Behinderung durch die russische Regierung und trotz der sehr hohen Ausfuhrzölle hat sich in den letzten vierzig Jahren die polnische Industrie unverhältnismäßig schnell entwickelt und ist immer noch in weiterer Expansion begriffen. Sie konzentriert sich im Südwesten und in der Mitte Polens. Die zwei Hauptzentren sind Warschau und Lodz. Das industriereichste Gouvernement ist das Piotrkowsche (Petrikau). Gestützt auf polnisches Kapital und auf polnisch-jüdische Banken blühen in Warschau speziell Fabriken für Maschinen und landwirtschaftliche Geräte, Gerbereien und Bierbrauereien. Die Produktion nimmt ständig zu.

In Lodz hat mit Hilfe hauptsächlich deutschen und jüdischen Kapitals besonders die Woll- und Baumwollindustrie großen Aufschwung genommen. Allein die Baumwollspinnerei erreichte 1905 einen Produktionswert von über 40 000 000 Rubel gegen 8 000 000 Rubel im Jahre 1874 und 33 000 000 Rubel im Jahre 1901. Den nächsthöchsten Produktionswert weist die Wollweberei auf, dann folgt die Halbwollspinnerei und die Halbwollweberei.

Nicht zu unterschätzen ist die hohe Produktion der Luxusartikel und chemischer Präparate, obwohl Luxusgegenstände auch viel aus England, Deutschland und Österreich eingeführt werden.

Über die Industrie Polens und den Gesamtwert der Produktion gibt folgende Tafel Aufschluß*):

*) Grabski, Statistisches Jahrbuch des Königreichs Polen. Warschau.

	Bergbau- und Hütten-Industrie	Textil-Industrie	Nahrungsmittel	Metall-Verarbeitung	Bekleidungsgewerbe	Steine und Erden	Chemikalien	Tierprodukte	Papier u. Polygraphie	Holz-Industrie	Gemischte Gewerbe
Zahl der Anstalten	479	1166	3032	1510	1918	520	264	284	672	879	229
Gesamtwert der Produktion in Rubeln	601 394 419	341 266 000	154 724 115	110 301 000	47 919 600	30 433 000	29 831 000	29 831 000	25 695 784	23 215 000	7 286 000
Zahl der Arbeiter	45 695	150 305	42 458	62 027	25 438	23 075	8 153	7 074	15 402	17 259	3 074

Während die Metallwaren-, Eisen- und Maschinenindustrie fast ausschließlich von den Polen und von polnischem Kapital beherrscht wird, hat deutsches Kapital und deutscher Einfluß in der Spinnerei-, Weberei- und Kohlenindustrie die Oberhand. Bemerkt sei noch, daß die polnische Maschinenindustrie durch die vielfache Heranziehung polnischer Arbeiter und polnischer Ingenieure zu Eisenbahnbauten und zu verschiedenen Betrieben im Inneren Rußlands einen besonderen Aufschwung erfahren hat.

Was den Handel innerhalb des Gebiets des Königreichs anlangt, so ist er zum großen Teil in den Händen der Juden. Der Detailhandel fast ausschließlich, und auch vielfach der Engroshandel. Bei den schlechten Wegen und Straßen und dem Mangel an sonstigen Verkehrsmitteln ist es für den kleinen Produzenten auf dem Lande nicht möglich, seine Produkte auf den größeren Märkten zu verkaufen. Er ist deshalb meist auf den jüdischen Händler, der ihm alle Erzeugnisse abnimmt und schlecht bezahlt oder sie gegen andere Ware austauscht,

direkt angewiesen und ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Aber auch in den Städten beherrschen die jüdischen Händler den ganzen Produktenmarkt und bilden so einen geschlossenen Ring, wodurch sie den ganzen Handel nach Belieben regeln können. Dieser Umstand trägt auch zum Teil mit schuld an dem Rückgang des Vieh- und Getreidehandels in Polen, obwohl selbstverständlich auch die hohen Zölle an der deutschen Grenze und die niedrigen Tarife für russische Produkte die Entwicklung dieses Handels beeinträchtigen. Die russischen Kornhäuser, die in Warschau zur Förderung des russischen, speziell südrussischen Getreidehandels gegründet wurden, schädigen natürlich ebenfalls stark diese Branche des polnischen Handels.

Selbst das Fuhrwesen, die Flußschiffahrt und die kleinen Banken sind in den Händen der Juden. Die polnische Bevölkerung hat sich an den jüdischen Händler so gewöhnt, daß sie, obwohl sie die Schädigung durch ihn und seine Ausbeutung wohl merkt, ihn schwerlich missen wollte. Eine gewisse, dem polnischen Charakter eigentümliche Bequemlichkeit dürfte das Hauptmotiv hierzu sein. Der jüdische Händler besorgt eben alles, auf dem Lande und in der Stadt. Er kauft ein, er kauft ab und erledigt alle wirtschaftlichen Angelegenheiten.

In den größeren Städten versuchte man polnischer- und auch deutscherseits die jüdische Beeinflussung des Handels zu verdrängen, so zum Beispiel in Warschau, Lodz, Piotrków, Kalisch, Czenstochau; bis dahin aber mit geringem Erfolg. Erst die letzten großen Boykotte gegen jüdische Kaufleute, ihre Läden und Waren konnten einige Erfolge in dieser Richtung aufweisen.

In seinem Handelsverhältnis zu Rußland bildet Polen einen gefährlichen Konkurrenten desselben, trotz der Einschränkungen und der Hindernisse, die der polnische Handel zu bewältigen hat, wie zum Beispiel die schlechten Verkehrsmittel,

die furchtbar hohen Eisenbahntarife usw. Den Grund hierfür bildet die unvergleichlich bessere Qualität der polnischen Fabrikate gegenüber den russischen und die daraus folgende große Nachfrage russischer Abnehmer nach polnischen Erzeugnissen, ferner die gute industrielle Organisation in Polen und die dieser zur Verfügung stehenden billigen und doch in jeder Beziehung die russischen übertreffenden Arbeitskräfte, die sowohl was technische Schulung wie Leistungsfähigkeit anlangt den russischen bei weitem überlegen sind.

Der großen Einfuhr von Rohmaterialien nach Polen steht eine sehr große Ausfuhr von fertigen Fabrikaten aus Polen entgegen, die die Einfuhr öfters um ein beträchtliches übersteigt. So ist zum Beispiel die Ausfuhr von Metallwaren, Metall, Geweben und Zucker um mehrere Millionen Pud größer als die Einfuhr. Dagegen ist wiederum die Einfuhr von Erzen, Öl, Petroleum, Chemikalien, landwirtschaftlichen und Mühlenprodukten aus Rußland bedeutend höher als umgekehrt. Ein großer Teil dieser russischen Ausfuhrprodukte wird aber nur als Transitgut nach Polen eingeführt.

Importfirmen, die größere Mengen von Waren auf Lager nehmen, um sie an kleine Abnehmer weiterzugeben, gibt es in Polen nicht. Das Geschäft wird gewöhnlich durch Vertreter vermittelt, deren Hauptaufgabe es ist, die Kreditfähigkeit der Kunden einer ständigen Kontrolle zu unterziehen, damit bei den hier oft eintretenden Veränderungen die nötigen Maßnahmen ergriffen werden können.

Die Arbeiterfrage

Die landbesitzende bürgerliche Bevölkerung beläuft sich auf zirka fünf Millionen Seelen. Von diesen fünf Millionen kann nur knapp eine Million von der Landwirtschaft leben. Der Besitz der restlichen vier Millionen ist so gering, daß sie einen Nebenerwerb suchen müssen, um sich und die Familie ernähren zu können. Als Nebenerwerbsquellen kommen in Betracht die Industrie und die landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetriebe, in welchen aber bei weitem nicht alle Arbeit finden. Wenn man bedenkt, daß neben diesen Bauern, die wenigstens paar Morgen ihr Eigen nennen, noch an die Million völlig landloser Bauern in Polen lebt, so wird man sich sowohl von der großen Zahl des ländlichen Proletariats ein Bild machen, als auch verstehen können, daß die Arbeitslöhne bei diesem Überschuß an Arbeitskräften so niedrig sind.

Dem gegenüber muß es dem Uneingeweihten unverständlich erscheinen, daß es in Polen — speziell zur Erntezeit und zur Zeit der Rüben- und Kartoffelbestellung — einen Mangel an Arbeitern gibt. In einzelnen Gouvernements sind die Besitzer gezwungen, aus Galizien und den Karpathen Arbeiter heranzuziehen. Der Grund ist darin zu suchen, daß die landlosen Bauern im Frühjahr auf Wanderarbeit ins Ausland gehen und erst im Winter wieder zurückkommen; daß ferner diejenigen, die einen kleinen Hof besitzen, zuerst die Ernte von ihren paar Morgen hereinbringen müssen.

Die Löhne sind in den einzelnen Gouvernements verschieden. Am höchsten sind sie in den Industriebezirken Warschau und Piotrków. Die ständigen Arbeiter erhalten neben freier Wohnung und Naturalien einen Barlohn. Im Gouvernement Warschau stellt sich der Gesamtlohn eines ständigen Arbeiters mit Familie wie folgt:

6,6 Tschetwert*)	Getreide	689 Quadratsaschen**)		
0,4 „	Weizen	Land für Kartoffel	41 Rubel	
3,4 „	Roggen	119 Quadratsaschen	Barlohn	
1,3 „	Gerste	für Hanf und Kohl		

Die Tagelöhne sind in den einzelnen Gouvernements ebenfalls ganz verschieden. An der preußischen Grenze sind sie am höchsten, die niedrigsten Löhne werden an der galizischen Grenze gezahlt. Während in der Mitte des Königreichs im Winter der Tagelohn oft 15 Kopeken nicht übersteigt, werden an der preußischen Grenze im Durchschnitt mindestens 30 Kopeken bezahlt. Für die Erntezeit stellt sich der Lohn in der Mitte des Königreichs für Männer auf 30 bis 90 Kopeken, für Frauen auf 30 bis 70 Kopeken. An der preußischen Grenze dagegen steigt er bis zu 1,20 Rubel für Männer und bis zu 1 Rubel für Frauen. An der galizischen Grenze betragen die Löhne in der Erntezeit in verschiedenen Ortschaften nicht mehr als 35 bis 45 Kopeken. Hier wirkt noch auf das Herabsetzen der Löhne die Konkurrenz der „Goralen“ und „Bandossen“, die als Saisonarbeiter herüberkommen.

Wanderarbeit und Auswanderung

Wie oben erwähnt, wandert ein großer Teil der landlosen Bauern für die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst ab. Neben diesen Abwanderern müssen auch diejenigen berücksichtigt werden, die für längere Dauer nach Deutschland und Amerika hauptsächlich auswandern, um bei den höheren Löhnen in diesen Ländern Ersparnisse zu machen und dann wieder heimzukehren. Bemerkenswert ist hierbei der psychologische Unterschied zwischen polnischen, deutschen und jüdischen Auswanderern. Während die Mehrzahl der Polen nach drei bis vier Jahren wieder in die Hei-

*) Ein Tschetwert: 2,09907 Hektoliter.

**) Eine Sasche: 2,134 Meter.

mat zurückkommt, kehrt von den Juden nur ein geringer Teil zurück, die Deutschen bleiben meist im Ausland. Die Erklärung hierfür liegt in dem, jedem polnischen Bauern eingeborenen tiefen Heimatsgefühl, das ihn auch während eines mehrjährigen Aufenthalts im Ausland die Heimat nicht vergessen läßt, im Gegenteil, oft sich bis zu einer krankhaften Sehnsucht nach dem heimatlichen Boden steigert.

Nach den „Arbeiten des Warschauer statistischen Komitees" beliefen sich die Ersparnisse der Auswanderer 1904 auf 11,4 Millionen Rubel. Diese Summe verteilte sich folgendermaßen:

in Deutschland ersparten	137701	Auswanderer	9041620	Rubel
in Amerika „	10453	„	2319425	„
in Dänemark und England „	927	„	64130	„

Wenn man zu diesen 149081 Auswanderern noch 4327 Köpfe hinzuzählt, die nach Rußland ausgewandert sind, so ergibt sich 1904 als Gesamtauswanderungszahl 153408.

Die Folgen der Auswanderung haben für das Königreich Licht- und Schattenseiten. Als Vorteil sind die mitgebrachten Ersparnisse anzusehen, während andererseits den Gutsbesitzern in Polen große Nachteile dadurch erwachsen, daß die Wanderarbeit die Heimatslöhne bedeutend steigert. Diese Steigerung hat die Gutsbesitzer des öfteren schon gezwungen, ihre Güter zu verkaufen.

Der heimkehrende Bauer kauft sich meist an. Leuchten ihm doch als Hauptzweck seiner Wanderarbeit die Ersparnisse vor, die es ihm ermöglichen sollen, nach Rückkehr in die Heimat ein Stück Grund und Boden sein Eigen zu nennen.

Sehr unangenehme Folgen hat bei der Auswanderung der Mangel an genossenschaftlichen Organisationen gezeitigt. Den Bemühungen der Intelligenz und der Geistlichkeit arbeiten geschickte und rücksichtslose Agenten entgegen, die es ver-

ſtehen, den Bauern durch allerlei Verſprechungen zu ködern und zu betören und ihn, wenn er ſich ihnen einmal auf Gnade und Ungnade ausgeliefert hat, in jeder Weiſe auszunützen und zu ſchädigen.

Fabrikarbeiter

1904 hat in Rußland die Arbeiterſchutzgeſetzgebung eingeſetzt.

Theoretiſch laſſen ſich die Geſetze von Prinzipien der ſozialen Fürſorge leiten, praktiſch bürden ſie dem Arbeitgeber erdrückende Laſten auf, während ſie für den Arbeiter ſo gut wie gar nicht in Betracht kommen, jedenfalls völlig unzureichend ſind. Die Lage des polniſchen Arbeiters iſt, wie die des ruſſiſchen, wenig erquicklich. Geringer Verdienſt und unmögliche Lebensbedingungen. Er iſt einzig und allein auf ſich, ſeine körperliche Geſundheit und die günſtige Konjunktur der Fabrikate der betreffenden Fabrik, in der er tätig iſt, angewieſen. Auf die Löhne der Fabrikarbeiter wirken beſonders drückend die in anderen Ländern ziemlich unbekannten Einrichtungen der Hausinduſtrie und der Mietfabriken.

In den kinderreichen polniſchen Bauernfamilien wurde ſeit jeher an den langen Winterabenden gewebt. Die kleinen jüdiſchen Händler haben aus dieſer Hausarbeit, die ſich zunächſt auf eigenen Bedarf beſchränkte, eine Induſtrie gemacht und nützen nunmehr den Mangel an Verkehrsgelegenheiten und die Armut der dichten Bevölkerung rückſichtslos aus. Von Dorf zu Dorf wandernd, erteilt der jüdiſche Händler Aufträge und kann bei der großen Konkurrenz der Maſſe der Arbeitskräfte und der Armut der Bevölkerung beliebige Preiſe beſtimmen, die natürlich in gar keinem Verhältnis zu der mühevoll gefertigten Ware und zur Arbeitsleiſtung ſtehen. Die Löhne belaufen ſich hier im Durchſchnitt bei 12- bis 16-ſtündiger Arbeit auf 25 bis 35 Kopeken.

Ähnlich verhält es sich in den Mietfabriken. Kleine Fabriken oder Teile größerer Fabriken werden von Unternehmern oder deren Agenten gemietet, um irgendeine bestimmte Schundware herzustellen. Es gibt auch speziell fabrikartig angelegte Gebäude, die aus mehreren kleinen Fabriken bestehen, die dann einzeln vermietet werden. Von den Straßen werden Arbeitslose aufgelesen und auf eine Zeitlang — zwei bis vier Wochen — gedungen, gegen einen Lohn von 25 bis 35 Kopeken bei einer 12- bis 16stündigen Arbeitszeit.

Verhältnismäßig hohe Löhne werden in der Eisenindustrie gezahlt, wo sie 1 bis 1,50 Rubel erreichen.

Gewerbliche Genossenschaften und Arbeitsgenossenschaften sind infolge der Schwierigkeiten, die die russische Regierung polnischen und jüdischen Organisationen aus früher dargelegten Gründen in den Weg legt, wenig bekannt.

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Fabrikarbeiter bringt es mit sich, daß ein großer Prozentsatz von ihnen auswandert und zwar hauptsächlich nach Posen und Schlesien.

Finanzweſen

Die 1828 gegründete „Polniſche Bank“ wurde 1885 in das „Warſchauer Kontor der ruſſiſchen Staatsbank“ umgewandelt, das von nun an die finanzielle Führung des „Finanzbezirks Polen“ übernommen hat.

Die polniſche Finanzwelt teilt ſich in zwei Gruppen, die „Lodzer“ und die „Warſchauer“. Erſtere iſt mit der Gründung der Lodzer Handelsbank 1872 mit einem Anlagekapital von 5 Millionen Rubel entſtanden. Als Zentrum der Wollinduſtrie und der entſprechenden Fabrikunternehmungen auf internationaler Grundlage mit ausländiſchem Kapital begründet, ſteht ſie den Polen fremd gegenüber. Ihr Einfluß in politiſcher Beziehung auf die polniſche Geſellſchaft iſt deshalb gering. Sind doch ihre Intereſſen internationaler Natur und erheiſchen deshalb eine ſtarke und direkte Anlehnung an das ruſſiſche Finanzminiſterium. Sie kommen hauptſächlich nur als Verbraucher polniſcher Arbeitskräfte in Betracht. Mit dem deutſchen Kapital herrſcht auch deutſcher Einfluß vor, und die Lodzer Finanzgruppe bemüht ſich, dieſen zu feſtigen und auch zur Einbürgerung deutſcher Kultur in Polen beizutragen.

Während ſo die Lodzer Gruppe an dem politiſchen Schickſal und der politiſchen Entwicklung Polens wenig intereſſiert iſt, iſt im Gegenſatz zu ihr die Warſchauer Finanzgruppe (Kronenberg, Eppſtein, Wawelberg-Rotwand, Szwede, Lilpop und andere) auf rein nationaler Grundlage aufgebaut und deshalb von der polniſchen Geſellſchaft und der politiſchen Lage Polens abhängig. Polniſche Magnaten haben ſich hier mit der bürgerlichen Hochfinanz verbunden und vertreten ausſchließlich polniſche Intereſſen.

Mit Hilfe jüdiſchen Kapitals entſtand eine beträchtliche Reihe von Aktiengeſellſchaften, denen ſich der polniſche Adel

anschloß, um sich bald ganz oder teilweise in den Handels- und Industrieunternehmungen sozusagen selbständig zu machen.

Die in der Bewirtschaftung ihrer Güter so behinderten polnischen Großgrundbesitzer veräußerten Teile ihres Grundbesitzes, machten Kapitalien, die zum Teil in ausländischen Werten angelegt waren, frei und schritten zu industriellen Gründungen. So entstand 1873 die Zuckerfabrik in Leonów, vom Grafen Lubieński und Krasiński begründet. Es entstand die „Warschauer Spiritus-Reinigungs- und Verkaufsgesellschaft" unter der Leitung des Fürsten Woroniecki und des Grafen Czacki mit einem Grundkapital von 600 000 Rubel und 233 000 Rubel Reserven. Den vielen späteren Gründungen zur Zeit des Gouverneurs Schuwalow folgte eine Pause zu Zeiten Hurkos, der eine polnische „Monopolisierung" befürchtete, und erst 1895 setzten sie wieder stark ein. In rascher Folge entstanden Aktiengesellschaften für Zuckerfabrikation (Brześć Litewski), Firley-Portland-Zementfabriken (Lublin), Druckereien (Orgelbrand Söhne, Gebethner und Wolf, Warschau), Aktiengesellschaften für Eisenerzeugung, Eisenbahnbau, Maschinenbau, Keramik, Metallwaren und Bierbrauereien. Auch die polnischen Privatbanken entwickelten sich und stiegen im Ansehen. Neben die Namen der Goldfeder, Stückgold, Lesser traten die der Grafen Zamojski, Fürsten Lubomirski, Fürsten Woroniecki, Grafen Soltan, Grafen Mielżyński, Barone Kronenberg, Barone Bloch und anderer.

Wenn auch nicht alle polnischen Gründungen — was ja bei der wirtschaftlichen Lage in Polen erklärlich ist — großen Gewinn abwerfen, so hat doch ein sehr großer Teil von ihnen schöne Erfolge zu verzeichnen, wie aus den hohen Dividenden zu ersehen ist. Eins steht fest: trotz der dauernden Wirtschaftskrisis haben es die Polen verstanden, alle Erwerbszweige auszunützen und in der Geschäftswelt sich Ansehen zu verschaffen.

Die Landbank und die Kleinkreditanstalten

Die einzige Wirtschaftsorganisation, in der die Polen wenigstens einigermaßen freie Hand haben, ist die Organisation des adligen Großgrundbesitzes: die „Landkreditgesellschaft" (Bank Ziemski). Sie ist entstanden aus der zur Zeit des Herzogtums Warschau 1826 gegründeten Hypothekenbank zur Beleihung ländlicher Immobilien. Die Verwaltung führt ein Komitee in Warschau (Aufsichtsrat) zusammen mit den 10 Gouvernementsdirektionen und der Generalversammlung. Den Generaldirektor ernennt der Finanzminister im Einverständnis mit dem Generalgouverneur. Die übrigen Mitglieder der Verwaltung werden durch die Gouvernementsversammlungen aus ihren Mitgliedern gewählt. Als weitere Organe der Gesellschaft kommen noch in Betracht die Versammlung der Pfandbriefinhaber und das Komitee der Pfandbriefinhaber. Die Mittel der Gesellschaft werden durch Ausgabe von 4- und $4^1/_2$ prozentigen Pfandbriefen beschafft. 1906 waren zirka 155 Millionen im Umlauf und zirka 2,3 Millionen in der Bank. Die Kurse der Pfandbriefe standen 1898 auf 102, 1904 auf 92. Als feste polnische Organisation greift die Landkreditgesellschaft, der alle größeren Grundbesitzer mit dem hohen Adel an der Spitze als Mitglieder angehören, in die politischen Angelegenheiten ein.

Erst seit dem 1. Januar 1910 ist es auch dem Bauern möglich, einen gewissen persönlichen Kredit zu erlangen, seitdem nämlich bäuerliche kooperative Gesellschaften gegründet worden sind. Freilich geben diese Gesellschaften nur ganz kleine Kredite von 20 bis 70 Rubel. Da nun aber der Bauer Hypotheken nicht aufnehmen kann, weil er in der Verfügung über seinen Besitz durch die Gemeindebestimmungen äußerst beschränkt wird, ist es ihm also auch trotz dieser Kreditgesell-

schaften unmöglich, irgendwie größere Summen auf sein Grundstück aufzunehmen.

Vereins- und Genossenschaftswesen

Das Vereins- und Genossenschaftswesen konnte sich in Polen aus verschiedenen Gründen nur kümmerlich entwickeln. Erstens ist erst 1895 ein allgemeines Genossenschaftsgesetz erlassen worden. Da die Statuten aber der Genehmigung des Generalgouverneurs unterliegen, so ist auch in dieser Beziehung seiner Willkür freie Hand gelassen worden. Zweitens unterbindet es der Mangel örtlicher Autonomie. Drittens sind es die mannigfachen Bestimmungen des Gesetzes, die eine Entwicklung des Vereins- und Genossenschaftswesens unterbinden und darauf hinauslaufen, einen Zusammenschluß der Gesellschaften untereinander zu verhindern, und so den Zweck der Organisationen oft ganz illusorisch machen.

Die Rechtspflege

Das Königreich Polen bildet innerhalb des ruſſiſchen Reiches ein beſonderes Rechtsgebiet, in dem ſeit 1807 der Code Napoléon, für das Handelsrecht der Code de commerce ſeit 1809 in Geltung iſt.

Es bedarf keiner beſonderen Hervorhebung, daß dieſe franzöſiſchen Geſetze in der Geſtalt in Geltung ſich befinden, welche ſie zur Zeit ihrer Einführung, alſo in den Jahren 1807/1809 hatten.

Die in Frankreich ſelbſt ſeit dieſen Jahren auf legislativem Wege erfolgten Ergänzungen und Abänderungen dieſer Geſetze haben für das Königreich Polen keine Geſetzeskraft.

Hingegen finden die Entſcheidungen des franzöſiſchen Kaſſationshofes auch hier bei der Rechtſprechung Beachtung. Eine amtliche ruſſiſche Überſetzung der erwähnten franzöſiſchen Geſetze iſt nicht vorhanden. Alle vorhandenen Überſetzungen in der polniſchen wie in der ruſſiſchen Sprache haben eine Beſtätigung auf legislativem Wege nicht gefunden, und daher gilt der franzöſiſche Text als offizieller Geſetzestext.

Nach der Verordnung, die Anwendung der Juſtizgeſetze vom Jahre 1864 im Gerichtsbezirk Warſchau vom 19. Februar 1875 betreffend, nebſt den Vorſchriften über Einführung der Geſetze betreffend die Gerichtsorganiſation im Gerichtsbezirk Warſchau vom 1./13. Juni 1875 iſt die Zivilprozeßordnung in dem Königreich Polen eingeführt und die Beſtimmungen derſelben bleiben auch für das Handelsgericht Warſchau maßgebend.

Als handelsrechtliche Beſonderheiten ſeien erwähnt: Verkäufe von Mobilien mit Eigentumsvorbehalt ſind in Polen ungültig; ſie werden durch Leih- und Pachtverträge erſetzt. Kaufmänniſche Forderungen gegen Privatperſonen auf Lieferung

unterliegen einer einjährigen Verjährungsfrist. Forderungen von Kaufleuten gegen Kaufleute dagegen einer dreißigjährigen Verjährungsfrist. Die Haftung eines Wechselgiranten erlischt 14 Tage nach Protestaufnahme. Auf Grund protestierter Wechsel kann Konkurs beantragt werden.

Die Polen in Preußen

Gebiet — Bevölkerung

Bei der erſten Teilung Polens 1772 fiel Preußen faſt ganz Weſtpreußen zu. Dieſes Gebiet gehörte vor 1466 zu dem Beſitz des Deutſchen Ordens und dann zu Polen.

Es umfaßt 25 554 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 1 703 447 Seelen. Davon ſind zirka 600 000 Polen. Die polniſche Bevölkerung konzentriert ſich in feſten Maſſen an der Grenze von Poſen und dem Königreich Polen und auf einem ſchmalen Streifen gegen die Oſtſee. Die Bewohner dieſes Streifens werden Kaſſuben genannt, weil ſie ſich eines beſonderen Dialekts, des ſogenannten Kaſſubiſchen bedienen. Auf die einzelnen Kreiſe entfallen an polniſcher Bevölkerung:

Deutſch-Krone	1 Proz.	Flatow	35 Proz.
Schlochau	15 „	Konitz	55 „
Tuchel	66 „	Putzig	67 „
Neuſtadt	52 „	Karthaus	67 „
Berent	55 „	Dirſchau	37 „
Stuhm	40 „	Preuß.-Stargard	74 „
Schwetz	55 „	Marienwerder	36 „
Roſenberg i. W.	6 „	Graudenz	42 „
Löbau	80 „	Kulm	53 „
Brieſen	60 „	Strasburg	65 „
Thorn	52 „		

Nach den Wandlungen, die die preußiſchen Erwerbungen aus den beiden anderen Teilungen Polens durch Napoleon erlitten hatten, wurden auf dem Wiener Kongreß endgültig die Departements Poſen und Bromberg als Großherzogtum Poſen Preußen zugeteilt und ſpäter als Provinz Poſen einverleibt. Heute umfaßt die Provinz Poſen den Kern der polniſchen Bevölkerung.

Die Provinz Poſen iſt an Größe die 6. Provinz des König-

reichs Preußen und hat einen Flächeninhalt von 28 991 Quadratkilometern mit einer Gesamtbevölkerung von 2 099 831 Seelen. Sie wird im Norden von der Provinz Westpreußen, im Süden von Schlesien, im Osten von dem Königreich Polen und im Westen von der Provinz Brandenburg begrenzt. Der nördlichere Teil — Regierungsbezirk Bromberg — umfaßt das Gebiet der Netze, der südlichere — Regierungsbezirk Posen — das Gebiet der Warthe.

Der Nationalität nach setzt sich die Bevölkerung aus 1 331 037 Polen und 768 794 Deutschen zusammen. Pro Quadratkilometer entfallen 72 Einwohner. In den 42 Kreisen der Provinz ist der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung ganz verschieden. In den 12 westlichen und den im Netzetal gelegenen Kreisen werden unter 50 Proz. Polen gezählt, in den übrigen Kreisen 50 bis 92 Proz.

Unter 50 Proz.:

Bromberg	38 Proz.	Wirsitz	47 Proz.
Kolmar	16 „	Czarnikau	26 „
Filehne	27 „	Birnbaum	41 „
Neutomischel	45 „	Bomst	42 „
Schwerin	4 „	Meseritz	19 „
Fraustadt	26 „	Lissa	34 „

Über 50 Proz.:

Posen Ost	64 Proz.
Posen West	87 „

Wreschen, Jarotschin, Gostyn, Schrimm, Schroda, Koschmin, Pleschen, Kosten, Schmiegel, Grätz, Samter, Mogilno, Strelno, Ostrowo, Witkowo, Znin, Wongrowitz, Rempen, Schildberg: 70 bis 90 Proz., Rawitsch, Krotoschin, Schubin, Hohensalza, Obornik, Gnesen: 50 bis 65 Proz., Adelnau 93 Proz.

Die Bevölkerungszahl der größeren Städte beziffert sich folgendermaßen: Posen 173 000, Bromberg 61 000, Schneide-

mühl 29000, Gnesen 27000, Hohensalza 26000, Lissa 18000, Ostrowo 16000, Krotoschin 13000, Rawitsch 12000.

Da die polnische Frage in Preußen nicht nur in Posen und Westpreußen eine Rolle spielt, sondern sich auch auf Ostpreußen, wo es umfangreiche polnische Enklaven gibt, und Oberschlesien ausdehnt, seien hier kurz einige geschichtliche Angaben vorgeführt.

Ostpreußen gehörte zum Besitz des Deutschen Ordens. Im Frieden zu Thorn 1466 wurde Westpreußen mit Ermeland an Polen abgetreten und Ostpreußen verblieb dem Orden als polnisches Lehen. 1525 wurde der Hochmeister Albrecht von Brandenburg Herzog in Preußen unter polnischer Lehenshoheit. Später ist es durch Erbschaft dem Kurfürsten von Brandenburg angefallen. Die Zahl der heute hier lebenden Polen beziffert sich auf zirka 300000, während die Gesamtbevölkerung 2064175 beträgt. Die Polen zerfallen hier in zwei Gruppen. Die eine ist katholisch und konzentriert sich im Süden von Ermeland, die andere ist evangelisch und bewohnt den Streifen längs der Grenze gegen Russisch-Polen. Die zur letzteren Gruppe gehörenden Polen werden Masuren genannt, weil sie einen Lokaldialekt sprechen.

Ganz Schlesien war einst polnisches Land. Seit dem 12. Jahrhundert wurde es in kleine Fürstentümer aufgeteilt und gelangte im 14. Jahrhundert unter die Herrschaft der böhmischen Könige. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts nahm es Preußen in Besitz. Nur die Bevölkerung Oberschlesiens ist polnisch geblieben. Die Zahl der in Oberschlesien im Regierungsbezirk Oppeln ansässigen Polen ist 1216206, gegenüber der Gesamtbevölkerung von 2039340. Dieser Bezirk ist also mit 57 Proz. Polen durchsetzt. In den östlichen Kreisen ist der Prozentsatz der polnischen Bevölkerung besonders hoch, er steigt bis zu 83 und 87 Proz. Auch im Regierungsbezirk

Breslau ist die Zahl der polnischen Bevölkerung bedeutend. Im Kreise Wartenberg leben 44 Proz. Polen, und im Kreise Namslau 30 Proz.

Endlich gibt es durch Abwanderung eine polnische Diaspora im niederrheinischen Industriegebiet.

Die politiſche Bedeutung des Preußen zugefallenen Gebiets

Der Erwerb Weſtpreußens war für Friedrich den Großen vor allem rein politiſch deshalb äußerſt wichtig, als er endlich das notwendige Verbindungsglied zwiſchen Oſtpreußen, Brandenburg und Pommern ſchuf. Dadurch wurde eine territoriale Verbindung der preußiſchen Beſitzungen ermöglicht.

Außerdem bedeutete dieſes Gebiet eine verhältnismäßig normale Oſtgrenze und ſicherte eine rein deutſche Provinz an der Oſtſeeküſte bis an die Njemenmündung. Da dieſe Provinz an ſich ſchon eine zahlreiche deutſche Bevölkerung hatte und deutſche Kultur aufwies, war nicht zu befürchten, daß bei der Einverleibung allzu große Schwierigkeiten zu bewältigen wären.

Anders iſt der Erwerb des Großherzogtums Poſen zu bewerten.

Dieſes urpolniſche Gebiet, auf dem das Piaſtenreich emporgewachſen war, bot von vornherein in jeder Beziehung große Schwierigkeiten. Schon die geographiſche Lage des Großherzogtums und ſeine weit in das deutſche Land einſchneidenden Grenzen waren für Preußen äußerſt unvorteilhaft. Andererſeits bildete es aber die natürliche Verbindung zwiſchen Schleſien und Weſtpreußen.

Heute bildet der Beſitz der Provinz Poſen für Deutſchland eine Lebensfrage. Eine Trennung von Preußen würde die notwendige Sicherheit ſeiner älteſten Provinz und der Hauptſtadt gefährden. In das Herz des Reiches eingekeilt, iſt dieſes im Vergleich zu Polen oder Galizien unbedeutende Gebiet für Deutſchland unentbehrlich.

Welche Bedeutung vom geographiſchen, ſtrategiſchen und nicht minder wirtſchaftlichen Geſichtspunkte aus für ein Land,

das ſich bis zur Oſtſee erſtreckt und die Mündung der Weichſel und des Njemen beherrſcht, der Beſitz des Königreichs Polen wäre, braucht wohl nicht näher beleuchtet zu werden.

Nach der dritten Teilung Polens fiel ungefähr die Hälfte dieſes Gebiets mit Warſchau an Preußen. Der Wiener Kongreß teilte dann Preußen von dem von Napoleon zur Schaffung des Großherzogtums Warſchau Preußen abgenommenen Gebiet nur das Großherzogtum Poſen wieder zu und ſchuf dadurch dieſe anormale Grenze.

Bei Übernahme des Großherzogtums wurde nun Preußen vor die Frage geſtellt, ob es ihm eine weitgehende Autonomie gewähren oder es völlig einverleiben und — im letzteren Falle — ſo ſchnell wie möglich germaniſieren ſollte.

Die Politik Friedrich Wilhelms III.
Die Ära Flottwell

Friedrich Wilhelm III., der den Titel Großherzog von Poſen annahm, ſicherte in der Urkunde vom 15. Mai 1815 den Polen volle Wahrung ihrer Nationalität, Religion und Sprache zu. In der Proklamation des Königs an die Einwohner des Großherzogtums Poſen hieß es wörtlich:

„... Auch Ihr habt ein Vaterland und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasſelbe erhalten.

Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen.

Ihr werdet an der Konſtitution teilnehmen, welche Ich Meinen getreuen Untertanen zu gewähren beabſichtige, und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reiches eine provinzielle Verfaſſung erhalten.

Eure Religion ſoll aufrechterhalten und zu einer ſtandesmäßigen Dotierung ihrer Diener gewirkt werden.

Eure Sprache ſoll neben der deutſchen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und Jedem unter Euch ſoll nach Maßgabe ſeiner Fähigkeiten der Zutritt zu den öffentlichen Ämtern des Großherzogtums, ſowie zu allen Ämtern, Ehren und Würden Meines Reiches offenſtehen."

Was mit dem „Vaterland" der Polen gemeint war, dürfte die Eidesformel der Beamten für das Großherzogtum Poſen erklären:

„Ich erkenne Seine Majeſtät den König von Preußen als den einzigen rechtmäßigen Souverän dieſes Landes und des Anteils von Polen, welcher durch den Kongreß von Wien dem Königlich-Preußiſchen Hauſe wieder zugefallen iſt, als Mein Vaterland, das ich gegen jede Macht und gegen jedermann,

wer es auch sei, unter allen Umständen und Verhältnissen mit meinem Blute zu verteidigen verpflichtet und bereit bin."

An die Spitze des Großherzogtums trat ein polnischer Statthalter, der Fürst Anton Radziwill, und neben ihn der liberale Oberpräsident Graf Zerboni di Sposetti. Somit näherte sich die staatsrechtliche Stellung des Großherzogtums Posen in Preußen der des Königreichs Polen in Rußland.

Gemäß der königlichen Urkunde vom 15. Mai war Polnisch in den Volksschulen der polnischen Bezirke Unterrichtssprache, und in den deutschen Schulen war der polnische Unterricht obligatorisch. Alle amtlichen Verfügungen erschienen in deutscher und polnischer Sprache. Aus dem polnischen Adel wurden meist durch die Wahlen der Kreisstände die Landräte entnommen. Polen wurden zu Offizieren und Beamten ernannt.

Der Provinz wurde ein Provinziallandtag geschaffen. Durch Kabinettsorder von 1819 wurde der Bauernschutz des allgemeinen Landrechts eingeführt, und 1823 folgte die Regulierung.

Diese erste Versöhnungsepoche wurde durch den Ausbruch des Aufstandes im Königreich Polen 1830 gestört, und das eingeleitete Versöhnungssystem erfuhr in Preußen eine wesentliche Änderung. Eine Anzahl posenscher Polen nahm an der Erhebung gegen Rußland teil. Diese Tatsache wird von den Feinden der polnischen Sache als grober Undank für die versöhnlichen Absichten der preußischen Regierung angesehen, indem die Teilnehmer die Erhebung gegen eine Preußen befreundete Macht unterstützten und die Gefahr eines weiteren Übergreifens des Aufstandes auf deutsches Gebiet rücksichtslos heraufbeschworen. Heute würde man ja freilich die Sachlage anders beurteilen. Auch die zur Abwehr dieser Gefahr durch Preußen getroffenen militärischen Gegenmaßregeln, wie die Aufstellung vier preußischer Armeekorps an der Grenze dürften mehr auf Wünsche russischerseits, als auf wirklich

notwendige Maßnahmen der preußischen Regierung zurückzuführen sein.

Die Reste des polnischen Heeres überschritten am 5. Oktober 1831 die preußische Grenze und streckten die Waffen.

Mit Begeisterung wurden die Flüchtlinge in Deutschland begrüßt. Alle freiheitlichen Herzen jubelten ihnen als den Märtyrern im Kampf gegen den Despotismus zu. „Wir ziehen von Weib und Kindern, vermögen nicht zu lindern des Vaterlandes Ruin; schon lechzt nach unserm Blute die Petersburger Knute, die Fuchtel von Berlin," klagte Platen, oder vielmehr durch seinen Mund die polnischen Flüchtlinge.

Gleich zu Beginn des Aufstandes im Königreich Polen wurden von der preußischen Regierung besondere Maßnahmen gegen die Polen ergriffen und das Versöhnungssystem wurde beseitigt. Mit der Verwaltung des Oberpräsidenten E. R. von Flottwell kam ein anderer Wind in das Großherzogtum Posen und eine energische preußische Politik setzte ein. Über verschiedene Teilnehmer am Aufstand in Polen wurden schwere Geld- und Gefängnisstrafen verhängt.

In der Denkschrift Flottwells hieß es: „Daß die den polnischen Einwohnern eigentümlichen Einrichtungen, Gewohnheiten, Neigungen ... allmählich beseitigt, daß dagegen die Elemente des deutschen Lebens in seinen materiellen und geistigen Beziehungen immer mehr ... verbreitet werden, damit endlich die gänzliche Einigung beider Nationalitäten als der Schluß dieser Aufgabe durch das Hervortreten deutscher Kultur erlangt werden möge." Das war ein klares und offenes Programm.

1833 wurde den Kreisständen durch die Kabinettsorder vom 3. Februar die Wahl der Landräte entzogen, die Kreise in Distriktskommissariate eingeteilt und so einer polizeilichen Überwachung unterworfen. Als Kommissäre wurden nur

Deutsche eingesetzt. Der Schriftwechsel der Verwaltungsbehörden wurde in deutscher Sprache geführt, usw.

An diese Maßnahmen knüpfte sich die Ausschaltung der Polen vom preußischen Staatsdienst und die Eröffnung einer Kolonisationspolitik. Eine Kabinettsorder vom 13. März desselben Jahres verfügte, daß „wenn Subhastationen größerer Besitzungen eingeleitet sind", der Oberpräsident der Provinz dem Finanzminister „Vorschläge zu deren Ankauf und Wiederveräußerung an Erwerber deutscher Abkunft gutachtlich einreiche", um die Zahl der „intelligenten und zugleich in ihrer politischen Gesinnung zuverlässigen Erwerber deutscher Abkunft zu vermehren". Damit war die Grundlage für die später so kräftig einsetzende Ansiedlungspolitik gelegt. Selbstverständlich bedeutete diese Verordnung für den verschuldeten polnischen Grundbesitzer eine große Gefahr. 1 Million Taler wurde Flottwell für die in der Verordnung ausgedrückten Zwecke zur Verfügung gestellt. Der kommandierende General von Posen von Grolmann schlug kurz entschlossen den Aufkauf des gesamten polnischen Großgrundbesitzes vor.

Damit war das System der Annäherung und Versöhnung völlig beseitigt und mit ihm erlosch die Selbstverwaltung des Großherzogtums. Zugleich waren hierdurch die Bahnen, in denen sich die zukünftige Polenpolitik bewegen sollte, gekennzeichnet. Nunmehr nahm die preußische Staatsverwaltung alles selbst in die Hand und verdrängte jeden Einfluß des polnischen Adels auf die Entwicklung des polnischen Gemeinwesens und jede Beteiligung desselben an den staatlichen Institutionen.

Obwohl die Bemühungen Flottwells um die wirtschaftliche Hebung des Landes, wie die Straßen- und Chausseebauten, Trockenlegung von Sümpfen, Schiffbarmachung von Flüssen usw. nicht unterschätzt werden dürfen, so muß doch andererseits betont werden, daß diese Kulturarbeit hauptsächlich von

polnischem Gelde bestritten wurde und oft auf die Initiative von polnischer Seite zurückzuführen war.

Dieser Umschwung in der preußischen Politik trat ein, ohne daß irgendeine revolutionäre Bewegung in Posen zu verzeichnen gewesen wäre. Im Gegenteil, als Hauptaufgabe stellten sich die Polen nach dem unglücklichen Ausgang der dreißiger Jahre die Pflege der heimischen Zustände auf jedem Gebiet.

Die geiſtige und materielle Tätigkeit der Polen
Die Verſöhnungspolitik Friedrich Wilhelms IV.

Ruhige wirtſchaftliche Arbeit war die Loſung der polniſchen Geſellſchaft. Sogar der Führer der Polen aus Poſen im Aufſtande 1830/31, der napoleoniſche General Rittergutsbeſitzer Baron Deſiderius von Chłapowski betrachtete es als die wichtigſte Aufgabe, daß die Polen ſich den gegebenen Verhältniſſen anpaſſen, für die wirtſchaftliche Entwicklung und die Aufklärung der großen Bauernmaſſen arbeiten ſollten.

Die von Paris aus in zahlreichen Schriften und Broſchüren verbreiteten ſogenannten demokratiſchen Ideen ſtifteten wohl eine gewiſſe Verwirrung an, hauptſächlich bei der jüngeren Generation, fanden aber im allgemeinen keinen Anklang. Sie verlangten von der ſozial ſich organiſierenden polniſchen Geſellſchaft Intereſſe für rein franzöſiſche Angelegenheiten, für die italieniſche Revolution uſw., und vermochten es deshalb nicht, die Konſervativen des Großherzogtums von der von ihnen eingeſchlagenen Bahn abzubringen.

Man bemühte ſich weiter, die Grundlagen für eine geſunde geſellſchaftliche und wirtſchaftliche Entwicklung zu feſtigen. Als die erſten Anſtalten zu dieſem Zwecke wurden die „Unterhaltungsgeſellſchaften“ gegründet, deren Ziel neben rein geſellſchaftlicher Unterhaltung vor allem kulturelle Arbeit war, wie das Anlegen von Bibliotheken, Sammlungen, Archiven, Veranſtaltungen von Vorträgen über die polniſche Literatur und die Schaffung einer polniſchen Publiziſtik. Es entſtanden auch wirklich in der nächſten Zeit Bibliotheken und Muſeen, zahlreiche Tagesblätter und Zeitſchriften begannen jetzt zu erſcheinen.

Nun galt es noch eins: die vielen nach Frankreich ausgewanderten und dort von der Emigration Aufgenommenen in

die Heimat zurückzurufen, um möglichſt viele Kräfte für die nationale Arbeit an Ort und Stelle zu vereinen, zumal gerade verſchiedene ſehr tüchtige Männer emigriert waren, und dieſe nunmehr mit den erworbenen Erfahrungen der polniſchen Sache beſonders dienlich ſein konnten.

Einer der Erſten, die dieſem Ruf gefolgt waren, war ein Arzt, Dr. Karl Marcinkowski, ein Schüler der Emigration, ein tatkräftiger Organiſator, ein Volkstribun und eifriger Patriot. Schon in der Fremde hatte er ſich hervorgetan als einer der Leiter des 1832 in Paris gegründeten „Vereins für Unterrichtshilfe", neben Mickiewicz und Czartoryski. Während der großen Choleraepidemie in Europa zeichnete ihn das „Institut de France" mit einer goldenen Medaille aus.

Unterdeſſen trat mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. wiederum ein Umſchwung in der preußiſchen Polenpolitik ein.

Der neue Oberpräſident von Poſen, der Nachfolger Flottwells, erhielt die Weiſung: „jeder Anſchein einer verſuchten Verdrängung oder Beeinträchtigung der polniſchen Bevölkerung durch Deutſche iſt zu vermeiden". Die Kabinettsorder von 1833, die den Auskauf der polniſchen Grundbeſitzer bezweckte, wurde außer Kraft geſetzt, der polniſchen Sprache wiederum weiterer Spielraum gegeben und das Polniſche als Unterrichtsſprache in den Volksſchulen und in den unteren Gymnaſialklaſſen feſtgelegt. Die von Friedrich Wilhelm III. bei der Organiſation der Selbſtverwaltung Poſens eingeführten Gehaltszulagen für polniſch ſprechende Beamte wurden erhöht.

Die Maßnahmen, die Friedrich Wilhelms IV. Regierungsantritt begleiteten, die teilweiſe Beſeitigung des politiſchen Druckes der Ära Flottwell hatten das polniſche Gemeinweſen außerordentlich günſtig beeinflußt. Zahlreiche Emigranten

kehrten heim, zahlreiche polniſche Familien ſiedelten aus dem Königreich Polen nach Poſen über. Auf allen Gebieten begann eine großangelegte Organiſation des geſellſchaftlichen Lebens.

An die Spitze dieſer Bewegung trat der ſchon erwähnte Dr. Karl Marcinkowski.

Sein Programm faßte er kurz zuſammen in den Worten: „Die Polen ſollten ſich losmachen von dem Gedanken, daß ihnen Aufſtände Rettung bringen könnten, dazu wären ſie im Vergleich zu den mächtigen Gegnern viel zu ſchwach. Sie ſollten ſich losmachen von den Hoffnungen, daß Frankreich der Emigration politiſche Hilfe leiſten würde. Mit allen Kräften ſollten alle daran gehen, die innere Wiedergeburt der Nation zu beſchleunigen und ihr Fundamente für eine Exiſtenz zu ſchaffen, damit man einmal mit ihnen, wenn der entſcheidende Moment kommen ſollte, als mit einem moraliſch und wirtſchaftlich ſtarken Volke rechnen müßte. Organiſatoriſche Arbeit — ſei die Loſung, und die Schaffung eines polniſchen Mittelſtandes — die erſte Aufgabe der polniſchen Geſellſchaft."

Unter der Führung Marcinkowskis, Raczyńskis, Mielżyńskis und anderer nahm das geiſtige und materielle Leben einen ungeheuren Aufſchwung.

Obwohl Arzt von Beruf, wandte ſich Marcinkowski allen dringenden Intereſſen des Landes zu. Den 1821 von den polniſchen Großgrundbeſitzern gegründeten Kreditverein für das Großherzogtum Poſen ſuchte er in jeder Beziehung zu fördern, um aus ihm mit der Zeit einen landwirtſchaftlichen Erziehungsverein zu machen. Zur Schaffung eines Mittelſtandes ſollte die Gründung des „Bazar Poznański" verhelfen.

Um der armen polniſchen Jugend in Poſen Unterricht und

Studium zu ermöglichen, wurde auf ganz modernen Prinzipien und auf einer stabilen Grundlage der „Marcinkowski-Verein“ gegründet, der der Jugend die Mittel vorstreckte, und heute noch als eine der kulturellen Hauptinstitutionen existiert.

Die aufſtändiſche Bewegung 1846—48

1. 1846

So ſegensreich die Emigration und ihre Schüler auf das geſellſchaftliche und wirtſchaftliche Leben des Großherzogtums eingewirkt hatten, ſo verhängnisvoll ſollte bald der Einfluß einzelner Parteien der Emigration in politiſcher Richtung werden.

Beide Parteien der Emigration, die demokratiſche und die ariſtokratiſche, unterhielten eine ſtändige Verbindung mit der Heimat und verbreiteten dort ihre Grundſätze durch Emiſſäre und durch populäre Schriften. Die demokratiſche Partei begründete die Idee, daß die Nation genügende Kräfte und Mittel beſitze, um ihre Unabhängigkeit zu erkämpfen, und organiſierte in allen Teilen des ehemalig polniſchen Reiches Vereine, die dieſe Idee propagieren und den Boden für eine eventuelle Erhebung vorbereiten ſollten. Alle Fäden der Organiſation liefen im Poſener Zentralkomitee zuſammen, das wiederum mit der in Verſailles, ſpäter in Paris und ſchließlich in London reſidierenden „Zentraliſation" der demokratiſchen Geſellſchaft im engen Zuſammenhange ſtand, obwohl es nicht immer mit ihr einig ging. Die angekündigten politiſchen Erfolge der diplomatiſchen Bemühungen der Ariſtokratenpartei blieben aus. Zudem kam die Verſtimmung eines großen Teiles der polniſchen Bevölkerung Poſens wegen der ablehnenden Haltung der Regierung wichtigen Fragen des Großherzogtums und Petitionen des Provinziallandtages gegenüber. Als ſchließlich die Regierung mit der Entziehung einer ſtändigen Vertretung drohte, wenn die Vorſtellungen in Zukunft nicht eingeſtellt würden, bemächtigte ſich der Bevölkerung eine immer größer werdende Nervoſität. Man wußte nicht, welche Richtlinien einzuſchlagen wären. Die Jugend begeiſterte ſich entſchieden für die demokratiſchen Ideen.

Als vollends im Schoß der Emigration sich eine dritte Partei bildete, die sogenannte „Vereinigung", die zwar die beiden schon bestehenden Parteien vereinen sollte, sich tatsächlich aber zwischen beide einkeilte und so die innere Gestaltung der Emigration überhaupt bedrohte und ihre Macht nach außen hin gefährdete, wurde sowohl innerhalb der Emigration als auch in der Heimat eine Verwirrung der Geister hervorgerufen. Ein Ausweg war schwer zu finden.

Der 1845 aus Paris herbeigeeilte Mierosławski leitete die Erhebung ein, die sich auf das ganze ehemalige Polen erstrecken sollte.

Mierosławskis Plan war phantastisch und unausführbar, entsprach aber seinen hochtrabenden Ambitionen und seinem ihn zerfressenden Ehrgeiz, Führer des gesamten polnischen Volkes zu sein. Als ein Mann von großen Fähigkeiten, als einer der tüchtigsten Emissäre der demokratischen Gesellschaft, spielte er in der radikalen Partei der Emigration eine große Rolle. Vor allem waren es seine theoretischen militärischen Kenntnisse, seine Energie und sein unerschrockener Mut, die ihm Ansehen verschafften. Von seinen Anhängern maßlos überschätzt, grenzenlos selbstbewußt, fühlte er sich zur Führung des Volkes berufen und warf sich diesem als Tribun auf. Meisterhaft verstand er es, die Geister irrezuführen. Seine Überhebung und sein Ehrgeiz ließen ihn einen phantastischen Plan fassen, von dem ihn die reifsten polnischen Politiker nicht abbringen konnten. Der Aufstand sollte auf das ganze ehemalige polnische Gebiet übergreifen, und die Aufständischen sollten den Kampf mit den drei Teilungsmächten aufnehmen. Es gelang ihm, einige Anhänger für seine Idee zu gewinnen, die seine Pläne ernst nahmen.

Am 18. Januar 1846 wurde ein Nationalkomitee eingesetzt, in das Vertreter für die einzelnen polnischen Gebiete gewählt wurden. Ohne auf die warnenden Stimmen der

besonneneren Elemente in Posen zu achten, beschloß Mieroslawski, sofort zu handeln, zumal auch die Polizei schon auf der Spur der verschiedenen Organisationen zu sein schien. Die Verschwörung wurde vorzeitig entdeckt und der Anschlag auf Posen unterdrückt. Eine Anzahl Aufständischer wurde verwundet und getötet, Mieroslawski und der Rest der Aufständischen gefangengenommen.

Der planlose, unvorbereitete Handstreich endete mit der Gefangensetzung von 253 Polen und dem Riesenprozeß, der gegen die Angeklagten wegen Hochverrats am 2. August 1847 eröffnet und bis zum Dezember geführt wurde. Gegen 8 Angeklagte erging das Urteil auf Todesstrafe, gegen 109 auf Zuchthaus und Festungsstrafe, gegen 18 erfolgte Freispruch und bei 118 wurde das Verfahren wegen Mangel an Beweisen eingestellt.

2. 1848

Als im folgenden Jahr die Märzrevolution ausgebrochen war, beeilte sich der königliche Staatsanwalt, dem Drängen der Berliner Bevölkerung nachgebend, dem König die Liste der Gefangenen vorzulegen und eine Amnestie dringend anzuraten, die der König auch sofort unterzeichnete.

Bevor der Staatsanwalt mit dem Dokument in Moabit angelangt war, um den Gefangenen die Nachricht von der Begnadigung zu überbringen, war schon eine dichte Menschenmenge ins Gefängnis eingedrungen, um die Gefangenen begeistert zu begrüßen und zu beglückwünschen.

In feierlichem Umzug wurden sie durch die Straßen der Hauptstadt geführt bis vors königliche Schloß. Der König begrüßte sie entblößten Hauptes und gestattete die Organisation eines polnischen Heeres, das als Avantgarde der deutschen Armee im Krieg mit Rußland kämpfen sollte. Tief grub sich dieser geschichtliche Augenblick in den Herzen der Polen ein.

Aber noch mehr verhieß Friedrich Wilhelm IV. in jenen sturm- und drangvollen Tagen dem Großherzogtum Posen: eine Reorganisation, eine eigene Verfassung, nationales Militär und Kokarden, nationale Farben und das Polnische als Amts- und Unterrichtssprache.

Die Stimmung, die sich der Polen nach diesen geschichtlichen Tagen bemächtigte, schildert folgender Brief eines der Hauptführer der demokratischen Partei, des Philosophen Libelt, an seine Landsleute am zweiten Tage seiner Freilassung aus Moabit:

„Brüder!

„Ich kündige Euch eine Nachricht an, die Eure Herzen mit Freude erfüllen wird: Eure Brüder, die vom Berliner Kriminalgericht verurteilt und gefangen gehalten worden waren, wurden heute auf königlichen Befehl zusammen mit allen politischen Verbrechern in Freiheit gesetzt, und sie werden in Kürze an den heimischen Herd zurückkehren.

„Das Volk von Berlin hat vom König unsere Freiheit erwirkt und uns im Triumph vor seinen Palast getragen, um seiner Freude Ausdruck zu geben, weil er die Polen wieder befreit hatte. Das ganze Volk wird von einem einzigen Gedanken erfüllt: es solle ein freies, unabhängiges Polen gebildet werden, um dem freien Deutschland als Stütze zu dienen. Es steht außer Zweifel, daß die polnische Frage bald ihre Lösung finden muß; es ist sogar möglich, daß die Regierungen selbst die Initiative ergreifen, um das Verbrechen wieder gutzumachen, das bei den Teilungen Polens begangen wurde.

„Brüder! Auf das Vertrauen gestützt, das Ihr mir stets bezeugt habt, flehe ich Euch an, in diesem Augenblick, wo unsere kühnsten Hoffnungen erfüllt werden sollen, den Ablauf der politischen Ereignisse nicht durch irgendwelche Unruhen im Großherzogtum Posen zu verzögern; ich flehe Euch vor allem an, weder Haß noch Rachegedanken gegen Eure deut-

schen Brüder zu äußern, denn sie waren es, die mit ihrem Blut, das auf den Barrikaden am 18. März in Berlin geflossen ist, unsere Freiheit erkauft haben, und sie werden, sofern es Gott gefällt, dazu beitragen, daß unsere Sache sich durchsetzt."

Unter dem Einfluß der Begebenheiten in Berlin wurde durch Akklamation des Volkes ein Nationalkomitee gewählt zur Wahrung der nationalen Interessen und Rechte, zur Wahrung der Ruhe und Ordnung im Lande. In dem Aufruf, den das Komitee an die Deutschen des Großherzogtums erließ, hieß es:

„Wir bieten Euch die brüderliche Rechte und hoffen und erwarten, daß unsere Sache mit Euch auf dem Wege friedlicher Verhandlung sich beilegen wird und muß.

„Das Regiment der Bajonette ist vorüber. — Wir wissen, daß wir mit Euch keinen Kampf haben werden, denn Ihr selbst stoßt den Gedanken daran mit Unwillen von Euch, — aber nach einer anderen Seite ist der Kampf möglich, nämlich gegen den Asiatismus, ein Kampf, den wir von Anfang unserer Geschichte an unaufhörlich gekämpft, und den siegreich zu vollenden nur die Gleichgültigkeit der anderen Völker verhinderte. Aber selbst von der Seite fürchten wir kaum ernsten, dauernden Waffenkampf, da auch dem Zarentum nicht mehr die alten Kräfte zu Gebote stehen werden, da auch unter jenen Völkern die Idee der Menschheit, der Freiheit, Wurzel gefaßt und um sich gegriffen. Auch sie werden sich nicht mehr wie Herden zu einem Kampfe führen lassen, der nicht enden würde, solange noch ein Tropfen Blut in polnischen Adern rollt.

„Aber wie wir die Waffen in diesem Kampfe nicht niederlegen werden, so werdet Ihr unsere Verbündeten sein in dem Kampfe des Lichts gegen die Finsternis."

Enthusiastisch antwortete die deutsche Bürgerschaft Posens:

„Geschlagen hat die Stunde der Entfesselung der Völker, vom Rhein bis zur Prosna nur ein Ruf: ‚Freiheit!‘ der Hauch Gottes geht über die Erde und trägt jenen Ruf von Volk zu Volk, alle vereinend in ihm.

„Polen! Endlich ist auch Euch gekommen der Tag der Freiheit, der Tag der Sühne des großen Verbrechens in der Geschichte, welches an Euch begangen worden ist, — das Ende jener langen Zeit des Unglücks. Ihr wisset, welche Sympathien während dieser Zeit im deutschen Volke nah und fern für Euch lebten. Eure Flüchtlinge von 1831 haben es erfahren und 1846 habt Ihr das Echo Eures Wehgeschreis im ganzen deutschen Vaterlande gehört. Jetzt haben unsere Brüder von Berlin einen Teil der Geschichte Eurer Wiedergeburt gemacht. Die Kerker sind geöffnet und Eure in Fesseln geschlagenen Brüder sind durch die Unseren Euch wiedergegeben. Ihr erkennt es an und bietet uns die brüderliche Rechte. Brüder! Wir schlagen ein und wie wir es tun, wird es auch das ganze freie deutsche Volk, das schon die Bündnisse der Fürsten mit dem Asiatismus zerrissen hat und nun bereit ist, das schwarz-rot-goldene Banner neben das Eure zu stellen, in dem Kampfe des Lichts gegen die Finsternis.

„Deutsche Brüder des Großherzogtums! Wir vor allen sind berufen, sie zuerst anzunehmen, die uns hier von den polnischen Brüdern gebotene Hand der Einigung. Sprechen wir laut und überall es aus, daß wir es tun. Werfet von Euch allen Zweifel. Es sind Tatsachen, die vor Euch stehen, Euch Geschichte lehren, Euch auffordern, als Männer der freien Tat Euch zu beteiligen an dem neuen auch hier ins Leben getretenen Wunderbau der Geschichte. Werfet von Euch alle Halbheit und seid ganz, wie die Brüder im Vaterlande, freie deutsche Männer.

„Schwingt Ihr Euch auf zu der Höhe des Bewußtseins der Freiheit und seid gewiß, Eure Weiber und Kinder gewinnen

das Bewußtsein der Sicherheit, die innere Gewißheit, daß, wie überall, wo ein Tempel der Freiheit gebaut wird, auch hier sie nicht gefährdet sind, und der Adel dieses Werkes selbst der beste Schutz ist vor Gewalttat gegen Person und Eigentum.

„Polnische-deutsche Brüder, ein Losungswort in diesem Bewußsein:

‚Ruhe und Ordnung im Namen der Freiheit',

ein Zeichen: ‚die polnischen und deutschen Farben'."

Am 29. März 1848 trat eine „Kommission zur nationalen Reorganisation" des Großherzogtums zusammen. Sie bestand aus Mitgliedern des Nationalkomitees und zwei Deutschen, dem Oberbürgermeister Naumann und dem Landgerichtsrat Boy, und bildete eine Art Nationalregierung neben der preußischen Staatsregierung. Während diese Kommission in ihren Beratungen die Reorganisation anbahnte, bildeten sich im Großherzogtum mit Wissen und ohne Widerspruch der Behörden polnische Nationalgarden.

Die aus dem Gefängnis Entlassenen überbrachten in die Heimat die Kunde, daß Deutschlands Völker die Herstellung Polens laut verkünden und bereit sind, zusammen mit den Polen gegen den gemeinsamen Feind loszuschlagen. Unterdessen trafen bestimmte Nachrichten ein, daß russische Truppen an die Grenze rückten, daß ein Krieg mit Rußland bevorstünde und das Großherzogtum der Schauplatz desselben sein würde.

Um einerseits die Störung der Reorganisation zu verhüten, andererseits so schnell wie möglich den Kampf mit dem Erbfeind aufnehmen zu können, bezog die Nationalgarde an der russischen Grenze bewaffnete Lager. Um die friedliche Aufgabe, um Ordnung und Ruhe zu erhalten, übernahm das Nationalkomitee, der Volksstimme des ganzen Deutschland vertrauend und den Beginn der Feindseligkeiten gegen Rußland

erwartend, die Leitung der Lager. Unterdessen wurden immer neue preußische Truppen nach dem Großherzogtum geworfen, General Willisen als Spezialkommissar der Regierung nach Posen entsandt. Dieser schloß mit den Polen die Konvention von Jarosławice ab, nach der ein Teil der in den Lagern Versammelten nach Hause entlassen, der Rest in vier Lagern stationiert wurde.

Unter Vorschützung strategischer Gründe wurden verschiedene Bezirke von der Reorganisation ausgeschlossen. So zum Beispiel am 14. April der Netzedistrikt und vier andere Kreise, am 22. April Teile anderer Kreise. Durch die Demarkationslinie wurde am 29. April Stadt und Festung Posen abgetrennt. Strategische Gründe und Erklärungen deutscher und jüdischer Einwohner, die eine Trennung des Großherzogtums in einen polnischen und einen deutschen Teil verlangten, und auf die sich die Regierung bei Ausführung ihrer Maßnahmen berief, dürften hierbei eine geringere Rolle gespielt haben, als die Aufhetzung der Posener Beamtenschaft und andererseits die Rücksicht auf Rußland, der eine derartige Reorganisation auf keinen Fall genehm war.

Obwohl wirklich bald die Stimmung eines Teiles der deutschen und jüdischen Bevölkerung, die bis dahin so sehr mit den Polen sympathisierte, umschlug und ein Antagonismus gegen die Polen erwachte, der zu einem organisierten Widerstand des Deutschtums im Großherzogtum gegen die Reorganisation Posens auf polnisch-nationaler Grundlage führte, so war dieser Umschwung der Gesinnungen nur auf die Bemühungen der um ihre Stellung und ihre politische Geltung bangenden Beamtenschaft zurückzuführen, welche durch die angekündigte Reorganisation sich bedroht fühlte, deshalb auch den Funken des Hasses künstlich entfachte und das Feuer beständig schürte. Wohl waren, bevor das Komitee überall seine Wirksamkeit geltend machen konnte, an einzel-

nen Orten Überschreitungen vorgekommen, Posten wurden angehalten, preußische Adler an einigen Orten heruntergerissen, verhaßte Landräte und Distriktskommissare abgesetzt, Requisitionen für die Bewaffnung der Garden erhoben und so weiter. Die persönliche Sicherheit und das Leben der Deutschen und Juden war jedoch nirgends gefährdet. Derlei Vorgänge waren aus der Zeit der achtundvierziger Jahre und aus der überschäumenden Begeisterung einzelner Individuen für die Reorganisation zu erklären. Dafür konnte das Volk nicht verantwortlich gemacht werden, da — wie gesagt — das Komitee seine Wirksamkeit noch nicht überall hatte entfalten können und überdies sich einige angesehene Männer aus der polnischen Gesellschaft sofort erboten, für alle Schäden aufzukommen. Die vorangegangenen Ereignisse beweisen die Richtigkeit dieser Behauptung zur Genüge.

An sich waren die Petitionen deutscher und jüdischer Bewohner wenig stichhaltig. In der Erklärung der Bewohner des Netzedistrikts hieß es z. B.:

„Wir erklären, daß, obwohl wir dem König, unserem Herren, unerschütterlich treu und gehorsam sind, wir doch lieber unser Leben verlieren, als uns Institutionen aufdrängen lassen wollen, die unsere Nationalität vernichten würden." Von der Gefahr einer zwangsweisen Polonisierung der Deutschen in Posen konnte wohl kaum die Rede sein. Auch ist ein Vergleich zwischen dem Aufruf des Nationalkomitees und dieser Petition bezeichnend, sowie folgender Brief der israelitischen Korporation aus Nowe Miasto (Neustadt):

„Was bedeuten denn diese fortwährenden Anklagen, die von deutschen und jüdischen Bewohnern dieser Provinz über die ganze Welt verbreitet werden! Unsere Stadt wird zum größten Teil von Juden bewohnt, aber man sehe nur, wie sicher und fröhlich wir alle hier inmitten dieses Volkes leben, das man beschuldigt, es verfolge uns. Israelitische Brüder,

wir, die wir früher tatsächlich von der ganzen Welt verstoßen wurden, wir haben in dem edlen Polen Schutz und Gastfreundschaft gefunden, wir müßten uns heute selbst den empörendsten Undank vorwerfen. Es wäre gemein, wenn die Polen Undank bei uns fänden anstatt Beweisen einer so wohl verdienten Dankbarkeit. Wo kommen denn diese Übergriffe des polnischen Volkes vor? — Nur dort, wo das preußische Militär sich mit den Juden verschwört und dieses unglückliche Volk niederdrückt und verfolgt."

Daß die Maßnahmen der Regierung, die so bald den großzügigen Versprechungen gefolgt waren, die polnischen Gemüter bis zum Äußersten erregen konnten, ist psychologisch verständlich.

Als vollends der von einem großen Teil der deutschen Bevölkerung Posens angefeindete General Willisen dem Militärdiktator General Pfuel weichen mußte, und die Bevölkerung und auch Offiziere und Soldaten sich zu Roheiten und Grausamkeiten gegen die polnischen Scharen und auch gegen die polnischen Bewohner hinreißen ließen, brach sich die Erbitterung der sich verraten fühlenden Polen in einem offenen Aufstand Bahn. Die Erbitterung zwang die von der Rache gegen Rußland beseelten und in ihren Hoffnungen, den Erbfeind mit Hilfe Preußens endlich niederzuringen, bestärkten polnischen Scharen, gegen Preußen Front zu machen. Nach tapferem Widerstand in mehreren Gefechten wurde die Erhebung durch starke Truppenaufgebote unterdrückt.

Am 27. Juni wurden drei Viertel des Großherzogtums durch das Parlament in Frankfurt dem deutschen Bunde einverleibt.

Wenn auch die Polen schon vor dem 18. März, durch verschiedene Maßnahmen der Regierung und ihrer Beamten aufgebracht, zu einer gewaltsamen Wahrung ihrer Rechte bereit sein mochten, so sollte der Kampf gegen die Regierung und

die Bureaukratie, nicht aber gegen das deutsche Volk aufgenommen werden.

Fühlten sich die Polen doch in dem Bestreben, das Joch des Absolutismus und der Bureaukratie abzuschütteln, gerade mit dem deutschen Volke einig und rechneten auf seinen Freiheitsdrang. Die vielfach bekundeten Sympathien des deutschen Volkes für sie und ihr unglückliches Vaterland bestärkten ihren Glauben. In diesem Sinne proklamierten auch später die Aufrufe des Komitees die Verbrüderung der Polen und Deutschen des Großherzogtums.

Aber auch ganz abgesehen von den historischen Vorgängen kann man, wie man auch die Ereignisse des Jahres 48 in Posen beurteilen mag, nicht von einer revolutionären Gesinnung speziell der Polen sprechen und daraus Gründe zu Ausnahmemaßregeln gegen sie herleiten, wenn man sich in die Zeit des europäischen Revolutionsjahres versetzt und sich das Aufschäumen der Gemüter in dem geschichtlichen Märzmonat vergegenwärtigt.

Nach 1848

Die polniſchen Abgeordneten

Die Enthüllungen Dr. von Niegolewskis

Seit dem Jahre 1848 waren die Träger der Politik im Großherzogtum Poſen die polniſchen Abgeordneten, die 1847 in den vereinigten Landtag in Berlin gewählt wurden. Das Programm ſtellte das Nationalkomitee auf, welches „die Initiative ergriffen hatte, um das große Werk der Wiederherſtellung Polens unter dem Schirme und der Oberhoheit Preußens anzubahnen — geſtützt auf die Sympathien der deutſchen Nation und die Hilfe, welche das freie Deutſchland hoffentlich der polniſchen Sache angedeihen laſſen wird". Freilich führte die Stellungnahme des Nationalkomitees zu gewiſſen Reibungen mit der höchſten Gewalt der Emigration. Die oben angeführten Sätze enthielten das Programm des Nationalkomitees. In dieſem Sinne beantragten die Polen bei der Beratung der preußiſchen Verfaſſung in der zweiten Kammer 1849 folgenden Zuſatz zum Artikel I der Verfaſſung:

„Für das Großherzogtum Poſen wird mit dieſer Verfaſſungsurkunde ein Organiſches Statut erlaſſen, welches die durch das Wiener Traktat und die königlichen Verheißungen vom Jahre 1815 demſelben gewährleiſteten Rechte in Ausführung bringt."

Die Polen rechneten beſtimmt mit der Annahme dieſes Zuſatzantrages. Die Ablehnung durch die zweite Kammer war ein ſchwerer Schlag und deutete klar auf die Richtlinien hin, die die preußiſche Politik in Zukunft den Polen gegenüber einſchlagen wollte. Die nächſte Folge dieſer Ablehnung war die Verweigerung der Eidesleiſtung auf die preußiſche Verfaſſung 1850 mit der Begründung:

„In der Erwägung, daß die zu beeidigende Verfassungsurkunde weder der polnischen Nationalität überhaupt noch dem Großherzogtum Posen als solchem die demselben zustehenden Rechte gewährleistet, ein Umstand, der, wenn er auch keineswegs eine Anerkennung jener Rechte involviere, jedenfalls zu bedenklichen Folgen Anlaß geben könnte. In fernerer Erwägung, daß die unter solchen Umständen eintretende Beeidigung der Verfassung seitens der Abgeordneten des Großherzogtums Posen zunächst als eine Verzichtleistung derselben auf die Rechte und die Rechtsansprüche des Landes und ihrer Nationalität . . . gedeutet werden könnte."

War die Aufnahme der Anträge und der Reden der polnischen Fraktion im Landtag selbst seitens der den Polen nahestehenden Gruppen, der Liberalen und der Katholischen, schon kühl und ablehnend, so sollte bald die Fraktion, die immerhin 11 bis 15 Abgeordnete zählte, auch als parlamentarischer Faktor sehr geschwächt werden. Aus den Wahlen 1855 gingen nur mehr 5 Abgeordnete hervor, dank einem Manöver der Regierung, die zur Zeit der orientalischen Frage die russenfeindlichen Elemente auf alle Fälle vom Parlament entfernen wollte. Um das zu ermöglichen, wurden die einzelnen Wahlkreise namentlich in geschlossenen polnischen und katholischen Bezirken nach Belieben, das heißt nach rein politischem Gesichtspunkte zerstückelt oder erweitert, einzelne Städte wurden in einen anderen Wahlkreis verlegt, neue Wahlkreise wurden geschaffen usw., um „die öffentliche Meinung in ihrer Reinheit zum Ausdruck zu bringen". Um diese reine öffentliche Meinung zu erhalten, wurden die Landräte durch ein Zirkular aufgefordert, „daß sie in ihren Kreisen sowohl bei den Urwahlen, als bei den Abgeordnetenwahlen offen und entschieden sich als Mittelpunkt der konservativen Partei gerieren sollten, daß sie in Gemeinschaft mit den anderweitigen konservativen Autoritäten des Kreises die konser-

vative Partei sammeln und auf ein einiges Ziel hinzuführen suchen sollten" (Erklärung des Regierungskommissars Geheimrats Hahn im Abgeordnetenhaus am 7. Februar 1856).

Im polnischen Lager war natürlich die Erbitterung über die von der Regierung offen zugestandene Absicht der Schwächung der polnischen Fraktion in Berlin groß. Wohl kehrte diese 1859 in der früheren Stärke ins Parlament wieder ein und stieg später bis zu 26 Abgeordneten, aber ein anderes Ereignis erschütterte bald die Polen Posens bis ins Mark. Die geringe Beachtung, die die preußische Regierung den Vorgängen in Posen entgegenbrachte, sollte gefährlich werden.

Es mehrten sich nämlich die Gerüchte von revolutionären Umtrieben im Großherzogtum, von einem revolutionären Hauptkomitee mit dem Sitz in Posen, von revolutionären Proklamationen und Manifesten.

Der Abgeordnete Dr. von Niegolewski beschloß, im Interesse seiner Landsleute und in Anbetracht der Gefahren, die derlei Gerüchte für die Polen in Posen in sich bargen, und den unabsehbaren Konsequenzen hiervon, der Sache auf den Grund zu gehen und Aufklärung zu schaffen. Es gelang ihm, sowohl das Hauptkomitee wie die Organisation und den Mechanismus des Herdes der Verschwörung zu entdecken. Am 12. Mai 1860 begründete er in der 50. Sitzung des Abgeordnetenhauses in Berlin seine diesbezügliche Interpellation und führte unter anderem aus: „Es ist allgemein der Glaube verbreitet, daß das alte Polen in allen seinen Teilen durch geheime revolutionäre Konspirationen unaufhörlich unterwühlt werde. Ich mag mit diesem Glauben nicht streiten — die Polizei macht in ihrem eigenen Interesse ein Dogma daraus, und um dasselbe in Ehren zu halten, schafft und fingiert sie Konspirationen, wo solche nicht existieren . . .

„Im Großherzogtum Posen besteht wirklich, und zwar noch jetzt ein revolutionäres Hauptkomitee.

„Wer sind nun aber diese furchtbaren Männer, welche das Posener Hauptkomitee bilden, das seine Arme über das ganze ehemalige Polen ausstreckt und somit an der Spitze einer ganz Polen umfassenden Verschwörung steht?“ — Er legt Originalbriefe des Hauptkomitees mit fünf polnischen Unterschriften vor und fährt fort:

„Sind diese genannten fünf Männer nun aber auch wirklich die Repräsentanten dieses Posener Hauptkomitees! Nein! Die Personen, welche diese Namen tragen, existieren zwar in Posen, wissen aber davon nichts! Manche kennen sich auch gar nicht persönlich und haben sich vielleicht nie gesehen, noch weniger gesprochen. Die Unterschriften sind gefälscht! Sämtliche Briefe sind im Bureau des Polizeidirektoriums in Posen verfaßt! — Die Verschworenen sind der Herr Polizeipräsident von Bärensprung und sein geheimer Sekretär Post, von dessen Handschrift sämtliche Briefe geschrieben sind.“ (Nach dem stenographischen Berichte.)

Nachdem der Abgeordnete Dr. von Niegolewski auf Grund seiner Beweise und authentischer Dokumente festgestellt hatte, welche Bewandtnis es mit der Verschwörung in Posen hatte, und gegen die Posener Behörden, speziell gegen die Polizei, den Vorwurf der Provokation erhoben, wies er noch darauf hin, daß es sich hierbei nicht nur um eine Provokation der polnischen Bevölkerung, sondern auch um eine Provokation gegen die deutsche Bevölkerung und durch die falschen Aussagen, die die Polizeibeamten den preußischen Gerichten gegenüber machten, selbst um eine Provokation der preußischen Gerichte handle.

In der Beantwortung der Interpellation bestritt der Minister des Inneren, daß es sich bei den Maßnahmen der Behörden der Provinz Posen um ein Provokationssystem handelte, gab aber zu, daß von seiten der Staatsregierung das Verfahren der Beamten nicht gutgeheißen werden könnte.

Während also die Deutschen und die Polen des Großherzogtums Posen bis 1848 und selbst nachher lange in Frieden gelebt, sogar freundschaftlichst miteinander verkehrt hatten, gaben derartige Vorgänge und Aufhetzungen zu gegenseitigen Reibungen Anlaß und schürten künstlich einen Haß, von dem vorher in Posen nichts zu verspüren war, der aber später auf einem schon vorbereiteten Boden um so leichter sich immer mehr entfalten konnte.

Nach 1863

Das Ausscheiden der Emigration

Die polnische Fraktion

Mit der am 8. Februar 1863 abgeschlossenen preußisch-russischen Militärkonvention, durch die sich Preußen in der polnischen Sache entschieden auf die Seite Rußlands stellte, hatte Bismarck die polnische Frage in die Interessensphäre Europas versetzt. Napoleon sah endlich einen Punkt, an den er sich für seine und Frankreichs Zwecke klammern konnte, und er träumte schon weitgehendste Chancen. Das an das Königreich Polen angrenzende Österreich sollte zu einem Bündnis bewogen werden, dem auch England beitreten würde. Drouyn de Lhuys, der französische Minister des Äußeren, forderte vom französischen Botschafter in Berlin Aufklärungen und verlangte von England Beitritt zu einer gemeinsamen Aktion in der Sache Polens. Lord Cowley, der englische Botschafter in Paris, wies darauf hin, daß man doch vor allem in Rußland vorstellig werden sollte. Österreich meinte, daß seine Stellungnahme dadurch, daß es der Konvention nicht beigetreten wäre, klar stünde.

Im preußischen Landtag wurde nach erregter Debatte (18. Februar 1863), in der unter anderen der Abgeordnete Waldeck äußerte: „der Gendarmendienst, den Preußen Rußland leiste, müsse jedem Preußen die Schamröte ins Gesicht treiben", trotz der heftigen Opposition Bismarcks der Antrag angenommen: „Das Interesse Preußens erfordert, daß die königliche Staatsregierung gegenüber dem im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstande keinem der kämpfenden Teile irgendeine Unterstützung oder Begünstigung zuwende, noch auch Bewaffneten gestatte, das preußische Gebiet ohne gleichzeitige Entwaffnung zu betreten."

Die von Napoleon eröffnete Aktion verlief im Sande, man begnügte sich mit diplomatischen Noten in Petersburg.

Die Folgen des Aufstandes von 1863 im Königreich Polen, an den die Polen in Preußen ebenfalls große Hoffnungen knüpften, machten sich selbstverständlich auch hier fühlbar. Auch hier hatte das Nationalitätenprinzip, die sicheren Zusagen und Versprechungen Napoleons, daß die polnische Frage zur europäischen Frage erhoben würde und als solche die Mächte zu einer Intervention zwingen würde, daß die Wiederherstellung eine Notwendigkeit für die Sicherheit Europas wäre, die kühnsten Hoffnungen genährt und der polnischen Eigenliebe geschmeichelt. Der Ausgang war das Verderben, der tiefe Sturz Polens. Die Folgen griffen bis ins Mark der ganzen Nation. Mit der politischen Sachlage änderten sich nun Anschauungen und Begriffe. Die polnische Gesellschaft sah ein, daß sie nunmehr nur auf sich selbst rechnen könnte. Alle Hoffnungen auf fremde Hilfe erwiesen sich als törichter Wahn.

Mit einemmal wurde der ganzen Nation klar, daß die polnische Sache von ihrem Weltstandpunkt zur polnischen Frage der einzelnen abgetrennten Gebiete herabgesunken war. Auf den Trümmern der letzten Hoffnungen erwuchs diese Einsicht.

Der Zusammenbruch des letzten Aufstandes entzog auch der Emigration jede Existenzberechtigung. Ihre Bemühungen, die staatliche Unabhängigkeit Polens zu erringen, waren von keinem Erfolge gekrönt. Wohl hatten beide Parteien, die aristokratische und die demokratische, auf ein und dasselbe Ziel hingearbeitet, wenn sie es auch auf verschiedenen Wegen erreichen wollten. Beide haben es nicht erreicht. Freilich verdiente der moralische Einfluß, den die Emigration auf die Heimat ausübte, in mancher Hinsicht volle Anerkennung. Es sei hier nur noch einmal auf das hervorragende erzieherische Wirken der Emigration hingewiesen, der die Heimat so viele bedeutende Männer zu verdanken hatte, auf das Aufblühen der

polnischen Literatur im Rahmen der Emigration und den Aufschwung, der ihr weltliterarische Bedeutung verlieh.

Nach dem Ausscheiden der Emigration als höchster Gewalt übernahm die Führung der polnischen Politik in Posen nunmehr ganz selbständig die polnische Fraktion, die von nun an die polnischen Forderungen und Klagen öffentlich vorbrachte und sich zur preußischen Polenpolitik öffentlich äußerte. Tatsächlich repräsentierte die polnische Fraktion bis in die neunziger Jahre das ganze Polentum Preußens.

Im Gegensatz zu den verschiedenen deutschen Parteien, die nur eine bestimmte Gruppe vertraten, gab die polnische Fraktion dem gesamten preußischen Polentum in allen seinen Schattierungen Ausdruck. Freilich handelte es sich bis zum Ausgang des Kulturkampfes hauptsächlich um adlige Großgrundbesitzer und geistliche Würdenträger, weil bis zu der Zeit die breite Masse kein Verständnis für politische Dinge hatte, deshalb auch am politischen Leben nicht teilnahm. Bald sollte auch in dieser Beziehung eine Änderung eintreten, als auch die große Masse der polnischen Bevölkerung in die Politik einzugreifen begann.

Seit 1871

Bismarck und die Polen

Die antipolniſche Politik

Bei den Beratungen der Verfaſſung des Norddeutſchen Bundes am 18. März 1867, bei denen die Polen gegen die Einverleibung der ehemalig polniſchen Landesteile in den Bund proteſtierten, gab Bismarck offen zu, daß die Maſſe des polniſchen Volkes verſchiedene Wohltaten der preußiſchen Staatsverwaltung anerkannt und ſich ihr dankbar erwieſen hätte, und daß es bei den ſich wiederholenden Inſurrektionen nicht gelungen wäre, „die preußiſchen Untertanen polniſcher Zunge in irgend erheblicher Zahl zu verführen“, daß die polniſchen Soldaten „dieſelben Gefühle der Anhänglichkeit auf allen Schlachtfeldern“ betätigt hätten und ihre „Treue gegen den König auf den däniſchen und auf den böhmiſchen Schlachtfeldern mit ihrem Blute und mit der ihrer Nationalität eigentümlichen Tapferkeit“ beſiegelt hätten.

Obwohl nun die Polen auch 1870/71 in Frankreich ihre Treue und Tapferkeit betätigt hatten, verlangte Bismarck in ſeinem Brief vom 7. Februar 1872, den er an den Miniſter des Inneren, Grafen Eulenburg, richtete, „Beweiſe eines Vorgehens gegen die ſeit zehn Jahren proſperierende polniſche Unterwühlung der Fundamente des preußiſchen Staates“, weil er das Gefühl habe, „daß auf dem Gebiete unſerer polniſchen Provinzen der Boden unter uns, wenn er heute nicht auffällig ſchwankt, doch ſo unterhöhlt wird, daß er einbrechen kann, ſobald ſich auswärts eine polniſch-katholiſch-öſterreichiſche Politik entwickelt“.

Damit trat die polniſche Frage in ein neues Stadium, eine neue Ära wurde eingeleitet. Die Antipolen-Geſetzgebung ſetzte ein.

Es begann die Zeit des Kampfes um den Boden und um die Sprache.

Mit einem Schlage hörte jede Gefühlspolitik auf, und die Richtlinien einer kräftigen Realpolitik wurden eingeschlagen. Freilich waren die auf beiden Seiten verfügbaren Kampfmittel verschieden, man rüstete sich aber, so gut es ging. Beide Parteien behaupteten, die gerechte Sache zu vertreten, beide behaupteten, aus Selbsterhaltungstrieb den Kampf aufnehmen zu müssen, beide wollten angeblich die bedrohte nationale Existenz schützen.

Auf die Politik der Nadelstiche, die bald einsetzte und die Masse der Bevölkerung natürlich ungemein aufreizte, folgte der Kulturkampf, dessen Ausgang für die katholischen Polen einen schweren Schlag bedeutete.

In den höheren Schulen wurde der Religionsunterricht in deutscher Sprache eingeführt, bald auch das Deutsche als Unterrichtssprache in allen Fächern der Volksschule außer dem Religionsunterricht in den niederen Stufen derselben, der Erzbischof von Posen und Gnesen, Kardinal Ledóchowski und sein Suffragan Janiszewski wurden gefangengenommen und später ausgewiesen, der erzbischöfliche Stuhl zum erstenmal mit einem Deutschen, Dinder, besetzt.

Die Erregung, die sich der Polen bemächtigte, war ungeheuer. Ein Teil hoffte noch, daß mit dem Ausgang des Kulturkampfes auch die Polenpolitik einen Abbruch erleiden würde. Es kam anders.

1884 erfolgte eine rücksichtslose Massenausweisung von Polen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, auch solcher, die seit langen Jahren hier ansässig waren.

1886 brachte Bismarck das Ansiedlungsgesetz ein, das die Polen an der empfindlichsten Stelle treffen sollte und wirklich geeignet war, das Polentum stark zu gefährden.

1887 wurde der polnische Sprachunterricht überhaupt abgeschafft.

Das Programm der nunmehrigen preußischen Polenpolitik stellte sich zur Aufgabe die Verdrängung der Polen von ihrem Grund und Boden und die Beseitigung der polnischen Muttersprache.

So Erfolg verheißend in seinem Radikalismus das Programm erscheinen mochte, so erfolglos zeigte es sich in der Zukunft. Standen bis dahin dem Deutschtum im polnischen Lager in der Hauptsache der Adel und die hohe Geistlichkeit gegenüber, so beschwor das Programm einen gefährlichen Gegner und Feind herauf: die bis jetzt loyale oder vielmehr apathische und indifferente Masse, die sich in ihren Grundfesten gefährdet fühlte, zum politischen Leben erwachte und sich zur Gegenwehr organisierte: die polnische Bauernschaft.

Der Bauer erblickte in dem Kampf gegen seine Muttersprache vor allem auch einen Angriff auf seine katholische Religion. Als bald auch ein kräftiger Mittelstand sich entwickelte und die Zügel der nationalpolnischen Opposition in die Hand nahm, wurde der Fehlgriff der preußischen Polenpolitik auch denen, die sie befürwortet hatten, deutlich sichtbar.

Außerdem barg diese Politik aber eine Gefahr in sich für die Haltung der Polen im Falle internationaler Verwicklungen. Rußland erfaßte die Gefahr sofort, warf sich als Beschützer des bedrängten Polentums auf, die russische Presse erging sich in den leidenschaftlichsten Ausfällen gegen die preußische Regierung und bemäntelte ihre spontane Polenfreundlichkeit mit spontanen Konzessionen in der Sprachenfrage.

Die Anſiedlungspolitik

1. Das Anſiedlungsgeſetz

Fürſt Bismarck nahm die von Flottwell in die Bahnen geleitete, von Friedrich Wilhelm IV. durchbrochene Anſiedlungspolitik wieder auf und brachte 1886 das Anſiedlungsgeſetz ein.

Schon vorher tauchten in der polenfeindlichen Preſſe Vorſchläge zur erfolgreichen Bekämpfung des Polentums auf und verlangten wirtſchaftliche Maßregeln zur Germaniſierung der Oſtmarken. Der nationalliberale Parteitag warf 1885 die Idee der „internen Koloniſation“ in der Oſtmark auf, und Tiedemann, einer der Gründer des Oſtmarkenvereins, führte in ſeiner Denkſchrift, die er dem Reichskanzler überreichte, aus: „Der Staat könnte jetzt Güter in der Subhaſtation oder durch freihändigen Ankauf zu Preiſen erwerben, wie ſie vielleicht niemals wiederkämen. Er könnte durch Parzellierung angekaufter Güter und Anſiedlung deutſcher Bauern auf den Teilſtücken die Provinz nachhaltig mit deutſchen Elementen durchſetzen.“

Bismarck ließ ſich für den Plan gewinnen und hoffte, ſo wirklich nachhaltig und ſicher mit der Zeit den „polniſchen Adel zu expropriieren“, wobei er mit der teilweiſen großen Überſchuldung des adligen Grundbeſitzes und dem Leichtſinn eines ſtark zum Kosmopolitismus neigenden Teiles des polniſchen Adels richtig rechnete, dabei aber doch das tief eingewurzelte nationale Bewußtſein, die Widerſtandsfähigkeit und auch die wirtſchaftliche Spannkraft der Polen unterſchätzte.

Nach dem Geſetz vom 26. April 1886 wurden der Staatsregierung 100 Millionen Mark zur Verfügung geſtellt, „um zur Stärkung des deutſchen Elementes in den Provinzen Weſtpreußen und Poſen gegen poloniſierende Beſtrebungen

durch Anſiedlung deutſcher Bauern und Arbeiter Grundſtücke käuflich zu erwerben".

Alſo Aufkauf des polniſchen Grundbeſitzes und Überlaſſung an deutſche Anſiedler unter günſtigen Bedingungen und Ausſchluß der Polen. Dadurch ſollte alſo ein Teil preußiſcher Staatsbürger zugunſten eines anderen Teiles wirtſchaftlich zurückgedrängt werden und mußte natürlich zu den gegen ſeine politiſche und wirtſchaftliche Exiſtenz verwandten Geldern noch ſelbſt beiſteuern.

Nach den erſten Erfolgen, die die Anſiedlungskommiſſion, deren Präſident der Oberpräſident von Poſen, Graf Zedlitz, war, zu verzeichnen hatte, wurde allgemein an die Wirkſamkeit dieſes Geſetzes zur Bekämpfung des Polentums geglaubt. Es war aber ein Irrtum. Wohl ließen ſich einzelne Großgrundbeſitzer durch die hohen Summen, die die Anſiedlungskommiſſion zahlte, anfangs verlocken, oder ſie taten es unter dem Druck der Schuldenlaſt. Der Schlag war wuchtig, verfehlte aber das Endziel.

Der Irrtum, von dem ſich Bismarck und auch die deutſche öffentliche Meinung verleiten ließ, beruhte darauf, daß ſchon in den achtziger Jahren den Kern des nationalpolniſchen Widerſtandes nicht der Adel, ſondern der Mittelſtand bildete. Bald beſann ſich aber auch dieſer Adel und organiſierte ſich zur Gegenwehr. Den Polen Poſens drohte der Verluſt ihres Grund und Bodens, der für ſie abgeſehen vom tief empfundenen Affektionswert vor allem als Hauptſtütze und Hauptgrundlage ihrer Nationalität galt. Sie beſchloſſen, den kräftigen Angriff mit allen zur Verfügung ſtehenden Mitteln und in geſchloſſenen Reihen abzuwehren.

Da das Anſiedlungsgeſetz tief ins wirtſchaftliche Leben der Polen einſchnitt, mußte man ihm mit kräftigen wirtſchaftlichen und finanziellen Organiſationen begegnen. Die Notlage der Polen in Preußen fand lebhaften Widerhall in allen ehemalig

polnischen Gebieten, aber auch im fernen Ausland, in Amerika und Frankreich.

Mit Hilfe der galizischen Polen wurde eine Rettungsbank, die „Bank Ziemski", hauptsächlich von Angehörigen des Adels gegründet, die zunächst von den verschuldeten Grundeigentümern die Güter aufkaufen und sie unter polnische Bauern parzellieren sollte. Ihre Tätigkeit sollte später auf alle Bankgeschäfte ausgedehnt werden. Da die Aktienzeichnungen langsam einliefen und sich außerdem eine Parteispaltung unter den posenschen und den galizischen Polen in der Frage der Bank Ziemski gebildet hatte, wurde nach theoretischen Erwägungen eine zweite Abwehrmaßregel in Angriff genommen: die „genossenschaftliche Parzellierung".

Der Pole Theodor von Kalkstein nahm mit der Leitung der „Bank Ziemski" die Organisation in Posen und Westpreußen in die Hand. In beiden Provinzen wurden Genossenschaften ins Leben gerufen und in zwei Hauptstellen, Posen und Thorn, zentralisiert. Schon die ersten Termine, an denen Güter an die anwohnenden Bauern parzelliert werden sollten, fielen über Erwarten gut aus. Bauern, Arbeiter und Handwerker in Überzahl bewarben sich eifrigst um Parzellen. Die Idee, der Aktion der Ansiedlungskommission mit einem gleichen Mittel entgegenzutreten, hatte sich glänzend bewährt. In kurzer Zeit hatte die genossenschaftliche Parzellierung große Erfolge gezeitigt und der auswandernden Masse der polnischen Bevölkerung Einhalt geboten. Ermutigt durch diese ersten Erfolge entstanden bald mehrere Unternehmungen gleicher Art und spannen sich netzartig über beide Provinzen.

Während der Versöhnungsära mußte die scharfe Ansiedlungspolitik, die zur Bekämpfung des Polentums eingeleitet wurde, abschwenken, sie konnte in der Zeit der versöhnlichen Annäherung in ihrer anfänglichen Schärfe nicht beibehalten werden. Die Rentengutsgesetzgebung schlug die Brücke für

die Schwenkung, und die Bank Ziemski vermittelte zwischen der Aktion der Regierung und dem Privatunternehmen. Es entstand auf der Grundlage des Rentengutsgesetzes ein Kompromiß zwischen der Bank und der Regierung, nach dem erstere von dem System des freien Parzellenverkaufes zum System der Rentengüter überging und hierbei zugleich die Regierung, beziehungsweise die preußische Generalkommission unterstützte.

Nach 1895 wurde das Band, das die Generalkommission mit den Polenbanken verknüpfte, gelöst und diesen weitere Bildung von Rentengütern erschwert, was natürlich auf die Entwicklung der Banken und auf ihre Aktion äußerst gefährlich zurückwirkte.

Seit 1896 artete der nationale Kampf um den Boden, der nach Erlaß des Ansiedlungsgesetzes einsetzte, zu einem Geschäft aus und nahm infolgedessen andere Formen an.

An die Spitze der Parzellierungstätigkeit trat die von einem geschickten und rücksichtslosen Unternehmer Sikorski begründete „Bank Parcelacyjny", die durch marktschreierische Reklame und Ausbau des „Adjazenten-Parzellierungssystems" trotz Protesten von polnischer Seite große Tätigkeit entwickelte, zugleich aber das Güterschlachten und Spekulantenunwesen förderte. Die seit der Zeit wieder sehr stark ansetzende Ansiedlungspolitik der preußischen Regierung und die in die Höhe getriebenen Preise boten hierfür einen günstigen Boden.

Um diesem Spekulantentum zu steuern und den Spekulanten ihr vom nationalen Standpunkt aus oft gefährliches Handwerk zu legen, um andererseits den hilfsbedürftigen Landwirten auf ihren gefährdeten Gütern rechtzeitig mit Rat und Tat beizustehen und einem Verkauf derselben an die Ansiedlungskommission zuvorzukommen, wurde 1900 der „Związek Ziemian" gegründet, dessen Zweck statutengemäß „die Vereinigung von Landwirten im gemeinschaftlichen Interesse des

Grund und Bodens“ war. Der „Związek“ übernimmt nun, wo es nötig ist, die Verwaltung des Gutes, die Regulierung und die Sanierung, bildet so als Institution einen wesentlichen Faktor in dem Kampf um den Boden und trägt ferner zur Befestigung des Grundbesitzes im hohen Maße bei.

Durch die Begründung neuer Parzellationsgenossenschaften und Parzellationsbanken auf Anregung der Geistlichkeit, die des öfteren auch die Leitung übernahm, in verschiedenen kleineren Städten Posens und Westpreußens wurde auch der Bauernbesitz befestigt.

Obwohl nun bis 1902 350 000 000 Mark zur Stärkung des Deutschtums in der Ostmark bewilligt und der Ansiedlungskommission zur Verfügung gestellt wurden, glich ihr Erfolg einem Bankrott.

Auf polnischer Seite bemächtigte sich der Bevölkerung eine tiefe Erbitterung gegen die Germanisierungsidee der Ansiedlungspolitik. Den Preistreibereien und dem Spekulantentum wurde Tür und Tor geöffnet. Eine weitere Folge war das Aufblühen des polnischen Genossenschaftswesens, die straffe Organisation der Bauernvereine zwecks Abwehr der drohenden Gefahr. Der wirtschaftliche Kampf der beiden Nationalitäten entbrannte besonders nach Zusammenbruch der Versöhnungspolitik. Die Überlegenheit der Polen im Kampf um die Scholle mußte bald konstatiert werden.

Dem mit allen Fasern an seinem Grund und Boden hängenden Polentum, der Wucht der Erkenntnis der Gesamtbevölkerung, daß der Boden eine Grundbedingung ihrer nationalen Existenz bildet, der Organisation zur Abwehr und Gegenwehr gegenüber erwies sich die Ansiedlungspolitik trotz verschiedener Erfolge als machtlos, und die Aktion der Ansiedlungskommission verlor immer mehr an Boden.

Eine demoralisierende und die Idee der Ansiedlungspolitik schädigende Wirkung sei noch erwähnt.

Angelockt durch die unverhältnismäßig hohen Preiſe, die die Anſiedlungskommiſſion zahlte, beſchloſſen auch verſchiedene deutſche Grundbeſitzer, die Sachlage auszunützen, und boten ihre Güter der Kommiſſion zum Kauf an. So waren in einem Jahre von dreizehn Gütern, die zum Zweck der Ausbreitung des Deutſchtums angekauft wurden, ſieben aus deutſcher Hand und ſechs aus polniſcher gekauft. Weigerte ſich die Kommiſſion, den Offerten der Deutſchen aus wohl begreiflichen Gründen nachzukommen, ſo wurde ſie ſchließlich durch Drohung der Beſitzer, ſie würden in dieſem Falle ihre Güter an einen Polen verkaufen, zum Ankauf gezwungen. Wenn ſich Zweifel über die wirklichen Abſichten der deutſchen Beſitzer oder über die Gründe, die ſie zum Verkauf ihres Gutes vorſchützten, ergaben, wurde ein polniſcher Strohmann vorgeſchoben, und die Anſiedlungskommiſſion mußte wohl oder übel das Stück deutſchen Bodens vor dem Übergang in polniſche Hände retten. Andererſeits ſchob auch die Kommiſſion beim Ankauf polniſcher Güter des öfteren Polen als Strohmänner vor, die dann angeblich das Gut für ſich kauften, nachdem ſie ſich vorher bindend verpflichtet hatten, das gekaufte Gut an die Anſiedlungskommiſſion abzugeben. Es war ein erbitterter Kampf, wo eben jedes Mittel, das nur zum Ziele führte, für gut befunden wurde.

Wohl war man ſich in Deutſchland über die Wichtigkeit und die Notwendigkeit der Anſiedlungspolitik in der Oſtmark einig, wohl erblickte man in der Koloniſation eine kulturelle Hebung, ſchwer war es aber, die geeigneten Mittel und Wege zu deren Ausführung zu beſtimmen.

Sobald aber die Tätigkeit der Anſiedlungskommiſſion einen nationalen Kampf heraufbeſchworen hatte, war die Koloniſation als wirtſchaftliche Maßregel im ſelben Augenblick erledigt.

Die Tatſache, daß die Polen ausgekauft werden ſollten, rief

dieſen Kampf hervor. Baron Puttkamer, ein früherer Landrat, bezeichnet es als größten Affront, den man einer Nation zufügen kann, wenn man ihr ſagt: „Wir wollen euch auskaufen, obwohl ihr unſere Staatsbürger ſeid, wollen euch aus eurem Lande hinaushaben, oder euch wenigſtens landlos machen.“ So verwandelte ſich denn die kulturelle Aufgabe der Anſiedlungspolitik in einen erbitterten und hartnäckigen Kampf um die Scholle.

2. Das Ausnahmegeſetz von 1914

Um die polniſche Anſiedlungstätigkeit zu unterbinden, wurde 1914 ein Ausnahmegeſetz erlaſſen, das den Polen das Recht der Neuanſiedlung nahm, ja ſelbſt den Bau eines Hauſes auf eigenem Boden von einer Anſiedlungsgenehmigung abhängig machte, die natürlich jederzeit verweigert werden konnte. In verſchiedenen Fällen fand das Geſetz rückſichtsloſeſte Anwendung, erntete aber trotzdem nicht den erwarteten Erfolg.

Der Paragraph 13 dieſes Geſetzes beſagt: „Wer außerhalb einer im Zuſammenhange gebauten Ortſchaft ein Wohnhaus errichten oder ein Wohnhaus einrichten will, bedarf einer vom Kreisausſchuß ... zu erteilenden Anſiedlungsgenehmigung. Vor deren Aushändigung darf die polizeiliche Bauerlaubnis nicht erteilt werden.“ Auch „wenn infolge oder zum Zwecke der Umwandlung eines Landgutes oder eines Teiles eines ſolchen in mehrere ländliche Stellen innerhalb einer im Zuſammenhange gebauten Ortſchaft ... ein Wohnhaus errichtet oder ein vorhandenes Gebäude zum Wohnhaus eingerichtet werden ſoll ...“ (Paragraph 13a) iſt eine Anſiedlungsgenehmigung erforderlich.

3. Das Enteignungsgesetz

Die Ansiedlungskommission unterlag also im Kampf um den Boden.

Der Finanzmacht der preußischen Regierung zeigte sich die nationale Kraft des Polentums und der von den Polen ins Leben gerufenen Organisationen überlegen.

Fürst Bülow resümierte am 26. November 1907 die Erfolge des Kampfes des preußischen Staates gegen das Polentum um den Grund und Boden Posens und Westpreußens: auf dem Gütermarkte der Ansiedlungsprovinzen habe der Kampf ungesunde Zustände und eine außerordentliche Energie in der Organisation der Abwehrmaßregeln seitens der Polen hervorgerufen, der Verlust an Land, den die Tätigkeit der Ansiedlungskommission den Polen zunächst gebracht hatte, wurde nicht nur ausgeglichen, sondern in einen Gewinn umgewandelt. In elf Jahren wären in Westpreußen und Posen, Ostpreußen, Pommern und Schlesien aus deutscher Hand in polnische „annähernd 100000 Hektar" übergegangen.

Wenn auch die Zahl der Gesamtverluste stark übertrieben sein dürfte, brachte doch die Erklärung Bülows das Eingeständnis eines Bankrotts der Ansiedlungspolitik.

Abgesehen von diesem Gewinn an Boden brachte die Ansiedlungspolitik den Polen große wirtschaftliche und moralische Vorteile. Die Maßregeln der Regierung riefen eine glänzende Organisation aller Polen der Provinzen ohne Unterschied der Parteischattierungen hervor und verhalfen den bis dahin ökonomisch ziemlich zurückstehenden Polen zur vollen wirtschaftlichen Reife und zu einer Sammlung aller Schichten der Bevölkerung, zur gemeinsamen Abwehr der Angriffe auf ihren Grund und Boden.

„Wir können", schloß Bülow seine Rede, „unseren Landbedarf im freihändigen Ankauf nicht mehr decken, und daraus

ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß ein eminentes Staatsinteresse die Einräumung der Enteignungsbefugnis an die Ansiedlungskommission erfordert."

Die Ansiedlungspolitik war zusammengebrochen, sie sollte aber trotzdem weitergeführt werden. Schärfere Mittel mußten ins Treffen geführt werden ohne Rücksicht darauf, ob das Motiv des Staatsinteresses wirklich allen nahezubringen wäre, ob sich die öffentliche Meinung von dem Vorliegen eines Staatsinteresses überzeugen und für eine zwangsweise Enteignung gewinnen ließe.

Nach stürmischen Kämpfen im Abgeordneten- und Herrenhaus wurde das Gesetz am 3. März 1908 durchgebracht.

Der der Staatsregierung zur Verfügung gestellte Fonds wurde um 200 000 000 Mark erhöht, zu denen die polnische Bevölkerung, obwohl sie für die Enteignung ihres Grund und Bodens verwandt wurden, selbstverständlich beizusteuern hatte.

Unter denen, die gegen das Gesetz stimmten, befanden sich der Schwager des Kaisers, Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, Fürst Fürstenberg, Feldmarschall Graf Häseler, Graf Mirbach und eine Reihe angesehener Männer, an deren Patriotismus und echt deutscher Gesinnung nicht gezweifelt werden konnte, die aber nicht Hand an ein Gesetz legen wollten, das ihren rechtlichen und ethischen Begriffen widersprach. Dreihundert deutsche Landwirte protestierten in einer Eingabe an das Herrenhaus gegen die Enteignung. Einzelne, die dafür gestimmt hatten, gaben ihre Stimmen mit der hoffnungsvollen Einschränkung ab, daß es wohl nötig wäre, ein Damoklesschwert über die Polen zu hängen, um sie im Kampf um den Boden abzukühlen, daß sie aber wünschten, daß es möglichst niemals direkt zur Anwendung kommen sollte. „Ich hoffe und erwarte, daß die wirkliche Enteignung gar nicht oft angewendet wird," sagte Schmoller, als er sich für das Enteignungsrecht aussprach.

Obwohl es anfangs wirklich schien, als ob das Gesetz nur ein Damoklesschwert darstellen, als ob es bei der Drohung sein Bewenden haben sollte, sollten bald diejenigen, die ähnliche Hoffnungen wie Schmoller hegten, eines Besseren belehrt werden.

Unter dem Druck des zu immer größerer Macht aufsteigenden Ostmarkenvereins, der auf die Erklärung des Landwirtschaftsministers von Schorlemer-Lieser im Abgeordnetenhause am 6. Mai 1911, man werde das Tempo der Ansiedlung aus rein sachlichen Gründen verlangsamen, am 9. Mai 1911 aufs energischste sofortige Enteignung des polnischen Grundbesitzes forderte, schritt die Regierung wirklich zur Enteignung einzelner polnischer Besitzer.

Als erste fielen dem Gesetz zum Opfer die Herren von Trzciński auf Kołdromb, von Kościelski auf Złotniki, Zabłocki auf Dobsk und Frau von Liszkowska auf Lipienki.

Die Wirkung der Erlassung des Enteignungsgesetzes auf die Polen war niederschmetternd. Obwohl man sich auch hiergegen zu organisieren trachtete und es als Pflicht ansah, sich sofort wieder anzukaufen, so war das erstens schwierig, weil man doch nie wissen konnte, ob bei dem neugekauften Gut das Gesetz nicht wieder in Anwendung käme, zweitens weil man nicht voraussehen konnte, wie die Taxe der Schätzungskommission ausfallen würde, und man sich direkt auf große Vermögensverluste gefaßt machen mußte. Und endlich rief drittens die Wucht des Gesetzes im ersten Augenblick einen tiefen moralischen Rückschlag hervor. Auf die Entwicklung der ganzen Landwirtschaft wirkte es demoralisierend und schädigend, da doch der Besitzer, der jeden Augenblick die Ankündigung erwartete, daß sein Gut zur Enteignung ausersehen und bestimmt worden sei, an der Hebung und der weiteren Entwicklung der Kultur seines Bodens kein Interesse mehr haben konnte.

Selbstverständlich empfand man das Ausnahmegesetz als furchtbares Unrecht und konnte sich für die Worte des Justizrats Wagner, Berlin, „ob den Polen recht oder unrecht geschähe ist Nebensache", nicht begeistern.

Man empfand die Enteignung als einen Angriff gegen die Unverletzlichkeit des Eigentums und das Ausnahmegesetz — bei allem Verständnis für das Enteignungsrecht als solches, das da in Geltung tritt und treten muß, wo es die salus publica erheischt — als eine gegen einen bestimmten Volkskreis, nämlich gegen die polnischen Untertanen gerichtete Maßregel, was doch schwerlich mit dem Staatsinteresse, mit einer salus publica als solcher motiviert werden kann.

Der Kampf gegen die Sprache

In den sechziger Jahren war die Germanisierung der Polen so weit fortgeschritten, daß der polnischen Nationalität ernsthaft der Untergang drohte. Wie schon an anderer Stelle erwähnt, war der Verkehr der Deutschen und Polen in der Provinz ein freundschaftlicher, die Polen eigneten sich freudig die deutsche Sprache an, die sie in ihrem Fortkommen förderte.

Als aber mit dem Kulturkampf die Zwangsgermanisierung und die Sprachquälerei einsetzte, und die polnische Muttersprache gefährdet erschien, setzte man sich zur Wehr. Der Rückschlag kam plötzlich und verursachte eine grenzenlose Erbitterung, die sogar diejenigen erfaßte, die dem Polentum ganz fern standen, wie zum Beispiel die sogenannten schlesischen Wasserpolacken, die sich auf einmal gegen die Verbannung der polnischen Sprache mit aller Kraft auflehnten.

An sich ist es ein gefährliches Experiment, jemandem eine fremde Sprache durch Verdrängung seiner Muttersprache aufzudrängen, besonders wenn man es an Kindern vornimmt. Schon rein pädagogisch ist es aber ein Unding.

Von vornherein trug diese Maßregel, die auf dem Zwang fußte, den Keim der Erfolglosigkeit in sich. War sie doch in jeder Beziehung falsch. Kann ein Volk, dem eine fremde Sprache vom Staat aufgezwungen wird, mit diesem in Einklang gebracht werden? Wohl kann ein Kulturstaat, kraft seiner kulturellen Überlegenheit, eine fremdsprachliche Nation einschmelzen, nie wird es ihm aber durch Zwang gelingen. Ein Sprachzwang, ein gewaltsamer Eingriff in die heiligen Rechte der Muttersprache einer Nation, ist und bleibt eine Grausamkeit. Abgesehen davon bietet die Gemeinsamkeit der Sprache noch keinen Beweis und keine Grundlage für das

völlige Aufgehen einer Nation in die andere. Man denke an Irland und England.

Nach dem Oberpräsidialerlaß vom 27. Oktober 1873, der Deutsch als Unterrichtssprache in allen Volksschulen bis auf den Religionsunterricht anordnete, die polnische Sprache als Unterrichtsgegenstand auf drei bis fünf Stunden reduzierte und die Teilnahme deutscher Kinder am polnischen Unterricht von der Genehmigung des Kreisschulinspektors abhängig machte, folgte das Gesetz vom 15. Juli 1886, das jede Einwirkung der Polen auf die Lehrstellen beseitigte.

Am 7. September 1887 bestimmte das Unterrichtsministerium auf Grund königlicher Ermächtigung, daß fortan in sämtlichen Volksschulen Posens und Westpreußens der polnische Sprachunterricht ausnahmslos in Wegfall gebracht und die dadurch frei werdenden Stunden dem Unterricht in deutscher Sprache zugewiesen werden sollten.

Während der Versöhnungsära wurde durch einen Ministerialerlaß Privatsprachunterricht für die Kinder, denen der Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wurde, eingeführt, und 1894 fakultativer Unterricht im polnischen Lesen und Schreiben für Kinder, die auf der Mittel- und Oberstufe am polnischen Religionsunterricht teilnahmen, zugelassen.

Aber schon 1900 bestimmte das Kultusministerium, daß in der Stadt Posen der Unterricht in allen Fächern der Mittel- und Oberstufe einschließlich des Religionsunterrichts in deutscher Sprache zu erteilen wäre, und bald wurde diese Bestimmung auf eine Reihe von Stadt- und Landschulen der Provinz ausgedehnt.

Ein Sturm des Entsetzens brach los. Die große Masse der Bevölkerung lehnte sich gegen die Verbannung ihrer Muttersprache auf, zumal ihr zugleich ihre katholische Religion gefährdet erschien. Als am 1. April 1901 für die Schule in Wreschen der Religionsunterricht in deutscher Sprache einge-

führt wurde, zeigten sich die traurigen Konsequenzen, welche die Unterdrückung der Muttersprache der Polen zutage gefördert hatte. Die Eltern, die sich in ihren religiösen Anschauungen getroffen fühlten, verboten ihren Kindern, auf Fragen in deutscher Sprache während des Religionsunterrichts zu antworten.

„Die Religion ist für uns arme Leute", führte in der Gnesener Gerichtsverhandlung, die das Nachspiel zu der Wreschener Kinderaffäre bildete, die Zeugin Gadzinska aus, „unsere ganze Freude, unser ganzes Glück, unser alles, unsere ganze Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die Kinder verstehen die Religion in deutscher Sprache nicht." Deshalb beschlossen auch die Eltern, unter allen Umständen den Religionsunterricht in deutscher Sprache zu verhindern.

Die Weigerung der Kinder wurde mit einer Massenzüchtigung beantwortet. Auf die Nachricht von der Züchtigung ihrer Kinder eilten die Eltern vor das Schulgebäude und drangen in das Schullokal ein, um ihre Kinder in Schutz zu nehmen. Durch Urteil des Landgerichts in Gnesen wurden sie wegen Landfriedensbruch bis zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Für einen Staat, für den die Religion einen der festesten Grundpfeiler bildet, der deshalb die Anschauungen und das kindlich religiöse Gemüt der breiten Masse der polnischen Bevölkerung berücksichtigen sollte, bedeutet es einen schwer wieder gutzumachenden Fehlgriff, wenn er den Religionsunterricht in der Muttersprache verbietet und den fremdsprachlichen Religionsunterricht gewaltsam erzwingen will.

„Wenn es unsere Schulleitung darauf angelegt hätte, in dem polnischen Nachwuchs die allerverstocktesten, ingrimmigsten, unversöhnlichsten Feinde heranzuziehen", schrieb Professor Delbrück in den Preußischen Jahrbüchern, „es gäbe

kein beſſeres Mittel, als ſie mit Schulſtrafen zu zwingen, deutſch zu beten."

Als 1906 der Religionsunterricht in deutſcher Sprache auch auf die Unterſtufe ausgedehnt werden ſollte, brach ſich die Erbitterung der breiteſten Schichten der polniſchen Bevölkerung Bahn, und ein Schulſtreik, in dem 120 000 Kinder ſtanden, war die Antwort auf die tief in Herz und Seele der großen Maſſe einſchneidende Maßnahme.

Neben dieſem Kampf auf dem Gebiete der Schulpolitik liefen unbedeutende Maßregeln zur Verdrängung der polniſchen Sprache einher, die aber wohl danach angetan waren, die Polen bis zum Äußerſten zu reizen. Polniſche Orts- und Straßennamen wurden in deutſche umgetauft, Poſtſendungen mit polniſchem Adreſſentext oder mit der alten polniſchen Ortsbezeichnung wurden zurückgewieſen oder einem Überſetzungsamt übermittelt, was weſentliche Verſpätungen in der Zuſendung verurſachte und oftmals unangenehme Verwirrungen anrichtete.

Kurz nach den traurigen Schulereigniſſen von 1906 wurde der Kampf gegen die polniſche Sprache noch verſchärft. Es folgte ein Schlag, der in ganz Deutſchland Aufſehen erregte und ſcharf angegriffen wurde. Er galt der polniſchen Verſammlungsſprache.

Nach Paragraph 12 des Vereinsgeſetzes vom 19. April 1908 ſind öffentliche Verſammlungen in deutſcher Sprache zu führen. Ausgenommen ſind internationale Kongreſſe, Verſammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen für den Reichstag und für die geſetzgebenden Verſammlungen der Bundesſtaaten und Elſaß-Lothringens, vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltags bis zur Beendigung der Wahlhandlung.

„In Landesteilen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieſes Geſetzes alteingeſeſſene Bevölkerungsteile nichtdeutſcher Mut-

terſprache vorhanden ſind, iſt, ſofern dieſe Bevölkerungsteile nach dem Ergebniſſe der jeweilig letzten Volkszählung ſechzig vom Hundert der Geſamtbevölkerung überſteigen, während der erſten 20 Jahre nach dem Inkrafttreten dieſes Geſetzes der Mitgebrauch der nichtdeutſchen Sprache geſtattet." Nach langen Kämpfen und ſtürmiſchen Verhandlungen, die hauptſächlich um dieſen Paragraph geführt wurden, wurde er in der oben angeführten Faſſung durchgebracht.

Naumann entrüſtete ſich über dieſen Sprachenparagraph: „Was hilft es uns nun, wenn wir den Geiſt und Sinn der preußiſchen Verfaſſung, nach der alle Bürger vor dem Geſetze gleich ſind, in offenſichtlicher Weiſe durchbrechen!" Brentano machte auf die Gefahren aufmerkſam, welche dem Gebrauch des Koalitionsrechts durch dieſen Paragraphen erwachſen.

Da in der Provinz Poſen und auch in Weſtpreußen in einer Reihe von Kreiſen die polniſche Einwohnerzahl 60 Proz. der Geſamtbevölkerung nicht überſteigt, iſt die Einſchränkung des Sprachenverbots als ein völlig unbedeutendes Zugeſtändnis an die Polen zu betrachten.

Der Kampf gegen die polniſche Sprache hat nur ungeheure Erbitterung heraufbeſchworen, ohne poſitive Erfolge einbringen zu können. Ganz beſonders wurde die breite Maſſe der Bevölkerung von der Ausnahmemaßregel betroffen und gereizt, weil für ſie der Sprachenkampf auch ihrer tief eingewurzelten Religion galt. Zur Verteidigung ſeiner Mutterſprache und ſeiner Religion ſtand das Volk einig auf und nahm den Kampf in vielleicht noch geſchloſſeneren Reihen auf, als es das zur Verteidigung ſeines Grund und Bodens getan hatte. Den Hetzern und der Agitation aber wurde mutwillig ein weites Feld eingeräumt.

Wohl gehört die Hebung des Schulweſens, die Bildung und Aufklärung der breiten Maſſe zu den kulturellen Haupterrungenſchaften des preußiſchen Staates. Die zwangsweiſe

Germaniſierung der Schule war aber von vornherein eine zweiſchneidige Waffe, ſie hob die Intelligenz der Maſſe, indem ſie ſie zur Erlernung der zweiten Landesſprache nötigte, — da ſie aber die Deutſchen vom Polniſchen abhielt, gewährte ſie den Polen ſo einen wirtſchaftlichen Vorſprung. Andererſeits verletzte aber dieſer Zwang und die Verbannung der Mutterſprache die heiligſten Gefühle der polniſchen Bevölkerung und mußte ſo völlig ſein Ziel verfehlen.

Das Deutſche, das unter dieſen Umſtänden den Polen beigebracht wurde, hatte ſie dem Deutſchtum wahrlich nicht näher gebracht.

Die Verſöhnungspolitik
Joſeph von Koscielski

Nach Bismarcks Entlaſſung änderte ſich der ſcharfe Kurs der preußiſchen Polenpolitik.

Die Führung der Polenfraktion übernahm Joſeph von Koſcielski, ein loyal geſinnter polniſcher Magnat, mit großem diplomatiſchen Geſchick und politiſchen Fähigkeiten.

In der feſten Überzeugung, daß nur eine bedingungsloſe und vollſtändige Loyalität die Lage der Polen aufbeſſern und der polenfeindlichen Politik Einhalt gebieten könne, übernahm er die Rolle, ſich voll bewußt, welche Verantwortung er damit einging. Geſtützt auf die Kraft ſeiner politiſchen Überzeugung, beſchloß er, ohne ſich je in ſeiner Nationalität etwas zu vergeben, feſt auf ein Ziel hinzuſteuern: den Kaiſer ſeinen polniſchen Untertanen gewogen zu machen unter Verbürgung deren loyaler Geſinnung, — andererſeits ſeine Landsleute zwecks Bekundung dieſer Geſinnung zur Teilnahme an inner- und außerpolitiſchen Angelegenheiten des Deutſchen Reichs zu überreden und ſie von dem Prinzip der Vertretung nur rein nationaler Wünſche und Forderungen abzubringen.

Dank ſeiner umfaſſenden Bildung auf allen Gebieten, ſeiner politiſchen und diplomatiſchen Schulung und ſeinem einnehmenden Auftreten gelang es ihm, in der preußiſchen Hofgeſellſchaft mit ſeiner Gattin eine glänzende Rolle zu ſpielen.

Die Perſönlichkeit Koſcielskis, ſeine überzeugte Loyalität, ſein Verſtändnis und die klare Beurteilung rein deutſcher Angelegenheiten, die er bei jeder Gelegenheit vorbrachte, lenkten die Aufmerkſamkeit des Kaiſers auf ihn. Als er vollends für die Förderung der deutſchen Seemacht aufrichtiges und umfaſſendes Intereſſe zeigte und ſich in Erkenntnis der wichtigen Rolle, die einer deutſchen Flotte in nächſter Zukunft beſchieden ſein mochte, auch perſönlich unter Aufbietung ſeines

ganzen Einflusses für die Marinevorlage einsetzte, erfolgte die Einladung durch den Kaiser nach Kiel, wo Freundschaftsbande geknüpft wurden. Ein Geschenk des Kaisers, die Reproduktion eines Bildes, das über dem Schreibtisch des Kaisers hängt und die kurbrandenburgische Flotte darstellt, mit der eigenhändigen Aufschrift: „Herrn von Kosciol-Koscielski zur Erinnerung für seine mannhafte Vertretung der Interessen meiner Marine von seinem dankbaren Kaiser und König", zeugte von dem freundschaftlichen Verhältnis des Monarchen zu Koscielski.

Im polnischen Lager kam die sogenannte Hofpartei ans Ruder, der sich die Nationalpartei und ein großer Teil der Volksorganisationen anschloß. Trotz der heftigen Opposition der Volkspartei und eines Teiles des Adels und der Bürgerschaft, die sich kein Vertrauen zu der Loyalitätspolitik abringen konnten und nach der scharfen Politik Bismarcks an eine gewogenere Behandlung der Polenfrage nicht glauben wollten, gelang es der Hofpartei, positive Erfolge zu erreichen.

Der erste Sieg war die Milderung beziehungsweise die mildere Handhabung antipolnischer Gesetze, Zugeständnisse in der Sprachenfrage, speziell auf dem Gebiet des Privatsprachunterrichts, die Ernennung des polnischen Abgeordneten von Stablewski zum Erzbischof von Posen und Gnesen als Nachfolger des deutschen Erzbischofs Dinder und die Verleihung eines eigenen Revisionsrechts an die polnischen Genossenschaften.

Das waren für die knappe Zeit der Herrschaft Koscielskis und der Hofpartei für das bis vor kurzem hart bedrängte Polentum bedeutende Erfolge, die das Ansehen der Polenfraktion steigerten, obwohl sie den mißtrauischen und zweifelnden Gegnern den Glauben an die Dauer der Versöhnungspolitik nicht beibringen konnten.

Als vollends am 6. Mai 1893 die Militärvorlage im Reichs-

tag abgelehnt und der Reichstag aufgelöst wurde, und es bei den Neuwahlen sich herausstellte, daß die wichtige Armeereform nur mit Hilfe der polnischen Stimmen durchgeführt werden konnte, erschien auf einmal die Polenfraktion als wesentlicher, entscheidender parlamentarischer Faktor. Die Entscheidung fiel.

Im Namen der polnischen Fraktion erklärte der Abgeordnete Prälat von Jażdzewski, daß die Polen für die Militärvorlage stimmen würden. Damit war der Standpunkt der Polen im Reichstag also nochmals klargelegt, ein Zusammengehen mit der Regierung und den nationalen deutschen Parteien in den wichtigsten Lebensfragen des Deutschen Reiches positiv bekundet. Daß man dafür von der Regierung Zugeständnisse auf polnisch-nationalem Gebiet erwartete, ist erklärlich.

Kurze Zeit nach dem Sieg der Regierung, den sie den Polen zu verdanken hatte, wurde diesen bekannt, daß die Regierung nicht gesonnen war, ihnen entgegenzukommen, im Gegenteil, sie verweigerte rundweg weitere Zugeständnisse politischer Art. Das konnte als völlige Niederlage der Bestrebungen der Hofpartei angesehen werden. Die Volkspartei fühlte sich durch die Führer der polnischen Politik, zu denen sie zwar in Opposition stand, die aber immerhin als Repräsentanten in Berlin die polnischen Interessen zu vertreten hatten, verraten und lief Sturm gegen die Partei. Die radikale Presse erging sich in den schärfsten Angriffen und Protesten, die auch vor dem Übergreifen auf rein persönliches Gebiet nicht zurückschreckten. Auf Anregung der Geistlichkeit wurde das Gebaren der Volkspartei und deren Presse von dem Adel und dem Klerus, dem sich auch die von Jackowski organisierten Bauernvereine anschlossen, scharf verurteilt, ihre Angriffe als unberechtigt und jedenfalls verfrüht zurückgewiesen.

Während ein Teil des polenfeindlichen hakatistischen Be-

amtentums, dem die Versöhnungspolitik ein Dorn im Auge war, sich in den Anfängen dieser Ära mit offenen Protesten nicht hervortraute, begann es, als wirklich Zugeständnisse an die Polen gemacht wurden, gegen diesen Kurs zu wühlen und Koscielskis Stellung zu unterminieren.

Trotz der feindlichen Stimmung im polnischen Lager bemühte sich Koscielski mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit, die Versöhnungspolitik aufrechtzuerhalten. Als er aber für einen Regierungsantrag die Zustimmung der Polen erklärt, in der Fraktionssitzung jedoch überstimmt wurde und diese Stimmenthaltung beschloß, legte er sein Mandat nieder. Mit ihm fiel die Hofpartei. Die Versöhnungspolitik brach in sich zusammen.

Als Koscielski im Sommer desselben Jahres in Lemberg bei einer Tischrede seinen nationalen Standpunkt, den er übrigens bei seiner überzeugten Loyalität nie verleugnete, klargelegt hatte, wurden Auszüge seiner Rede mit teilweise verändertem Text dem Kaiser vorgetragen, und der Eulenburgkreis, der auf die Gunst und Gewogenheit, die der Kaiser Koscielski so oft bezeugte, schon lange mit scheelen Augen sah, ergriff die Gelegenheit, um Koscielski vor den Augen des Kaisers zu desavouieren und durch Auszüge aus seiner Rede seinen Bruch mit dem preußischen Hofe zu besiegeln. Die durch die hakatistischen Beamten unterwühlte Stellung war an sich nicht schwer zu stürzen.

Die definitive Auflösung der Versöhnungsära brachte die Rede des Kaisers in Thorn, in der er sich scharf gegen die Bestrebungen der Polen wandte.

Der Oſtmarkenverein

Unbehagen und Unruhe bemächtigte ſich des polenfeindlichen Teiles der deutſchen Bevölkerung während der Verſöhnungspolitik im Anfang der neunziger Jahre. Ihre Idee der rückſichtsloſeſten Bekämpfung des Polentums lief Gefahr und drohte in ſich zuſammenzufallen. Mit Ungeduld wurde eine paſſende Gelegenheit erwartet, um dieſer Politik einen kräftigen Stoß zu verſetzen. Gleich zu Beginn der Ära begann man eifrigſt zu wühlen und ſuchte krampfhaft nach Anhängern für die Förderung des Ausrottungsſyſtems, um, auf dieſe geſtützt, kraftvoll hervortreten zu können.

Im Herbſt 1894 begaben ſich Vertreter dieſer Partei nach Varzin zum Fürſten Bismarck und holten ſich den Anſtoß zur Gründung eines Vereins, der auch nach außen hin geſchloſſen auftreten konnte.

Im ſelben Jahre wurde noch von den Herren Dr. Ferdinand von Hanſemann auf Pempowo, Landesökonomierat Rennemann auf Klenka und Major a. D. von Tiedemann auf Seeheim der „Deutſche Oſtmarkenverein zur Förderung des Deutſchtums in den Oſtmarken“, zur Zuſammenfaſſung der Deutſchen im Kampfe gegen die Polen und zur Schärfung des nationalen Gewiſſens der Regierung gegründet. Von den Polen wurde der Verein der H. K. T.-Verein und ſeine Mitglieder wurden Hakatiſten genannt.

Nationaler Chauvinismus und unüberwindlicher Polenhaß waren die Kennzeichen des Vereins, der durch ſeine Tätigkeit nicht allein jede Annäherung der Polen und der Deutſchen zu verhindern ſuchte und die geſpannten wirtſchaftlichen und politiſchen Verhältniſſe in der Provinz in jeder Weiſe verſchärfte, ſondern auch den Nationalitätenhaß großzog. Im Laufe der Zeit hat ſich der Verein vermöge ſeiner ſtraffen Organiſation zu einer Macht aufgeſchwungen, die in politiſchen Dingen

die erſte Rolle ſpielte, ja für die Entſchlüſſe der Regierung ausſchlaggebend war und gegebenenfalls von ihr antipolniſche Maßregeln erzwingen konnte. Nur die Forderung der ſofortigen Enteignung ſeitens des Vereins ſei hier erwähnt, der die Regierung auch wirklich nachgab.

Nach der Auffaſſung des Herrn von Tiedemann darf man „im Nationalitätenkampf nicht vor ſcharfen Maßregeln zurückſchrecken“. „Wir dürfen uns nicht bange machen laſſen,“ meint er, „wenn der eine oder andere in allzu großer Gewiſſenhaftigkeit ſagt: ‚das iſt gegen die Verfaſſung‘.“

Die Kampfesweiſe und die Aktion des Vereins brüskierte einen großen Teil der deutſchen Geſellſchaft dermaßen, daß ſie ſich offen gegen ſeine Tätigkeit ſchon aus rein ethiſchen Gründen wandte und ihn offen verurteilte. Außerdem hielt ſie aber auch die Mittel und Zwecke der hakatiſtiſchen Politik vom Standpunkt der deutſchen Politik für verwerflich und ungerechtfertigt. Alteingeſeſſene Deutſche der Provinz Poſen fühlten ſich durch den Kampf, der von den Hakatiſten immer von neuem entfacht wurde, geſchädigt.

Es verlohnt ſich nicht, auf die Motive einzugehen, auf die ſich der Verein bei ſeiner Kampfesweiſe ſtützte. Sie können unmöglich ernſt genommen werden.

Nur zwei ſeien hier zurückgewieſen. Der Hinweis auf die Erhebungen der Polen und die Abſicht der Polen, ſich vom preußiſchen Staat loszureißen.

Was den erſteren anlangt, ſo wurde er ſchon durch die Ausführungen in den vorhergehenden Kapiteln widerlegt. Es ſei nur noch einmal betont, daß die Erhebungen ausſchließlich gegen Rußland gerichtet waren. Selbſt Bismarck hatte die „Treue“ der Polen gegen den König vollauf gewürdigt. Das zweite Motiv iſt zu lächerlich, als daß es eine Widerlegung verdient. Wie ſtellen ſich die Herren vom Oſtmarkenverein praktiſch eine Losreißung vor? Etwa mit Hilfe

einer Revolution, die innerhalb von wenigen Minuten niedergerungen wäre! Eine Schar Polen sollte ohne Militär, ohne Geld und ohne Führer einen Kampf gegen Preußen, vielleicht gar gegen Deutschland aufnehmen! Die Herren, die dieses Motiv zu ihrer Agitation benötigen, glauben selbst nicht an die Möglichkeit, nicht einmal an die Absichten einer Erhebung und gebrauchen es nur, um Fernstehenden und Uneingeweihten Sand in die Augen zu streuen und sie für ihre Ideen zu begeistern, den Polen aber möglichst viel Feinde zu verschaffen.

Wenn die hakatistische Presse sich über irgendeine gereizte Äußerung der polnischen Presse entrüstet und diese dann zu ihrer Agitation ausnützt, so können diese Äußerungen den Kraftausdrücken der hakatistischen Presse, obwohl sie von ihr provoziert worden sind, bei weitem nicht die Wage halten. Daß sich die Polen Beleidigungen ihrer Nationalehre nicht gern gefallen lassen, ist erklärlich, ebenso ist es wohl nicht verwunderlich, daß sie sich gegen unbegründete Verdächtigungen aufbäumen.

An dem sich immer mehr zuspitzenden Verhältnisse in der Ostmark trägt zum großen Teil der Verein die Schuld. Ihm ist es zuzuschreiben, daß der Nationalitätenkampf, den er ständig schürte, mit dieser Heftigkeit entbrannt ist, daß der Unwillen der Polen gegen die Deutschen und umgekehrt sich zur Siedehitze steigerte. Die Aktion des Vereins schuf immer neue Reibungsflächen und stellte sich zur Aufgabe, eine eventuelle ruhige Auseinandersetzung der Regierung mit dem preußischen Polentum im Interesse seiner eigenen Parteimachtstellung zu verhindern.

Die Parteien

Während in dem Chaos der Privilegien und des Haders unter den einflußreichſten Geſchlechtern in der Republik Polen es ſtreng geſonderte politiſche Parteien im modernen Sinne nicht gab, traten erſt in der Emigration zwei Strömungen hervor, die politiſch verſchiedene Richtlinien einſchlugen, ja verſchiedenen Weltanſchauungen huldigten: die ariſtokratiſche und die demokratiſche.

Obwohl die Spuren dieſer zwei Weltanſchauungen ſich beim geſchichtlichen Rückblick ſchon im polniſchen Reich verfolgen laſſen, ſchied ſie erſt die Emigration rein politiſch, und ſeit der Zeit ſpalten ſich die Polen im allgemeinen in dieſe zwei Hauptrichtungen.

Sie bilden zwei ſtreng geſonderte Lager, von denen ſich wiederum Parteien mit verſchiedenen Schattierungen abzweigen.

Zu jener Zeit, wo es noch keinen Mittelſtand gab und der Bauer zur politiſchen Selbſterkenntnis noch nicht gelangt war, ſetzte ſich die politiſche Fraktion in Berlin aus Adel und Geiſtlichkeit zuſammen, die ſeit dem Kulturkampf kräftig in die politiſche Führung der Polen mit eingriff und bald zu einem der weſentlichſten Faktoren des Polentums wurde. Verſchiedene hervorragende parlamentariſche Vertreter entſtammten der Geiſtlichkeit, die eine Annäherung und ein Zuſammengehen mit dem Zentrum ſuchte, es auch bald fand und einen ſtarken rückwirkenden Einfluß auf die polniſche, tief religiöſe Maſſe der Bevölkerung ausübte.

Bis zur Einleitung der ſcharfen Polenpolitik diente der Adel der nationalen Sache nur rein politiſch. Den bürgerlichen und bäuerlichen Organiſationen ſtand er zum großen Teil fremd gegenüber und beteiligte ſich wenig am polniſchen Gemeinweſen. Als es aber hieß, ſeinen eigenen Grund und

Boden zu verteidigen, und die Verteidigung zur Losung wurde, gab das einen kräftigen Anstoß zur solidarischen politischen Sammlung und zur wirtschaftlichen Organisation. Diejenigen, die sich durch die Ansiedlungskommission verlocken ließen, wurden schonungslos der öffentlichen Meinung ausgeliefert, die sich nicht scheute, sie zu Verrätern an der nationalen Sache zu stempeln. Auf dem wirtschaftlichen Gebiet wurden nun eifrigst Gegenmaßregeln ergriffen.

So riß die preußische Polenpolitik den Adel aus der Sterilität des Feudalismus, über den ein großer Teil nicht hinauskommen konnte, und zwang ihn zu einer großen Schwenkung.

Aus dem aristokratischen Großgrundbesitzer wurde ein praktischer Landwirt, der durch intensive Bewirtschaftung seines Bodens die Kultur zu heben trachtete; aus den Reihen der Aristokratie erging der erste Anstoß zu den ausgedehntesten Bauernorganisationen; an der Entwicklung des Genossenschafts- und Bankwesens nahm der Adel regen Anteil. Seiner Initiative ist so manche Gründung zu verdanken, durch seine Mitarbeit und Hilfe gelangten verschiedene Institutionen zum raschen Aufblühen. Aus dem feudalen, an seinen geschichtlichen Privilegien und Vorrechten noch immer krankenden Aristokraten wurde ein moderner Bürger, der den Ausbau des polnischen Gemeinwesens, die wirtschaftliche Hebung des Landes und kulturelle Entwicklung des Volkes, der die Erhaltung seiner Nationalität als Lebensaufgabe und Zweck, zugleich aber auch als heiligste Pflicht ansah.

Diese Reaktion und diese Schwenkung waren für den Adel dringend nötig, sonst wäre er Gefahr gelaufen, von dem jäh emporwachsenden Mittelstand politisch völlig ausgeschaltet und wirtschaftlich beiseite geschoben zu werden.

Innerhalb des Adels bestanden zahlreiche Parteispaltungen. Die charakteristischsten Richtungen waren die Hofpartei und die sogenannte nationale Partei.

Die einen ſuchten Anlehnung an die preußiſche Staatsregierung und glaubten, durch Bekundung ihrer loyalen Geſinnung die Regierung gewinnen und ſo ihrer Sache am beſten dienen zu können. Die anderen konnten ſich ein Vertrauen zu dem Erfolg jener Richtung nach ſo vielen Enttäuſchungen nicht abgewinnen und ſtanden zweifelnd und mißtrauiſch abſeits. Bei Wahrung und Hochhaltung der geſchichtlichen Traditionen und den von alters her übernommenen Ideen, daß dem Adel die Führung des Volkes gebührte, war ihr Ziel dasſelbe wie das der Hofpartei, nämlich einen Wandel der preußiſchen Polenpolitik herbeizuführen. Sie verſprachen ſich aber wenig von dem Weg, den die Hofpartei einſchlug, und erkannten die wichtige Rolle, die dem aufſtrebenden Mittelſtand und der breiten Maſſe des Volkes in nächſter Zukunft beſchieden ſein mußte. Die Anerziehung und Stärkung des nationalen Selbſtbewußtſeins der Volksmaſſe war ihr erſtes Ziel.

Seit dem Kulturkampf wurden alle nationalen Fragen mit den kirchlichen verquickt. War dieſer doch zugleich auch ein Kampf um die Sprache, die in der Frage des Religionsunterrichts die größte Rolle ſpielte, zugleich aber auch den weſentlichſten Faktor der Nationalpolitik bildete.

In die politiſche Führung griff nun die Geiſtlichkeit, die auf wirtſchaftlichem Gebiet ſchon Großes geleiſtet und bedeutende Erfolge zu verzeichnen hatte, ſtark ein und führte zu einer politiſchen Verbrüderung mit dem Zentrum. Es gelang ihr, die breite Maſſe des Volkes um ſich zu ſcharen, was bei dem ſtreng katholiſchen polniſchen Bauern ein leichtes war. Hand in Hand ging nun mit der Geiſtlichkeit die Bauernſchaft, die der Gutsbeſitzer Jackowski ſoeben glänzend organiſiert und zum politiſchen Leben geweckt hatte.

Die demokratiſche Bewegung, die nunmehr mit allen ſeit langem aufgeſpeicherten Kräften einſetzte, fußte auf einer breiten demokratiſchen Grundlage und ſtand in Oppoſition

zum Adel. Die Vertreter dieſer Partei waren die Nachfolger der Demokraten der Emigration. Sie faßten die polniſche Nation als ſolche ins Auge und beſchränkten ſich in ihrer Politik nicht auf das Preußen zugefallene Gebiet. Die Kirche wollten ſie als Werkzeug, nicht aber als maßgebenden Faktor der nationalen Politik ſehen. Anfangs wurde dieſe Partei von der rechts ſtehenden Preſſe kräftig bekämpft, ihre Anhänger wurden als „politiſche Individualiſten“, die die polniſche Sache auf eine falſche Bahn lenken und die Richtlinien der polniſchen Politik abbiegen wollten, gekennzeichnet.

Neben dieſer demokratiſchen Richtung erſtand aus den Reihen des Mittelſtandes und der organiſierten Bauernſchaft unter dem Einfluß der Geiſtlichkeit, die auch die Führung übernahm, eine völkiſche heimiſche Bewegung ebenfalls auf demokratiſcher Grundlage, aber mit dem Prinzip eines abgegrenzten Wirkungskreiſes: die Volkspartei.

Der Mittelſtand, der jede Romantik, die dem Adel zum großen Teil noch anhaftete, verbannt hatte, obwohl er auch an den geſchichtlichen Idealen hing, bezeichnete den Adel als Hauptſchuldigen am Untergang des polniſchen Reiches und nahm dieſem gegenüber eine ſcharfe Oppoſitionsſtellung ein. In modernen Prinzipien aufgewachſen, zäh und umſichtig, hatte er alle Hoffnungen, denen ſich ein großer Teil des Adels immer noch hingab, aufgegeben und betrachtete als nationale Grundlage die heimiſche Arbeit und die wirtſchaftliche Entwicklung, die Hebung und die Heranziehung der breiten Maſſe der Handwerker und Bauern zu politiſcher Tätigkeit. Als Führer erſchienen ihm die Vertreter des Adels weder fähig noch würdig, von der Kirche verlangte er, daß ſie ſich der nationalen Frage unterordne. Als Gegner der Loyalität, an deren Erfolge er nicht glaubte, beſchloß er, ſich in ſeiner Politik auf die große Maſſe des Volkes zu ſtützen, ſtreng auf dem Boden der den Polen zugeſicherten Rechte zu verharren und

jede dieſe Rechte verkürzende und einſchränkende Maßregel radikal zu bekämpfen.

Für den Adel und die Geiſtlichkeit war das Programm dieſer Partei gefährlich, weil es auf einer kräftigen und geſunden Grundlage ſich aufbaute und große nationale Widerſtandskraft bewährte, ihre Pläne und Bemühungen zu durchkreuzen und ihnen ſo das Ruder aus der Hand zu nehmen drohte. Die gegen das Polentum gerichteten Geſetze und Verordnungen verſchafften ihm bald einen großen Anhang, unterwühlten aber zugleich die Autorität und die Aktion der Loyaliſten. Dieſe hofften ihrerſeits, daß mit dem Regierungsantritt Kaiſer Friedrichs, deſſen Hochherzigkeit ſchon zu Lebzeiten Wilhelms des Erſten gerühmt wurde, auch die Stellung Fürſt Bismarcks gefährdet und vielleicht eine Kursänderung in der Polenpolitik zu erwarten wäre. Nach der kurzen Regierungszeit Kaiſer Friedrichs ſetzte man Hoffnungen auf den jungen Kaiſer, der einer Welt angehörte, die in verſchiedenem von der Bismarcks abwich, und der deshalb vielleicht gerade ſeinen polniſchen Untertanen ſich gewogen zeigen und der überlieferten Polenpolitik ein Ende ſetzen würde.

So war der Augenblick gekommen, wo die Hofpartei wieder ans Ruder gelangte, diesmal mit Ausſichten auf Erfolg. Ihr Führer war Joſeph von Kościelski.

Bald wurde auch wirklich unter dem Reichskanzler Graf Caprivi eine politiſche Kursänderung erreicht, und die ſogenannte „Verſöhnungspolitik“ ſetzte ein, wodurch die polniſche Fraktion, die vor dieſer Ära an parlamentariſcher Kraft viel verloren hatte, wiederum große Bedeutung gewann. Dieſe wurde noch erhöht, als die Regierung bei der Marine- und Militärvorlage auf die polniſche Fraktion angewieſen war und den Polen deshalb entgegenkommen mußte.

Die Hofpartei hatte nunmehr das Heft in der Hand, und die demokratiſche Richtung verlor vorübergehend ſtark an

Einfluß auf die Entwicklung der Politik, zumal die polnische Fraktion, die sich in der Mehrzahl aus den Vertretern der Nationalpartei, die in dieser Zeit mit der Hofpartei gingen, und Anhängern dieser Partei zusammensetzte, wirklich Erfolge aufzuweisen hatte. Während die Volkspartei die Politik der Fraktion und deren Bestrebungen mißbilligte, ja offen dagegen protestierte, stand ein Teil des adligen Grundbesitzes abwartend abseits, der Volkspartei fremd und ohne Zutrauen, daß es den Loyalisten gelingen würde, auf die Dauer den polenfreundlichen Kurs aufrechtzuerhalten. So hatte die Versöhnungsära einerseits den Gegensatz zwischen der Hofpartei und der Volkspartei verschärft, andererseits einen Keil in die Reihen des Adels geschlagen.

Der Gegensatz wurde noch wesentlich größer, als die Regierung trotz der von Caprivi ausdrücklich versprochenen Zugeständnisse in der Sprachenfrage, durch die er die Polenfraktion bei der Durchbringung der Militärvorlage für diese gewann, sich nicht anschickte, die Hoffnungen der Polen, die sie auf Caprivi und dessen Zusagen setzten, voll zu erfüllen. Koscielskis Stellung als Führer der Hofpartei war gefährdet, die Volkspartei trat wiederum in den Vordergrund.

Bei den Beratungen zum Marineetat wurde Koscielski überstimmt und legte sein Mandat nieder. Bei der Ersatzwahl in seinem Wahlkreis fiel er als Kandidat durch. Als vollends ein Teil des Deutschtums der Provinz Posen sich zu einem organisierten Widerstand gegen die Polenpolitik zu rüsten begann, um dieselbe wiederum in die Bismarckschen Bahnen zu lenken, seine Vertreter nach Varzin schickte, den Ostmarkenverein gründete und den offenen Kampf gegen das Polentum in der Ostmark erklärte, hatte die Hofpartei ausgespielt. Die Versöhnungspolitik hatte aufgehört.

Die Nationalpartei, die während der Versöhnungsära geschlossen mit der Hofpartei gegangen war, blieb jetzt auf dem

rechten Flügel der Polen allein. Trotz des Ausscheidens der Hofpartei konnte eine Brücke zwischen den Nationalisten und den Volksparteilern nicht geschlagen werden. Innerhalb der letzteren vollzog sich unter dem Einfluß der in Russisch-Polen ins Leben gerufenen „nationaldemokratischen" Strömung eine Scheidung, die sich auf der Grundlage der Volkspartei aufbaute, aber eine national radikalere Richtung einschlug.

Unter den Schlägen der gegen das Polentum gerichteten Gesetzgebung beschloß die jüngere Generation aus den Reihen der Volkspartei, sich zu einer Partei zusammmenzutun, die die Loyalität — nach dem Ausgang der kurzen Versöhnungsära und dem kräftig hernach einsetzenden Einfluß der Hakatisten auf die Entscheidungen der preußischen Staatsregierung — für zwecklos und verwerflich erachtete, und sich zur Aufgabe stellte, auf dem Boden der nationalen Forderungen mit allen Kräften zu verharren und die Würde des so hart bedrängten Volkes hochzuhalten.

Als oberste Pflicht galt den Nationaldemokraten die Sammlung des nationalen Interessenbewußtseins, Förderung der nationalen Gesinnung und die Entwicklung des polnischen Elements.

Außerhalb der Parteien, in loser Anlehnung an die eine oder die andere, stehen Persönlichkeiten, die sich für berufen und verpflichtet fühlen, weit über den Rahmen des volksparteilichen und des nationaldemokratischen Programms hinauszugehen. Sich zu Demagogen aufwerfend, sammeln sie vermöge ihrer Agitation einen Anhängerkreis um sich und lassen sich zu Äußerungen und Aktionen hinreißen, die weder mit dem Polentum der Provinzen im Einklang stehen, noch mit der Gesinnung der großen Mehrzahl der polnischen Bevölkerung harmonieren. Obwohl es allgemein bekannt und wiederholt von der Presse betont worden ist, daß es sich hierbei um vereinzelte Fälle handelt, daß die Betreffenden nicht ein-

mal eine politiſche Partei repräſentieren, daß für deren Auftreten die Polen abſolut nicht verantwortlich gemacht werden können, ſtützen ſich die Herren, die das Ausrotten des Polentums in der Oſtmark auf ihre Fahnen geſchrieben haben, auf die Äußerungen dieſer radikalen Elemente und verſuchen mit allen Mitteln, deren Handlungsweiſe der ganzen polniſchen Nation in die Schuhe zu ſchieben.

Heute ſtehen ſich im polniſchen Lager die inzwiſchen ſehr erſtarkte und durch den ſtändigen Zuſtrom der ſtädtiſchen Intelligenz und auch eines Teiles des Provinzadels ſehr gefeſtigte Partei der Nationaldemokraten und die Adelspartei im ſchroffen Gegenſatz gegenüber. Letztere ſpaltet ſich in die Loyaliſten, die in der Bekundung einer weitgehenden Loyalität eine baldige Kursänderung der preußiſchen Politik erhoffen und jede Gelegenheit, die ſich zur Bekundung ihrer loyalen Geſinnung bietet, aufgreifen, und in eine Partei, die wohl in mancher Beziehung das politiſche Programm der Nationaldemokraten billigt, wegen der ſchwierigen Überbrückung der traditionellen Meinungsverſchiedenheiten der Nationaldemokratie und des Adels aber und wegen des feindlichen Standpunktes, die dieſe dem Adel gegenüber einnimmt, mit ihr nicht zuſammen gehen kann. Andererſeits erhofft ſie aber von der offen zur Schau getragenen und immer wieder betonten Loyalität ihrer Stammesgenoſſen nach ſo vielen Enttäuſchungen keine Schwenkung in der Polenpolitik und will deshalb auch mit dieſen nicht zuſammen gehen. Sie ſteht abſeits und nimmt, ohne politiſch irgendwie hervorzutreten, eine abwartende Stellung ein.

In ihrem Ziel ſind ſich alle Parteien einig. Trotz der großen, kaum zu überbrückenden politiſchen Geſchiedenheit beſteht eine völlige nationale Einheit. Und das iſt die Kraft des Polentums.

Die einen fühlen ſich berufen, immer noch neue Wege aus-

findig machen zu müſſen, um einen Umſchwung der antipolniſchen Politik herbeizuführen, und glauben an einen Erfolg. Die anderen ſind durch die vielfachen Enttäuſchungen ſo verbittert, daß ſie ſich zu dieſem Glauben nicht mehr aufraffen können, dem Zweifelmut verfallen und zu der Überzeugung gelangt ſind, daß den Polen nichts anderes übrigbleibe, als weiterhin um ihre Rechte zu kämpfen, mit allen Kräften die Angriffe auf ihre nationalen Güter abzuwehren und der Macht mit ihrer nationalen Kraft entgegenzutreten, dabei aber ſtets auf dem Boden des Rechts und der Verfaſſung zu verbleiben.

Die preußiſchen Polen

Trotz aller Ausnahmegeſetze, trotz der Aufwiegelungen und der Maßloſigkeit des Hakatismus, ſind die preußiſchen Polen loyal geblieben.

Sie haben ſich zu keinen Schritten treiben laſſen, die gegen ihre Pflichten als preußiſche Staatsangehörige verſtoßen. Daß ſie auf den ihnen durch völkerrechtliche Verträge, königliche Patente und die Verfaſſung garantierten Rechten beſtehen, daß ſie ihre Sprache, ihre Religion und ihre Gewohnheiten wahren und aufrechterhalten wollen, verſtößt gegen kein Geſetz; vielmehr iſt es ihre Pflicht, in rechtlich erlaubten Grenzen ihre heiligſten Güter gegen Angriffe zu verteidigen.

Die ihnen zugeſchriebene Abſicht, den Beſtand der preußiſchen Monarchie zu ändern, oder ſich vom Staat loszureißen, iſt grundloſe und frevelhafte Verleumdung.

Wenn ſich einige Heißſporne durch die Schmähungen und Beleidigungen der polniſchen Nationalehre ſeitens der Hakatiſten gereizt zu Äußerungen hinreißen laſſen, die beſſer unterblieben wären, ſo kann das polniſche Volk nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Dieſe Äußerungen werden aber zur Begründung der von den Hakatiſten verbreiteten Behauptungen herangeholt.

Die preußiſchen Polen in ihrer Geſamtheit erwarten ſehnſüchtigſt den Augenblick, wo der um ſie künſtlich geſchaffene Dunſt endlich zerfließt, der Wahrheit Platz macht und der Ausnahmebehandlung Einhalt gebietet, um im Frieden und gegenſeitiger Achtung mit ihren deutſchen Mitbürgern und gleichberechtigt mit dieſen, in völliger ſtaatsbürgerlicher Gleichſtellung am inneren und äußeren Ausbau des Staates ſich zu beteiligen.

Alle gegenteiligen Behauptungen ſind falſch und dienen nur tendenziös Parteiintereſſen.

Die Löſung der ſo zugeſpitzten preußiſchen Polenfrage liegt in der Hand der Regierung. Freilich muß ſie ſich dazu von dem Einfluß des Hakatismus frei machen. Nach Aufdeckung und Enthüllung der Machenſchaften dieſer Partei, nach Entkräftigung deren Behauptungen und Beſchuldigungen dürfte es ein leichtes ſein, die Frage auf politiſchem und wirtſchaftlichem Gebiet zu regeln.

Der künſtliche Dunſt des Verrats und des Verbrechertums wird dann in nichts zerfließen.

Wirtſchaft

Allgemeiner Überblick

Die politiſchen Umwälzungen am Anfang und um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, die großen Opfer, die gebracht werden mußten, wirkten auf die wirtſchaftliche Lage des Landes und ſeiner Bewohner äußerſt ſchädigend zurück.

Das Land war verwüſtet, die Bevölkerung verarmt und verſchuldet. Als Haupterfordernis ſchob ſich da die Abwicklung und Regulierung der Schulden vor. Da die Schuldner aber zahlungsunfähig geworden und die Verwüſtung des Landes die Hypotheken entwertet hatte, begegnete man auf dieſem Gebiet großen Schwierigkeiten.

1821 wurde auf Wunſch der Großgrundbeſitzer für das Großherzogtum Poſen ein „landwirtſchaftlicher Kreditverein“ gegründet. Damit war aber der wirtſchaftlich ebenſo bedauernswerten Lage der großen Maſſe der Bauern nicht abgeholfen. Auch die 1857 für den kleineren Grundbeſitz gegründete Landſchaft brachte keine Abhilfe, da ſie ſtatutenmäßig nur Güter mit einem Minimaltaxwert von 15 000 Mark beleihen durfte, welchen die Bauernhöfe ſelten erreichten. Sie waren deshalb lediglich auf den jüdiſchen Händler angewieſen, der für Kreditgewährung für ſie einzig und allein in Frage kam und ſie infolgedeſſen rückſichtslos ausbeutete.

Obwohl im ehemaligen polniſchen Reich Poſen einen Hauptſtapelplatz für den Verkehr zwiſchen Deutſchland und dem Oſten bildete, iſt die Induſtrie trotz der außerordentlichen Verbeſſerung der Verkehrsmittel, an denen es im Großherzogtum vor deſſen Einverleibung völlig mangelte, weſentlich zurückgegangen. Der Grund hierfür liegt in der Armut des Landes an Bodenſchätzen einerſeits, andererſeits in der für die wirtſchaftlichen Verhältniſſe äußerſt ungünſtigen Lage des Landes

und endlich in der preußisch-russischen Zollpolitik. Als einzig günstiges Absatzgebiet käme Rußland, beziehungsweise Polen in Frage, und dieses Gebiet ist versperrt.

In der Hauptsache besteht die Posener Industrie nur als landwirtschaftliche Nebengewerbe. Als solche werden Brennereien, Brauereien, Zuckerfabriken, Ziegelöfen, Soda- und Stärkefabriken betrieben. Bergbau kommt fast gar nicht in Betracht. Erwähnenswert sind nur die Salzwerke in Hohensalza (Inowrazlaw), wo abbauwürdige Salze vorhanden sind, der Gipsberg in Wapno, Kreis Wongrowitz, der zur Herstellung von Gipsdielen und von Düngergips verwendet wird, die Kalkgruben bei Bartschin, Kreis Schubin, und einige kleinere Braunkohlengruben im Regierungsbezirk Bromberg und im Landkreis Posen.

Für die Ausfuhr der Provinz Posen kommt hauptsächlich Getreide, Mastvieh, Zucker, Stärke, Spiritus, Butter und Käse in Betracht.

Im Handel und Gewerbe besaßen Deutsche und Juden, die sich in den Städten konzentrierten, das Übergewicht. Da die polnische Bevölkerung vorwiegend Ackerbau trieb, von jeher schon für Handel und Gewerbe wenig Sinn hatte, war es ein leichtes, sie von diesen Erwerbszweigen abzuhalten, die Anfänge des polnischen Geschäftslebens im Keim zu ersticken, ja die Polen aus den Städten völlig zu verdrängen, zumal sie für die wirtschaftliche Bedeutung des Handels und Gewerbes kein Verständnis hatten und diesen Erwerbszweigen völlig fremd gegenüberstanden.

Erst der Initiative im Ausland geschulter und erfahrener Männer war ein Wandel auf diesem Gebiet zu verdanken.

Insbesondere war es der schon früher erwähnte Dr. Karl Marcinkowski, der die Gefahr der Vernachlässigung dieses wirtschaftlich so wichtigen Gebiets richtig erkannte und als wichtigste Aufgabe die Schaffung eines polnischen Mittelstandes

anſah, von der richtigen Vorausſetzung ausgehend, daß für die Wahrung und Erhaltung der polniſchen Nationalität die wirtſchaftliche Hebung und ökonomiſche Feſtigung den kräftigſten Pfeiler und die Hauptgrundlage bildete. Bald vollzog ſich denn auch der ſo überaus wichtige Umſchwung in der wirtſchaftlich-ſozialen Entwicklung Polens.

Marcinkowski wandte ſich der ihm vorſchwebenden Aufgabe mit allem Eifer und unter Einſetzung ſeiner ganzen Perſönlichkeit zu und ſuchte nicht nur die Landwirtſchaft, die zu den wichtigſten Intereſſen ſeiner Heimat gehörte, ſondern vor allem die Entwicklung eines polniſchen Mittelſtandes zu fördern. Dank ſeiner Initiative und ſeiner tatkräftigen Mithilfe begannen in nächſter Zeit Gründungen kaufmänniſcher Unternehmungen.

Es entſtanden der „Bazar Posnański“, die H. Cegielskiſche Maſchinenfabrik u. a. m. Die Grundlage für den fehlenden Mittelſtand war geſchaffen.

Erwerbs- und Wirtſchaftsgenoſſenſchaften

Als 1861 die Schulze-Delitzſchen Erwerbs- und Wirtſchaftsgenoſſenſchaften, die zur Förderung des Kredits für den Mittelſtand weſentlich beitrugen, auch in Poſen ſich eingebürgert hatten, wurden ſie alsbald auch von den Polen eingeführt.

Im ſelben Jahre wurde die „Darlehensgeſellſchaft für Induſtrielle der Stadt Poſen“ (Towarzyſtwo pożyczkowe przemysłowców miaſta Poznania) gegründet, die heute als „Bank Przemysłowców“ noch beſteht. Freilich waren anfangs, infolge der mangelnden Fachkenntniſſe der Polen auf dieſem Gebiet und infolge des fehlenden Verſtändniſſes für die wirtſchaftliche Bedeutung der Genoſſenſchaften, große Schwierigkeiten zu überwinden und Verluſte zu verzeichnen. Auch mangelte es an einer zweckmäßigen Organiſation, an fachmänniſch geſchulten Kräften, die die Leitung übernehmen könnten. Ferner erſchwerte die geringe Bildung der breiten Maſſe deren Beteiligung an der Entwicklung des Genoſſenſchaftsweſens.

Aber auch dieſe Hinderniſſe wurden bald bewältigt, und mit der Zeit bildete ſich das polniſche Genoſſenſchaftsweſen zur Grundlage des geſamten Wirtſchaftslebens der Polen aus.

Schon 1871 wurden die meiſten beſtehenden Vereine zu einem Verbande zuſammengeſchloſſen unter der Leitung des Propſtes Szamarzewski, eines in Poſen wegen ſeiner Rolle, die er in dem Polenprozeß 1864 ſpielte, ſehr populären Mannes. Der Zweck des Verbandes umfaßte die Gründung neuer Genoſſenſchaften und Austauſch gegenſeitiger Erfahrungen, die Regelung des Kapitalumlaufs, die Überwachung gemeinſamer Intereſſen, die Sammlung ſtatiſtiſchen Materials, die Herausgabe von Zeitſchriften. Im ganzen gab es 1873 in Poſen, Weſtpreußen und Schleſien 74 Genoſſenſchaften.

Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die es in den Anfängen

der Entſtehung des polniſchen Genoſſenſchaftsweſens zu überwinden galt, muß die Tatkraft und die Energie, die Szamarzewski entwickelt hatte, ihm hoch angerechnet werden. Seine Verdienſte um den polniſchen Genoſſenſchaftsverband ſind hoch einzuſchätzen. Schon im zweiten Jahre ſeiner Amtstätigkeit gelang es ihm, 14 neue Genoſſenſchaften ins Leben zu rufen und diejenigen, die ſich dem Verbande nicht angeſchloſſen hatten, zu bewegen, bei Jahresabſchluß die Ergebniſſe an den Verband zu berichten und ſich revidieren zu laſſen. Auf dem Genoſſenſchaftstage drückte er unbeſchränkte Haftung der Mitglieder, trotz Oppoſition und trotz großer Verluſte, die der Verband nach dem allgemeinen Gründerkrach aufwies, durch.

Da des öfteren einzelne Genoſſenſchaften viel unbenutztes, überſchüſſiges Geld hatten, andere infolge ſtärkerer Abhebung der Depots auf Bankkredite angewieſen waren, lag der Gedanke der Schaffung einer Zentralbank zur Vermittlung zwiſchen den einzelnen Genoſſenſchaften, welche zugleich auch die Überweiſungen und den Ausgleich der Gelder vornehmen und ſo den Bedürfniſſen der Genoſſenſchaften dienen könnte, nahe. Er wurde ſchon bei der Gründung des Verbandes aufgeworfen, kam aber erſt 1886 zur Ausführung.

Die Verbandsbank

Am 23. Februar 1886 wurde in das Gesellschaftsregister eine Aktiengesellschaft unter der Firma „Bank związku spółek zarobkowych“ (Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften) eingetragen.

Zunächst wurde das Grundkapital auf 40 000 Mark festgesetzt. Schon in allernächster Zeit wurde aber für das Aktienkapital eine halbe Million eingebracht und Ende 1912 erreichte das Grundkapital der Bank die Höhe von 6 Millionen Mark. Die Reservefonds betrugen 1 554 843 Mark, an fremden Geldern hatte die Bank 35 190 886 Mark.

Die Leitung dieses groß angelegten Verbandes liegt in den Händen des „Patronats“, das sich aus dem Patron (Verbandsanwalt), einem Vizepatron und vier anderen Mitgliedern zusammensetzt. Der jedesmalige Direktor der Bank ist zugleich Mitglied des Patronats.

Den größten Teil der Aktien der Verbandsbank — bis zu 75 Prozent — übernahmen die polnischen Genossenschaften selbst, die meist die Firma „Bank ludowy“ (Volksbank) führen.

Während bis 1889 einzelne Genossenschaften keine Revisionen seitens des Verbandes duldeten und sich deshalb auch zum Anschluß an denselben nicht bewegen ließen, zwang sie das Genossenschaftsgesetz von 1889, das die obligatorische Revision einführte, sich dem Verbande unterzuordnen. Nach diesem Gesetz muß sich jede Genossenschaft alle zwei Jahre einer Revision unterziehen. Sofern sie einem Verbande angehört, kann diesem mit Genehmigung des Ministers das Recht zuerkannt werden, die Revisoren zu ernennen. Nunmehr wurden die Genossenschaften, die außerhalb des Verbandes standen, vor die Wahl gestellt, bei sich Revisionen durch gerichtlich bestellte Revisoren oder durch die vom Verband ernannten vornehmen zu lassen. Sie entschieden sich für die

Verbandsreviſoren, und es bildeten ſich nunmehr drei Reviſionsverbände, Poſen, Bromberg und Thorn.

Nach dem Tode Szamarzewskis folgte ihm als Verbandsanwalt einer ſeiner begabteſten Mitarbeiter, der Prälat und päpſtliche Kammerherr Monſignore Wawrzyniak, unter deſſen Tätigkeit als Patron das polniſche Genoſſenſchaftsweſen ſich ſchnell entwickelte und einen ſehr bedeutenden Aufſchwung nahm.

Die Verbandsbank wurde zum Mittelpunkte des polniſchen Finanzweſens.

Wawrzyniak verſtand es, als Mann von umfaſſender nationalökonomiſcher und juriſtiſcher Bildung, von unbeugſamem Willen und ſtählerner Energie, ſich als Leiter des polniſchen Genoſſenſchaftsweſens die nötige Autorität zu verſchaffen und die unbedingte und vorbehaltloſe Unterordnung unter ſeine Befehle und Anordnungen zu erzwingen. Er verſtand es, obwohl er bei dem geringſten Fehler, bei jedem Zuwiderhandeln der ihm unterſtellten Beamten jedesmal in maßloſe Erregung geriet, bei allen gegen das polniſche Genoſſenſchaftsweſen und gegen ihn gerichteten Angriffen ſteinerne Ruhe zu bewahren und ſie ſachlich und kaltblütig abzuwehren. Als Lenker des geſamten polniſchen Finanzweſens gehörte er zu den markanteſten Perſönlichkeiten jener Zeit. Seine großen Erfolge auf dieſem Gebiete verſchafften ihm das Anſehen und das Zutrauen aller Kreiſe der Bevölkerung. Unter ſeiner Leitung blühte das polniſche Genoſſenſchaftsweſen überraſchend ſchnell auf. Durch die ſtraffe Organiſation, durch die er es zuſammenhielt, erſtarkte es und wurde wirtſchaftlich gefeſtigt.

Seine erſte Tat war die Verſchmelzung der drei Reviſionsverbände, die des öfteren gegen den Hauptverband Poſen ſich auflehnten, für Poſen und Weſtpreußen zu einem Verband. Da er an der Spitze dieſes Hauptverbandes ſtand, konnte er ſeinen Einfluß auf das ganze Genoſſenſchaftsnetz unum-

schränkt geltend machen und wurde so auch tatsächlich zum Lenker des gesamten polnischen Finanzwesens.

Alle polnischen Genossenschaften in Posen und Westpreußen schlossen sich nunmehr zu einem „Verband der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" zusammen. Der Vorstand des Verbandes besteht: 1. aus fünf Mitgliedern, die in der Generalversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt werden, 2. aus dem jedesmaligen Direktor der Verbandsbank, 3. aus einem vom Aufsichtsrat der Bank zu wählenden Delegierten. Aus der Mitte dieses Vorstandes wird der „Patron der Genossenschaften" gewählt. 1892 fiel nun die Wahl einstimmig auf Wawrzyniak.

Um sich von den Erfolgen Wawrzyniaks zielbewußter und umfangreicher Tätigkeit ein Bild machen zu können, sei erwähnt, daß der Verband im Jahre 1892 bei der Übernahme der Leitung durch ihn 71 Genossenschaften mit 26553 Mitgliedern, 2683444 Mark Geschäftsguthaben und 12523183 Mark Spareinlagen zählte, und 1910, im letzten Jahre seiner Amtstätigkeit, 265 Genossenschaften mit 125108 Mitgliedern, 23786267 Mark Geschäftsguthaben und 204612829 Mark Depositen aufzuweisen hatte.

Während man in den siebziger Jahren zwischen den einzelnen Genossenschaftsformen schwankte, entschloß man sich schließlich in Posen und Westpreußen für die drei Haupttypen:

1. Kreditgenossenschaften,
2. Parzellierungsgenossenschaften,
3. Einkaufs- und Absatzvereine, unter der Firma „Rolnik" (Landwirt).

Die Kreditgenossenschaften sind grundsätzlich nach dem Schulze-Delitzschen System eingerichtet.

1912 gab es 197 Kreditgenossenschaften mit 121875 Mitgliedern, 23879713 Mark Geschäftsguthaben, 11722403 Mark Reservefonds und 232290607 Mark Depositen.

Wie schon an anderer Stelle erwähnt, entstanden als Gegenmaßregel gegen die Tätigkeit der Ansiedlungskommission polnische Parzellierungsgenossenschaften. Ihre Entwicklung wurde durch das Ausnahmegesetz von 1904 stark unterbunden und ihre Tätigkeit auf Adjazentenparzellierungen beschränkt. 1911 bestanden 23 Parzellierungsgenossenschaften mit 1 760 364 Mark Geschäftsguthaben, 252 850 Mark Reservefonds und 13 029 247 Mark fremder Gelder.

Die Einkaufs- und Absatzvereine sind erst auf Anregung Wawrzyniaks hin entstanden, zur Vermittlung des An- und Verkaufs landwirtschaftlicher Produkte, zum Ankauf von Düngemitteln und Sämereien usw., und Absatz an die Mitglieder. Die Idee, die der Gründung zugrunde lag, war vor allem die, die Bauern vor Ausbeutung und dem Wucher seitens rücksichtsloser Händler zu schützen und sie mit reeller Ware zu reellen Preisen zu versehen. Bald wuchsen die Vereine zu großer wirtschaftlicher Bedeutung für die Provinzen, deren Bevölkerung in der Mehrzahl sich doch aus Landwirtschaft treibenden zusammensetzt, empor.

1911/12 gab es 54 solcher „Kolniks" mit 7 768 Mitgliedern, 794 325 Mark Geschäftsguthaben, 8 596 000 Mark Haftsummen und 889 161 Mark Reservefonds. Die Bilanzsummen betrugen 11 653 025 Mark. An Waren wurden umgesetzt:

1 039 862 Zentner Kohle,
1 783 881 Zentner künstliche Düngemittel,
2 516 106 Zentner Getreide,
209 776 Zentner Kartoffeln.

Aus den oben angeführten Zahlen erhellt ohne weiteres der hohe Wert, den diese Vereine für das wirtschaftliche Leben haben.

Wesentlich anders und weniger erfolgreich gestalteten sich die Genossenschaftsverhältnisse in Oberschlesien.

Trotz verschiedentlicher Versuche der Vertreter der Genossenschaftsidee, Anhänger für diese in Oberschlesien zu finden, gelang erst 1895 die erste Gründung einer Kreditgenossenschaft: die „Bank ludowy“ (Volksbank) in Beuthen. Daß diese Gründung einem inneren Bedürfnis entsprach, zeigte die hohe Zahl der Mitglieder und Deponenten, die die Bank am Schlusse des ersten Geschäftsjahres aufzuweisen hatte. Deshalb folgten auch in den nächsten Jahren andere Gründungen: Die Volksbanken in Oppeln, Kattowitz und Siemianice. 1900 wurde die erste Parzellierungsgenossenschaft in Beuthen ins Leben gerufen, deren Hauptaufgabe es war, dem auch hier schon übergreifenden Spekulantentum der Güterschlächter und Agenten entgegenzuarbeiten. Auch hiermit wurde einem Bedürfnis entsprochen. Bis zum Jahre 1911 entstanden 17 Genossenschaften mit 11303 Mitgliedern, 850645 Mark Geschäftsguthaben, 1028215 Mark Reservefonds und 32703396 Mark Depositen.

Außerdem gibt es in Schlesien eine Reihe von Genossenschaften, die sich dem schlesischen landwirtschaftlichen Verein in Neiße, dem auch viele polnische Landwirte beigetreten sind, angegliedert haben.

Wie rasch sich die Genossenschaften eingebürgert und wie stark sie sich im Laufe der Jahre entwickelt haben, zeigen folgende Bilanzziffern der Jahre 1875 bis 1912:

Die wichtigsten Bilanzziffern sämtlicher Genossenschaften 1875—1912*).

Jahr	Zahl der berichtenden Genossenschaften	Mitglieder	Geschäftsguthaben am Ende des Jahres	Reservefonds
			Mark	Mark
1875	50	9 599	816 462,84	111 115,87
1880	57	13 440	1 249 107,23	357 034,13
1885	64	20 435	1 961 275,24	847 647,66
1890	71	26 553	2 683 444,11	1 177 635,28
1895	93	32 282	3 928 721,93	1 548 344,80
1900	126	53 505	7 354 505,68	2 869 579,64
1905	175	81 107	13 934 712,15	5 384 888,07
1910	265	125 108	23 786 266,62	12 318 906,07
1912	287	141 401	27 190 754,91	15 535 260,05

Jahr	Spareinlagen	Wechselbestand	Bilanzsumme
	Mark	Mark	Mark
1875	3 414 437,94	4 522 160,24	4 664 842,55
1880	5 219 266,42	6 781 756,73	7 218 109,62
1885	8 676 014,87	11 334 393,62	11 890 342,53
1890	12 523 183,30	15 320 179,47	16 980 741,61
1895	16 774 448,37	20 379 160,18	24 379 509,64
1900	37 787 516,34	42 266 620,67	53 559 698,15
1905	87 421 051,50	87 685 799,19	117 623 656,96
1910	204 612 828,51	208 027 652,31	268 634 300,45
1912	247 664 876,31	256 942 077,26	327 311 451,97

Neben der Verbandsbank, die, wie gesagt, im Mittelpunkt des gesamten polnischen Finanzwesens steht, und 23 anderen polnischen Genossenschaften außerhalb dieses Verbandes besteht in Posen und in den Provinzstädten eine stattliche Reihe von Banken, die die Beschaffung des Kredits besonders für die kleinen Gewerbetreibenden und ihre Betriebe erleichtern

*) W. Tomaszewski, Die Entwicklung der polnischen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

und deshalb für die wirtschaftliche Entwicklung der Polen von großer Wichtigkeit sind. Von den Posener Instituten seien hier erwähnt die „Bank Przemysłowców“ (Gewerbebank), die „Bank Włościański“ (Rustikalbank), das alte Bankhaus „Kwilecki-Potocki“, die schon an anderer Stelle erwähnte „Bank Ziemski“ u. a. m.

Daß die polnische Finanzorganisation sich in verhältnismäßig kurzer Zeit so entwickelt hat trotz strengster Aufsicht und Überwachung seitens der preußischen Behörden, die jeden kleinsten formellen Mangel zur Hemmung dieser Entwicklung benutzen, zeugt einerseits von großem Takt und umfangreichen fachmännischen Kenntnissen der Leiter und Organisatoren, andererseits von den großen, trotz aller Schwierigkeiten nicht erlahmenden wirtschaftlichen Kräften der Polen.

Die eigentümlich einflußreiche Stellung, die die polnische Geistlichkeit innerhalb des polnischen Genossenschafts- und Finanzwesens einnimmt, und die jedem Uneingeweihten auf den ersten Blick besonders auffallen muß, findet ihre Erklärung darin, daß, als in den ersten Anfängen der Entwicklung der Genossenschaften wenige Lust hatten, das verantwortungs- und mühevolle Amt des „Patrons“ zu übernehmen, in einem Augenblick, wo an einen erfolgreichen genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bevölkerung kaum zu denken war, — ein Propst dieses Amt übernahm, der aus naheliegenden Gründen zu seinen Mitarbeitern vielfach Geistliche wählte und junge Geistliche für eine genossenschaftliche Tätigkeit heranbildete. Später war es die Wirtschaftskrisis, die auf das im Genossenschaftswesen wenig geschulte Bürgertum beängstigend wirkte und es von einer kräftigen Betätigung auf diesem Gebiet fernhielt. Den stärksten Antrieb aber zu öffentlicher Betätigung der Geistlichkeit auf allen Gebieten gab der Kulturkampf.

Die Geistlichkeit selbst motivierte ihre Tätigkeit mit der Pflicht der Seelsorge, „die nicht nur für das seelische, sondern

auch für das leibliche Wohl ihrer Pfarrkinder" zu sorgen hätte. Bei dieser Tätigkeit ließe sie sich nicht von politischen oder egoistischen Motiven leiten, sondern das bloße Pflichtgefühl gebiete ihr, das Volk „vor der Ausbeutung durch den Wucher" zu schützen und „für seine moralische und wirtschaftliche Hebung vermittelst von Organisationen" zu sorgen. „Wenn die katholische Kirche von ihren Dienern verlangt, daß sie die Trunksucht und den Wucher unter dem Volke bekämpfen, und dies nicht immer vermittelst der althergebrachten Weise der Pastorisation zu erreichen ist, so muß die Geistlichkeit zu den modernen Mitteln der Presse, des Vereins- und Genossenschaftswesens greifen."

Es muß nun zugegeben werden, daß wirklich aus den Reihen der polnischen Geistlichkeit Männer hervorgegangen sind, die den schwierigsten wirtschaftlichen Aufgaben gewachsen und auch fähig waren, sie tatkräftig und energisch durchzuführen.

Da an dem polnischen Genossenschafts- und Finanzwesen auch das Bürgertum und der Adel bereits regen Anteil nimmt, da dasselbe andererseits, wie schon ausgeführt, straff organisiert und trotz des ausgedehnten Genossenschafts- und Banknetzes streng zentralisiert ist, bildet es den Kern des polnischen Gemeinwesens und bietet eine feste und sichere Grundlage für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung.

Landwirtſchaft

Die Provinz Poſen bildet eine faſt durchweg ebene Platte, zwiſchen dem pommerſchen und dem mittelſchleſiſchen Landrücken, 80 bis 120 Meter über dem Meeresſpiegel. In nordweſtlicher Richtung wird ſie von dem Hauptfluß Warthe, die in ihrem Lauf 11 Nebenflüſſe aufnimmt, durchſtrömt, während die Netze, der zweitgrößte Fluß, teilweiſe zwiſchen wieſenreichen Ufern den nördlichen Teil der Provinz durchfließt. Die Provinz iſt reich an ſtehenden Gewäſſern, die ſich zum Teil durch große landſchaftliche Schönheiten auszeichnen.

Das Klima iſt ein kontinentales. Trotz beträchtlicher Schwankungen in der Verteilung der Niederſchläge zeigt es meiſt heiße Sommer und ſtrenge Winter. Als ſchönſte Jahreszeit gilt der langandauernde Herbſt.

Die Bodenverhältniſſe zeigen eine große Mannigfaltigkeit. Neben den Extremen des ſchweren Weizen- und des leichten Sandbodens können die gemiſchten Böden als die vorherrſchenden bezeichnet werden. Sie nehmen 70 bis 90 Proz. der Geſamtfläche in den Kreiſen Wirſitz, Schroda, Koſten, Krotoſchin, Mogilno und Pleſchen ein. In den Kreiſen Bromberg, Czarnikau, Wongrowitz, Meſeritz, Frauſtadt, Adelnau und Schildberg findet ſich Sandboden bis zu 60 Proz. vor. Den höchſten Prozentſatz an Lehmboden weiſen die Kreiſe Buk (65 Proz.), Adelnau (35 Proz.), Hohenſalza (22 Proz.) und Kröben (14 Proz.) auf. Im Netzetale findet ſich reichlich Torf und Moor und auf der rechten Seite des Fluſſes ein milder Gerſten- und Weizenboden vor. Beſonders fruchtbaren, den ſogenannten kujawiſchen Boden, hat der Kreis Hohenſalza, der unter dem Namen Kujawien allgemein bekannt iſt, und der Kreis Kröben; während der Höhenzug von Meſeritz bis Obornik und die Quellgebiete der Netze und der Welna durchweg unfruchtbaren Boden haben.

Im Westen der Provinz, an der Grenze Westpreußens und Brandenburgs, ziehen sich Forsten hin, die in der Mehrzahl aus Kiefernhochwald bestehen, während im Regierungsbezirk Posen Erlen-, Birken-, Buchen- und Eichenwaldungen vorwiegen. Die Kreise Schwerin, Filehne, Czarnikau, Birnbaum und Bromberg sind am stärksten bewaldet (35 bis 50 Proz. des Gesamtareals). In den südöstlichen Kreisen Adelnau und Schildberg befinden sich ausgedehnte Waldungen des Fürsten Radziwill und des Fürsten von Thurn und Taxis. Der gesamte Waldbestand der Provinz beziffert sich auf 573402 Hektar. Davon sind 506466 Hektar mit Nadelholz und 66936 Hektar mit Laubwald bestanden.

Obwohl die Provinz hinsichtlich der Bodenarten eine verhältnismäßig günstige Stelle im preußischen Staate einnimmt, beeinträchtigt im allgemeinen die geringe Niederschlagsmenge im Durchschnitt wesentlich die Ernten des Landes.

Die Provinz ist durchweg Agrarland. Trotz einer überaus großen Anzahl kleiner Städte wohnen 72,5 Proz. der Gesamtbevölkerung auf dem Lande. 74,1 Proz. der Gesamtfläche wird landwirtschaftlich benutzt.

Als 1815 das Großherzogtum Posen dem preußischen Staat wieder einverleibt wurde, war das Land infolge der Kriege und der Durchzüge der Heere ausgesogen und zum großen Teil völlig verwüstet. Die Hebung und Entwicklung der Landwirtschaft gehörte zu den wichtigsten, unter diesen Umständen aber zugleich auch zu den schwierigsten Aufgaben. Ein wesentliches Hindernis für die Hebung des landwirtschaftlichen Kulturstandes der Provinz boten die großen Güterkomplexe der polnischen Magnaten, die meist im Auslande sich aufhielten und die Verwaltung ihrer Güter Verwaltern oder Pächtern überließen, die ihrerseits sich auf die Kosten der Besitzer bereicherten, an einer rationellen Wirtschaft kein Interesse hatten, die Waldbestände vielfach verwüsteten und

die an sich schon kümmerlichen Viehbestände ruinierten. Von diesen Komplexen waren die Besitzungen des kleinen Adels, welcher seine Güter selbst bewirtschaftete, streng zu scheiden. Ein weiteres Hindernis in dieser Beziehung bedeuteten die Gebundenheit an die Scholle, die Fron- und Zwangsgesindedienste der Bauern.

Sehr gepflegt wurde die Pferdezucht. Bevorzugt wurde die Kreuzung der Landrasse mit Arabern. In den vierziger Jahren wurden englische Vollblutpferde und ostpreußische Pferde eingeführt.

Besonders haben sich die Grafen Bniński und der an anderer Stelle schon erwähnte Baron Chłapowski um die Pferdezucht verdient gemacht. Letzterer importierte 1825 auch als erster Berner und Schwyzer Kühe. Überhaupt war die Wirksamkeit Chłapowskis für die Entwicklung und Hebung der Posener Landwirtschaft von außerordentlicher Bedeutung. Seit 1813 widmete sich der napoleonische General mit solcher Intensität der Hebung des Kulturstandes des Grund und Bodens und der Pflege der Viehzucht, daß er als Reformator der Landwirtschaft seiner Landsleute angesehen werden kann. Seine im Ausland erworbenen Kenntnisse auf diesen Gebieten erprobte er zunächst auf seiner Herrschaft Turew, die er stark überschuldet und vernachlässigt von seinem Vater übernommen und in wenigen Jahren völlig entschuldet und zu einer Musterwirtschaft umgewandelt hatte.

Eine segensreiche Umwälzung für die Provinz brachte die Regulierung der bäuerlich-gutsherrlichen Verhältnisse durch die preußische Gesetzgebung. Das Gesetz vom 8. April 1823 besagte: „daß die bisher zu Eigentums-, Erbzins- oder Erbschaftsrechten noch nicht verliehenen bäuerlichen Ackernahrungen ihren Besitzern zu Eigentumsrechten verliehen und die auf denselben haftenden Dienste und sonstigen Leistungen abgelöst werden sollten". So einschneidend diese Bestimmung in

die Verhältnisse der Gutsherren eingriff, so erzieherisch wirkte sie andererseits auf sie. Die Absicht der Regierung bei Erlaß dieses Gesetzes, das von den Regulierungsbestimmungen für andere Provinzen wesentlich abwich, war klar. Sie wollte durch Schaffung eines kräftigen Bauernstandes diesen für sich gewinnen, um sich in der Zukunft auf ihn gegen die mächtigen Großgrundbesitzer stützen zu können. Andererseits wirkte das Gesetz wie gesagt im hohen Maße erzieherisch, als die Großgrundbesitzer sich endlich besannen, im eigensten Interesse der Landwirtschaft sich zuwenden mußten und so in den späteren Jahren zur Hebung derselben wesentlich beitrugen. Am 7. Juni 1821 folgte die Ablösungsordnung und 1853 das Gesetz, die Errichtung von Rentenbanken betreffend. Im ganzen sind durch die gutsherrlich-bäuerliche Regulierung 25 671 bäuerliche Höfe in 2373 Dörfern mit einem Landbesitz von 1 422 770 Morgen zu Eigentum verliehen worden.

Zur Abwälzung und Tilgung der auf den Gütern lastenden Schulden, die zum großen Teil in den Aufstandsjahren 1830/31 und infolge der Mißwirtschaft der Großgrundbesitzer entstanden waren, und um der mißlichen Lage, in die die Gutsbesitzer durch die Regulierung plötzlich versetzt wurden, abzuhelfen, wurde 1821 — auf deren Anregung — nach dem Muster der schlesischen Landschaft ein landschaftlicher Kreditverein für die Provinz gegründet.

Der landwirtschaftliche Kredit, der nunmehr in Anspruch genommen werden konnte, die Gesetze, die die Großgrundbesitzer zur rationellen Bewirtschaftung ihrer Güter zwangen, die Anregungen Chłapowskis und das Beispiel der intensiven Wirtschaftsweise deutscher Einwanderer bewirkten eine unverhältnismäßig rasche Hebung und Entwicklung der Landwirtschaft des Landes. Auf den größeren Gütern begann man mit der industriellen Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte, was durch die rasche Verbesserung und Vermehrung der

Verkehrsmittel ermöglicht und gefördert wurde. In den fünfziger und ſechziger Jahren ſtanden die Wirtſchaften der polniſchen Gutsbeſitzer den hochkultivierten Wirtſchaften im Süden Deutſchlands in nichts nach.

Für die Melioration des Bodens war das Aufblühen der Rübenzuckerfabrikation, das mit der Gründung der Aktiengeſellſchaft für Zuckerfabrikation 1874 zu Amſee einſetzte, entſcheidend, wie der Rübenbau überhaupt auf die Entwicklung der Landwirtſchaft nach den ſechziger Jahren entſcheidend gewirkt hat. Nunmehr begann man, nachdem die enormen Erträge der Güter, die Rüben bauten, bekannt wurden, mit der Entwäſſerung der naſſen Felder. Eine Meliorationsgenoſſenſchaft „Spółka Meljoracyjna“ wurde gegründet, die Dränagen vornahm und den Mitgliedern langfriſtigen Kredit gewährte. Raſch verbreitete ſich Tiefkultur und ermöglichte größere Ernteerträge uſw.

Die alten Märchen von der „polniſchen Wirtſchaft“ haben heute keine Geltung mehr. Der polniſche Großgrundbeſitzer iſt zum praktiſchen Landwirt geworden, der ſeine Güter rationell bewirtſchaftet, der polniſche Bauer hat ſich organiſiert und macht ſich die modernen Errungenſchaften der landwirtſchaftlichen Technik zunutze, wobei er mit Rat und Tat von den Gutsherren unterſtützt wird. Eine Reihe von Muſterwirtſchaften können ſich mit denen des weſtlichen und mittleren Deutſchlands meſſen.

Polniſche Fideikommiſſe

Neben 26 deutſchen Fideikommiſſen mit 88 342 Hektar Grundbeſitz gab es in der Provinz Poſen bis vor kurzem 17 polniſche Fideikommiſſe mit 80 426 Hektar Grundbeſitz.

Beſitz	Hektar	Stiftungsjahr	Beſitzer
Bendlewo, Poſen-Weſt	2 824	1897	Boleslaw von Potocki (Jetzt: Gräfin Miaczynska)
Czerniejewo, Kr. Witkowo	6 919	1855/56	Graf Skorzewski
Dakowy Mokre, Kr. Grätz	4 593	1897/98	Boleslaw von Potocki (Jetzt: Gräflich Mielzynskiſche Erben)
Dombki, Kr. Wirſitz	1 437	1900	Graf Bninski
Goluchow, Kr. Pleſchen-Koſten	2 693	1893	Fürſt Czartoryski
Kobylniki, Kr. Koſten-Samter	3 826	1898/99	Graf Kwilecki
Neuſtadt, B. P., Kr. Neutomiſchel	3 110	1892/93	von Lacki
Niegolewo, Kr. Grätz	823	1876/77	Stanislaw von Niegolewski
Oberſitzko, Kr. Samter, Obornik, Kolmar	13 462	1825/26	Graf von Raczynski
Poſadowo, Kr. Neutomiſchel	928	1890	von Lacki
Prochnowo, Kr. Kolmar-Wongrowitz	4 331	1866/67	Graf Skorzewski
Przygodzice, Kr. Oſtrowo-Adelnau	15 524	1878	Fürſt Radziwill
Reiſen, Kr. Neutomiſchel	7 639	1783	Fürſt Sulkowski (Jetzt: Anſiedlungskommiſſion)
Smogulec, Kr. Wongrowitz	2 465	1861	Graf Hutten-Czapski
Szczuczyn, Kreis Samter	2 148	1867	von Twardowski
Taczanowo, Kr. Pleſchen	3 646	1856	von Taczanowski
Wroblewo, Kr. Samter	4 058	1845	Graf Weſſerski-Kwilecki

Von den soeben aufgezählten Fideikommissen ist die Herrschaft Reisen nach dem Tode des letzten Besitzers, Fürsten Anton Sułkowski, an den Fiskus übergegangen; ferner ist der heutige Besitzer der Herrschaft Obersitzko, Graf Raczynski, ein Deutscher, so daß diese beiden Fideikommisse nicht mehr zu den polnischen Besitzungen gezählt werden können.

Demnach beziffert sich der heutige Grundbesitz der polnischen Fideikommisse bloß auf 59 325 Hektar.

Die polniſche Bauernſchaft

In einem Agrarland ſpielt die große Maſſe der Bauern, die von der Landwirtſchaft leben, eine wichtige Rolle. Die Erhaltung des Bodens und eine Beſſerung der landwirtſchaftlichen Verhältniſſe der Provinz Poſen war nur mit Hilfe des bäuerlichen Standes möglich. Um dieſe auch wirklich ſegensreich in Anſpruch nehmen zu können, mußte man die Bauernſchaft organiſieren und zuſammenſchließen. Die vereinzelt zerſtreuten landwirtſchaftlichen Vereine, die 1860 entſtanden waren, gaben nur die Bahn an, auf der man weiter ſchreiten konnte, vermochten aber nicht, die Bauern zu einem in ſich gefeſtigten Stand zuſammenzuſchweißen und ihnen die Bedeutung eines weſentlichen wirtſchaftlichen Faktors zu verleihen.

1861 vereinigten ſich nun alle bis dahin vorhandenen polniſchen landwirtſchaftlichen Vereine zu einem landwirtſchaftlichen Zentralverein (Centralne Towarzyſtwo Goſpodarcze), der heute noch beſteht und in verſchiedene Filialvereine zerfällt. Da dieſer Zentralverein allgemein landwirtſchaftlichen Intereſſen zu dienen hatte, konnte er ſich des Bauernſtandes ſpeziell nicht mit der erforderlichen Kraft annehmen.

Der erſte wirkliche Bauernverein wurde 1866 auf Anregung zweier Bauern des Kreiſes Schrimm gegründet. Bald folgten dem Beiſpiel Gründungen in anderen Ortſchaften. Da dieſe Inſtitution ſich bewährte, mangels eines Zuſammenſchluſſes aber und einer durchgreifenden Organiſation nicht in dem Maße in die bäuerliche Landwirtſchaft eingreifen und bäuerliche Intereſſen vertreten konnte, wie es nötig geweſen wäre, beſchloß 1873 der landwirtſchaftliche Zentralverein, alle bis jetzt vorhandenen Bauernvereine unter eine einheitliche Oberleitung zu ſtellen. Der Leiter müßte ſtändig mit dieſen Fühlung haben und der jedesmaligen Ge-

neralversammlung des Zentralvereins über deren und seine Tätigkeit Bericht erstatten.

Hierbei trat der Rittergutsbesitzer Maximilian von Jackowski, der im Zentralverein schon tätig war, als Organisator hervor.

Er fühlte sich der schwierigen und doch für die Hebung des Bauernstandes und der Bauernwirtschaft so unumgänglich notwendigen Aufgabe gewachsen und übernahm den Posten des Leiters (Patron). Er erkannte die weittragende Bedeutung der wirtschaftlichen Hebung des Bauernbesitzes und der Organisation der großen Masse der Bauernschaft und stellte sich die Durchführung derselben zum Ziel seines Lebens. Rastlos tätig, widmete er seine Kraft und seine Kenntnisse der polnischen Bauernschaft bis in sein neunzigstes Lebensalter. Das Volk erschien ihm als Bild einer Werkstätte, „in der man sich vergeblich bemüht, eine Maschine zusammenzusetzen". Daß die Versuche bis dahin mißlungen waren, lag daran, daß „jeder sein Material auf eigene Hand" schmiedete und es an gemeinsamer Disposition fehlte. Diese Fehler des polnischen Volkes und diese Grundursache der Ohnmacht dieses Volkes beschloß er zu beseitigen, die Bauernschaft zu einem kräftigen, selbstbewußten Stand heranzubilden und durch eine straffe Organisation für ihn die Grundlagen einer Existenz und einer Entwicklung zu legen.

Die Bedeutung Jackowskis für die Hebung und den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Bauern kann mit der Bedeutung der Bestrebungen Dr. Karl Marcinkowskis für die Entstehung der polnischen Institute und für die Schaffung eines polnischen Mittelstandes verglichen werden. Jackowski blieb „Patron" der Rustikalvereine bis 1901. Gleich nach Übernahme seines Amtes ging er an die Gründung neuer Vereine, und schon in allernächster Zeit stellten sich überraschende Erfolge seiner Tätigkeit ein. Während 1873 nur 7 Vereine bestanden, betrug ihre Zahl 1874 schon 45. Von

Jahr zu Jahr stieg die Anzahl der Vereine und der Mitglieder. Letztere erreichten 1907 die Höhe von 14000, die Gesamtzahl der Vereine betrug 1911 373. Infolge der immer steigenden Anforderungen, die das ausgedehnte Vereinsnetz an den Patron stellte, wurden ihm seit 1884 Vizepatrone und in letzter Zeit ein Beirat zur Seite gestellt.

Der Zweck der Vereine ist Förderung des Kleinbesitzes und Hebung der Landwirtschaft in den Betrieben der Mitglieder durch Belehrung derselben in den Versammlungen über alle Zweige und Interessen der Landwirtschaft, durch Erteilung von Ratschlägen auf Anfragen, gemeinsame Beschaffung von Sämereien und Düngemitteln, Verbesserung und Veredelung der Viehstände, Veranstaltung von Ausstellungen, gemeinsamen Besuch derselben usw. Fernerhin sollen die Mitglieder mit modernen Werkzeugen bekannt gemacht, in Handelsgeschäften und Kreditangelegenheiten, Rechts- und Hypothekenfragen, soweit solche für sie in Betracht kommen, belehrt werden. Auch die Bauern selbst werden zu Vorträgen herangezogen, in denen sie über ihre Erfahrungen berichten und Vorschläge zur allgemeinen Diskussion unterbreiten.

Am Ausbau und an der Förderung der Vereine nehmen die Großgrundbesitzer regen Anteil. Durch Besuch der Versammlungen, durch Belehrung der Bauern und durch gemeinsame Besuche von Musterwirtschaften, Versuchsgütern usw.

Seit 1889 erscheint ein Amtsblatt der Vereine, der Landwirtschaftliche Ratgeber (Poradnik Gospodarczy). Auch für die Anregung und für das Studium naheliegender landwirtschaftlicher Fragen wird durch regelmäßige Versendung populär geschriebener landwirtschaftlicher Broschüren und Schriften gesorgt.

Dieser durchgreifenden Organisation der polnischen Bauernschaft ist es zu verdanken, daß die Masse der polnischen Landbevölkerung aus ihrer Apathie und Interesselosigkeit aufge-

rüttelt, aufgeklärt und zu einem sozial selbstbewußten kräftigen Stand erzogen wurde. Die bäuerliche Wirtschaft wurde in jeder Weise gefördert, die Betriebe modernisiert, auf diese Weise die Landwirtschaft im ganzen Lande gehoben und auf eine hohe Kulturstufe gebracht. Zusehends entfaltete der Kleinbauernstand in immer höherem Grade die ihm angeborenen wirtschaftlichen Anlagen. Der Eifer und die umfassende Tätigkeit Jackowskis hatten sich im Laufe der Jahre glänzend bewährt.

Durch die Organisation des Genossenschaftswesens wurden auch die Mißstände der Kreditverhältnisse, die vor den großen Reformen besonders auch auf die Bauern drückend und hemmend gewirkt und sie oft rücksichtslosen Wucherern ausgeliefert hatten, abgeschafft und so auch den finanziellen Schwierigkeiten abgeholfen.

Welche Bedeutung die Genossenschaften für den ländlichen Kredit überhaupt und speziell für den Bauernstand haben und wie er sich diese zunutze macht, beweist die Tatsache, daß 1909 53 Proz. sämtlicher Mitglieder des Genossenschaftsverbandes Landwirte waren, darunter allein 58663 Bauern.

Die Polen in Österreich

Gebiet — Bevölkerung

Bei der erſten Teilung Polens machte Öſterreich die fraglichen Anſprüche der ungariſchen Krone auf Rotrußland geltend. Nachdem ſich nämlich die Fürſtentümer Halicz und Wladimir 1349 dem Polenkönige Kaſimir dem Großen wieder unterworfen hatten, beherrſchte ſie ſein Nachfolger Ludwig der Große als König von Polen und Ungarn und betrachtete ſie als ein mit ſeiner ungariſchen Krone vereinigtes Land. Seit 1386, in welchem Jahre Wladislaw Jagiello Rotrußland für Polen endgültig wiedererobert hatte, verblieb das Land bis 1772 bei Polen.

Bei der erſten Teilung kam es alſo mit Einſchluß einiger Stücke von Kleinpolen unter dem Titel Königreich Galizien und Lodomerien (Halicz und Wladimir) an Öſterreich.

Als Öſterreich bei der dritten Teilung das Land zwiſchen dem Bug, der Weichſel und der Pilica hinzuerwarb, erhielt dieſes Gebiet den Namen Weſtgalizien, während die Erwerbungen aus der erſten Teilung Oſtgalizien genannt wurden.

Nach den Gebietsverſchiebungen der Jahre 1809 und 1810 wurde im Wiener Kongreß ein Teil von Weſtgalizien zur Republik Krakau unter dem Schutze der drei Teilungsmächte erhoben. 1846 wurde dieſer Freiſtaat ſamt ſeinem Gebiete durch Übereinkunft der Schutzmächte dem Kaiſer von Öſterreich übergeben, 1849 mit dem Titel eines Großherzogtums zu einem Beſtandteil Galiziens erklärt.

Im Norden grenzt Galizien an das Königreich Polen, im Süden lehnt es ſich an die Beskiden und die Karpathen an, im Weſten grenzt es an Öſterreichiſch- und Preußiſch-Schleſien, im Oſten und Nordoſten an Wolhynien und Podolien, im Südoſten an die Bukowina.

Galizien iſt das einzige Gebiet des ehemaligen Polens, das einen Gebirgszug beſitzt. Der galiziſche Teil der Zentral-

karpathen weist ausgebildete Täler auf, die zwischen waldigen Bergen zu den Füßen der Hauptkämme hinaufführen und durch ihre wildromantischen Schönheiten bekannt sind. Die Kościeliska Dolina führt zum Abhang des Pyßna (2271,9 Meter) und des Czerwony Wierch (2091,7 Meter), das Strążyska-Tal führt zum Giewont (2179,2 Meter). Von den Zakopaner Eisenhämmern gelangt man zu dem Czarny Staw (Schwarzer See), über den steilen und felsigen Zawrat zu den „Fünf Seen", über das Rostoka-Tal zu dem berühmten, romantischen und grauenvollen Morskie Oko (Meeresauge).

Die Bewohner der in den Tälern der Tatra verstreuten Dörfer heißen Podhalaner. Als Scheidewand zwischen Galizien und Ungarn zieht sich das Karpathenland, dessen Bewohner Górale genannt werden, während die Bewohner des östlichen hohen Beskids in voneinander ganz verschiedene Stämme zerfallen, die Boyken, Tucholzen und Huzulen, die im Charakter wie in den Gewohnheiten und auch in der Tracht große Unterschiede aufweisen.

Vom nördlichen Fuße der Karpathen ausgehend, zieht sich ein Bergland hin, das allmählich in ein fruchtbares Hügelland übergeht, um sich teilweise in eine Hochebene mit sandigen Niederungen an den Flußtälern auszubreiten. Die ausgedehnte Ebene des nördlichen Galiziens wird durch niedrige Hügelreihen und durch die „Podolische Hochebene", die den Knotenpunkt des uralischen Gebirgssystems für Galizien bildet, unterbrochen.

Zahlreiche Flüsse durchströmen das Land und bilden so ein natürliches Kommunikationsnetz. In die Weichsel, die die Nordwestgrenze Galiziens bildet, fließen die Biała, Sola, Skawa, Skawina, Raba, der Dunajec, die Wisłoka, der San von den Karpathen und der Bug von dem Lemberger Plateau her. In den Dnjestr fließen reißende Gebirgsströme: Stryj, Swice, Lomnica, Bystrzyca, links die Wereszyca, Zubrza,

Swirz, die beiden Lipa, Strypa, der Sereth und an der russischen Grenze der Zbrucz. Sie bilden in ihrem Laufe Ketten von Seen und Teichen. Die Wasserscheidelinie von Galizien geht vom mittleren Beskid aus, umfaßt das Hügelland zwischen dem San und dem Dnjestr und senkt sich in die Buger Niederung.

Galizien ist das größte Kronland der Monarchie, mit einem Flächenraum von 78 499 Quadratkilometern, und ist zugleich auch das am dichtesten bevölkerte.

Die Bevölkerungszahl beträgt 8 025 675 Seelen, das heißt 28 Proz. der Gesamtbevölkerung Österreichs. Pro Quadratkilometer entfallen 102,3 Einwohner. Der westliche Teil Galiziens ist durchweg polnisch, der östliche ist stark mit ruthenischem Element durchsetzt, obwohl dieses sich auf das platte Land beschränkt, während auch die Städte Ostgaliziens vorwiegend polnisch sind und einen ausgeprägten polnischen Charakter tragen.

Der Nationalität nach verteilt sich die Bevölkerung folgendermaßen:

Polen	4 672 500
Ruthenen	3 208 092
Juden	871 895
Deutsche	90 114

Hiervon entfallen:

für Westgalizien		für Ostgalizien	
Polen	2 560 820	Polen	2 111 680
Ruthenen	75 551	Ruthenen	3 132 541
Deutsche	25 571	Deutsche	64 543

Die Juden sind nach ihrer Muttersprache teils den Polen, teils den Deutschen zugeteilt. Ganz wenige nur den Ruthenen.

Der Beschäftigung nach ergeben sich für die Gesamtbevölkerung Galiziens prozentualiter folgende Zahlen:

Ackerbau	76,82 Proz.
Induſtrie	9,01 „
Handel	7,81 „
Andere Gewerbe	6,36 „

Die Einwohnerzahl der Haupt- und größeren Städte beziffert ſich: Lemberg 220 000, Krakau 168 000, Przemyśl 57 000, Kołomea 45 000, Tarnów 38 000, Drohobycz 39 000, Tarnopol 35 000, Stanislau 34 000, Stryj 33 000, Neu Sandec 27 000, Rzeszów 26 000, Jaroslau 25 000, Podgórze 24 000, Sambor 21 000.

Das Verhältnis der beiden Hauptnationalitäten fällt annähernd mit den Ziffern der beiden katholiſchen Konfeſſionen, nämlich der römiſch-katholiſchen (Polen) und der griechiſch-katholiſchen (Ruthenen) zuſammen. Die Zahl der Griechiſch-Orientalen beträgt 2850, die des evangeliſchen Bekenntniſſes 37 140. Erwähnenswert iſt, daß die Hauptſtadt des mit Ruthenen ſtark zerſetzten Oſtgaliziens, Lemberg, 85,8 Proz. Polen, 10,8 Proz. Ruthenen, 2,9 Proz. Deutſche aufweiſt.

Die politiſche Bedeutung Galiziens für Öſterreich

Die Erwerbung Galiziens ſtellte für Öſterreich abſolut keine territoriale Notwendigkeit dar, wie das zum Beiſpiel bei Preußen und teilweiſe auch bei Rußland der Fall war.

Zur Begründung ſeiner Beteiligung an den Teilungen Polens holte Öſterreich recht weit zurückliegende und wenig beweiskräftige Anſprüche heran. Es blieb ihm natürlich bei der weſentlichen territorialen Bereicherung Rußlands und Preußens nichts anderes übrig, als auch für ſich ein Stück des polniſchen Gebiets in Anſpruch zu nehmen und ſo auch das Territorium der Monarchie im Verhältnis zu vergrößern.

Die Zuteilung Galiziens ſchuf eine gänzlich anormale Grenze und beraubte die Monarchie ihrer natürlichen Grenze im Norden und Nordweſten. Das Land ſelbſt wurde aber von dem unteren Lauf der Flüſſe, die es durchſtrömen, abgeſchnitten. Nur als Schutzwand für Ungarn konnte Galizien in Betracht kommen.

Aus einem feſten, einheitlichen Organismus, aus ſeinem natürlichen Zuſammenhang herausgeriſſen, wurde zugleich die Entwicklung Galiziens für den Anfang wenigſtens weſentlich erſchwert. Freilich konnte es ſich in der Zukunft als wertvoller Beſtandteil der Monarchie erweiſen, obwohl es kaum anzunehmen iſt, daß Öſterreich ſchon bei der Erwerbung Galiziens weitergehende Pläne in ſeine Kombinationen einreihte.

1863 ſchien der Zeitpunkt gekommen, wo Öſterreich durch die Beſitznahme Kongreß-Polens ſich nicht nur territorial entfalten, ſondern durch dieſe zugleich ein Land und eine Bevölkerung gewinnen konnte, die ihm — was Ziviliſation und Religion angeht — weſentlich näher ſtand, als Rußland, die andererſeits aber ethnographiſch und geographiſch die immer drohende Gefahr von ſeiten Rußlands und deſſen panſla-

wiſtiſchen Ideen wenn nicht beſeitigt, ſo doch beträchtlich verringert hätte.

Hätte Öſterreich damals mit Hilfe Frankreichs, die ihm ſicher war, den Schritt unternommen, wie anders hätten ſich dann die Geſchicke der Monarchie geſtaltet.

Im Laufe der Zeit hat ſich das anfangs ſo ſchwierige Verhältnis Galiziens zu Öſterreich derart verändert, daß Galizien heute ſo feſt mit der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie verwachſen iſt, wie kaum ein anderes Kronland.

Heute bilden die galiziſchen Polen ein kräftiges ſtaatserhaltendes Element der Monarchie, mit deren Intereſſen ſie ſtets einig gehen. Die letzten Ereigniſſe aber haben erwieſen, wie weitgehender Dankbarkeit die Polen für die ihnen gewährten Rechte und die Ermöglichung ihrer Entwicklung fähig ſind.

Der Verluſt Galiziens würde heute in verſchiedener Hinſicht eine ſchwere Gefährdung des öſterreichiſch-ungariſchen Geſamtorganismus bedeuten.

Österreichs Polenpolitik von der Erwerbung Galiziens bis zum Jahre 1846

Die Zuteilung Galiziens und Lodomeriens an Österreich fiel in das Josefinische Zeitalter. Die Germanisierungstendenz der straff zentralisierten Monarchie fand auch dem neuerworbenen Königreich gegenüber rücksichtslose Anwendung. Über der von den Polen Galiziens Leopold II. vorgelegten „Charta Leopoldina", die dem Königreich eine Regierungsform verleihen sollte, starb der Kaiser.

Nach den Gebietsveränderungen während des österreichischen Krieges und durch den Schönbrunner Frieden regelte der Wiener Kongreß den österreichischen Anteil an Polen. Der Monarchie wurde Galizien in seinem heutigen Umfang bis auf die selbständige Republik Krakau zuerkannt. Kraft eines Zusatzvertrages vom 3. Mai 1815 wurde ein Freistaat ins Leben gerufen, der 165 Quadratkilometer Flächeninhalt umfaßte mit einer Bevölkerungszahl von 121000 Seelen, wovon auf die Stadt Krakau 26000 entfielen. Der Republik wurde eine Verfassung verliehen, die Fürst Czartoryski auf liberaler Grundlage ausgearbeitet hatte. Sie wurde unter den Schutz der drei Teilungsmächte gestellt, die sich bindend verpflichtet hatten, streng die Neutralität des Freistaates zu beachten.

Obwohl Fürst Metternich auf dem Wiener Kongreß die Verpflichtung auf sich genommen hatte, in Galizien eine konstitutionelle Regierung einzuführen, war er weit davon entfernt, der Verpflichtung je nachzukommen. Nur ein Zugeständnis wurde Galizien im Sinne der Wiener Verhandlungen zuteil, nämlich die Einsetzung einer ständischen Vertretung, der sogenannten Landstände, auf Grund des Kaiserlichen Patents von 1817. Die Landstände setzten sich zusammen aus den Magnaten, dem Klerus, dem Ritterstand und den König-

lichen Städten. Für Galizien kam von letzteren nur Lemberg in Frage. Da der Wirkungskreis der Vertretung ein äußerst beschränkter war, sanken die galizischen Landstände bald zu einer völlig passiven Körperschaft herab. Im übrigen wurde an dem Germanisierungssystem festgehalten und dasselbe auf der Grundlage gegenseitigen Mißtrauens, der Beamtenherrschaft und der Polizeiwillkür weiterentwickelt. Fast alle Staatsämter wurden mit Deutschen besetzt, die polnischen Schulen in deutsche verwandelt. Zur Beruhigung und Gewinnung der einflußreichsten Persönlichkeiten des Landes, hauptsächlich des Adels und der Magnaten, wurden ihnen Titel und Orden verliehen.

Trotzdem wandten sich, als 1830 in Kongreß-Polen die Erhebung vorbereitet wurde, die Hoffnungen der Polen Österreich zu. Eine Unterstützung Österreichs, für das Rußland ständig die größte Gefahr bildete, war naheliegend. Um sich nun die Sympathien der Monarchie zu sichern und die öffentliche Meinung in der verhängnisvollen Stunde, in der sich die Geschicke Polens entscheiden sollten, für sich zu gewinnen, beschloß man durch Vermittlung des damaligen Statthalters von Galizien, des Fürsten Lobkowitz, und des Präsidenten der galizischen Regierung, des Fürsten Konstantin Czartoryski, dem Erzherzog Karl die polnische Königskrone anzubieten. Obwohl der zu jener Zeit allmächtige Fürst Metternich diesem Plan sich anfangs gewogen zeigte und den Grafen Clam Martinitz und Kolovrath beauftragte, in diesem Sinne mit den polnischen Abgesandten zu verhandeln, wies er schließlich das Anerbieten schroff ab.

Der tragische Ausgang des Aufstandes 1830/31, der eine Niederlage des ganzen freiheitlichen Europas jener Zeit bedeutete, rief auch bei den galizischen Polen, obwohl sie sich an ihm nur wenig beteiligen konnten, eine scharfe Reaktion hervor.

Aus naheliegenden Gründen sympathisierte die österreichische Regierung mit ihren Polen während der Aufstandsjahre, nahm regen Anteil an dem Geschicke der Nation, und der politische Druck ließ unter der Statthalterschaft des Fürsten Lobkowitz bedeutend nach. Aber schon im nächsten Jahre wurde der Posten des Statthalters dem Erzherzog Ferdinand d'Este übertragen und ihm als Vizepräsident der Regierung der polenfeindliche Baron Krieg zur Seite gestellt, der mit der größten Rücksichtslosigkeit das Metternichsche System wieder einführte und in allernächster Zeit einen für die Dauer unerträglichen Zustand schuf.

Unterdessen bildeten sich in der Emigration und von dieser beeinflußt auch in der Heimat patriotische Geheimbünde, die sich als Ziel die Erkämpfung der Unabhängigkeit Polens setzten und, von dieser Idee beseelt, bereit waren, im gegebenen Falle freudig die größten Opfer zu bringen. Eine der einflußreichsten Vereinigungen bildete das „Stowarzyszenie Ludu Polskiego" (Bund des polnischen Volkes), die der Dichter Goszczyński in Krakau gründete. Der Unterschied zwischen dieser Vereinigung und der an anderer Stelle schon erwähnten „demokratischen Gesellschaft" war der, daß letztere radikal auf das Ziel hinsteuern wollte, während der Bund des polnischen Volkes sich zur nächsten Aufgabe die Aufklärung der breitesten Massen stellte, um diese zur politischen Betätigung vorzubereiten und zum Patriotismus im besten Sinne des Wortes heranzuziehen. Aufklärung und Bildung im vaterländischen Sinne war die Losung der Krakauer Vereinigung. Der Sitz des Bundes, der sich von Krakau ausgehend über ganz Galizien, Litauen und Weißrußland verzweigte und dem neben den hervorragendsten und einflußreichsten Persönlichkeiten der polnischen Gesellschaft Bauern, Bergbewohner und zahlreiche Vertreter des österreichischen Militärs angehörten, war zunächst Krakau, wurde aber später, als 1836 der Befehl zur Ausweisung der Emi-

granten aus der Republik erging, nach Lemberg verlegt. Als 1838 die Polizei die Vereinigung aufdeckte, erfolgten unzählige Verhaftungen, und ein Riesenprozeß in Lemberg, der bis 1845 dauerte, bildete das Nachspiel der kurzen Geschichte des Bundes. Die Verurteilten wurden in Kufstein und Spielberg untergebracht, bis ihnen das Jahr 1848 die Freiheit wiedergab.

Die aufſtändiſche Bewegung in Galizien
I. 1846

Der von Mieroſławski phantaſtiſch angelegte Plan des Volksaufſtandes umfaßte auch Galizien. Krakau ſollte den Mittelpunkt der Erhebung bilden. Da aber die öſterreichiſche Regierung von den Plänen Mieroſławskis unterrichtet war, und er ſelbſt noch vor Ausbruch des Aufſtandes gefangengenommen wurde, war es ein leichtes, den ſchlecht vorbereiteten Putſch bald niederzuwerfen. Einige Poſener Inſurgenten flüchteten auf das Gebiet des Krakauer Freiſtaates. Unter dem Vorwande, einer Revolution vorzubeugen, beſetzte General Collin die Stadt.

Unterdeſſen beſchloß Baron Krieg, zur Niederwerfung der nun trotz der ungünſtigſten Umſtände ins Werk geſetzten aufſtändiſchen Bewegung in Galizien eine Gegenrevolution hervorzurufen, und zwar mit Hilfe der großen Bauernmaſſe, bei der die Ideen des Bundes des polniſchen Volkes noch nicht durchgedrungen waren, die deshalb durch die Verſprechungen der Befreiung von der Herrſchaft des Adels und gegen Zuſicherung einer Prämie für das Haupt eines jeden Adligen ſich verleiten ließ und raubend, mordend und plündernd in Scharen das Land durchzog. Bei Tarnów kam es zu einem furchtbaren Blutbad, wo die aufgehetzten und aufgewiegelten Bauern ganze Dörfer einäſcherten, die Beſitzer in der roheſten Weiſe niedermetzelten und Frauen und Kinder grauſam hinmordeten.

Indeſſen verbreitete ſich die Nachricht, daß in der Umgegend von Krakau große Inſurgentenmaſſen ſich zuſammenzogen, worauf General Collin ſich nach Wadowice zurückzog.

Sofort verſuchte man in Krakau eine neue Regierung ins Leben zu rufen und eine Diktatur zu errichten, ſpaltete ſich aber dabei in verſchiedene gegenſeitig ſich arg bekämpfende

Parteien. Unter diesen Umständen war natürlich an einen Erfolg der Erhebung nicht zu denken. Nach einigen blutigen Gefechten, in denen kleine unorganisierte Scharen der Insurgenten gegen die österreichischen Truppen und gegen die Bauernmassen kämpfen mußten, wurde am 3. März Krakau von den Truppen der Schutzmächte besetzt und der Freistaat durch Übereinkunft Rußlands, Preußens und Österreichs zu Wien am 6. November 1846 trotz Protesten Frankreichs und Englands der Monarchie einverleibt.

So verschwand der letzte kleine Rest des ehemaligen polnischen Reiches.

2. 1848

Als die Bemühungen der absolutistischen Regierungen, die freiheitliche Bewegung Europas im Keime zu ersticken, mißlungen waren, und die Idee sich mit elementarer Gewalt Bahn gebrochen hatte, fand sie besonders bei den freiheitsdürstigen Polen lebhaften Widerhall. Wo nur der Kampf der Freiheit galt, fanden sich in den Reihen der Kämpfenden die Polen ein.

Adam Mickiewicz begab sich selbst nach Rom zum Papst Pius IX., um ihn für die polnische Sache zu gewinnen, und formierte daselbst polnische Legionen, die den Grundstock für das zukünftige polnische Heer bilden sollten. Die Einweihung der polnischen Fahnen nahm der Papst persönlich vor.

Am 13. März brach in Wien die Revolution aus. In Krakau und Lemberg wurden Nationalkomitees ins Leben gerufen, die weitgehende Forderungen stellten. Beunruhigt und bestürzt durch die Wucht der Ereignisse und über die bevorstehende Umwälzung innerhalb der Monarchie versprach der Vertreter der Regierung in Lemberg, der Gouverneur Graf Stadion, und in Krakau Baron Krieg Anerkennung der polnischen Forderungen. Selbst der Kaiser und der damals beliebte Erzherzog Johann zeigten sich der polnischen Sache sehr gewogen

und ließen durchblicken, daß sichere Aussichten bestünden, die Selbständigkeit Polens wiederherzustellen. Wie in Preußen, verbrüderten sich auch hier Deutsche und Polen. Die Emigranten kehrten zurück, die Gefangenen wurden entlassen. Aus den Staatsgefängnissen betraten ansehnliche Polen die öffentliche Laufbahn. Ein großer Teil von ihnen spielte später eine wichtige politische Rolle und schwang sich zu einflußreichen politischen Stellungen in der Monarchie auf. Eine polnische Nationalgarde wurde gebildet, deren Führung Wybranowski und Potocki übertragen wurde. Die Erfüllung der polnischen Hoffnungen schien näher zu rücken. Und doch waren es bloß Illusionen.

Als nämlich die Regierung vorübergehend Herr der gefährlichen Bewegung wurde und in Krakau infolge der Schwierigkeiten, die Baron Krieg der Nationalgarde bereitete, Unruhen ausbrachen, wurde die Stadt bombardiert und zur Kapitulation gezwungen. Die Nationalgarde mußte die Waffen strecken. Auch Lemberg, wo es zu Reibungen zwischen dem Militär und der Zivilbevölkerung gekommen war, widerfuhr an dem Tage, an dem das aufständische Wien durch die kaiserlichen Truppen unter Windischgrätz eingenommen wurde, dasselbe Los.

Bald hernach wurde der Kaiser, als in Wien der zweite Aufstand ausgebrochen war, durch die Einreichung der sogenannten Sturmpetition gezwungen, die Vertreter der ganzen Monarchie nach Wien zusammenzuberufen. Für die spätere Entwicklung Galiziens in politischer Beziehung war die Tagung des Reichstages insofern von Wichtigkeit, als die politische Spaltung, die nach den Ereignissen des Jahres 1848 in Galizien sich einstellte, klar zutage trat.

Während hervorragenden Persönlichkeiten wie Helcel, Fürst Georg Lubomirski und Zdzisław Zamojski ein förderativer Slawenstaat vorschwebte, vertraten Smolka, Ziemiałkowski

und Borkowski die liberale Linke. Smolka, der am 12. Oktober zum Präsidenten des Reichstages gewählt wurde, verlangte die Überlassung der italienischen Provinzen an Italien gegen Übernahme der Hälfte der Staatsschulden der Monarchie durch Italien und eine Union mit Ungarn und Galizien. Die österreichischen Politiker erkannten die weitblickenden Pläne Smolkas nicht, deren Richtigkeit der Ausgang der Kriege von 1859 und 1866 in vollem Maße erwiesen hatte.

Agenor Graf Goluchowski

Trotz der Reaktion, die nach den Ereigniſſen von 1848 und 1849 in ganz Öſterreich um ſich griff, hielt die Regierung an der früheren Strenge und Schärfe ihrer Politik in Galizien feſt.

Da trat ein Mann hervor, deſſen Tätigkeit für die ganze ſpätere Entwicklung Galiziens von weittragender Bedeutung werden ſollte. Graf Agenor Goluchowski wurde zum Statthalter von Galizien berufen.

Ein unerbittlicher Feind jeder revolutionären Bewegung ſtellte er ſich zur Aufgabe, die nationale Entwicklung auf legale Bahnen zu lenken. Beſeitigung jedes Mißtrauens der Regierung den Polen gegenüber und feſter Anſchluß an die Dynaſtie der Habsburger erſchien ihm als einzig erſtrebenswertes Ziel. Hierbei wollte er ſich nicht auf das jeweilige Miniſterium ſtützen, ſondern lediglich auf die Krone. In dieſem Sinne beſchloß er Galizien zu führen und zu verwalten, ſeine Abſichten rückſichtslos durchzuſetzen. Wegen ſeiner Energie, ſeiner ſachlichen Schärfe und Strenge wurde er bald ſowohl bei ſeinen Landsleuten wie bei der Zentralregierung in Wien unbeliebt, verſtand es aber trotzdem, hier und da ſeinen Willen durchzuſetzen.

Im Intereſſe des Landes führte er die Reorganiſation des galiziſchen Beamtentums durch, indem er alle Beamten, denen die Kenntnis des Landes und das Verſtändnis für die galiziſchen Verhältniſſe abging, entließ, den Nachwuchs aus den einheimiſchen Kräften entnahm und dieſen ſich perſönlich heranbildete. Neben der tatkräftigen Förderung der polniſchen Sprache im öffentlichen Leben ſorgte er für einen zweckmäßigen deutſchen Unterricht in den galiziſchen Schulen. Ihm war es letzten Endes hauptſächlich zu verdanken, daß die Reformen der Trennung der Juſtiz und Verwaltung in Ga-

lizien so rasch durchgeführt wurden. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet suchte er das vernachlässigte und in der Entwicklung stark gehemmte Land zu heben, indem er es vor allem mit einem Straßennetz versah, die Regulierung der Flüsse und den Bau von Eisenbahnen vornahm und so eine Verwertung der reichen Bodenschätze des Landes ermöglichte und neue Erwerbsquellen erschloß.

Als Staatsminister und Mitarbeiter am Oktoberdiplom wurde er zum Begründer des österreichischen Verfassungswesens und bahnte den Ausgleich mit Ungarn an. In Galizien wurde er zum Begründer der politischen Richtung der galizischen Polen, die sich von nun an trotz so mancher Schwierigkeit und trotz der feindlichen Strömungen durchsetzte und es verstand, sich auf die Dauer zu behaupten.

1860 gab nunmehr das Oktoberdiplom auch die Richtlinien der österreichischen Politik an:

„Im Interesse Unseres Hauses und Unserer Untertanen ist es Unsere Regentenpflicht, die Machtstellung Unserer Monarchie zu wahren und ihrer Sicherheit die Bürgschaften klar und unzweideutig feststehender Rechtszustände und einträchtigen Zusammenwirkens zu verleihen. Nur solche Institutionen und Rechtszustände, welche dem geschichtlichen Rechtsbewußtsein der bestehenden Verschiedenheit Unserer Königreiche und Länder und den Anforderungen ihres unteilbaren und unzertrennlichen kräftigen Verbandes gleichmäßig entsprechen, können diese Bürgschaften in vollem Maße gewähren."

In einem Handschreiben an den Grafen Gołuchowski versprach der Kaiser, die polnische Sprache auf der Jagellonischen Universität zu Krakau wieder einzuführen und auch die Frage der Unterrichtssprache in Galizien den polnischen Forderungen entsprechend zu regeln.

Das Verhältnis Galiziens zur Monarchie schien sich in jeder Beziehung zu klären.

Galizien und der Aufstand von 1863

Als 1863 die panslawistische Idee Wielopolskis durch den Ausbruch des Aufstandes in sich zusammenfiel, klammerten sich denn auch die Hoffnungen der Polen an Österreich und wurden durch die Haltung der österreichischen Regierung und die Sympathien der österreichischen Völker bestärkt.

Die durch die Verschwörung in Galizien in die Wege geleitete Werbung für die Aufständischen in Polen stieß auf keine Schwierigkeiten seitens der österreichischen Behörden Galiziens. Die österreichischen Tagesblätter munterten freimütig und offen die Aufständischen auf. Zwischen Österreich und Frankreich wurden diplomatische Verhandlungen in der polnischen Sache gepflogen und Fürst Richard Metternich mit speziellen Informationen an den Pariser Hof entsandt. Napoleon sagte dem Fürsten, daß er entschlossen sei, gemeinsam mit Österreich in der polnischen Sache vorzugehen. „Wenn Österreich in der polnischen Sache vorgehen will, bin ich zu jedem Opfer bereit“ *), waren die Worte des Franzosenkaisers, mit denen er Metternich nach Wien entließ. Auf Czartoryskis Vorschlag, eine französische Armee über die Ostsee und nach Litauen zu schicken, erwiderte Napoleon: „Nein, der Stier muß bei den Hörnern gefaßt werden“ **), womit er ein Vorgehen auf Kronstadt und Petersburg meinte. Auf die Frage Czartoryskis, ob er die Fortdauer des Aufstandes für notwendig halte, sagte der Kaiser: „Jawohl, und ich bevollmächtige Sie, auch dies weiterzusagen.“ Die polenfreundliche Partei am französischen Hof wurde eifrigst von der Kaiserin Eugenie, dem Prinzen Napoleon und den kaiserlichen Beratern,

*) v. Rozmian, Das Jahr 1863. Übers. von Dr. Landau. S. 33.
**) v. Rozmian. S. 42.

dem Minister Graf Walewski und Drouyn de Lhuys unterstützt.

In Wien erklärten die Minister, daß die polnische Sache die Aufmerksamkeit Europas auf sich lenken würde, wenn der Aufstand sich nur noch eine Zeitlang halten könnte.

Dem Verlangen des russischen Botschafters in Wien auf Auslieferung der Aufständischen, die auf österreichischen Boden geflüchtet waren, wurde nicht stattgegeben. Auf Grund von Informationen, die ein hervorragendes Mitglied der Emigration, v. Kozmian, beim französischen Staatsminister Graf Walewski eingeholt hatte, berichtete er nach Krakau:

„Die polnische Frage hat eine solche Bedeutung und einen solchen Umfang angenommen, daß die Mächte, ehe sie sich, sei es unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung, sei es des Gerechtigkeitsgefühls, entschließen werden, sie vorwärtszubringen, auch in anderen europäischen Fragen zur Verständigung, zu gemeinsamen Gesichtspunkten gelangen und sich gegenseitig Garantien gewähren müssen. Das erfordert Überlegung und Aufklärung, also einen Aufschub, wiewohl Dringlichkeit not tut. Denn während Beratungen abgehalten werden, fließt Blut, und ganz Polen ist ein blutiges Schlachtfeld, bedeckt mit Märtyrern. Nicht um Polen, sondern um Europas Schicksal handelt es sich vielleicht. Die große Frage soll heute entschieden werden, ob der für die Zivilisation, die Völkerfreiheit und den Fortschritt nützlichste Bund zwischen England, Frankreich und Österreich geschlossen, oder aber die gelösten Bande zwischen Frankreich und Rußland aufs neue gefestigt werden sollen. Die Orientpolitik bildet das Band und Polen die Scheidewand. Jetzt ist die Scheidewand stärker als die Anziehungskraft. Von England und Österreich hängt es ab, ob diese Anziehungskraft ganz gelähmt werde." *)

*) v. Kozmian.

Das Eingreifen Österreichs sollte sich nach der Idee des Grafen Wladislaw Zamojski auf den Verlust des Besitzrechts Rußlands an Polen stützen. Rußland wäre den Abmachungen auf dem Wiener Kongreß nicht nachgekommen. Der Aufstand sollte als kriegführende Partei anerkannt werden, Österreich sollte Polen besetzen.

Die Nachrichten aus Paris, die diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Österreich, die eigentümliche Haltung der österreichischen Regierung waren danach angetan, um die unheilvollste Verwirrung aller Begriffe bei den Polen hervorzurufen, den Glauben an eine Intervention in allen zu erwecken und zu bekräftigen. In dem Glauben an die ernsten Absichten der Mächte und aufgemuntert von den Vertretern derselben wurde die Erhebung der Polen von Galizien aus kräftig unterstützt. Hing doch allem Anschein nach von der Fortdauer des Aufstandes das Eingreifen der Mächte ab. Also Ausharren bis zum Äußersten hieß es in dieser entscheidenden Stunde. Da aber die Aufständischen in Polen sich nicht länger halten konnten, beschloß ein Revolutionskomitee, die Erhebung nach Galizien zu übertragen, um die Sache aufrechtzuerhalten.

Die Stimmung in Österreich schlug um. Alle Hoffnungen, so sehr sie auch bei dem zur Verzweiflung getriebenen Volke verständlich waren, gingen fehl. Noch einmal mußte den Polen klar vor Augen geführt werden, daß alle Aussichten auf fremde Hilfe trügerischer Wahn waren. Mit schuld an diesem Wahn waren aber die Mächte selbst, die die Hoffnungen stets von neuem genährt hatten. Als der Schleier über dem eigentümlichen Doppelspiel der Mächte in der polnischen Frage gelüftet wurde, war es zu spät. Der Aufstand war niedergerungen, der Sturz Polens fest besiegelt, die utopische Idee blutig aus der Welt geschafft.

Für Galizien brachen schwere Zeiten an. Über das ganze

dem Minister Graf Walewski und Drouyn de Lhuys unterstützt.

In Wien erklärten die Minister, daß die polnische Sache die Aufmerksamkeit Europas auf sich lenken würde, wenn der Aufstand sich nur noch eine Zeitlang halten könnte.

Dem Verlangen des russischen Botschafters in Wien auf Auslieferung der Aufständischen, die auf österreichischen Boden geflüchtet waren, wurde nicht stattgegeben. Auf Grund von Informationen, die ein hervorragendes Mitglied der Emigration, v. Kozmian, beim französischen Staatsminister Graf Walewski eingeholt hatte, berichtete er nach Krakau:

„Die polnische Frage hat eine solche Bedeutung und einen solchen Umfang angenommen, daß die Mächte, ehe sie sich, sei es unter dem Einflusse der öffentlichen Meinung, sei es des Gerechtigkeitsgefühls, entschließen werden, sie vorwärtszubringen, auch in anderen europäischen Fragen zur Verständigung, zu gemeinsamen Gesichtspunkten gelangen und sich gegenseitig Garantien gewähren müssen. Das erfordert Überlegung und Aufklärung, also einen Aufschub, wiewohl Dringlichkeit not tut. Denn während Beratungen abgehalten werden, fließt Blut, und ganz Polen ist ein blutiges Schlachtfeld, bedeckt mit Märtyrern. Nicht um Polen, sondern um Europas Schicksal handelt es sich vielleicht. Die große Frage soll heute entschieden werden, ob der für die Zivilisation, die Völkerfreiheit und den Fortschritt nützlichste Bund zwischen England, Frankreich und Österreich geschlossen, oder aber die gelösten Bande zwischen Frankreich und Rußland aufs neue gefestigt werden sollen. Die Orientpolitik bildet das Band und Polen die Scheidewand. Jetzt ist die Scheidewand stärker als die Anziehungskraft. Von England und Österreich hängt es ab, ob diese Anziehungskraft ganz gelähmt werde.“ *)

*) v. Kozmian.

Das Eingreifen Österreichs sollte sich nach der Idee des Grafen Wladislaw Zamojski auf den Verlust des Besitzrechts Rußlands an Polen stützen. Rußland wäre den Abmachungen auf dem Wiener Kongreß nicht nachgekommen. Der Aufstand sollte als kriegführende Partei anerkannt werden, Österreich sollte Polen besetzen.

Die Nachrichten aus Paris, die diplomatischen Verhandlungen zwischen Frankreich, England und Österreich, die eigentümliche Haltung der österreichischen Regierung waren danach angetan, um die unheilvollste Verwirrung aller Begriffe bei den Polen hervorzurufen, den Glauben an eine Intervention in allen zu erwecken und zu bekräftigen. In dem Glauben an die ernsten Absichten der Mächte und aufgemuntert von den Vertretern derselben wurde die Erhebung der Polen von Galizien aus kräftig unterstützt. Hing doch allem Anschein nach von der Fortdauer des Aufstandes das Eingreifen der Mächte ab. Also Ausharren bis zum Äußersten hieß es in dieser entscheidenden Stunde. Da aber die Aufständischen in Polen sich nicht länger halten konnten, beschloß ein Revolutionskomitee, die Erhebung nach Galizien zu übertragen, um die Sache aufrechtzuerhalten.

Die Stimmung in Österreich schlug um. Alle Hoffnungen, so sehr sie auch bei dem zur Verzweiflung getriebenen Volke verständlich waren, gingen fehl. Noch einmal mußte den Polen klar vor Augen geführt werden, daß alle Aussichten auf fremde Hilfe trügerischer Wahn waren. Mit schuld an diesem Wahn waren aber die Mächte selbst, die die Hoffnungen stets von neuem genährt hatten. Als der Schleier über dem eigentümlichen Doppelspiel der Mächte in der polnischen Frage gelüftet wurde, war es zu spät. Der Aufstand war niedergerungen, der Sturz Polens fest besiegelt, die utopische Idee blutig aus der Welt geschafft.

Für Galizien brachen schwere Zeiten an. Über das ganze

Land wurde der Belagerungszustand verhängt, wegen „Gefährdung und Bedrohung der Sicherheit der Monarchie", auf Verfügung der Krone hin, ohne Mitwirkung des Parlaments.

Es wurde behauptet, daß einige einflußreiche Mitglieder der polnischen Gesellschaft, die dem Aufstand feindlich gegenüberstanden, die Verfügung mit veranlaßt hätten.

Der Umschwung

Den endgültigen Umschwung, auf den Gołuchowski unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit hinsteuerte, brachte erst das Jahr 1866. Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges von 1866 wurde endlich das Verhältnis Galiziens zur Monarchie geklärt und geregelt, die inneren Gegensätze und Mißverständnisse wurden ausgeglichen und die künftige Stellung der Polen in Österreich festgelegt.

Herausgedrängt aus dem Deutschen Bund, mußte Österreich notgedrungen seine ausgesprochen deutsche Politik aufgeben. Mit den denkwürdigen Worten Adam Potockis:

„Zu Dir, allerdurchlauchtigster Herr, stehen wir und wollen wir immer stehen," die auf einstimmigen Beschluß des galizischen Landtages in die Lemberger Adresse aufgenommen wurden, wurde die nunmehrige Haltung der Polen innerhalb der Monarchie deutlich und offen gekennzeichnet.

In knappen Worten enthielt der Satz das politische Programm der galizischen Polen.

Seit dieser Zeit war es die Aufgabe der Vertreter des Landes in Lemberg und in Wien, die Bande der vorbehaltlosen Loyalität und der unverbrüchlichen Hingebung an den Kaiser und dessen Dynastie immer enger zu knüpfen. Das politische Streben, die Machtstellung der Monarchie zu stützen und sie aufrechtzuerhalten, wurde zum nationalen Dogma erhoben.

Als nun 1867 die Verfassungsstreitigkeiten in Österreich beigelegt wurden, wurden in Galizien die 1849 eingesetzte Statthalterkommission in Krakau und die Kreishauptmannschaften aufgehoben und die ganze politische Verwaltung des Landes der Statthalterei und neu ins Leben gerufenen Bezirkshauptmannschaften übertragen. In allen Volks- und Mittel-

schulen wurde das Polnische mit Berücksichtigung des Ruthenischen als Unterrichtssprache eingeführt. Im selben Jahre wurde auch die Trennung der Justiz von der Verwaltung bewerkstelligt.

Da die Beilegung der Verfassungsstreitigkeiten und der ungarisch-kroatische Ausgleich mit Hilfe der Polen zustande gekommen waren, verlangten sie, nachdem Kroatien eine weitgehende legislative und administrative Selbständigkeit verliehen wurde, auch eine „Sonderstellung Galiziens", eine Ungarn analoge Stellung, eine Änderung der Verfassung im autonomen Sinne zugunsten Galiziens. Ihre diesbezüglichen Anträge formulierten die Polen in der Landtagssession von 1868 — seit 1861 besaß Galizien ebenso wie die übrigen Kronländer einen Landtag und einen Landesausschuß — in einer Adresse an die Krone, in der die sogenannte „galizische Resolution" niedergelegt war:

„Der Landtag erklärt auf Grund des Paragraph 19 des Landesstatutes, daß der durch die Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 geschaffene Organismus der Monarchie unserem Lande nicht soviel legislative und administrative Selbständigkeit gewährt, als demselben mit Rücksicht auf dessen historisch-politische Vergangenheit und dessen besondere Nationalität, den Grad der Zivilisation und der territorialen Ausdehnung gebührt, daher weder den Wünschen nach nationaler Entwicklung noch den Bedingungen hierzu noch auch den wirklichen Bedürfnissen des Landes entspricht und eine längere Dauer dieses Zustandes allgemeine Unzufriedenheit erzeugen, auf das Gedeihen unserer Provinz und das Wohl der ganzen Monarchie verderblich zurückwirken muß.

„Der Landtag stellt auf Grund des Paragraph 19 des Landesstatuts folgenden Antrag: dem Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau wird die nationale Selbstverwaltung in seinen Bedürfnissen und den

besonderen Landesverhältnissen entsprechendem Maße zuerkannt, vor allem:

1. Der Landtag wird ausschließlich den Modus der Reichsratswahlen zu bestimmen haben.

2. Die galizische Landtagsdelegation wird an den Beratungen des Reichsrates nur bezüglich der diesem Königreiche mit den anderen im Reichsrate vertretenen Teilen der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten teilnehmen." *)

In den nächsten Paragraphen werden Gegenstände aufgezählt, die, soweit sie das Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau betreffen, aus dem Wirkungskreis des Reichsrats ausscheiden und in die Kompetenz des Landtages übergehen sollen. Unter 7) wird die Schaffung eines eigenen obersten Gerichts- und Kassationshofes verlangt und endlich unter 8): „das Königreich wird eine dem Landtage verantwortliche Landesverwaltung in Sachen der inneren Verwaltung, der Justiz, des Unterrichtes, der öffentlichen Sicherheit und der Landeskultur sowie einen Landesminister im Rate der Krone erhalten".

Bei Erörterung der galizischen Resolution im Reichsrat sprach der Statthalter Gołuchowski für die Autonomie und erklärte: „wir stehen hier als ein Teil Polens, und einen föderalistischen Organismus schaffen, das hieße unserer zwar nebelhaften, aber doch immer möglichen Zukunft auf immer den Weg verrammeln".

Obwohl die Regierung sich anfangs sträubte, den Wünschen der Polen nachzukommen, und die Angelegenheit der Resolution möglichst zu verschleppen suchte, ließen sich die Polen nicht abschrecken und beschlossen mit allen Kräften auf ihr Ziel weiter hinzuarbeiten.

1871 wurde eines der wichtigsten Postulate der Polen erfüllt: Kasimir Grocholski wurde zum Minister ohne Porte-

*) S. Kolmar, Parlament und Verfassung in Österreich. S. 353.

feuille für Galizien ernannt. Im ſelben Jahre wurde Graf Agenor Gołuchowski zum dritten Male Statthalter von Galizien.

Beſondere Anerkennung und Achtung verſchaffte den polniſchen Reichsratsabgeordneten die maßvolle und patriotiſche Haltung der Polen während des orientaliſchen Krieges. Von nun an zeugte eine Reihe von polniſchen Staatsmännern, welchen Grad von Bedeutung das polniſche Element als politiſche Kraft innerhalb der Monarchie ſich erworben hatte.

Nicht nur in Galizien wurden zu Statthaltern, Landesmarſchällen und Miniſtern Polen ernannt, ſondern auch auf die verantwortungsvollſten Poſten der öſterreichiſch-ungariſchen Monarchie, als Präſidenten des öſterreichiſchen Abgeordnetenhauſes, öſterreichiſch-ungariſche Miniſter des Äußeren und Miniſterpräſidenten berufen.

Die Huldigungsdeputation

In jüngſter Zeit hat ſich der galiziſche Adel bewogen gefühlt, eine Deputation an Kaiſer Franz Joſeph zu entſenden, um die Gefühle der Polen für den Kaiſer und ſeine Dynaſtie zum Ausdruck zu bringen und die Einheit des politiſchen Programms und der politiſchen Idee der galiziſchen Polen zu bekunden.

Am 9. Januar dieſes Jahres wurde die Deputation vom Kaiſer in Schönbrunn empfangen. Ihr Führer, der geheime Rat und Landmarſchall von Galizien Stanislaw Ritter von Niezabitowski hielt folgende Anſprache:

„Euere kaiſerliche und königlich Apoſtoliſche Majeſtät!
Allergnädigſter Kaiſer, König und Herr!

Geruhen Euere Majeſtät allergnädigſt zu genehmigen, daß der unter dem Allerhöchſten Zepter lebende polniſche Adel mit dem beginnenden Jahre die alleruntertänigſten Gefühle der Verehrung, Dankbarkeit und Treue Euerer Majeſtät zu Füßen legt. Ereigniſſe von welterſchütternder Bedeutung kennzeichnen den Beginn dieſes Jahres. Es tobt der blutigſte, gräßlichſte Krieg, den die Menſchheit je geſehen. Die Monarchie kämpft in dieſem Kriege um ihre Rechte, um ihre Sicherheit, um die Rechte und den Frieden der ihr gehörigen Länder, um die friedliche, ſichere Zukunft Europas und ſeiner Kultur.

Unſer Land, das als Schauplatz dieſes Krieges am grauſamſten hiervon betroffen iſt, kämpft aus vollen Kräften unter Euerer Majeſtät Fahnen in dem Bewußtſein, hierbei auch ſeinen Glauben und ſeine vielhundertjährige Kultur zu verteidigen. Es kämpft und erwartet zuverſichtlich den Sieg. Jeder waffenfähige Mann ſteht im Felde, andere erdulden tapfer die Vernichtung ihres Hab und Gutes und die Sorge um

ihre Zukunft. Aber wir wiſſen es wohl, daß unter Euerer Majeſtät Standarten, in Euerer Majeſtät Lager die gerechte Sache einen ſicheren Hort finden wird. Wir werden es auch niemals vergeſſen, daß wir unter Euerer Majeſtät Zepter und in Euerer Majeſtät väterlich gütigem Herzen die Anerkennung unſeres nationalen Lebens und die Möglichkeit der Entwicklung desſelben gefunden haben.

Es wird demnach unſere Dankbarkeit für Euere kaiſerliche und königlich Apoſtoliſche Majeſtät Jahrhunderte überdauern, ja ſie wird nie aufhören. Dieſer Dankbarkeit entſpricht auch unſere unbegrenzte Treue.

Geruhen daher Euere Majeſtät zu geſtatten, daß wir in der Zeit der ſchweren Kämpfe und Mühen das bereits oft abgelegte Gelöbnis wiederholen, um hiermit die heißeſten Wünſche eines glücklichen Abſchluſſes dieſer Kämpfe durch einen endgültigen Sieg unſerer um die gerechte Sache ſtreitenden Armee zu verbinden.

Mit dieſen Wünſchen und Hoffnungen erneuern wir an den Stufen des Allerhöchſten Thrones unſer altehrwürdiges Gelöbnis:

Bei Dir, Allergnädigſter Herr, ſtehen wir und wollen wir immerdar ſtehen."

Der Kaiſer erwiderte darauf mit folgenden Worten:

„Für die Mir im Namen des polniſchen Adels Meines Königreiches Galizien dargebrachte Huldigung, die Mich in dieſer ernſten Zeit beſonders wohltuend berührt hat, ſpreche Ich Ihnen Meinen wärmſten Dank aus.

Ich erblicke in Ihren, von wahrhaft patriotiſchem Geiſt getragenen Worten einen neuen Beweis der treuen Anhänglichkeit an Mich und Mein Haus, die den Adel in Meinem Königreiche Galizien auszeichnet und in der jüngſt verfloſſenen Zeit neuerlich in erhebender Weiſe zutage getreten iſt. Mit ſchmerzlichem Bedauern erfüllen Mich die ſchweren Prüfungen,

die Meinem Königreiche Galizien durch den jetzigen unabwendbaren Kriegszustand auferlegt worden sind. Von ganzem Herzen wünsche Ich, daß die getreuen Bewohner des Landes, die ein hartes Geschick mit würdiger Ergebung tragen, in einer langen Zeit ehrenvoll gesicherten Friedens und ungestörter fruchtbringender Arbeit reichen Ersatz finden mögen für die ungezählten Opfer an Gut und Blut, die sie bereitwillig — ja vielfach selbst über das Maß gesetzlich vorgeschriebenen Waffendienstes hinaus — für das Wohl und die Größe des Vaterlandes gebracht haben.

Wollen Sie, die sich heute als Vertreter des galizischen Adels bei Mir eingefunden haben, es allerorten verkünden, daß Mein Königreich Galizien auf Meine innigste Anteilnahme in dieser schweren Zeit der Heimsuchung, nicht minder aber auf Meine werktätige Fürsorge in jenem Zeitpunkte zählen kann, in welchem es möglich sein wird, mit vereinten Kräften die Wunden des Krieges zu heilen und das Meinem Herzen so teure Land einer Epoche der Wiederaufrichtung und erneuerten Wohlstandes entgegenzuführen."

Die Entsendung der Huldigungsdeputation, die Ansprache des Landmarschalls und die Erwiderung des Kaisers tragen den Stempel eines bedeutenden politischen Aktes.

Nach außen hin ist dieser Akt insofern wichtig, als bei dieser Gelegenheit klar und offen die Einigkeit der polnischen Gesellschaft in einem weltgeschichtlichen Augenblick und das treue Festhalten der galizischen Polen an den einmal eingeschlagenen politischen Richtlinien dokumentiert wurde.

Die Verfaſſung und Verwaltung Galiziens

An der Spitze des Landes ſteht der Statthalter als Repräſentant des Kaiſers. Der Sitz der Statthalterſchaft iſt Lemberg.

Mit Wenzel von Zalewski ſetzte die Reihe der polniſchen Gouverneure, beziehungsweiſe — ſeit 1851 — Statthalter ein. Auf Zalewski folgte Agenor Graf Gołuchowski, der dreimal zum Statthalter von Galizien ernannt wurde. Die zwei letzten waren der von dem Ruthenen Siczynski ermordete Graf Andreas Potocki und Dr. Bobrzyński, der jetzige iſt Dr. von Korytowski.

Eine beſondere Stellung nimmt der Statthaltereidelegat ein, der von dem Statthalter mit Vollmachten verſehen wird, und Leiter der Bezirkshauptmannſchaft in Krakau iſt. Ihm liegt die Überwachung des Geſchäftsbetriebes der Krakauer Polizeidirektion und die Vertretung der politiſchen Verwaltung dem Krakauer Korpskommandanten und dem Oberlandesgerichtspräſidenten gegenüber ob.

Als oberſte Militärbehörde fungieren die Korpskommandanten in Krakau (1. Korps), Lemberg (11. Korps), Przemyśl (10. Korps).

Das Land iſt in 85 Bezirkshauptmannſchaften mit einem Bezirkshauptmann (Staroſta) an der Spitze eingeteilt, dem die Dorf- und Stadtpolizei (Gendarmerie) unterſteht. Nur Krakau und Lemberg beſitzen eigene Polizeidirektoren.

Der galiziſche Landtag in Lemberg, in völliger Unabhängigkeit von der Zentralregierung in Wien, ſetzt ſich aus 151, auf die Dauer von fünf Jahren gewählten Mitgliedern zuſammen, und zwar aus 44 Abgeordneten des Großgrundbeſitzes, 20 der Städte, Märkte und Induſtrieorte, 3 der Handels- und Gewerbekammern, 74 der Landgemeinden, den Rektoren der Krakauer und Lemberger Univerſität, dem Rektor

des Polytechnikums, den Erzbischöfen und Bischöfen der drei Konfessionen.

Aus der Mitte des Landtages wird auf die Dauer von sechs Jahren ein Landesausschuß gewählt, dem das Schulwesen, die öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen, die öffentlichen Arbeiten und das Finanzwesen unterstehen. An der Spitze des Ausschusses steht ein Landmarschall, den der Kaiser ernennt.

Als Kronland der österreichisch-ungarischen Monarchie nimmt Galizien teil an den Reichssachen und entsendet zu diesem Zweck Abgeordnete in den Reichsrat. Die Abgeordneten haben bei der Beratung und der Beschlußfassung die Interessen des Kronlandes zu vertreten. In das österreichische Abgeordnetenhaus sendet Galizien 78 Vertreter, und zwar 20 des Großgrundbesitzes, 13 der Städte, 3 der Handelskammern, 27 der Landgemeinden und 15 der allgemeinen Wählerklasse.

Die Finanzverwaltung steht unter der Finanzlandesdirektion in Lemberg, der für die direkten Steuern die Steuerinspektorate mit 184 Steuerämtern, für die indirekten Abgaben die 17 Finanzbezirksdirektionen mit 28 Zollämtern sowie die Finanzprokuratur, das Gebührenbemessungsamt, die Landeshauptkasse, das Lottoamt, 5 Tabakfabriken und 12 Salinenverwaltungen unterstehen.

Die Rechtspflege wird in erster Instanz von 2 Landes-, 14 Kreis- und 185 Bezirksgerichten gehandhabt, in zweiter Instanz von den beiden Oberlandesgerichten in Lemberg und Krakau, in dritter Instanz von dem obersten Gerichtshof in Wien.

In Lemberg und Krakau befinden sich Staatseisenbahndirektionen mit 19 untergeordneten Bahnbetriebsämtern. Weiterhin hat die Post- und Telegraphendirektion in Lemberg ihren Sitz, sowie die Gewerbeinspektur, die Eichinspektur

mit 34 Eichämtern. Handels- und Gewerbekammern befinden ſich in Lemberg, Krakau und Brody. Für das Bergweſen beſteht die Berghauptmannſchaft in Krakau, mit Revierbergämtern in Krakau, Jaslo, Drohobycz und Stanislau, ferner die Berg- und Hüttenverwaltung in Swoszowice. Für das Forſtweſen beſteht die Forſt- und Domänendirektion in Lemberg, mit 49 Forſtverwaltungen.

Die kirchliche Einteilung des Landes zerfällt in das Erzbistum Lemberg mit 2 Suffraganen in Przemyśl und Tarnów und das unmittelbare Bistum Krakau für die Katholiken, in das Erzbistum Lemberg mit 2 Suffraganen in Przemyśl und Stanislau für die griechiſch-katholiſche Konfeſſion und das Erzbistum Lemberg für die armeniſche. Die evangeliſche Kirche hat eine Superintendenz in Biała, 3 Seniorate und 22 Pfarreien, wovon 19 auf die Augsburger und 3 auf die helvetiſche Konfeſſion entfallen. Auf die iſraelitiſche Konfeſſion entfallen 252 Kultusgemeinden.

Eine Galizien eigentümliche Inſtitution iſt die des Miniſteriums für Galizien. Sie iſt auf die frühere galiziſche Hofkanzlei zurückzuführen, die 1774 errichtet wurde, 1802 in der gemeinſamen Hofkanzlei aufging, und um deren Neueinrichtung 1866 Fürſt Sapieha im Namen Galiziens als Wortführer einer vom galiziſchen Landtag an den Kaiſer entſandten Deputation nachſuchte. Die Forderung der Polen, einen Landesminiſter im Rate der Krone zu erhalten, bildete 1868 eines der Hauptpoſtulate der galiziſchen Reſolution. Alle mit der Reſolution zuſammenhängenden Regierungsvorlagen führten ſtets den Miniſter, der das Königreich Galizien und Lodomerien im Rate der Krone vertreten ſollte, ausdrücklich an. In den Beſtimmungen über den Wirkungskreis des Miniſters Dr. Ziemiałkowski z. B., die kraft einer allerhöchſten Entſchließung von 1873 ergangen waren, wird auf die das Land Galizien betreffenden Angelegenheiten hin-

gewiesen. Der Minister für Galizien nimmt eine von den Landsmannministern — wie der deutsche und böhmische — wesentlich verschiedene Stellung ein. Ihm liegt nicht der Schutz einer Nationalität ob, sondern der der Autonomie des Landes. Er ist im vollsten Sinne des Wortes Landesminister. Er hat nicht nur die das Land Galizien betreffenden Maßnahmen zu überprüfen, sondern vertritt auch reine Reichsangelegenheiten.

Die Amtssprache

Auf Grund der Verordnung des Gesamtministeriums vom 5. Juni 1869 ist Polnisch Amtssprache, mit entsprechender Berücksichtigung des Ruthenischen bei den staatlichen Verwaltungsbehörden und Gerichten, im inneren Dienst sowohl wie im Verkehr mit Behörden.

Dagegen ist im Verkehr mit den Zentralstellen und den Militärbehörden Deutsch als Amtssprache beibehalten worden.

Auch die Geschäftssprache des Landtags und des Landesausschusses ist Polnisch, vorbehaltlich der Berücksichtigung des Ruthenischen. Auch die äußere Amtssprache des Landesausschusses im Verkehr mit landesfürstlichen Behörden ist Polnisch. Den Bezirks- und Gemeindebehörden steht das selbständige Bestimmungsrecht ihrer inneren Amtssprache zu, sie müssen aber auch andersprachige Eingaben erledigen.

Unterrichtsweſen

Wie ſchon erwähnt, wurde durch ein Landesgeſetz von 1867 Polniſch beziehungsweiſe Ruthenisch als Unterrichtsſprache in allen Volks- und Mittelſchulen eingeführt. 1873 folgte eine Reorganiſation der Volksſchulen, die die Zahl derſelben beträchtlich erhöhte. Geleitet wird das Schulweſen mit Ausnahme der Hochſchulen vom Landesſchulrat in Lemberg.

1910 gab es 2967 polniſche, 2460 ruthenische und 26 deutſche Volksſchulen, 56 polniſche Staatsgymnaſien, 6 ruthenische, 2 utraquiſtiſche und 1 deutſches. 19 Privatgymnaſien mit Öffentlichkeitsrecht für Knaben, davon 15 polniſche, 2 ruthenische, 3 utraquiſtiſche, und 14 für Mädchen, davon 13 polniſche und 1 ruthenisches. Endlich beſtehen 14 polniſche Staatsrealſchulen.

Von den 2 Landesuniverſitäten wurde die Univerſität zu Krakau von Kaſimir dem Großen 1364 als die zweitälteſte Mitteleuropas gegründet. Sie führt den Namen Jagielloniſche Univerſität, weil ſie durch die Stiftung des Polenkönigs Wladyslaw Jagiello und der Königin Hedwig erneuert wurde. Seitdem wurde ſie die Hochburg der Wiſſenſchaften des geiſtigen Lebens überhaupt im Oſten. Seit 1870 iſt Polniſch Vortrags- und Prüfungsſprache.

Die Univerſität zu Lemberg iſt 1661 von dem Polenkönig Johann Kaſimir als Jeſuitenuniverſität gegründet worden. Nachdem 1848 vorübergehend die polniſche Vortragsſprache wieder eingeführt wurde, wurde 1871 beziehungsweiſe 1879 das Polniſche auch zur Amts- und Prüfungsſprache erhoben, mit Berückſichtigung des Deutſchen und Ruthenischen. Heute beſtehen an der Lemberger Univerſität neben polniſchen auch ruthenische Katheder.

Außerdem beſitzt das Land theologiſche Lehranſtalten, eine

kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Krakau, Kunstschulen, zahlreiche Schulen für Musik, Kunstgewerbeschulen in Krakau und Lemberg, gewerbliche Fortbildungsschulen, Handels- und Gewerbeschulen, Bildungsanstalten für Lehrer und Lehrerinnen, land- und forstwirtschaftliche Schulen, die landwirtschaftliche Hochschule in Dublany, Bergbau- und Tierarzneischulen u. a. m.

Die polniſch-öſterreichiſche Politik

Auf den Trümmern des Aufſtandes von 1863 erwuchs in Galizien eine politiſche Schule, die den gegebenen Umſtänden Rechnung tragend und aus dem Zuſammenbruch der revolutionären Strömungen die Lehren ziehend ſich zur Aufgabe ſtellte, eine Generation großzuziehen, die radikal mit den althergebrachten Anſchauungen und Begriffen der Wiederherſtellung Polens durch Erhebungen brechen, allen Gefühlspatriotismus verbannen und einem anderen Patriotismus den Weg bahnen ſollte.

„Arbeit für das allgemeine Wohl im Intereſſe der nationalen Exiſtenz“ ſchrieb die Schule auf ihre Fahnen. An die Stelle des „ſchädlichen Patriotismus“, der den tiefen Sturz Polens verurſacht hatte, ſollte der „politiſche Patriotismus“ treten. Hierzu bedurfte es zunächſt der Aufdeckung der Grundübel, die im Charakter der Nation wurzelten. Die hiſtoriſche Forſchung ſollte die Pſychologie der polniſchen Geſchichte erſchließen. Der Hiſtoriker Joſef von Szujski wurde hierzu berufen.

Man bezichtigte die Schule der Verbreitung der reaktionärſten ultrakonſervativen Tendenzen. Ihre Anhänger behaupteten dagegen, nur ein Ziel ins Auge gefaßt zu haben, nämlich: die Erhaltung der polniſchen Nationalität und die Schaffung von Möglichkeiten, daß die Nation auch ohne ſtaatliche Form ſich behaupten und eine ehrenvolle Stellung innerhalb der anderen Nationen einnehmen könnte, und endlich die Schaffung von Bedingungen für ihre nationale Exiſtenz innerhalb der drei Teilungsmächte. Hierbei ſollte den Mangel der ſtaatlichen Einheit die nationale Einheit erſetzen.

Das Programm der Schule forderte Anerkennung und Unterſtützung der Obrigkeit und der beſtehenden Ordnung, vorbehaltloſe Loyalität gegenüber dem Throne und Mitwirken im Intereſſe des Staates, und ſtützte ſich dabei auf das Gefühl

des Rechts auf eine nationale Existenz und auf die Achtung derselben seitens der Regierung.

Als Begründer der Schule traten Stanislaw von Kozmian, Graf Stanislaw Tarnowski, der spätere Rektor der Jagiellonischen Universität und bekannte Literarhistoriker Josef von Szujski und Graf Ludwig Wodzicki auf.

Aus dieser Schule ging die starke nationalkonservative Partei hervor, die seitdem in Galizien sich zu behaupten wußte, eine führende Stellung in der Politik der galizischen Polen einnahm und das nationale System Galiziens vollzog. Getauft wurde sie mit dem Namen der „Stańczycy" nach der „Teka Stańczyka", Mappe des Hofnarren, der als einziger dem König die Wahrheit in die Augen zu sagen wagte.

In der Form der Satire sollten die Schwächen und Grundfehler der polnischen Gesellschaft grell beleuchtet und mit schneidender Schärfe gebrandmarkt werden. Die Satire, die die polnische Verschwörungspolitik rücksichtslos verdammte, sollte zugleich einen Prüfstein für die polnische Gesellschaft selbst bilden. Neben der Herausgabe der Mappe versuchte die Schule durch historische und publizistische Arbeiten die öffentliche Meinung über ihre Wege und Ziele zu orientieren und möglichst große Kreise für ihre Idee zu gewinnen. Obwohl der Schule schon eine Gruppe der polnischen Gesellschaft mit Gołuchowski und Potocki an der Spitze die Bahn vorgezeichnet und geebnet hatte, ging erst aus ihr die starke politische Partei hervor, die die Bedeutung der Polen als politischen, staatserhaltenden Faktors der österreichisch ungarischen Monarchie klar vor Augen führte und zugleich den Boden der nationalen Existenz festigte.

Das Auftreten einer politischen Partei im Lager der Polen, mit einem polnisch-österreichischen Programm, war insofern zu jener Zeit von besonderer Bedeutung, als nach 1863 der Schwerpunkt der polnischen Nationalexistenz nach Österreich

verlegt wurde. Von nun an sollte „in guten und schlechten Zeiten“*) — führt einer der Begründer der Schule, v. Koźmian, aus — „die Gesellschaft auf der Warte ihrer nationalen Existenz stehen lernen; die Kunst, als Nation zu leben, sollte ihr beigebracht werden“. Die unheilvollen Extreme des Mangels an Patriotismus und des schädlichen Patriotismus hatte die Schule von sich geschleudert und ihr Bestreben „auf staatsrechtliche und nicht auf territoriale Revindikationen“ gerichtet, sich dabei auf „die angeborenen Rechte und nicht etwa die bloße Existenz der Teilungsmächte“ stützend.

Während die früheren konservativen Parteien ihr Programm auf sozialen und religiösen Grundsätzen aufbauten, erkannten die „Stańczycy“ nur politische an. Ihre Führer wurden Graf Adam Potocki, Fürst Lubomirski und Grocholski.

Trotz der erbitterten Anfeindung seitens der Nationalradikalen verstand es diese äußerste Rechte des politischen Lebens Galiziens, über alle Schwierigkeiten und Hindernisse, die ihr von ihren politischen Gegnern in den Weg gelegt wurden, hinweg sich zu behaupten, und verkörpert heute noch die galizische Polenpolitik.

So verschieden aber auch die innersten politischen und sozialen Grundideen der einzelnen sein mochten — denn selbstverständlich hat sich im Laufe der Zeit die polnische Gesellschaft in verschiedene Parteien gespalten, die ganz andere Grundsätze in ihr Programm aufnahmen — die Tatsache steht fest, daß alle von der österreichisch-ungarischen Regierung auf die wichtigsten Posten berufenen galizischen Staatsmänner die von der Stańczykenschule angebahnten Wege verfolgten, zum Wohle ihres Heimatlandes und zum Wohle der österreichisch-ungarischen Monarchie.

So bilden denn heute auch die Polen Galiziens ein kräftiges, staatserhaltendes Element, auf das sich die Regierung in den

*) v. Kozmian: Das Jahr 1863. Übersetzt von Dr. Landau. S. 400.

schwierigsten Fragen, die an sie herantreten, jederzeit stützen kann.

Im gegebenen Falle versagten denn auch die österreichischen Polen nicht, im Gegenteil, sie erwiesen sich als einer der festesten Grundpfeiler der Monarchie und erbrachten bei den letzten Ereignissen unterschiedslos den vollen Beweis hierfür.

Die ruthenische Frage

Zur Beleuchtung der eigenartigen Nationalitätenfrage in Galizien und zur Begründung, beziehungsweise Entkräftung einzelner ruthenischer Forderungen ist ein kurzer historischer Rückblick notwendig.

Der Polenkönig Kasimir der Große, der seine besondere Aufmerksamkeit nach Osten richtete, erwarb nach langwierigen und blutigen Kämpfen mit Tataren und Litauern und nach Niederwerfung der inneren, seinen Plänen sich widersetzenden Elemente Rotrußland und Wladimir für die polnische Krone (1340—1370). An Umfang und Territorium entspricht dieses Gebiet dem heutigen Ostgalizien. Kasimir beschloß, dem bis dahin unter tatarischem Joche dahinsiechenden Lande alle Segnungen der Zivilisation und Kultur zu übermitteln, und entfaltete gleich in der nächsten Zeit eine umfassende Tätigkeit in dem neu erworbenen Gebiet. Die Bauten in Przemyśl, Lemberg, Halicz u. a. zeugen von seinen Bemühungen um die kulturelle Hebung des Landes. Neben der katholischen beschloß er auch die schismatische Hierarchie im Lande zu sichern.

Sein Nachfolger, der Ungarkönig Ludwig, behandelte Rotrußland im Interesse seiner dynastischen Politik. Durch die Heirat seiner Tochter Hedwig, der er die polnische Krone sichergestellt hatte, mit dem Litauer Fürsten Jagiello verwuchs Rotrußland endgültig und fest mit dem Polenreich, dem zu jener Zeit an Umfang kein anderes gleichkam.

Mit dem Aufschwung des Großfürstentums Moskau trat Polen ein erbitterter Feind entgegen, den es nach Erweiterung der ethnographischen und religiösen Grenze der ruthenischen Millionen gelüstete, und der zur Verwirklichung seiner Pläne sich vornehmlich der Kirche bediente. Die katholische Tendenz der ersten Jagiellonen richtete sich nun gegen die schismatische Kirche. Trotz der verschiedentlichen Versuche

einer Union verblieben die Ruthenen Galiziens bis zur Synode von Zamość 1720 schismatisch.

Die nächste Folge der langjährigen religiösen Gegensätze war die teilweise Verschmelzung des griechisch-unierten Adels mit dem Polentum. Die breite Masse des Volkes gab die feindlichen Tendenzen trotz der blutigen Ereignisse von 1768 in der Ukraina auf. Bloß die sich zurückgesetzt fühlende und um ihren Einfluß bangende ruthenische Geistlichkeit ließ sich in ihrem erbitterten Haß gegen das Polentum nicht beschwichtigen.

Im Laufe der Jahre haben sich die Gegensätze insofern ausgeglichen, als der ruthenische Adel gänzlich und auch der größte Teil der ruthenischen Intelligenz im Polentum aufging. Selbst die Geistlichkeit bediente sich nunmehr auch der polnischen Sprache, und nur das Landvolk behielt die ruthenische bei. Erst nach den Teilungen Polens entstand eine nationale ruthenische Strömung zuerst bei den Ruthenen Rußlands, griff aber auch bald auf das galizische Gebiet über. Statt sich aber auf die historischen Grundlagen, auf die Entwicklung der gemeinsamen polnisch-ruthenischen Geschichte zu stützen und so auf ein gegenseitiges Einvernehmen hinzuarbeiten, nahm die Strömung einen offenen polenfeindlichen Charakter an. Mit einem Schlage sollte ein 500 Jahre langes Zusammenleben ausgemerzt werden. Krampfhaft wurden Beweise für die jahrelange Unterdrückung der ruthenischen Nationalität seitens der Polen herangeholt. Die großen religiösen und sozialen Grundsätze wurden sämtlich auf die Grundlage der ruthenischen Nationalität zurückgeführt, obwohl sie zu jener Zeit, aus der sie herangezogen wurden, in allgemeinen, viel größere Gebiete umfassenden Fragen wurzelten, in die eben auch die Ruthenenfrage hineingewoben war. Immer mehr traten die Bestrebungen der ruthenischen Bevölkerung nach nationaler Selbständigkeit in den Vordergrund. Während sie

vorhin nur die Wahrung ihrer nationalen Eigenart auf ihr Banner geschrieben hatten, verlangten sie jetzt Selbständigkeit. Die Führung übernahm die Geistlichkeit, da weder ein Adel noch eine Intelligenz zur Verfügung waren, denn das ruthenische Volk bestand damals eigentlich nur aus der großen Bauernmasse und aus der aus ihr hervorgegangenen Geistlichkeit. Zudem bedienten sie sich einer kirchlich-slawischen Sprache, die allgemein unverständlich war, eine Aufklärung und Bildung der Masse unmöglich machte und deshalb auch ein Haupthindernis für eine nationale Wiedergeburt darstellte.

Seit 1829 nahm sich nun des Ruthenenvolkes ein Teil der galizischen polnischen Jugend unter der Führung Szaszkiewicz' an.

Zunächst mußte das Sprachhindernis beseitigt werden durch Schaffung einer einheitlichen ruthenischen Sprache. Zu diesem Zweck ging man an den Druck und die Herausgabe von Volksschriften und Übersetzungen in die ruthenische Volkssprache und versuchte auf solche Weise, diese Sprache der ruthenischen Bauernschaft allgemein beizubringen.

Die österreichische Regierung begünstigte die nationalruthenische Strömung, stellte sie ihr doch nach den ersten Teilungen Polens eine sichere Handhabe zur Bekämpfung des Polentums zur Verfügung und gab ihr ein Mittel in die Hand, das sie gegen dieses Polentum, dem sie damals noch mißtraute, jederzeit ausspielen konnte. Bald sollte auch die freundliche Stellung, die Österreich den Ruthenen gegenüber einnahm, Früchte zeitigen. 1848 beschlossen die Ruthenen, mit den Polen nicht einig zu gehen. Sie beriefen einen ruthenischen Rat ins Leben, der alle Bestrebungen und Forderungen des polnischen Nationalrates durchkreuzen und paralysieren sollte.

Sie verlangten eine Trennung Galiziens in ein polnisches und ein ruthenisches Gebiet und bestanden auf der Beibehaltung des Deutschen als Unterrichts- und Amtssprache, bezw.

Einführung des Ruthenischen. Auf Einladung des Gouverneurs von Galizien, Graf Stadion, kamen in Lemberg 300 ruthenische Geistliche zusammen und legten ihr politisches Programm vor, das auch ihre Forderungen enthielt: die Gleichstellung der griechisch-katholischen Kirche und ihrer Geistlichkeit mit der römisch-katholischen; die Einführung der ruthenischen Volkssprache als Amts- und Unterrichtssprache.

Da es sich aber mit der Zeit herausstellte, daß es der ruthenischen Geistlichkeit hauptsächlich um sich selbst und ihre materiellen Vorteile zu tun war, daß sie sich aber der Interessen des Volkes nicht anzunehmen gedachte und sich blind der Regierung anvertraute, ohne zu bedenken, daß das Wohlwollen und die Geneigtheit einmal, wenn nötig, ins Gegenteil umschlagen könnten, löste sich die jüngere Generation der Ruthenen von ihr, um andere Richtlinien einzuschlagen. Zur selben Zeit gewannen die Polen in Galizien endgültig die Oberhand. Den Händen der ruthenischen Geistlichkeit entglitt allmählich die politische Führung, nachdem endlich eine ruthenische Intelligenz dem ruthenischen Volke erstand. Für die Entwicklung dieser Intelligenz war der Einfluß aus der Ukraina und die Befruchtung der nationalen Idee durch die vaterländischen Dichtungen eines der größten Ukrainer, Szewczenko, von entscheidender Bedeutung.

Das Aufkommen der jüngeren Generation spaltete die Ruthenen in zwei Lager: in die Anhänger der alten Richtung, die sich ausschließlich auf die Regierung stützten, und in eine neue nationale Richtung, die in der breiten Masse des Volkes eine Grundlage für ihre Politik schaffen wollte. Auch rein sprachlich trennte die beiden Parteien eine tiefe Kluft.

Während die „Altruthenen" sich eines Gemisches von Ruthenisch und der alten kirchlich-slawischen Sprache bedienen, hat die Nationalpartei dieses Idiom endgültig verbannt und an seine Stelle die ruthenische Volkssprache gesetzt. Mit der

Zeit gewann die neue Richtung, die Partei der Nationalisten, die Oberhand und steuert mit allen Kräften einem Ziele zu: der Teilung Galiziens und der nationalen Selbständigkeit. Es muß zugegeben werden, daß sie in verhältnismäßig kurzer Zeit große Erfolge erreichte. Während in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts das Volk weder eine einheitliche Sprache noch eine Intelligenz besaß, die es heben und seine Lage verbessern konnte, verfügt es heute über eine Reihe begabter und angesehener Männer, die ruthenische Volkssprache hat sich vollkommen eingebürgert, sowohl im privaten wie im öffentlichen Leben.

Aus der Mitte der ruthenischen Nationalisten ist die heute stärkste ruthenische Partei hervorgegangen, die der Nationaldemokraten. Ihre Bestrebungen richten sich in aller Schärfe auf die völlige Lostrennung Ostgaliziens. Sie beanspruchen Ostgalizien ausschließlich für sich, fordern die Einführung ruthenischer Verwaltung und Verdrängung des polnischen Elements. Sie wenden sich schroff nicht allein gegen die in Ostgalizien wohnenden Polen, sondern gegen die polnische Nation überhaupt. Auf der anderen Seite stehen ihnen die polnischen Nationaldemokraten gegenüber, die alle Forderungen der Ruthenen ablehnen und Zugeständnisse der Polen an die Ruthenen verwerfen. Diese zwei Parteien führen einen hartnäckigen Kampf und verhindern weitergehende Kompromisse. Zeitweilig spitzt sich die Lage dermaßen zu, daß der politische Kampf in chauvinistische Hetzen ausartet, daß junge ruthenische Fanatiker sich zu Verbrechen hinreißen lassen, wovon die Ermordung des galizischen Statthalters Grafen Andreas Potocki durch den ruthenischen Studenten Siczynski Zeugnis ablegt.

Welchen Standpunkt man in der galizischen Ruthenenfrage auch einnehmen mag, rein objektiv muß festgestellt werden, daß an sich beide Lager im Recht sind, obwohl jedes das

Recht für sich ausschließlich in Anspruch nimmt. Es handelt sich lediglich darum, inwieweit die Ruthenen in ihren Forderungen den Rahmen berechtigter Ansprüche übersteigen und inwieweit die Zugeständnisse von polnischer Seite den berechtigten ruthenischen Postulaten entgegengekommen sind.

Zur klaren Beurteilung der politischen Lage seien hier kurz folgende Tatsachen festgestellt: 500 Jahre lang war Rotrußland und Wladimir eine polnische Provinz. Nach 500 Jahren erwachte der ruthenische Nationalgeist mit besonderer Kraft. Daß die nationale Idee sich durch die lange Zeitspanne hindurchgerungen hat, verdient alle Anerkennung; freilich ist hierbei nicht zu vergessen, daß zu diesem Erwachen die Polen selbst kräftig mitgeholfen haben. Nun verlangen die Ruthenen vorbehaltlose Achtung ihrer Nationalität. Innerhalb eines zivilisierten Staatenverbandes ist es wohl ein in jeder Hinsicht berechtigter Wunsch. Dieser Forderung kamen denn auch die Polen in wesentlichen Punkten nach, und diesen Gesichtspunkt vertraten auch die maßgebenden polnischen Kreise: ein Nebeneinanderleben in Frieden bei gegenseitiger Achtung der Nationalität und bei Wahrung der staatlichen Zusammengehörigkeit.

Die Ruthenen sind in Ostgalizien als besondere Nationalität anerkannt worden. Das ist eine Tatsache, die nicht abgeleugnet werden kann. In weitgehendem Maße sind für Ostgalizien die ruthenischen Forderungen berücksichtigt worden: die Ruthenen besitzen eigene Volksschulen, deren Zahl der Gesamtzahl der polnischen Volksschulen in Galizien nahe kommt. Es bestehen rein ruthenische Staatsgymnasien. Auf der Lemberger Universität sind ruthenische Katheder zugelassen mit ruthenischer Vortragssprache. Im öffentlichen Leben findet das Ruthenische überall Berücksichtigung, obwohl Polnisch als Amtssprache gilt. Im galizischen Landtag ist es den ruthenischen Abgeordneten freigestellt, sich ihrer Mutter-

sprache zu bedienen, die Landtagssession hat der Landmarschall in beiden Landessprachen zu eröffnen. Auch die Frage der griechisch-katholischen Kirche, die seit jeher ein Hauptbestandteil der ruthenischen Frage bildete, ist geregelt. Die griechisch-katholische Kirche mit dem Erzbistum Lemberg und den Bistümern Przemysl und Stanislau ist der römisch-katholischen gleichgestellt. Diese Tatsachen, die eine weitgehende, wenngleich nicht erschöpfende Berücksichtigung der ruthenischen Forderungen seitens der Polen darstellen, dürften die gegenteiligen Behauptungen entkräften.

Die Märchen von dem polnischen Joch und der polnischen Unterdrückung können deshalb auch nur bei Uneingeweihten einen Eindruck hervorrufen. Das ist auch vornehmlich ihr Zweck. Hierzu werden bewußt falsche Tatsachen verstreut und als Agitationsmittel von den einzelnen Parteien ausgenützt. Zu einer Verständigung tragen sie wirklich nicht bei, im Gegenteil, sie sind danach angetan, um beide Nationalitäten immer mehr zu entzweien.

Auf der Grundlage gegenseitigen Entgegenkommens und gegenseitiger Mäßigung wäre ein Ausgleich der Polen und Ruthenen möglich, spielte in der polnisch-ruthenischen Frage nicht ein verderblicher Chauvinismus mit hinein, der immer von neuem einen Keil zwischen die beiden Nationalitäten schlägt und für beide politisch gefährlich ist. Statt im Interesse des Landes politisch einig zu gehen, spaltet sich die polnische und ruthenische Bevölkerung Galiziens in feindliche Lager, in denen einzelne Parteien mit erbittertem Haß sich gegenseitig bekämpfen. Daß freilich die Polen einer Lostrennung Ostgaliziens sich widersetzen, daß sie nicht freiwillig einen Teil des mit ihnen seit 500 Jahren verbundenen Landes aufgeben wollen, ist erklärlich.

So berechtigt die ruthenische Forderung der Anerkennung und Achtung ihrer Nationalität an sich ist, so verständlich ist

die Weigerung der Polen, Ostgalizien preiszugeben, zumal die Städte Ostgaliziens vorwiegend polnisch sind und auch einen ausgeprägt polnischen Charakter tragen. Die Bevölkerung Lembergs z. B. setzt sich wie schon erwähnt aus 85,8 Proz. Polen, 10,8 Proz. Ruthenen und 2,9 Proz. Deutschen zusammen. Der Chauvinismus, von dem oben die Rede war, versteigt sich auf ruthenischer Seite zu maßlosen Forderungen, läßt auf polnischer Seite selbstverständlich auch die ruthenenfeindlichen Elemente erstarken und setzt der Anbahnung eines Ausgleiches immer neue Schwierigkeiten entgegen. Auch auf die Gesellschaft der beiden Nationalitäten wirkt er schädlich ein, indem er sie voneinander fernhält und einen Zusammenschluß, der eine Verständigung fördern könnte, wesentlich erschwert.

Eine gesellschaftliche Annäherung der beiden Nationalitäten könnte als erster Schritt auf dem Wege zur Beilegung der Zerwürfnisse von weittragender Bedeutung werden und zu einer Verständigung der beiden Völker beitragen, was sicher im Interesse des Landes in mancher Beziehung wünschenswert wäre.

Die Legionen

Den Beweis ihrer Dankbarkeit für die Verwirklichung ihrer Hoffnungen und die Ermöglichung ihrer politischen und kulturellen Entwicklung, für die Wahrung und Achtung ihrer Nationalität durch den Kaiser Franz Joseph und seine Regierung erbrachten die Polen Galiziens bei Ausbruch des Weltkrieges.

Dankbarkeitspflicht und auch der Drang eines politisch reifen Volkes nach politischer Betätigung in einem entscheidenden Augenblick waren die Motive, die sie bewogen, weit über die allgemeinen Untertanenpflichten hinauszugehen, trotz des Bewußtseins, daß ihre Heimat als Grenzland der österreichisch-ungarischen Monarchie den größten Opfern unterworfen sein werde.

Am 16. August wurde das Oberste Polnische Nationalkomitee ins Leben gerufen, und polnische Legionen wurden im Anschluß an Österreich-Ungarn gegründet.

Sie bilden den Ausdruck der politischen Idee der Polen. Beiläufig sei bemerkt, daß die treibende Kraft der militärischen Bewegung, die so mächtig unter den Polen Galiziens einsetzte, ein Emigrant von 1905 aus Kongreß-Polen war, der jetzige Chef des ersten Regiments der polnischen Legionen, Josef Pilsudzki.

Zum Präsidenten des Nationalkomitees wurde der Universitätsprofessor Ladislaus Leopold Ritter von Jaworski gewählt. Das Organ des Komitees ist die in Wien erscheinende Wochenschrift für polnische Interessen „Polen".

„In rückhaltloser Treue dem Monarchen" — heißt es im Programm des Komitees — „der uns hochherzige Gerechtigkeit angedeihen ließ, zugetan, folgten wir hoffend und stets vertrauend der von seiner Weisheit vorgezeichneten Reichspolitik. Wir wußten, daß es über kurz oder lang zu einem

Zuſammenſtoße zwiſchen Weſten und Oſten kommen müſſe und wollten für dieſen Zeitpunkt nach außen und nach innen gerüſtet ſein. Wir erachteten es daher als unſere Pflicht, zur Machtſtellung des Reiches auf allen Gebieten beizutragen, insbeſondere den Panſlawismus, deſſen prinzipielle Hohlheit uns am beſten bekannt war, bei allen ſlawiſchen Völkern zu bekämpfen . . .

„In einer Zeit, wo auf Schlachtfeldern Staaten keimen und die Weltkarte ſich ändert, will das polniſche Volk kein ſtummer Zeuge der Ereigniſſe ſein, die ſich dort zum großen Teil auf ſeinem eigenen Boden abſpielen*)."

Ungeachtet der Rieſenverluſte, die die Polen Galiziens erlitten, wurden Millionen zuſammengebracht, um die Bildung der Legionen zu ermöglichen. Mit freudiger Opferwilligkeit gab das Volk alles her. Tauſende von Jünglingen zogen begeiſtert in den Kampf gegen Rußland. Auf allen Schlachtfeldern, von den Oſtkarpathen und der Bukowina bis vor Iwangorod und Warſchau vergoſſen ſie heldenhaft ihr Blut für Öſterreich-Ungarn.

Das iſt eine Tat, über die die Weltgeſchichte nicht ſtillſchweigend wird hinweggehen können. Das Land verwüſtet, das Volk brotlos, in Elend und Not, und begeiſtert ſtürzt ſich der Reſt der Jugend des Landes tollkühn in den Kampf.

In voller Würdigung der gewaltigen Idee, von der ſich die Legionäre beſeelen ließen, in voller Würdigung ihres Heldenmuts und ihrer Tapferkeit entſandte Kaiſer Franz Joſeph den Erzherzog-Thronfolger zu ihnen mit dem Auftrag, dem Kommando und den Legionen die allerhöchſte Anerkennung und Zufriedenheit für die ſo tüchtige und ausgezeichnete Kriegsleiſtung der polniſchen Legionen zu übermitteln.

Dem Beſuche des Thronfolgers wurde hohe politiſche Bedeutung beigemeſſen und dieſe Anſicht auch in einem Tages-

*) „Polen", Heft 1.

befehl ausgesprochen, den der Kommandant am darauffolgenden Tage ausgab:

„Legionäre! Eure Mühen, Euer mehrmonatliches opfervolles Ringen mit dem Erbfeinde der polnischen Nation hat schon namhafte militärische Erfolge gezeitigt und beginnt jetzt der ganzen Nation große Vorteile und Errungenschaften auch auf anderen Betätigungsgebieten des nationalen Lebens zu bringen. Beweis dessen der heutige Anerkennungsakt von einer so hohen und erhabenen, dem Soldatenberufe so ganz ergebenen Persönlichkeit, die die Zukunft der Monarchie repräsentiert, in der wir Polen einen Hort unserer nationalen Berechtigungen gefunden haben. Ich bin überzeugt, daß Ihr, meine tapferen Soldaten, auch fernerhin durch ehrliche Arbeit und durch musterhafte Pflichterfüllung dem Ruhme des polnischen Schwertes und unserer Zukunft gleiche Anerkennung erkämpfen werdet, wie Euch heute geworden."

Kurz nach dem Besuche des Thronfolgers wurden dem Stab der Legionen, dem Feldmarschalleutnant Exzellenz Durski von Trzaska, dem Kommandanten der polnischen Legion, dem Stabschef Hauptmann von Zagórski, und dem Kommandanten des 3. Regiments der Legionen Major Haller von Hallenburg hohe kaiserliche Auszeichnungen verliehen, und bald darauf — am 10. Februar — wurde der Präsident des Obersten Polnischen Nationalkomitees vom Erzherzog Friedrich im Hauptquartier und vom Grafen Tisza in Budapest empfangen. Der Erzherzog äußerte sich in Worten wärmster Anerkennung über die Legionen und versicherte sie seiner väterlichen Fürsorge.

Es ist also ersichtlich, daß die polnischen Legionen nicht als eine unbedeutende Schar von Freiwilligen betrachtet werden dürfen, vielmehr erhellt aus den soeben geschilderten Vorgängen, daß, abgesehen von der politischen Tat, als welche sich

die Bildung der Legionen darstellt, diesen polnischen Regimentern auch hoher militärischer Wert beigemessen wird.

Charakteristisch und für die gegenteiligen Behauptungen entkräftend wirkt die Tatsache, daß die Legionen bei ihrem Vordringen in Kongreß-Polen von der dortigen Bevölkerung mit Begeisterung empfangen und gefeiert werden, und daß ihre Landsleute sich ihnen anschließen und sich freiwillig unter ihre Fahnen scharen.

Ein Tagesbefehl des Chefs der Militärsektion des Obersten Polnischen Nationalkomitees und Kommandanten der neu entstehenden Formation der Legionen zeugt von der Stimmung der Legionäre auf dem Boden Kongreß-Polens und der Auffassung der Aufgaben, die ihrer hier harren:

„Soldaten! Unser heißestes Sehnen ist in Erfüllung gegangen: Wir stehen auf dem Boden dieses Königreiches, an das wir dachten, als wir zum Schwerte griffen, für das die Militärsektion des Obersten Nationalkomitees seit ihrem Entstehen tätig war. Wir stoßen hier allüberall auf die Gebeine derer, die ehemals, vor uns, mit ihren Leibern den Weg zur Unabhängigkeit des Vaterlandes zu bahnen wünschten. Mit ihrem Blute ist dieser Boden durchtränkt. Nicht weit von uns im Osten liegt jenes Racławice, wo der oberste Befehlshaber (Kościuszko) sein Schwert zog im Kampfe um die Ehre und die Rettung der Republik, in dem zum ersten Male die Spitzen der Sensen des polnischen Bauern sich mit Ruhm bedeckten. Ebenfalls östlich von uns liegt jenes Miechów, wo im Februar 1863 die Krakauer Jugend niedergemäht wurde. Im Westen Zagłębie, das seinerzeit aus der Fülle seines Herzens die ersten Bemühungen unserer letzten Erhebung unterstützte, da die Unsrigen den Bahnhof in Sosnowice einzunehmen sich anschickten, in Dąbrowa Kanonen herzustellen versuchten . . . Wir sind sonach zu Hause, auf diesem Krakauer Gebiete, inmitten unsrer Brüder, inmitten von Grab-

ſtätten der Unſrigen, und niemand darf uns unſer Recht an dieſem Boden ſtreitig machen. Wir finden hier eine Bevölkerung, die an den ökonomiſchen Folgen des Kriegs leidet, die nicht ſicher iſt, welchen Weg ſie einzuſchlagen hätte, die oftmals unentſchloſſen iſt . . .

„Wo es Elend gibt, teilt Euch mit Eurem Brote. Wo Ihr Mangel an Mut und Glauben vorfindet, Ihr werdet ſie ſtärken. An Euch, polniſche Soldaten, liegt heute alles: die Aufgabe des Verteidigers dieſes Landes und die ſeines Bürgers*)."

*) „Polen", Heft 9.

Wirtſchaft

Geſchichtlicher Überblick

Als beſtes Mittel zur wirtſchaftlichen Förderung des neuerworbenen Landes erſchien Joſeph II. eine umfangreiche Koloniſation. Mit großem Koſtenaufwande wurden deutſche Bauern zur Beſiedelung Galiziens herangezogen, hauptſächlich in dem öſtlichen, dünn bevölkerten Teile. Die Zuwanderung deutſcher Handwerker und Gewerbetreibenden wurde mit Bewilligung von Prämien und Verleihung verſchiedener Privilegien begünſtigt und gefördert. Im Jahre 1846 ſtieg die Zahl der eingewanderten Deutſchen bis zu 100000. Alle Handelszweige beherrſchten dagegen die Juden.

Zur Zeit der reaktionären Ära Metternichs wurde Galizien auch in wirtſchaftlicher Hinſicht als ein unterworfenes Land behandelt, das vor allem germaniſiert werden mußte und deſſen Entwicklung unterbunden werden ſollte. Galizien ſollte nur als Abſatzmarkt für die Erzeugniſſe der weſtlichen Länder dienen und ſeine Produktion deshalb gehemmt werden.

Viele Jahre hindurch litt das Land an den Folgen der Metternichſchen Politik und konnte ſich noch lange hernach nicht erholen. Dann folgte der Kampf um die ſtaatliche Verfaſſungsreform und die Autonomie, der die gebildeten Bevölkerungsſchichten von ihrer Betätigung an der Hebung des Landes völlig abzog. Seinen Tiefpunkt erreichte der wirtſchaftliche Niedergang Galiziens, als endlich die politiſchen Verhältniſſe zwiſchen dem Kronland und der Monarchie geregelt wurden. Jetzt konnte man aber auch energiſch an die wirtſchaftliche Hebung des arg verwahrloſten und vernachläſſigten Landes ſchreiten.

Beſondere Verdienſte erwarben ſich hierbei der Landmarſchall Zyblikiewicz und der Begründer der galiziſchen Petroleuminduſtrie Szczepanowski.

Landwirtschaft

Galizien ist, trotz seiner heutigen umfassenden Industrialisierung, ein ausgesprochenes Agrarland.

Von dem Gesamtareal von 7 849 200 Hektar entfallen auf die landwirtschaftlichen Betriebe 70 Proz., und 26 Proz. auf die Forstwirtschaft. 80 Proz. der Gesamtbevölkerung leben von der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Einteilung der Bodenfläche ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Gesamtfläche: 7 849 200 Hektar*)

Äcker	%	Wiesen	%	Gärten	%
3 806 987	48,5	873 688	11,13	108 996	1,39
Weiden	**%**	**Wälder**	**%**	**unproduktive Fläche**	**%**
771 692	9,83	2 015 323	25,68	254 226	3,24

Was die Bodenbeschaffenheit anlangt, finden sich alle Arten vor: leichter Sandboden, schwerer Lehm- und Schwarzboden. Das Klima ist streng, kurze Sommer und lange kalte Winter bilden die Regel.

Besonders hemmend auf eine rationelle Entwicklung der Landwirtschaft Galiziens und auf die Intensität der Betriebe wirkt die Zerstücklung des Grundbesitzes in kleine Betriebe von 1 bis 10 Hektar einerseits, andererseits der Mangel an fachmännischer Bildung der großen Masse der agrarischen Bevölkerung, die Verschuldung des Bodens und der Mangel an Betriebskapitalien. Hier ist auch der Grund für das fortwährende Ansteigen der Auswanderung ins europäische Ausland und nach Amerika und für die verhältnismäßig geringen Ernteergebnisse Galiziens zu suchen. Das trotz der Schwierigkeiten und Hindernisse, die die Landwirtschaft zu überwinden hat, trotz der Krisen, von der sie betroffen wird — besonders

*) Das statistische Material ist dem Vortrag Dr. Sluszkiewicz': „Die Volkswirtschaft Galiziens und der Weltkrieg", abgedruckt in „Polen", entnommen.

gefährlich war in letzter Zeit die vom Jahre 1912 —, Fortschritte und Hebung der galizischen Landwirtschaft zu verzeichnen sind, zeugt von der wirtschaftlichen Kraft des galizischen Volkes, deren Erhaltung und Stärkung nicht nur für die Entwicklung Galiziens, sondern auch für die Monarchie von weittragender Bedeutung ist.

Der Ernteertrag von 1913 und die Anbaufläche der Getreidearten und Mais ergab folgende Zahlen:

	Anbaufläche in Hektar	Ernte in dz im ganzen	Ernte in dz pro Hekt.	Durchschnitt 1903 bis 1912
Weizen				
Gesamtgebiet	1212892	16227547	13^{4}	13^{3}
Galizien	537411	5033821	9^{4}	11^{5}
Böhmen	227697	483952	21^{2}	17^{7}
Niederösterreich	78056	1315266	16^{9}	15^{9}
Roggen				
Gesamtgebiet	1963602	27044707	13^{8}	13
Galizien	674666	5884912	8^{7}	10^{06}
Böhmen	530898	9943819	18^{7}	15^{8}
Niederösterreich	216282	3565065	16^{5}	14^{5}
Gerste				
Gesamtgebiet	1092131	17501568	16	14
Galizien	328869	3264585	9^{9}	10^{5}
Böhmen	318513	7076134	22^{2}	17^{6}
Niederösterreich	70043	1037328	14^{8}	14^{1}
Hafer				
Gesamtgebiet	1904718	26773700	14^{1}	11^{5}
Galizien	707072	6892732	9^{7}	10
Böhmen	499563	9773887	19^{6}	13^{9}
Niederösterreich	173165	2398546	13^{9}	11^{3}
Mais				
Gesamtgebiet	285531	3379655	11^{8}	12^{1}
Galizien	58374	304785	5^{2}	11^{6}
Böhmen	42	1037	24^{7}	35
Niederösterreich	17917	357493	20	14^{3}

	Marktfähige Ware	Gesamtwert der Ernte in 1000 Kronen	Durchschnitt der letzten 5 Jahre 1909—1913 in 1000 Kronen
Gesamtgebiet	85[9]	1470523	1564647
Galizien	68[4]	387205	438685[8]
Böhmen	96[3]	507263	—
Niederösterreich	85[1]	152563	—

Die Überwachung landwirtschaftlicher Interessen liegt der „Landeskommission für Landeskulturangelegenheiten" und dem „Departement für landwirtschaftliche Angelegenheiten", das bei dem Landesausschuß besteht, ob. Für die Förderung der Landwirtschaft haben sich die „Landwirtschaftsgesellschaften" in Lemberg und Krakau und der „Zentralverband" der Gauvereine, dem 1641 Gauvereine mit 71000 Mitgliedern angehören, besondere Verdienste erworben, und endlich die zahlreichen landwirtschaftlichen Schulen und Versuchsstationen.

Besonderes Interesse wird in Galizien der Viehzucht zugewendet. Neben Simmentaler, Ostfriesländer und Oldenburger Vieh wird auch ein heimischer Schlag, das polnische Rotvieh, gezüchtet, an Borstenvieh die Yorkshire und die Westfäler Rasseschweine. Kleingrundbesitzer betreiben in großem Maße Schaf- und Geflügelzucht. Hohe Zahlen erreichte der Absatz der Molkereiprodukte. 1911 setzte der Molkereiverband Lemberg nach Österreich-Ungarn und der Türkei für 1128000 Kronen Butter ab. Die galizischen Geflügel- und Eierverwertungsgenossenschaften setzen jährlich für 40 Millionen Kronen Eier nach Deutschland, nach der Schweiz und nach Frankreich ab. Dank der großangelegten Tätigkeit des landwirtschaftlichen Syndikats, des „Verbandes der Landwirtschaft für den Absatz der Produkte", dank der Organisation der „Galizischen Viehverwertungsgesellschaft", dem Interesse und der Unterstützung, welche das Ackerbauministerium

dem galizischen Viehstande und der Viehverwertung entgegenbringt, ist auf diesem Gebiete in Galizien ein mächtiger Aufschwung zu verzeichnen. Als besonders gesuchte Ware auf dem Wiener Markte gilt das galizische Borstenvieh. In den Jahren 1910 bis 1913 wurden insgesamt 1 561 000 Schweine galizischer Provenienz auf dem Wiener Zentralviehmarkte verkauft.

Hervorzuheben sind die hohen Ziffern der Nutztiere und des Geflügels, und interessant ist ein Vergleich mit den Zahlen des Gesamtgebiets und den Böhmens und Niederösterreichs:

Nutztiere und Geflügel im Jahre 1913

	Pferde	Hornvieh	Schweine	Schafe	Ziegen	Geflügel
Gesamtgebiet	1802848	9160009	6432080	2428101	1256778	35981129
Galizien	905807	2505012	1835935	358959	19284	11586372
Böhmen	250428	2290587	1012789	152998	406362	9604069
Niederösterreich	145107	609509	709549	44619	94500	2477369

Auftrieb von Schlachtvieh und Borstenvieh galizischer Provenienz auf dem Zentralviehmarkte zu St. Marx in Wien

Jahr	Schlachtvieh	Borstenvieh	Anmerkung
1910	27417	223715	In den Jahren 1912—1913 war die Viehausfuhr aus vielen galizischen Bezirken wegen der epidemisch herrschenden Maul- und Klauenseuche verboten.
1911	23782	528325	
1912	15130	546070	
1913	8383	263574	

Die auffallend hohe Zahl der Pferde (1. Tabelle) erklärt sich aus der Vorliebe der Polen, ja sogar des kleinen polnischen Bauern für die Aufzucht dieser Tiere. An autochthonen Rassen wird nur eine Eigenart, der „Huzule", gezüchtet, im allgemeinen aber die orientalische Rasse bevorzugt und gepflegt. Trotz der Bedeutung, die in gewissen Gestüten dem englischen Pferde beigemessen wird, überwiegt fast durchweg das arabische Geblüt.

Neben den Staatsgestüten und Staatshengstendepots sind

es vor allem die ersten Geschlechter des Landes, die sich der Hebung, Förderung und Pflege der Pferdezucht angenommen haben. Mit großem Aufwand und durch fachmännische Kenntnisse haben sie ihre Gestüte zu einem weit über Galizien hinausgehenden Ansehen gebracht. So sind besonders auch über die Grenzen des Landes bekannt die Gestüte des Fürsten Czartoryski in Pelkinie, der Grafen Tarnowski in Chorzelów und Dzików, des Grafen Dzieduszycki in Zarczowce, des Grafen Siemieński in Choroſtków, des Grafen Potocki in Łańcut, des Grafen Lanckoroński in Ulaszkowice, des Ritters Oſtaszewski in Klemkówka, des Ritters Jędrzejowicz in Dylągówka u. a. m.

Die Ausführungen lassen erkennen, welchen Wert Galizien als Speicherkammer Österreichs besitzt, welche Bedeutung dem Lande für die Fleischversorgung Österreichs zukommt und wie hoch der Wert der galizischen Pferdezucht angeschlagen werden muß.

Es wäre deshalb für die weitere Entwicklung der galizischen Landwirtschaft zu wünschen, daß die sie hemmenden Hindernisse mit tatkräftiger Unterstützung der Regierung beseitigt und verschiedene unumgängliche Meliorationen energisch in Angriff genommen und beschleunigt würden.

Die Bodenschätze Galiziens

Galizien besitzt das größte Salzbergwerk Österreichs. Schon im fünfzehnten Jahrhundert war der Salzreichtum Polens rühmlichst bekannt. Die Salzbergwerke Bochnia und Wieliczka gehören zu den ältesten Europas. Auf einer Strecke von 520 Kilometer von der Weichsel bei Wieliczka bis zur Moldau bei Kaczyka folgen die Salzlager Galiziens dem Höhenzug der Karpathen. Neben den genannten Salzbergwerken kommen noch besonders die Salinen in Lacko, Stebnik, Drohobycz, Bolechów, Dolina, Kałusz, Delatyn, Lanczyn und Kosów in Betracht. In Kałusz und Stebnik kommen Kalisalze in abbauwürdigen Mengen vor.

Die Gesamtproduktion an Salz, deren Gesamtwert in den Jahren 1911 bis 1913 und das Verhältnis zum Gesamtgebiet zeigt folgende Tabelle:

	Produktionen in dz in den Jahren			Wert in 1000 Kr. im Jahre		
	1911	1912	1913	1911	1912	1913
Gesamtgebiet	3427317	3967293	3590025	47154	47315	51099
Galizien	1412151	1689819	1997694	18046	16898	20675

Die Rohölproduktion Galiziens rangiert in der Weltproduktion gleich nach Nordamerika und Rußland, als Produktionsgebiet Europas nimmt es die zweite Stelle ein. Die Ölproduktion des Kronlandes deckt den Gesamtbedarf Österreich-Ungarns und wird außerdem noch nach dem Auslande, hauptsächlich nach Deutschland ausgeführt. Durchschnittlich kann der Wert einer Jahresproduktion an Rohöl mit 75 Millionen Kronen angegeben werden.

Seit einer Reihe von Jahren bildet das Becken von Borysław mit dem angrenzenden Becken von Tustanowice und Drohobycz eines der ergiebigsten Ölfelder Europas. In den Jahren 1880 bis 1912 belief sich die Höhe der Jahresproduktion in Waggons à 10000 Kilogramm (Zisternen) auf:

1880	3200
1890	9165
1900	34720
1910	176300
1912	118700

Die 53 in Galizien bestehenden Mineralöl-Raffinerien ergaben in der Kampagne 1912/13 einen Mineralölsteuerbruttoertrag von 13772579 Kronen.

Bemerkenswert ist das Vorkommen von Erdwachs (Ozokerit), das Galizien neben Rußland als einziges Gebiet der Welt besitzt.

Nicht zu unterschätzen sind endlich die Kohlenbergwerke Westgaliziens, die in geologischem Zusammenhange mit den schlesischen Kohlenlagern stehen. Die Steinkohlenindustrie war bis vor kurzem vernachlässigt, weil die galizische Kohle an Qualität der schlesischen Kohle nachstand, und die Einfuhr der letzteren durch die österreichischen Eisenbahntarife begünstigt wurde. Nun haben aber Versuchsbohrungen, welche 1908 bis zu 1000 Meter Tiefe vorgenommen wurden, ergeben, daß der galizische Steinkohlenvorrat 24,9 Milliarden Tonnen abbauwürdiger Kohle beträgt, die in jeder Beziehung die Konkurrenz der schlesischen Kohle ertragen kann.

1912 betrug die Gesamtproduktion der Steinkohle 19105321 Doppelzentner, der Gesamtwert 15264717 Kronen. Die Gesamtproduktion der Braunkohle betrug 358658 Doppelzentner, der Gesamtwert 453186 Kronen.

Zum Schluß sei noch auf den galizischen Reichtum an starken Heilquellen hingewiesen. Die Heilkraft der Quellen steht den bekanntesten ausländischen in nichts nach, im Gegenteil übertrifft sie in mancher Hinsicht bedeutend. Leider genießen die zahlreichen Bäder, Kurorte und Sanatorien infolge des völligen Mangels an Reklame nicht genügende Beachtung

im Auslande und werden hauptsächlich nur von Polen besucht, obwohl die Heilwirkung der Quellen und Naturschönheiten der Lage der Ortschaften sie befähigen, manchem Bad und Kurort von Weltruf an die Seite gestellt zu werden. Zu den bekanntesten gehören Iwonicz, Krynica, Truskawiec und Zakopane.

Die Industrialisierung Galiziens

Die Tätigkeit der autonomen Landesvertretung, die Bemühungen und die Organisation des Zentralverbandes der galizischen Fabrikindustriellen, der Landesindustriekommission, der Handels- und Gewerbekammern und die Arbeit einer stattlichen Reihe von industriellen Institutionen haben im Laufe der Jahre die Industrialisierung Galiziens ins Werk gesetzt.

Obwohl diese Bestrebungen erst vor zirka 30 Jahren begonnen haben, ist heute schon die Behauptung von dem industriearmen Galizien hinfällig geworden. Die Aufgabe war um so leichter, als die Bedingungen in hohem Maße in dem Reichtum des Landes an Rohstoffen und Bodenschätzen schon gegeben waren. Den Beweis für den raschen Aufschwung der galizischen Industrie liefert das ständige Steigen des Wertes der industriellen Produktion in den letzten Dezennien.

Dieser Umstand hat auch die Aufmerksamkeit der westlichen Industrie- und Finanzkreise auf Galizien gelenkt und sie zu einer regen Betätigung an neuen Industriegründungen bewogen. Besonders ist es Westgalizien, das an dem industriellen Aufschwunge teilnimmt. Der Osten wird wohl auch in der Zukunft durchweg Agrarland bleiben. Als charakteristisches Merkmal des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses Galiziens und als Beweis für die fortschreitende Industrialisierung des Landes gilt der plötzliche Übergang zahlreicher Hausindustriegenossenschaften von der manuellen Fabrikation zur maschinellen. Auf diese Weise sind die Genossenschaften modernisiert und innerhalb ganz kurzer Zeit auf eine hohe Stufe gebracht worden.

Unter den Industriezweigen Galiziens nehmen die erste Stelle die Spiritus-, die Salz-, Mineralöl- und Steinkohlenindustrie ein.

In den letzten Dezennien reihte sich eine Gründung an die andere, bestehende Betriebe wurden erweitert und moderni-siert. In der Eisen- und Metallindustrie sind in kurzer Zeit zwanzig neue Fabrikbetriebe entstanden.

Die Textilindustrie wurde durch Gründung von Baum-wollwebereien und Kammgarnspinnereien, denen große Ka-pitalien zur Verfügung gestellt wurden, gehoben. Besonderen Aufschwung nahm die Papierfabrikation durch Erweiterung bestehender Betriebe und durch Neugründung von zahlreichen Zigarettenpapier- und Packpapierfabriken.

Heute werden fast alle Industriezweige im großen betrie-ben, und die einzelnen Gesellschaften verfügen über hohe Ka-pitalien. Neben zahlreichen Raffinerien, Petroleum-, Naphtha- und Mineralöl-Aktiengesellschaften bestehen Fabriken und Ge-sellschaften für Bohrwerkzeuge, Tuch- und Papiermanufaktur, Diamantschleifereien, Eisenkonstruktions- und Schmiede-waren, für Möbel, Spielkarten, Bugholzverarbeitung, Zucker-fabriken, Seifenfabriken, Zement-, Ammoniak-, Soda-, Kali-fabriken, Dampfmühlen, Steinkohlengewerkschaften, Braue-reien u. a. m.

Wenn auch die galizische Industrie noch nicht im Verhält-nis zu dem Reichtum der natürlichen Vorbedingungen sich genügend entwickelt hat, so ist aus den Ausführungen ersicht-lich, daß dem Lande gerade wegen dieser günstigen Vorbedin-gungen ein immenser Aufschwung bevorsteht.

Trotz der Verheerungen und Verwüstungen des Krieges dürften die unzerstörbaren Werte, die das Land in so hohem Maße in sich birgt, einen Wiederaufbau in absehbarer Zeit ermöglichen.

Finanzwesen

Erst mit der Gründung der Landesbank für Galizien 1883 begann die Entwicklung der Geld- und Kreditwirtschaft.

Seit der Zeit setzte dann auch das galizische Geschäftsleben energisch ein, dank der Unterstützung des Landtages und der von ihm zur Förderung des Handels und der Industrie getroffenen Maßnahmen. Es muß anerkannt werden, daß innerhalb dieser kurzen Zeitspanne die galizische Geldwirtschaft eine unverhältnismäßig hohe Stufe erreicht hat.

Galizische Banken

Jahr	Anzahl der Institute	Aktienkapital	Reserven	Kreditoren*)	Emissionen
		in Kronen			
1913	10	58840000	28830000	182275366	842454060

Sparkassen

Jahr	Anzahl	Einlagenstand	Reserven	Hypothekar- und Kommunal-Darlehen	Wechselportefeuille
		in Kronen			
1900	44	184479683	11835029	122618332	25191909
1910	52	318775233	16262906	216223095	52713995
1913	53	323768450	16081054	248364408	39856411

Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften

Jahr	Anzahl	Mitglieder	Anteile	Reserven	Spareinlagen	Debitoren
			in Kronen			
1900	560	421555	22066288	6916031	78566753	117763392
1910	1378	894224	73619196	19121377	261484060	477772377
1912	1578	1016264	86597284	23142853	262168515	530707945

Raiffeisenkassen

Jahr	Anzahl	Mitglieder	Anteile	Reserven	Spareinlagen	Darlehen	Effekten u. Lokationen
			in Kronen				
1900	63	7716	39823	10258	641756	535786	36396
1910	1089	224902	2032847	2128851	41618253	22663199	5881312
1912	1334	288563	2718349	3268633	65434684	66370653	10894669

*) Gegen Einlagebücher, Kassascheine und aus laufender Rechnung.

Verkehrsweſen

Die Stadt Lemberg bildete im ehemalig polniſchen Reich den verbindenden Mittelpunkt des Orients mit dem Okzident.

Infolge der hohen Entwicklung des Tranſithandels lag der Gedanke einer Verbindung der Nordſee mit dem Schwarzen Meer über Galizien nahe. Leider verblieb es bei großzügigen Plänen und Projekten.

Noch 1817 war das Land in der Hauptſache auf die zwei Haupttrakte, den Wiener- und den Karpathentrakt, als Verkehrsadern angewieſen, und erſt in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurde der Straßenbau energiſch in Angriff genommen. Der galiziſche Landesausſchuß war es, der in dieſer Beziehung tatkräftig die Initiative ergriff. Heute verfügt Galizien über zirka 16 000 Kilometer gut erhaltener Chauſſeen.

An flöß- und ſchiffbaren Waſſerſtraßen beſitzt das Land 32,2 Proz. aller flöß- und ſchiffbaren Waſſerſtraßen Öſterreichs, mit einer Länge von 202 800 Kilometern.

Zur Förderung des Eiſenbahnbaues und Eiſenbahnbetriebes haben das Haus Rothſchild, das 1835 mit der Strecke Wien-Bochnia begonnen hatte, und Fürſt Leo Sapieha als Präſident des Verwaltungsrates einer von polniſchen Großgrundbeſitzern 1858 gegründeten Aktiengeſellſchaft für den Bau der Krakau-Lemberger Bahn weſentlich beigetragen. Über den heutigen Stand der galiziſchen Eiſenbahnen und über das Verhältnis zu den Eiſenbahnen des Geſamtgebiets gibt folgende Tabelle Aufſchluß:

Eiſenbahnen mit Ende des Jahres 1913

Land	Länge in km	Verhältniszahl	1 km Bahnlänge entfällt auf km	Auf 100000 Einw. entfall. km Bahnen	Anlagekapital in Kronen, rund
Geſamtgebiet	23 184	100 %	13,19	79,60	8500000000
Galizien	4 238	18,28%	19,05	51,30	900000000

Der Panſlawismus und die Polen

Eine der Hauptſtrömungen, die gegen das Polentum und gegen die Eigenart der polniſchen Nation gerichtet iſt, iſt der Panſlawismus.

Die von Rußland ausgehende Idee, die 135 Millionen Slawen Europas unter einem Zepter zu vereinigen, fand in Polen keinen Widerhall. Zu kräftig haben die Polen die ruſſiſche Knute geſpürt, als daß ſie ſich dem zukünftigen Glück eines ruſſiſchen Slawenreiches nicht hätten verſchließen müſſen. Zu gut wußten die Polen, daß das offizielle Rußland, das den Panſlawismus zum Vorwand nahm, das deſpotiſche ruſſiſche Reich war, das mit der Sache der Slawen gar nichts zu tun hatte. Die Wohltaten einer Zugehörigkeit zu dieſer „Slawenmutter“ konnte ja das Königreich am beſten beurteilen und ſehnte ſich nicht nach einer weiteren Verſchmelzung.

So ſehr die geſchickt von Rußland propagierte Idee bei verſchiedenen ſlawiſchen Völkern begeiſterten Anklang fand, ſo ſehr wurde ſie von den Polen bekämpft. Sie ſahen klar, daß im beſten Fall bei einer Vereinigung aller Slawen unter ruſſiſcher Führung Polen politiſch vielleicht eine beſſere Lage zugeteilt worden, es rein national aber angewieſen wäre, im Ruſſiſchen aufzugehen. Nicht deshalb kämpften ſie über hundert Jahre für ihre nationale Exiſtenz, nicht darum brachten ſie die größten Opfer zur Erhaltung ihrer nationalen Eigenart, um nun alles um eines eventuellen zukünftigen rein politiſchen Entgegenkommens aufzugeben. Ihre Kultur und ihre Ethik, die doch der ruſſiſchen Kultur und Ethik ſo himmelhoch überlegen iſt, ſollte verloren gehen um der utopiſchen Ideen einzelner ſlawiſcher Völker willen! Und der Erfolg! Die Allmacht des dem Polentum fremden und feindlichen Ruſſentums!

An ſich fehlt ja ſchon das natürliche, alle Slawen zuſammenſchweißende Element. Der Baum, der ſich im Laufe der Jahr-

hunderte so weitläufig verästelt hat, kann nicht wieder zu einem lebensfähigen Stamm werden. Die slawischen Völker haben sich so verstreut, haben so viel von fremden Kulturen angenommen, haben sich in ihrer Eigenart so grundverschieden entwickelt, daß eine Vereinigung unter einem Zepter undenkbar ist, zumal der Staat, der ihnen seine Hegemonie anbietet, Rußland ist, das seine besondere Slawenfreundschaft, seine auf einmal auflodernde Stammes- und Bruderliebe zur Genüge an den Polen und nicht minder an den klein- und weißrussischen Brüdern demonstriert hat.

Hinter der panslawistischen Liebe des offiziellen Rußlands steckt russische Gier nach Machtentfaltung, steckt despotischer Zarismus und nicht die Idee eines großartigen Kulturzusammenschlusses der slawischen Völker auf der Grundlage des geistigen Slawentums. Das haben die Polen erkannt.

Wenn es einmal zu diesem Zusammenschluß kommen sollte, so ist der heutige Panslawismus so angelegt, daß dieses Völkerbündnis sich ohne ihn, ja gegen ihn bilden wird. Gegen die Macht, die die Idee zu ihren eigennützigen Zwecken vorschützt und hinter die sie sich verschanzt, um ihre Ziele zu erreichen und ihn dann zu begraben. Gegen den Feind eines wirklichen kulturellen Zusammenschlusses aller Slawen, gegen das „offizielle Russentum", das mit der slawischen Welt nichts Gemeines hat.

Wenn dennoch einzelne Slawenvölker zu der Allslawenmutter Rußland emporblicken, so ist das ihrer mangelnden politischen Einsicht, ihrer Verbohrtheit in eine utopische Idee, ihrem Mangel an Kultur, der sie des richtigen Wertmaßes der Dinge hat verlustig gehen lassen, zuzuschreiben.

Die polnische Seele war durch den Druck der Sklaverei zu verbittert, als daß sie an einer von Rußland propagierten panslawistischen Idee Feuer fangen könnte, als daß sie sich für die Hegemonie Großrußlands begeistern könnte. Rußland

merkte wohl, daß es bei der polniſchen Nation mit ſeiner Idee auf einen ſtarken, klarblickenden und ſeine Pläne durchſchauenden Gegner geſtoßen war. In der Befürchtung, daß die polniſche, offen zur Schau getragene Antipathie gegen den Panſlawismus bei den anderen ſlawiſchen Völkern einen gewiſſen Widerhall finden, oder aber ſie zum mindeſten in Staunen verſetzen und unnötige Zweifel an der Redlichkeit und Aufrichtigkeit der ruſſiſchen Pläne heraufbeſchwören könnte, desavouierte die ruſſiſche Regierung kühl und rückſichtslos die Polen bei den ſlawiſchen Stammesbrüdern und ſtempelte ſie zu Verrätern an der allſlawiſchen Sache.

Erſt nach dem Ausgang des japaniſchen Krieges öffneten ſich auch anderen ſlawiſchen Völkern die Augen, und als vollends die Polen mit der poſitiven Forderung einer Autonomie hervortraten, und damit von der „Schweſternation“ alſo nur das verlangten, was andere ſlawiſche Stämme ſchon beſaßen, oder was ihnen im Laufe der Zeit zugebilligt war, wurde dieſe Forderung auch von den bisher ganz verblendeten Slawen als berechtigt anerkannt, und die wirklichen Abſichten, die ſich hinter der Maske der trauernden Allſlawenmutter verbargen, wurden wenigſtens teilweiſe klar zutage gefördert.

Für Polen bedeutet der Panſlawismus eine Gefahr noch größeren Druckes, ja noch viel mehr: einer völligen Ruſſifizierung im Namen aller ſlawiſchen Nationen. Deshalb iſt alſo die panſlawiſtiſche Strömung ein von Rußland ins Herz des Polentums gerichteter Stoß, den es abwehren muß zur Erhaltung ſeiner hohen Kultur, ſeiner weſteuropäiſchen Ziviliſation und nicht zuletzt ſeiner Nationalität.

Krakau

Zur Vervollkommnung des Bildes, das von den Polen entrollt werden ſollte, muß beſonders auf das Kleinod der ganzen polniſchen Nation hingewieſen werden.

An keiner Stadt des geſamten ehemalig polniſchen Reiches hängen die Polen ſo mit Herz und Seele wie an Krakau, mit dem die polniſche Geſchichte aufs engſte verbunden iſt und an das ſich die ſchönſten und erhabenſten Erinnerungen knüpfen.

Krakau iſt der Hort des Polentums, es iſt für das polniſche Volk die heiligſte Reliquie.

In ihm lebt die glänzende Geſchichte der Polen weiter, jeder Stein birgt in ſich ein Stück der polniſchen Vergangenheit. Hier ruhen die Gebeine der polniſchen Könige und die Größten und Beſten der Nation.

Wohl iſt Krakau nicht mehr die Hauptſtadt des polniſchen Reiches, es iſt aber heute weit mehr: es iſt das Herz Polens.

Zu einer Zeit, wo polniſche Könige nicht mehr auf dem Wawelſchloß ihre Triumphe feiern können, werden die Überreſte der geiſtigen Heroen der Nation zum ewigen Schlaf in die königlichen Grüfte geführt. 1891 führte hier noch das polniſche Volk in tiefer Trauer durch dieſelben Straßen, durch die früher die ruhmbedeckten Könige und Feldherren ihre Einzüge hielten, den „König des polniſchen Liedes“, Adam Mickiewicz, zur ewigen Ruhe.

Auf dem Krakauer Marktplatz ſchwor dereinſt Kosciuszko in die Hände der Nation, das Vaterland bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen und die Unabhängigkeit zu erkämpfen. Das polniſche Volk ehrte das Andenken an dieſen Nationalhelden durch Aufſchüttung eines hohen Gedächtnishügels in der Nähe der Stadt.

Alle Kirchen, Kuppeln und Türme überragt das von Sagen und Legenden umwobene Königsſchloß auf dem Wawelberg. Die verſteinerte Geſchichte, das Symbol Polens.

Um die Mitte des zehnten Jahrhunderts wurde Krakau,

das heute zu den an Altertümern und Kunstschätzen reichsten Städten gehört, mit dem Reiche Polen vereinigt, im Jahre 1000 zum Sitze eines Bistums, im vierzehnten Jahrhundert zum ständigen Sitz der polnischen Könige und zur Krönungsstadt des Reiches erhoben.

Besonderen Glanzes erfreute sich die Residenz zur Zeit Sigismunds I., des hochherzigen Kunstmäzens und Kunstkenners, der die Renaissance in Krakau einführte und als Baumeister Franziskus Italienus, die Florentiner Francesco della Lora und Bartolomeo Berrecci und den Polen Benedikt aus Sandomir an seinen Hof berief.

Heimsuchungen, Feuersbrünste und Plünderungen während der Schwedenkriege und der Teilungen Polens haben auch die Königsburg nicht verschont. Trotzdem wirkt das glänzende Baudenkmal heute noch überwältigend. Aus der ersten Hälfte des zwölften Jahrhunderts stammend, wurde es um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts durch die Mongolen vernichtet, dann wieder aufgebaut, von Kasimir dem Großen reich ausgeschmückt und von Sigismund endlich von Grund auf umgebaut. Zu den imposantesten Denkmälern der Renaissancearchitektur gehören die dreistöckigen Säulengänge des mächtigen Arkadenhofes. Mit überraschender Kühnheit wurden hier die Säulen aufeinander getürmt. Die der lombardischen Skulpturschule entstammenden Ornamente bilden den interessantesten Schmuck des Schlosses. In meisterhafter Weise wurden dem anfänglich gotischen Bau Einzelheiten im Renaissancestil angegliedert. Die von Berrecci erbaute Grabkapelle Sigismunds ist ebenfalls eines der schönsten Werke der Renaissance.

An die Türme, die die Nordfassade flankieren, reiht sich die gotische Domschatzkammer und der gewaltige Glockenturm der durch ihre tiefen, über das ganze Land klagenden Molltöne berühmten Sigismundglocke.

Hinter der mittelalterlichen Wehrmauer ragt das polnische Pantheon, die Domkirche mit ihren spitzen Dächern und dem barocken Helm des Uhrturmes.

Den dreischiffigen, in seiner heutigen Gestalt aus dem vierzehnten Jahrhundert stammenden Bau umgeben Kapellen in verschiedenen Stilarten. In diesen, in den Schiffen und in dem Chor stehen gotische Sarkophage und Renaissancegrabmäler der polnischen Könige und der Größten der Nation. Von den Künstlern, die diese Denkmäler schufen, seien genannt: Veit Stoß, Peter Vischer, Berrecci, Gian Maria Padavano, Johann Michałowicz aus Urzędów. Unter dem Hauptschiff befindet sich eine dreischiffige Krypta, ein Überrest der früher romanischen Kirche aus dem elften Jahrhundert. In dieser unterirdischen Kirche stehen in Reihen Königssärge in kunstvoller getriebener Arbeit, in Marmor, Bronze und Zinn.

Ganze Dynastien ruhen hier nebeneinander. Polens einstiger Ruhm und Stolz, die ganze Vergangenheit des polnischen Volkes ruht hier in üppiger Pracht.

Stets war Krakau mit den Geschicken des polnischen Volkes eng verbunden. Freud und Leid teilte es mit der ganzen Nation. Mit dem Sturz der Nation schwand auch der Glanz der Königsstadt, das stolze Königsschloß wurde in eine Kaserne verwandelt. Mit dem Wiederaufleben des nationalen Selbstbewußtseins schwang sich aber auch Krakau zu neuem Leben auf.

Heute wird das Schloß auf dem Wawelberge restauriert und der Nation in voller Würdigung seiner nationalen Bedeutung wiedergegeben und zur künftigen Kaiserresidenz erhoben. Heute laufen alle Fäden des kulturellen und wissenschaftlichen Lebens der Polen in der alten Königsstadt zusammen.

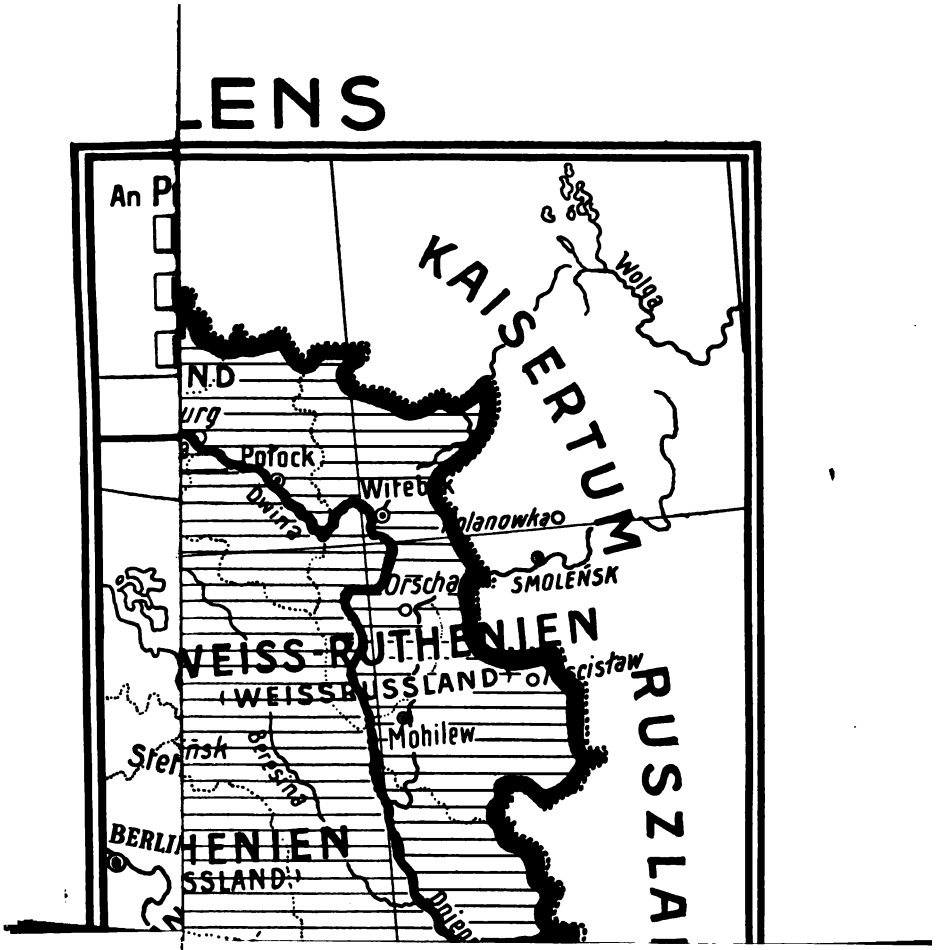
So ist denn Krakau nicht nur als Symbol der Vergangenheit zum nationalen Heiligtum geworden, sondern

bildet auch heute noch den kulturellen Mittelpunkt des polnischen Volkes.

Welche Gefühle wohl das Volk beseelt haben mochten, als der erste Donner der russischen Kanonen in die Stadt drang, als Belagerung und vielleicht Vernichtung der Stadt drohte! Alle bangten in furchtbarer Qual. Die so arg heimgesuchte Nation sollte ins Herz getroffen werden, mit einem wuchtigen Schlage sollten die jäh aufgeloderten Hoffnungen zerschmettert werden — vielleicht für immer.

Wäre Krakau gefallen, wäre die Königsburg zusammengestürzt oder in Flammen aufgegangen, das Nationalheiligtum in Schutt und Asche begraben, dann wäre wohl auch das Geschick der Polen endgültig besiegelt worden.

POSEN
10 20 30 40 50 Kilomet.
KONITZ
PREUSSEN
WEST-
ARNSWALDE
Weichsel
CULM
Krone
Lobsens
Mrotschen
Fordon
Schneidemühl
Nakel
BROMBERG
THORN
Netze
Gelau
Schönlanke
Milsch
Samotschin
Schubin
Kolmar
EXIN
Wonsosch
Labischin
Argenau
Ascherbude
Ostrowke
Wapno
Bartschin
Filehne
Czarnikau
Budsin
Jackschitz
Elsenau
ZNIN
HOHENSALZA
Rosko
Lubasch
Jankendf
Venetia
Pakosch
Driesen
Miala
WERDUN
Wongrowitz
Amsee
Kobusch
Wronke
Rogasen
Rogowo
Mogilno
Kletko
Zechau
Strelno
Radjejew
Warthe
Zirke
Penskow
Obornik
Marowana
Schwerin a.W.
Samter
Goslin
GNESEN
Tremessen
Kwiltsch
Wierzebaum
Biskupiz
Betsche
Pinne
Polko
Röhrfeld
Pudowitz
Malachowo
Obra
Meseritz
Neustadt
Buk
Jersitz
POSEN
Schwarzenau
Tirschtiegel
Gultowy
Brätz
Friedenhorst
Opatenitza
Gondek
Kurnik
WRESCHEN
Bentschen
Moschin
SCHRODA
Warthe
Konin
Schwiebus
Grätz
Miloslaw
Bomst
Rakwitz
Czempin
Schrimm
Züllichau
KANAL
Wollstein
Kosten
Turew
Falkstätt
Prosna
POLEN
Mieschkow
Jarotschin
Oder
Süd. Kan.
Schmiegel
Obra
Borek
Kottin
Grünberg
Leipe
Pleschen
Fraustadt
LISSA
Gostyn
Kalisch
KOSCHMIN
PUNITZ
Pempowo
Krotoschin
Ostrowo
Rawitsch
Orla
GLOGAU
Bartsch
Chynow
Prosna
ADELNAU
Oder
Bober
Siedlikow
Rojow
KEMPEN
SCHLESIEN


LENS
An P
KAISERTUM
Wolga
N.D
urg
Połock
Dwina
Witebsk
Polanowka
SMOLEŃSK
Orscha
WEISS-RUTHENIEN
(WEISSRUSSLAND)
Mohilew
Beresina
BERLIN
HENIEN
SSLAND
RUSZLA

Inhalt

Seite

Vorrede V

Geographiſches Bild des ehemaligen polniſchen Territoriums 1

Die Teilungen Polens. Die Konſtitution vom 3. Mai 1791. Die Urſachen des Unterganges 5

Polen und Napoleon 19

Die Polen in Rußland 27

Gebiet und Bevölkerung 29

Politiſche Bedeutung des Rußland zugefallenen polniſchen Gebiets 32

Die polniſche Sache nach dem Wiener Kongreß. Der Kampf um die Wiedererlangung der Selbſtändigkeit 34

Die Emigration 39

Der Aufſtand im Jahre 1863 44

Die polniſche Frage. Kampf um die nationale Exiſtenz . . . 47

Die Uniaten 55

Der Umſchwung und die Umgeſtaltung der polniſchen Geſellſchaft 59

Die polniſchen Parteien 62

Die Polen und die innere Kriſis in Rußland 67

Der Agrarkongreß in Warſchau und die Verhängung des Kriegszuſtandes über Polen 71

Die Polen und die Duma 73

Der Erfolg der ruſſiſchen Polenpolitik 79

Die Judenfrage in Polen 83

Polen in jüngſter Zeit 91

Wirtſchaft. Hiſtoriſch-politiſcher Überblick 95

Landwirtſchaft 98

Die Städte 106

Induſtrie und Handel 110

Die Arbeiterfrage 117

Finanzweſen 122

Die Rechtspflege 126

Die Polen in Preußen 129

Gebiet — Bevölkerung 131

Die politiſche Bedeutung des Preußen zugefallenen Gebiets . . 135

Die Politik Friedrich Wilhelms III. Die Ära Flottwell . . . 137

Seite

Die geistige und materielle Tätigkeit der Polen. Die Versöhnungspolitik Friedrich Wilhelms IV. 142
Die aufständische Bewegung 1846—48 146
Nach 1848. Die polnischen Abgeordneten. Die Enthüllungen Dr. von Niegolewskis 157
Nach 1863. Das Ausscheiden der Emigration. Die polnische Fraktion 162
Seit 1871. Bismarck und die Polen. Die antipolnische Politik . 165
Die Ansiedlungspolitik 168
Der Kampf gegen die Sprache 179
Die Versöhnungspolitik. Joseph von Koscielski 185
Der Ostmarkenverein 189
Die Parteien 192
Die preußischen Polen 201
Wirtschaft 203
Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 206
Die Verbandsbank 208
Landwirtschaft 216
Polnische Fideikommisse 221
Die polnische Bauernschaft 223

Die Polen in Österreich 227

Gebiet — Bevölkerung 229
Die politische Bedeutung Galiziens für Österreich 233
Österreichs Polenpolitik von der Erwerbung Galiziens bis zum Jahre 1846 235
Die aufständische Bewegung in Galizien 1846 und 1848 . . . 239
Agenor Graf Goluchowski 243
Galizien und der Aufstand von 1863 245
Der Umschwung 249
Die Huldigungsdeputation 253
Die Verfassung und Verwaltung Galiziens 256
Unterrichtswesen 260
Die polnisch-österreichische Politik 262
Die ruthenische Frage 266
Die Legionen 274
Wirtschaft 279
Landwirtschaft 280
Die Bodenschätze Galiziens 285

Seite
Die Industrialisierung Galiziens 288
Finanzwesen 290
Verkehrswesen 291
Der Panslawismus und die Polen 293
Krakau 299

Meisterromane polnischer Autoren
aus Georg Müller Verlag München

Stefan Zeromski
Der getreue Strom
Eine Erzählung aus dem Polenaufstande

Deutsch von Kasimir Lodygowski
Geheftet M. 3.—, gebunden M. 4.—

Das letzte Werk des großen polnischen Dichters ist ein Kulturwerk von höchster Bedeutung, das an dichterischer Gestaltungskraft einen Sienkiewicz übertrifft und das

im gegenwärtigen Völkerkrieg das lebhafteste Interesse

wachrufen wird. Der Dichter erzählt uns von dem letzten Verzweiflungskampfe des polnischen Volkes und seiner Befreiung von dem drückenden Joch des grausamen Moskowiters. Es ist

die beste Schilderung des Geistes der russischen Soldateska und ihrer Kriegführung.

Zum erstenmal bekommen wir einen tiefen Einblick in den wilden, tierischen, echt russischen Kampf in seiner Raserei und Mordgier, die Häuser und Höfe niederbrennt und wehrlose Verwundete auf dem Schlachtfelde erschlägt. Erschütternd sind die Ereignisse, die uns Zeromski mit klassischer Schlichtheit und Knappheit in diesem seinem neuesten Werke „Der getreue Strom" erzählt. Sie geben uns ein analoges Bild von dem furchtbaren Wüten der russischen Heere im gegenwärtigen Weltkrieg, von dem grauenhaften Unheil, das sie heute über die Gebiete gebracht haben, wohin sie ihren Fuß setzten, denn

der jetzige Kriegsschauplatz im Osten ist fast der gleiche wie der in dem hier geschilderten Polenaufstand.

Kaſimir von Przerwa-Tetmajer

König Andreas

Roman

Deutſch von Kaſimir Lodygowski

Geheftet M. 5.—, gebunden M. 6.50

„... Phantaſtiſcher iſt", wie die Karlsruher Zeitung berichtet, „der Roman eines anderen polniſchen Dichters, Kaſimir von Przerwa-Tetmajers ‚König Andreas'. Die erzähleriſche Abſicht lag hier vor allem in dem Wunſch, gewiſſermaßen bildlich

die Eigenſchaften des polniſchen Charakters,

ſowie die Sehnſucht zu ſchildern, die das Slawentum, beziehungsweiſe die Polen nach dem erfüllt, was in der Geſchichte mit dem Ausdruck ‚Tat' bezeichnet wird. Aus Gründen der ruſſiſchen Zenſur hat der Dichter den Schauplatz des vorwiegend politiſchen Geſchehens in ein fiktives Südſlawenreich verlegt, in welchem nun Parteikämpfe, Staatsſtreich, Krieg, Diktatur, Revolution die Phaſen der Geſamtentwicklung andeuten. Ein Menſch von napoleoniſcher Willenskraft und auch ziemlich napoleoniſchem Schickſal und Charakter verjagt den ſchwachen König, wirft ſich zum Diktator auf, beſiegt in glänzenden Waffentaten den äußeren Feind, Italien, und bereitet einen entſcheidenden Krieg der Slawen gegen die Germanen vor. Kurz vor ſeinem Ziel trifft ihn, weil er das Eigentum der Kirche für ſeine Zwecke in Anſpruch nehmen will, der Bannfluch des Papſtes, und damit zerbricht ſeine Macht mit allen ſeinen Plänen wie ein Kartenhaus ... Die Geſtalt einer Frau, welche, ſelbſt von leidenſchaftlicher Gemütsart, zu allen Hauptperſonen in naher Beziehung ſteht und letzten Endes den Zuſammenbruch des Uſurpators veranlaßt, gibt der temperamentvollen Erzählung einen Zug ausgleichender Romantik und eine Fülle von pſychologiſchen wie künſtleriſchen Reizen."

In Kürze gelangt zur Ausgabe:

W. Reymont

Lodz: Das gelobte Land

Ein Industrieroman

Deutsch von A. von Guttry. Geh. M. 6.—, geb. M. 7.50

Im Mittelpunkt der von den Deutschen okkupierten Gebiete Russisch-Polens steht die für die Industrie Polens und ganz Rußlands außerordentlich wichtige

Industriestadt Lodz.

Sie ist in kurzer Zeit überraschend emporgeblüht und in ihr konzentriert sich die Arbeit und die Energie des ganzen Landes. Von allen Seiten strömen die Lebenshungrigen herbei zum Industriezentrum Polens, wie zum „gelobten Land". Sie stürzen sich in den Kampf und ringen um die Millionen. Polen, Juden, Deutsche, alle Ehrgeizigen und Habgierigen, alle, die anderswo Schiffbruch erlitten haben, verkrachte Gutsbesitzer, abgebrannte Bauern, kleine Krämer und Handelsjuden, alle stürzen sich in den Strudel, arbeiten mit allen Mitteln, betrügerischen Bankrotten, Brandstiftungen, Schwindeleien, Schiebungen, sie lassen alle Ethik beiseite und sehen nur das eine Ziel vor Augen, für das ihnen keine Entbehrungen zu groß, keine Arbeit zu viel ist:

die Millionen.

Aber nicht nur ums Geld allein geht der Kampf:

zwei Rassen stehen sich gegenüber: Arier und Semiten,

drei Völker: Polen, Juden und Deutsche.

Und diese Nationen und Rassen bekämpfen und vereinigen sich, und zeigen in der Verfolgung des einen Zieles ihre charakteristischsten Rassen- und Nationalitätseigenschaften.

In grellen krassen Farben malt Reymont

dieses „gelobte Land".

Er schildert das ganze Leben von Lodz, die Arbeiter und Fabrikanten, die Bettler und Millionäre, das Familienleben der Reichen sowohl als auch der Armen, die nur, um nach außen hin zu renommieren, aufgebauten aber nicht bewohnten Prunkpaläste und die Kellerwohnungen, die Stätten der Vergnügungen und des Lasters. Alle Typen sind von anschaulicher Plastik, die einzelnen Episoden spannend und charakteristisch. Reymont ist ein großer Dichter und sein Buch

der einzige große Industrieroman des Ostens,

das Gegenstück zu Zolas Germinal.

Jerzy von Zulawski

Auf ſilbernen Gefilden

Ein Mondroman

Deutſch von Kaſimir Lodygowski

Geheftet M. 5.—, gebunden M. 6.50

Dieſer ſeleniſche Roman, der, abgeſehen von ſeiner ſpannenden Handlung, auf abſolut wiſſenſchaftlicher Grundlage ſteht, hat durchaus nichts gemein mit den phantaſtiſchen Erzählungen Jules Vernes. Zulawski erſchließt uns in ſeinen „Silbernen Gefilden" die Mondwelt als erſter Dichter und gleichzeitig behandelt er, auf poſitiven aſtronomiſchen Geſetzen und Forſchungen fußend, in intereſſanteſter, gänzlich neuer Weiſe die Fragen des Mondproblems. Der Roman iſt in der Art eines fiktiven Tagebuches geſchrieben, das, in eine Kugel eingeſchloſſen, eine verſchollene und vergeſſene ſeleniſche Expedition, die unter dem Staunen der Welt vor einem Halbjahrhundert Jules Verneſche Phantaſie zu verwirklichen wußte, von dem Mond auf die Erde ſchleuderte. Es dürfte geradezu Staunen erregen, wie meiſterhaft ſich hier die farbenſchillernd ſte Phantaſie der ſtrengen Fachwiſſenſchaft anzupaſſen verſteht. Das Reich des Mondes erſcheint in dieſem Roman ſo lebendig vor unſeren Augen, daß wir faſt glauben, es in einer Kinoaufnahme an uns vorüberziehen zu ſehen. Der ſenſationelle Erfolg, den das Werk in Polen erzielte, wird ihm ſicherlich auch in Deutſchland beſchieden ſein.

Den Schriften polniſcher Autoren bringt man gerade in den jetzigen Zeiten ein ganz beſonderes Intereſſe entgegen. In Zeromski, Tetmajer, Reymont und Zulawski haben wir Vertreter der modernen polniſchen Literatur vor uns, die zu den bedeutendſten gehören.

Ein Buch zur Klärung des Rätsels Rußland

In Kürze gelangt zur Versendung:

Das heutige Rußland

Eine Einführung in das heutige Rußland an der Hand von Tolstois Leben und Werken von Karl Nötzel

Geh. M. 6.—, geb. M. 8.—, Luxusausgabe M. 16.—

Der Verfasser, der fast zwei Jahrzehnte in Rußland zubrachte, hat hier — überhaupt zum ersten Male — den Versuch gemacht, das heutige Rußland in seinem eigenartigen Geistes- und Seelenleben aus den Hauptschicksalen des russischen Volkes und gewissen Eigenarten des russischen Naturells zu erklären. Als Hauptschicksale des russischen Volkes gelten dem Verfasser: die orthodoxe Kirche, das Tatarenjoch, die Leibeigenschaft, der politische Despotismus, der Zusammenstoß mit Westeuropa und schließlich auch das soziale Elend der großen Massen. Es gelingt dem Verfasser dabei, die Ursachen der Gegensätze zwischen Rußland und Westeuropa vor allem auch im geistigen Rußland nachzuweisen. Der Verfasser kommt dabei zu dem überraschenden Schluß, daß einstweilen nur das intuitive, seiner selber noch unbewußte Rußland europäisch gesinnt ist: das Rußland, das sich erst erlebt und dessen Stammeln von seinen größten Dichtern in einigen geweihten Augenblicken wundersame Deutung findet. Das bewußte Rußland hingegen, das sich begreifen will, sich mißversteht, und sich im Gegensatz zu Westeuropa glaubt, kann einstweilen weder zu dem wahren Begriff der Freiheit, noch zur Ehrfurcht vor den Menschen als solchen gelangen. Von hier aus drohen denn auch unserer Kultur die größten Gefahren, während das intuitive Rußland gewissen Europäerkenntnissen sogar vorauseilt, sie erst zum lebendigen Erlebnis gestaltet. Beide, das intuitive und das bewußte Rußland, finden sich in ein und demselben russischen Individuum oft bis zu dem Grade vereinigt, daß die größten Russen, zum Beispiel Dostojewski und Tolstoi, als Dichter durchaus das intuitive Rußland deuten, als Publizisten aber — und selbst in Romanen, wo sie lehren — durchaus Vertreter des bewußten, sich selbst mißdeutenden, Westeuropa verkennenden und hassenden Rußlands sind. Das vorliegende Buch erscheint gerade in diesem Augenblicke besonders wertvoll, um uns davor zu bewahren, in unserem berechtigten Zorn gegen das offizielle Rußland das große russische Volk zu verkennen, das von diesem offiziellen Rußland stets geknechtet und brutalisiert ward und in dem so viele treffliche Kerne und Hoffnungen schlummern.

Und nur wenn wir gerecht bleiben, bleiben wir deutsch.

Druck von Mänicke und Jahn in Rudolstadt

DK 418 .G985
Die Polen und der weltkAMK0599
Hoover Institution Library
3 6105 082 586 996

HOOVER WAR LIBRARY

To avoid fine, this book should be returned on or before the date last stamped below

DK
G98

59548

Guttry, Aleksander von, 1887-
Die Polen und der weltkrieg.

K418
35

NAME	DATE	NAME	DATE

59548